REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 347 · 21.10.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 51 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Der abgeschriebene Kontinent
2. Klaus Croissant: Erklärung aus der Haft
3. Frauen überwinden Gewalt. Internationale Frauenkonferenz in Thailand
4. Die Zerstörung eines Mahnmals. Die antifaschistische Gedenkstätte Sachsenhausen soll umfunktioniert werden - Katja Leyrer
5. Genfer Flüchtlingskonvention und Artikel 16 GG
6. Berlin: Streit um Einheitsfrontdemo
7. Die SPD - eine Volkspartei
8. Justitia ist traditionell blind. Absurdes und weniger absurdes aus Strafverfolgung und Ermittlung
9. Übersicht auf ausländerfeindliche Anschläge (19.9.-13.10.92)
10. Antisemitismus - das alte Gesicht des neuen Deutschland. Buchbesprechung von André Brie
11. Antisemitische Anschläge
12. "Für sie ist der Jude ein Teil des Fremden." Ein neue Stimme für die jüdischen Gemeinden: Ignatz Bubis
13. Rostock - Die Bundesregierung stellt sich dumm. Vom Büro Jelpke (MdB PDS/LL), Bonn
14. "Ein Herrenvolk von Untertanen" (Buchbesprechung)
15. CDU/CSU fordert Polizei-Willkürgesetze
16. Rausschmiß des 3.-Welt-Ladens Losheim?
17. Sie sind auch noch Kinder der DDR - Roland Bach
18. 50 Jahre V2 - ein Grund zum Feiern?
19. Die "historische Wahrheit" des Bundes der Vertriebenen - Ulla Jelpke, Albrecht Maurer und Helmut Schröder
20. Anmerkungen zur "Asyl-Debatte" in der PDS - Knut Mellenthin
21. Krise des EWS - Krise der BRD-Hegemonie
22. "Uruguay"-Runde des GATT. Entwicklungsländer mit dem Rücken zur Wand
23. Somalia: Kurzüberblick über die Geschichte des Landes
24. "Die Brasilianer müssen auf die eigene Fähigkeit zum Wechsel vertrauen." (Fernando Collor(1))
25. Die FMLN im Verhandlungsprozeß
26. Sendero Luminoso: Die materialisiertey Gewalt der Philosophie
27. Türkei-Kurdistan: Zwei Stimmen gegen das aufgezwungene Schweigen
28. Mord an iranischen Kurden in Berlin
29. Türkische Mordkommandos im Ausland
30. Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau (Hannes Hofbauer). Buchbesprechung
31. Italien: Rechter Europarekord und linke Massenproteste
32. Ein nützlicher Wegweiser durch die SU-Interpreten (Rezension) - Andreas Skrypietz
33. IG Metall will keine PDS auf ihrem Gewerkschaftstag - Claudia Gohde
34. Das alt-neue Feindbild "Islam". Teil 2: Vom Antikommunismus zur Islamfeindlichkeit
35. Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Hamburger Antirassismus-Kongresses (Buchbesprechung)
36. Mobilmachung im Kulturteil. Wie die taz über den Krieg diskutieren läßt
37. Alle lieben Willy
38. Man hat dir geöffnet ... Amos Oz" neuer Roman "Der dritte Zustand" - Klaus Mellenthin
39. Quelldatei 22.htm
40. Worte Willy Brandts
41. Über Willy Brandt
42. Quelldatei 39.htm

43. Brasilien: Massenbewegung stürzt Seifenoper
44. Crash im EWS
45. Türkei droht mit Blutbad
46. Die Geschichte des Islam
47. Diskussion:
48. Quelldatei redschl.htm
49. Auseinandersetzung zwischen jüdischen Franzosen und der Polizei in Rostock
50. Sendero Luminoso
51. Das neue SPD-Programm: NEIN JEIN JA!

1. Der abgeschriebene Kontinent

Rubrik: Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:42

"Africa adio" - in den sechziger Jahren Titel eines rassistischen Films, der für das Vorurteil werben sollte, die afrikanischen Kolonien seien längst noch nicht reif für die zu dieser Zeit gerade gewährte Unabhängigkeit gewesen. "Africa adio" heute: Todesurteil für einen Kontinent? Kein anderes Gebiet der Dritten Welt ist so weitgehend aus der Weltwirtschaft ausgegliedert und so total von jeder Entwicklungsperspektive abgeschnitten worden . Schon 1970 betrug Afrikas Anteil am Welthandel nur 2,4 Prozent; 1988 war er dann auf 1,3 Prozent zusammengeschmolzen. Entsprechend winzig ist der Bruchteil der Investitionen, die von multinationalen Konzernen auf dem "schwarzen Erdteil" getätigt werden. Die 550 Millionen Menschen in der Ländern südlich der Sahara erzeugen ein Bruttosozialprodukt, das lediglich dem Belgiens entspricht, und die Schere klafft immer weiter auseinander. Das Durchschnittseinkommen ist in den letzten Jahren um ein Viertel gesunken.

Afrika ist auch ein Kontinent des Hungers und des Verhungerns. Während weltweit ein Rückgang der Zahl der Unterernährten in den letzten zwanzig Jahren verzeichnet wird, ist nur in Afrika die Tendenz stark ansteigend: Von rund 600 Millionen Afrikaner gelten heute 170 Mio. als chronisch unterernährt; Anfang der siebziger Jahre waren es "nur" 100 Mio. gewesen.

Der Hungerkatastrophe in Somalia gilt seit Monaten die Aufmerksamkeit der Medien. Wohl nicht nur deshalb, weil die Zustände dort noch mörderischer sind als in anderen Regionen des Kontinents, sondern weil sich am Beispiel Somalia wunderbar zeigen läßt, daß erstens die reichen Länder tatsächlich zu großzügiger Hilfe bereit seien, und daß zweitens diese Lieferungen leider weitgehend in den Bürgerkriegswirren verlorengehen. Motto: "Wir helfen wirklich gern, aber wollen die sich denn überhaupt helfen lassen?". In Somalia seien 1,5 Millionen Menschen "praktisch zum Tode verurteilt", sagt der zuständige UNO-Beauftragte. Nur ein Viertel der notwendigen Menge an Lebensmitteln werden laut seinen Angaben überhaupt nach Somalia geliefert. Die Zahl der Toten wird auf 1000 täglich geschätzt.

Weniger ist in den Medien davon die Rede, daß nicht nur in Somalia, sondern auch in weiten Teilen des übrigen Afrikas Hungerkatastrophen zusammentreffen, wie schon lange nicht mehr. Auch in den Nachbarstaaten gilt die Situation als "kritisch". Im Nordosten Äthiopiens sind 1,3 Millionen Menschen aufgrund einer Dürre vom Hungertod bedroht; im Norden Kenias, das zusätzlich 400.000 Flüchtlinge aus Somalia und Sudan aufgenommen hat, sind die Nomaden gezwungen, ihre Kinder zu verkaufen. Die Gesamtzahl der "Hilfsbedürftigen" in Nordostafrika wurde von der UNO im Juli auf 23 Millionen geschätzt.

Von der Halbierung der Ernten durch eine "Jahrhundertdürre" ist der gesamte Süden des Kontinents betroffen. Länder wie Simbabwe und sogar Südafrika, die regelmäßig Getreide exportieren konnten, sind in diesem Jahr auf umfangreiche Einfuhren und Hilfslieferungen angewiesen. Für viele Staaten, deren Situation schon seit langem problematisch war, bedeutet das eine totale Erschöpfung und Überforderung ihrer Finanzreserven. Hinzu kommen auch hier Flüchtlingsprobleme, vor allem durch den von Südafrika geschürten Bürgerkrieg in Mosambik. In diesem Land wird die Zahl der vom Hungertod bedrohten Menschen auf bis zu vier Millionen geschätzt. Die Zahl der Hilfsbedürftigen im Süden Afrikas liegt bei 18 Millionen.

Was das alles mit der Politik der reichen Länder zu tun hat, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Afrika, dessen Exporte zu 90 Prozent aus Rohstoffen bestehen, ist Opfer eines rasanten Preisverfalls, der den multinationalen Konzernen, aber auch den Konsumenten in den kapitalistischen Ländern zugute kommt. Allein verglichen mit dem auch schon unfairen Preisniveau von 1980 haben die afrikanischen Staaten in den letzten zehn Jahren auf diese Weise 150 Milliarden Dollar verloren. Im gleichen Zeitraum hatte Afrika rund 47 Millionen Dollar Zinsen zu zahlen. Seit langem übersteigen die direkten und indirekten Zahlungen Afrikas an die reichen Länder bei weitem die Summen, die der Kontinent an "Entwicklungshilfe" erhält.

.

2. Klaus Croissant: Erklärung aus der Haft

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:16

Mit der Festnahme des Rechtsanwalts Klaus Croissant am 14.9.1992 wegen angeblicher Zusammenarbeit mit der Stasi hat die BRD einen politischen Gefangenen mehr. Zu diesem Schluß muß man angesichts des Zeitpunkts der Verhaftung sowie der gegen Croissant erhobenen Vorwürfe kommen - und zwar verblüffenderweise gänzlich unabhängig von der Frage, ob Croissant nun "IM" der DDR-Staatssicherheit war oder nicht.

Zum Zeitpunkt der Verhaftung: Daß Croissant wegen angeblicher Stasi-Mitarbeit ausgerechnet im September 1992 in Haft genommen wurde, macht, von der Ermittlungslage seitens der Bundesanwaltschaft her gesehen, wenig Sinn. Zu den Zeugen nämlich, auf die die Karlsruher Staatsanwälte bei ihrer Beschuldigung rekurrieren, gehören unter anderem Günter Jäckel, einst Vize-Chef der Stasi-Hauptabteilung XXII (Auslandsaufklärung) und Betreuer der in der DDR lebenden ehemaligen RAF-Mitglieder, sowie mit hoher Wahrscheinlichkeit Stasi-Major Eberhard Kind, in selbiger Abteilung Leiter des Referats Linksextremismus/Linksterrorismus in Westeuropa. Beide aber haben bereits vor geraumer Zeit Aussagen sowohl über Klaus Croissant als auch über seine Lebensgefährtin, die im Dezember 1987 verstorbene Brigitte Heinrich, gemacht, als deren Stasi-Instrukteur und -Kurier Klaus Croissant nach angeblich heutigem Ermittlungsstand fungiert haben soll.

Nach diesen früheren Aussagen hat Jäckel berichtet, daß er selbst Ende 1979 kurz nach Croissants Haftentlassung (wegen Aufbau eines angeblichen Info-Systems der RAF-Gefangenen war dieser zu zweieinhalb Jahren Knast verurteilt worden) Croissant für eine Mitarbeit zu gewinnen suchte, dann aber erkennen mußte, daß er "zur militanten Szene keine Bezüge" und damit "für uns keine operative Bedeutung" hatte, wie "Der Spiegel" (Nr. 16 vom 15.4.1991) eben diesen Jäckel wörtlich (woraus eigentlich?) zitiert. Und "Spiegel" Nr. 35 vom 26.8.1991 ließ dann verlauten, der ehemalige Stasi-Major Eberhard Kind hätte behauptet, für einen IM "B. Schäfer" Spesen abgerechnet zu haben, welcher kein anderer als die grüne Europa-Abgeordnete Brigitte Heinrich gewesen sei.

Aus diesen Mitteilungen ergeben sich hinsichtlich der Verhaftung Croissants folgende Ungereimtheiten: Wenn Croissants Belastungszeugen, die verantwortlichen Stasi-Offiziere Jäckel und Kind, bereits vor Jahresfrist Aussagen zu Croissant und Heinrich gemacht haben (und davon auszugehen ist, daß sie dabei keine Informationen zurückhielten), dann hätte Croissant eigentlich bereits vor einem Jahr verhaftet werden müssen. Da dies damals aber nicht geschah, kann zum einen gefolgert werden, daß die Klaus Croissant unterstellte Stasi-Mitarbeit von den Ermittlungsbehörden selbst als im Grunde unwichtig betrachtet wird. Daraus ergibt sich zum zweiten, daß die Verhaftung und ihr Zeitpunkt anderen, von der Bundesanwaltschaft jedoch verschwiegenen Kriterien folgte.

Tatsächlich mutet der Inhaftierungsgrund der Stasi-Zuträgerschaft mehr als merkwürdig an. Croissant soll demnach von 1981 bis 1989 Berichte über das linke Spektrum in der BRD, vor allem über die Grünen und die autonome Szene, gen Hauptstadt der DDR geschickt haben. Abgesehen davon, daß dies der erwähnten, zur Veröffentlichung freigegebenen Aussage von Jäckel bedingt widerspricht, ist es eine echte Preisfrage, warum sich solches Berichtswesen "gegen die Bundesrepublik Deutschland" gerichtet haben soll, wie der den Ermittlungen zugrundeliegende § 99 StGB ("Geheimdienstliche Agententätigkeit") formuliert. Und komisch wird es, wenn die Bundesanwaltschaft wegen Aktivitäten ermittelt, die ihr Staat selbst seit Jahr und Tag mit aller deutschen Gründlichkeit praktiziert.

Anzumerken ist zudem, daß über "IM Taler" (das soll Croissant gewesen sein) bislang jedenfalls keine Stasi-Akte aufgetaucht ist; "Taler" existiert lediglich in den Akten über Brigitte Heinrich.

Somit steht die Frage nach dem wirklichen, jedoch nicht genannten Verhaftungsmotiv weiterhin im Raum. Hier kann derzeit nur gemutmaßt werden. Geht es der Bundesanwaltschaft darum, "anhand der Ermittlungsakten Croissant der noch immer etwas dubiosen 'RAF-Stasi-Connection' auf den Grund zu kommen", wie in der "Frankfurter Rundschau" erwogen wird? (FR, 19.9.) Haben wir es mit einem Racheakt dafür zu tun, daß sich Croissant 1977 einer Anklage seitens der BRD wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" durch Flucht nach Frankreich entzog und von dort nur unter der Bedingung ausgeliefert wurde, daß er nicht entsprechend nach § 129a angeklagt wird? Handelt es sich, wie Croissant selber in einer Erklärung aus der

Haft schreibt, um eine "späte Revanche für die scharfen öffentlichen Angriffe..., die ich als Verteidiger von Gefangenen aus der RAF gegen die bundesdeutsche Justiz erhoben habe"? (ND, 23.4.) Sollen "die 'Friedensangebote' der RAF ins Zwielicht gerückt werden", wie die PDS-Kreuzberg, deren Mitglied Croissant ist, spekuliert? Oder soll mit Croissant stellvertretend der Rest jener Linken angegriffen (und isoliert) werden, die bis zuletzt die Eigenstaatlichkeit der DDR verteidigt haben und die auch heute noch nicht verhehlen, daß sie die Wiedervereinigung für eine politische Katastrophe halten?

Wie es auch sein mag - die Inhaftierung Croissants stellt sich als Willkürakt auch deshalb dar, weil, wie Croissant in seiner Erklärung bemerkt, "alle anderen, gegen die derselbe Vorwurf erhoben wird, sich zu Recht als freie Menschen gegen die Vorwürfe verteidigen können". Zudem befinden sich - auf diese Unverhältnismäßigkeit weist eine Erklärung der "Vereinigung Berliner Strafverteidiger" hin - Croissants angebliche Führungsoffiziere Jäckel, Franz und Gebhardt (die der Haftbefehl alle erwähnt) sämtlich auf freiem Fuß -, "zu Recht" wäre auch hier zu ergänzen.

Sofortige Freilassung von Klaus Croissant und Einstellung des Ermittlungsverfahrens!

J., Westberlin

Klaus Croissant: Erklärung aus der Haft

Der Vorwurf, Brigitte Heinrich und ich hätten Verrat an der Linken begangen, ist infam und entbehrt jeder Grundlage. Brigitte Heinrich und ich haben mit allen Teilen der Linken im In- und Ausland Erfahrungen ausgetauscht und unsere politischen Überzeugungen und Ziele diskutiert. In diesen Rahmen fallen auch Kontakte zur DDR. Sie beruhen nicht auf einem Lohnverhältnis - "Agentenlohn" haben wir nie erhalten -,sondern auf unserer Entscheidung, uns angesichts einer immer aggressiver auftretenden BRD, die inzwischen ihre Kriegsbereitschaft unter dem perversen Schlagwort "friedensstiftende Kampfeinsätze" offen bekennt, bewußt auf die Seite des anderen deutschen Staates zu stellen.

Nach zwei Weltkriegen, die Deutschland entfesselt hat, und nach den Leichenbergen des Naziregimes waren wir der Auffassung, daß das Bestehen zweier deutscher Staaten auf keinen Fall in Frage gestellt werden dürfe. In dieser Auffassung wurde ich bestärkt durch Erfahrungen, die ich als Verteidiger in Prozessen gegen die RAF, aber auch als Gefangener in meinem Stammheimer Verfahren vor 15 Jahren gemacht habe. Dasselbe gilt für die Verfolgung von Brigitte Heinrich. Wir haben alles getan, um sozialistische Positionen überall dort zu stärken, wo uns das möglich war.

Ich habe dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes erklärt, daß ich mich zu dem Vorwurf "geheimdienstlicher Agententätigkeit für eine fremde Macht" äußern werde.

Daran sehe ich mich aber so lange gehindert, wie ich in Haft gehalten werde, während alle anderen, gegen die derselbe Vorwurf erhoben wird, sich zu Recht als freie Menschen gegen die Vorwürfe verteidigen können. Daß ich auf Antrag der Bundesanwaltschaft in Haft genommen wurde, ohne mir zuvor auch nur rechtliches Gehör zu gewähren, kann ich nur als späte Revanche für die scharfen öffentlichen Angriffe ansehen, die ich als Verteidiger von Gefangenen aus der RAF gegen die bundesdeutsche Justiz erhoben habe.

3. Frauen überwinden Gewalt. Internationale Frauenkonferenz in Thailand

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:32

Vom 25. November bis 1. Dezember 1992 werden sich ca. 150 Frauen aus Frauengruppen und gewaltfreien Basisorganisationen der ganzen Welt zu einer Konferenz in Bangkok treffen. Die Konferenz unter dem Motto "Frauen überwinden Gewalt" wird sich mit den drei Themenschwerpunkten Militarismus, Entwicklung und Gewaltfreiheit beschäftigen. Dabei soll an jedem Tag der Konferenz ein bestimmtes Thema in Plenumssitzungen und Diskussionsgruppen bearbeitet werden. So u.a. Frauen in Armee und Polizei, Militarisierung und Prostitution, sexuelle Ausbeutung von Frauen, Gewalt gegen Lesben, gewaltfreie Erziehung.

Die Konferenz wird von "War Resisters' International (WRI)" und "Peoples Plan for the 21st Century Thailand 1992" veranstaltet und von verschiedenen thailändischen Organisationen und Frauengruppen unterstützt. Die WRI, 1921 gegründet, ist ein weltweites Netzwerk mit Sitz in London. Sie vertritt die Ansicht, daß gerechte Lösungen für die Probleme in der Welt nur gefunden werden können, wenn auf Krieg als Mittel der Politik verzichtet wird. Sie hat Mitgliedsgruppen in 40 Ländern, zu deren gemeinsamer Überzeugung die Gewaltfreiheit als einem Weg des Widerstands gehört.

Ziel der Konferenz soll es sein, "die internationale Zusammenarbeit von Frauen zu stärken. Aus diesem Grund wird besonderer Wert darauf gelegt, daß der Konferenz gemeinsame Aktivitäten folgen. (...) Wir möchten mit diesem Treffen das Wissen über Gewaltfreiheit vertiefen; eine internationale Perspektive entwickeln; und Frauen helfen, die wenig Unterstützung vor Ort haben."

Bisher fanden Frauenkonferenzen dieser Art und aus diesem Spektrum in Frankreich (1976), Schottland (1980) und Irland (1987) statt. Die diesjährige Konferenz ist damit die erste, die nicht in Europa abgehalten wird. 1987 wurde beschlossen, die nächste Frauenkonferenz in der asiatisch-pazifischen Region abzuhalten, um die internationale Perspektive zu erweitern und mit mehr Frauen aus dieser Region in Kontakt zu kommen. Die Veranstalterinnen schreiben: "In Thailand sind Militarismus, Armut und sexuelle Ausbeutung von Frauen auf das engste miteinander verflochten. Durch den Vietnamkrieg und die dadurch entstandenen ‚rest-and recreation`-Einrichtungen für die US-Soldaten nahm die Prostitution dort sehr stark zu und schuf die Voraussetzung für den heute immer mehr expandierenden Sextourismus. Dazu kommen Flüchtlingsprobleme als Folge der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Region und die spezifischen Probleme eines sich schnell ‚entwickelnden` Landes. In Thailand und in den umliegenden Ländern gibt es aber auch starke Frauenbewegungen, von denen wir viel lernen können."

Die internationale Perspektive soll auch durch strukturelle Maßnahmen gefördert werden. So wurde eine Quotierung nach Kontinenten vereinbart, und es soll versucht werden, ein zahlenmäßiges Gleichgewicht von Frauen aus den verschiedenen geographischen Regionen, mit verschiedener sexueller Orientierung und verschiedener ethnischer Zugehörigkeit, herzustellen.

Die thailändischen Frauengruppen, die diese Konferenz unterstützen, sind u.a.: Friends of Women (FOW), die in vielen Bereichen der thailändischen Frauenrealität arbeiten. So gibt es u.a. eine Rechtshilfegruppe, die in einem eigenen Zentrum "Women's Rights Protection Centre" Frauen beraten, die vergewaltigt, sexuell belästigt oder zur Prostitution gezwungen werden. Die EMPOWER (Education Means Protection of Women Engaged in Recreation) bietet Begleitung an für Frauen, die in Bangkoks Sexindustrie arbeiten. Z.B. gibt es Englischunterricht für die Frauen, damit sie besser mit Kunden verhandeln können; es wird ihnen Material z.B. über Aids-Prävention angeboten und eine Zeitung für Frauen herausgegeben. Die Association for the Promotion of the Status of Women (APSW) unterhält zwei Zufluchtshäuser für arme Frauen und deren Kinder, in denen sie mit Essen und Medizin versorgt werden. APSW betreibt außerdem eine Frauenklinik und ein Kinderheim. Die Foundation for Women (FOW) unterhält ein Frauenhaus und ein Frauen-Informationszentrum in Bangkok.

Wer Interesse an weiteren Information zu dieser Konferenz hat, kann sich wenden an: Ulla Eberhard, Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60, Tel.: 0221/765842

Li., Hamburg

4. Die Zerstörung eines Mahnmals. Die antifaschistische Gedenkstätte Sachsenhausen soll umfunktioniert werden

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:26

Der Brandsatz vom 26. September ist nicht der einzige Anschlag auf die Gedenkstätte Sachsenhausen. Mit einer "Neukonzeption für die brandenburgischen Gedenkstätten" werden die Interessen der Lagergemeinschaften und überlebenden Opfer des Nationalsozialismus des ehemaligen Konzentrationslagers regierungsoffiziell und in einer neuen Qualität seit Monaten mit Füßen getreten. Unterschiedlich sind nur die Methoden, mit denen die Anschläge ausgeführt wurden.

Nach dem Brandanschlag, der in der Nacht zum 26. September die "jüdische Baracke" und Ausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen/Oranienburg zerstörte, kam es zur öffentlichen Zelebrierung von Betroffenheit vor Ort: Kinkel, Engholm, Stolpe, Süßmuth und viele andere mehr waren pflichteifrig am Ort des Geschehens erschienen, Blumengebinde anbei. Man ließ sich sehen, kurz, denn Zeit ist Geld, Foto mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Statement für die Presse und Flug ab.

Als Max Willner, ehemaliger Sachsenhausen-Häftling und heute einer der Vorsitzenden des Zentralrates, eine Rede hielt, bestieg der Bundesaußenminister schon wieder den Hubschrauber, denn er mußte zur Buchmessen-Eröffnung nach Frankfurt. Was schert ihn ein ehemaliger KZ-Häftling, der zum ersten Mal nach 50 Jahren am Ort des Geschehens ist und sehr bewegt versucht, in Worten auszudrücken, was dieser Brandanschlag auf die Gedenkstätte bedeutet ...

Nicht alle Politiker verhielten sich dermaßen instinktlos wie Klaus Kinkel, FDP, der sich in seinem Kommentar vor der internationalen Presse zu der Behauptung verstieg: "Dieses Deutschland ist nicht ausländerfeindlich!" Andere schienen besorgter; der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe, SPD, befand, daß der Anschlag "die junge Demokratie mitten ins Herz" treffe.

Daß die politischen Würdenträger sich in erster Linie um die Weltmeinung über Deutschland sorgten und für die Toten und Opfer rassistischer Anschläge in den vergangenen Monaten keineswegs in Reisefieber oder Ortsbesichtigungen aufgebrochen waren, schien nur Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden aufgefallen zu sein. Er kritisierte die Bonner Regierung wegen ihrer laschen Haltung gegenüber den rassistischen Gewalttaten wie beispielsweise in Hoyerswerda, die eine Ermunterung für weitere Anschläge gewesen sei. Das wiederum wollte der Bundesaußenminister nicht so auf sich sitzen lassen: "Es ist das gute Recht von Bubis, die Dinge so zu sehen, wie er sie geschildert hat. Er steht dem zwangsläufig anders gegenüber als ich." Kein Eklat, aber doch eine hörbare und sichtbare Distanz, trotz ministerlicher Winterastern für die Gedenkstätte und dem Versprechen, daß "die Deutschen aus ihrer Vergangenheit gelernt" hätten.

Was haben sie gelernt,

die Deutschen?

Der Anschlag in Sachsenhausen sei eine Schande für Deutschland, meinte Brandenburgs Innenminister Alwin Ziel, SPD, schon am Tag danach. Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, CDU , - eine der wenigen PolitikerInnen aus Bonn, die sich neben einer Pressekonferenz auch Zeit für eine Besichtigung der Gedenkstätte nahm - forderte zu Demonstrationen gegen Ausländerhaß und Antisemitismus am 3.Oktober auf. Das Springer-Boulevard-Blatt BZ startete gemeinsam mit den Berliner Fraktionen im Abgeordnetenhaus und den Gewerkschaften einen Aufruf, um eine Großdemonstration "gegen Judenhaß" am 2.10. zu veranstalten - mit Hinweis auf Paris 1990, wo nach der Schändung des jüdischen Friedhofs Carpentras 200.000 Menschen mit dem Staatspräsidenten Mitterand an der Spitze demonstriert hatten.

Deutschland ist nicht Frankreich, Berlin ist nicht Paris, Kohl ist nicht Mitterand.

Es waren am 2. Oktober in Sachsenhausen etwa 195.000 Demonstranten weniger als in der französischen Hauptstadt; in anderen Orten waren es höchstens je 5-10.000, die auf die Straße gingen. Außerordentlich wenige also.

Im KZ Sachsenhausen wurden zwischen 1937 und 1945 etwa hunderttausend Menschen ermordet, Angehörige aus 47 Ländern und Nationalitäten; nach heute vorliegenden Angaben waren dort mehr als zweihunderttausend Menschen inhaftiert; es gab eine Gaskammer und medizinische Versuche; Sachsenhausen war Vorzeige-, Experimentier- und Ausbildungs-KZ für die berufliche Weiterbildung im Bereich KZ-Wesen; in Sachsenhausen war die Leitung sämtlicher KZs angesiedelt; Sachsenhausen war Zwangsarbeiterzulieferer für mehr als hundert Außenlager insbesondere der Berliner Rüstungsindustrie; Sachsenhausen war eines der Konzentrationslager, in denen alle Opfergruppen vertreten waren; Sachsenhausen war einer der Orte, deren Grauen und Größe nicht in Worten beschreibbar ist.

Am 22. April 1945 war damit Schluß, als die Rote Armee, unterstützt von polnischen Verbänden, die verbliebenen dreitausend Häftlinge befreiten.

1961 wurde an diesem Ort eine der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR errichtet, direkt unterstellt dem ZK der SED und der Regierung. Dagegen ist erstmal wenig zu sagen, denn die Ansiedelung einer NS-Gedenkstätte in einem der NS-Nachfolgestaaten ist mit Recht eine Staatsangelegenheit. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß die Errichtung von NS-Gedenkstätten im NS-Nachfolgestaat BRD in vielen Fällen erst nach jahrelangen internationalen Forderungen, Beschwerden und Demonstrationen ehemaliger Häftlinge und deren Organisationen zustande kam.

Problematisch und umstritten auch innerhalb der Lagergemeinschaften und Opferverbände war zunehmend allerdings die unzweifelhaft einseitige Darstellung des Gedenkens an kommunistische Opfer und die Ausblendung und Tabuisierung beispielsweise von Roma und Sinti, Homosexuellen, zu Anfang auch der jüdischen Ermordeten und Verfolgten, in den DDR-Gedenkstätten. Es hatte allerdings, langsam und bürokratisch, wie die DDR eben war, Annäherungen und Veränderungen gegeben, zunehmend in den achtziger Jahren. Es gab also schon lange gute Gründe und auch Vorschläge, über die Konzeptionen und realen Zustände der NS-Gedenkstätten auf dem Gebiet der DDR nachzudenken.

Bei der Aufarbeitung

des Antifaschismus ...

Das waren die Voraussetzungen für die neuen Machthaber, die 1990 als Kultusminister, Bundes- und Länderregierungen, Gedenkstättenleiter und Gutachter (die weibliche Form erspart sich hier aufgrund von Marginalität) in Sachen Umgang mit NS-Gedenken auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ans Werk gingen.

Sie haben flott gearbeitet: neue Seilschaften (hier FDP und SPD), Entlassungen bei den ehemaligen Gedenkstätten-MitarbeiterInnen, kommissarische Neueinstellungen, Gutachteraufträge, Neukonzeptionen, ABM-Arbeitsplätze - das Übliche eben nach der Annexion. Dazu wurden speziell in Sachsenhausen noch rührige Aktivitäten unter Leitung des neuen Gedenkstättenleiters begonnen: Einige Ausstellungsräume wurden geschlossen rsp. abgebaut, neue Ausstellungen und Schilder erstellt, die Mahnungen gegen das SED-Regime enthielten, es wurden Handzettel für die BesucherInnen gedruckt, denen nach den Wende-Entlassungen keine AusstellungsbegleiterInnen mehr zur Verfügung standen usw.

Die Zielrichtung war klar. Sie wurde unter anderem in den von der Potsdamer Landesregierung in Auftrag gegebenen "Empfehlungen der Expertenkommission für die brandenburgischen Gedenkstätten" (1) erarbeitet und deutlich benannt: "Zu den außerordentlich problematischen Zügen des DDR-Antifaschismus gehörte auch, daß er ‚verordnet`, d.h. von oben autoritär durchgesetzt wurde... Eine Neukonzeption der Gedenkstätten in Brandenburg hat deshalb davon auszugehen, daß für viele Menschen die Erinnerung an den ‚verordneten Antifaschismus` geradezu als Barriere wirkt, sich mit NS- Herrschaft und ihrem Terror auseinanderzusetzen. Es gilt folglich, den ‚Antifaschismus`, der die Gedenkstätten bisher geprägt hat, ausdrücklich zu thematisieren und auf diese Weise zu seiner Aufarbeitung beizutragen."(S.12) Und wie? "All diese Probleme zwingen zu einer kritischen Reflexion und Neuorientierung der Gedenkstättenarbeit. Sie erfordern u.a. neue didaktische Konzepte, die von einer Vieldimensionalität des Geschehens und einer Pluralität von Interpretationen ausgeht". (S.18) "Die NS-Verbrechen dürfen weder durch die Verbrechen des Stalinismus relativiert, noch die

Verbrechen des Stalinismus mit Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden. Anspruch darauf, nicht vergessen zu werden, haben alle Opfer."(S.22)

Kurz zusammengefaßt: Der NS-Verbrechen wird am besten gedacht, indem der DDR-Antifaschismus als Teil des stalinistischen Terrors bekämpft wird, plural und vieldimensional; Cafeterias sollen auch errichtet werden (S. 33).

Schreibtischtäter sind hier nebst der bereits zitierten "Expertenkommission" aus dem Spektrum der eher sozialliberalen Historikerzunft, der seit der demokratischen Machtergreifung kommissarisch eingesetzte Gedenkstättenleiter in Sachsenhausen, Gerhard Emig, FDP, und dessen Parteigenosse und Vorgesetzter, der brandenburgische Kultusminister Hinrich Enderlein.

Enderlein ist Dienstherr der Gedenkstätten im Land Brandenburg, u.a. denen von Ravensbrück und Sachsenhausen seit November 1990. Im Vorwort der "Neukonzeptionen" schreibt er, daß es eine "Vielzahl von Problemen zu lösen" gab, vor allem "das schwierige Erbe dieser Gedenkstätten in den einseitig von der SED-Geschichtsauffassung geprägten Ausstellungen (...) und in einem nicht einfachen, weil neu zu bestimmenden Verhältnis zu den Komitees ehemaliger Häftlinge und zu Betroffenen-Verbänden insgesamt."

Was mit diesem "neu zu bestimmenden Verhältnis" gemeint ist, wissen die Überlebenden des Nationalsozialismus mittlerweile sehr gut: Sie haben das Maul zu halten und sollen froh zu sein, sich in einer gemeinsamen Stiftung ab 1993 gemeinsam mit den Verbänden "stalinistisch Verfolgter" an einen Tisch setzen zu dürfen.

"Wo, wie in Sachsenhausen, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am gleichen Ort neue Lager und neues Unrecht folgten, ist auch deren Geschichte in die Gedenkstättenarbeit einzubeziehen." (S. 46) "Im Hinblick auf die Gedenkstätte Sachsenhausen erscheint die Einbeziehung dieses Nachkriegsgeschehens zwingend. Sie wird allerdings erschwert durch das (...) schwierige Verhältnis der verschiedenen Verfolgtenorganisationen zueinander, deren Dialog zu fördern ist." (S. 17)

Hintergrund dieses "Dialoges", der von den Experten und ihren Auftraggebern als unabdingbar vorgeschrieben wird, ist die Tatsache, daß sich auf dem Gelände des Konzentrationslagers nach der Befreiung ein "Speziallager" befunden hat, in dem NS-Täter und solche, die im Verdacht der Täterschaft standen, zwischen 1945 und 1950 interniert waren. Die Überlebenden auch dieser Lager haben selbstredend - und mit westlicher Unterstützung - Verbände und Organisationen gegründet. Einer, der sich - als ehemaliger Internierter und späterer Geheimdienstmann in der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit"(KgU)- hier besonders hervorgetan hat, ist Gerhard Finn. In schier unermüdlicher Arbeit erschienen und erscheinen unter seiner Regie und aus Bonner Ministerien bezahlt reaktionäre, antikommunistische und revisionistische Hetzschriften. (2)

Es führt hier zu weit, die Methoden der Verharmlosung des Nationalsozialismus, die in dieser Art Propaganda kontinuierlich seit den 50er Jahren bis heute betrieben wurden, zu beschreiben. Ziel war und ist es, antisozialistische Hetze sowie Angriffe auf die DDR zu verbinden mit der Behauptung, daß es in den "stalinistischen Lagern" doch auch sehr schrecklich war, irgendwie genauso eben wie in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus. "Zeitzeugen" dafür finden sich noch immer genug und selbstredend war nie einer dieser "stalinistischen Opfer" je in irgendeiner Weise wirklich am Nationalsozialismus beteiligt, Täter, Mörder oder wenigstens überzeugter Nationalsozialist gewesen. (3)

Ohne Frage hat es auch in den sowjetischen Internierungslagern zwischen 1945 und 1950 viele Tote gegeben; gerade in Sachsenhausen waren es tausende, die an Krankheiten und Unterernährung gestorben sind. Nie jedoch existierte eine planmäßige Vernichtung, es gab keine Exekutionen und es gab keine Internierung ohne Grund oder wenigstens Verdacht, auch wenn dieser im Einzelfall manchmal falsch gewesen sein mag. Kurz: Die Speziallager der Alliierten - auch in den Westzonen existierten einige Internierungslager für ehemalige Nazis! - waren nie, auch nicht in den Einzelheiten, in irgendeiner Weise vergleichbar mit den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern.

Sich auf eine derartige Debatte überhaupt einzulassen, geschweige denn die Forderung nach einem "gemeinsamen Aufarbeiten aller Opfer" zu stellen ("Leid ist unteilbar") ist ein politischer und persönlicher Angriff auf die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus.

... stören die Nazi-Opfer

Die wenigen - es sind durchweg VertreterInnen der NS-Opfer und ihrer Angehörigen -, die ganz eindeutig Stellung bezogen haben gegen diese Vermischung und Vermengung des Nationalsozialismus und späterer sowjetischer Straflager am Beispiel Sachsenhausen, müssen im harmlosesten Fall mit Nichtbeachtung ihrer Kritik rechnen. Trotz vieler mündlicher und schriftlicher Proteste und Einsprüche - u.a. hatte Heinz Galinski, der verstorbene Vorsitzende des Zentralrats der Juden, im Frühjahr 1992 bei Ministerpräsident Stolpe interveniert - wurden die "Empfehlungen zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten" unverändert gedruckt. Gerhard Emig, Gedenkstättenleiter in Sachenhausen, behauptet auf telefonische Nachfrage noch im Oktober 1992, es gäbe keine Kritik an den Neukonzeptionen, lenkt dann aber ein, "außer aus einer bestimmten Richtung, von den Altkommunisten, ja, und den Juden".

Die da gemeint sind und unsichtbar gemacht werden sollen, sind unter anderen: der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA), das Auschwitz-Komitee in der BRD, der Zentralrat deutscher Sinti und Roma, die nationalen und internationalen Lagergemeinschaften ehemaliger Sachsenhausen-Häftlinge, die Vertreter des Schwulen Museums Berlin als Vertreter der Schwulen, die Vertreter der Nissenbaum- Stiftung, die Vorsitzende der internationalen Ravensbrück-Komitees und viele andere mehr. Sie alle haben schriftlich und mündlich Einspruch erhoben ohne bisher sichtbare Ergebnisse. In Sachen Sachsenhausen gibt es 1991/92 eine ellenlange Liste von Ungeheuerlichkeiten, die weit über das Unsichtbarmachen von Kritik der Überlebenden hinausgehen und jede für sich einen Artikel wert wären: Die Landesregierung von Brandenburg befand es zwischen 1990 und 1992 nie für nötig, den kommissarischen Gedenkstättenleiter von Sachsenhausen, Emig, abzusetzen, obgleich beinahe sämtliche Opferverbände sich erst bitter, dann allmählich böse, beschwerten über dessen Umgang mit ehemalig Verfolgten des Nationalsozialismus. Der Rechtsanwalt, einst Staatssekretär in Bonn und Berlin und ehemals "stalinistisch Verfolgter" (er war 1952 bis 1956 in einem DDR-Knast inhaftiert), konnte Kraft seines von der brandenburgischen und Bundesregierung abgesicherten Amtes nicht nur eine Gedenkplatte der Roma und Sinti "wegen orthographischer Fehler" entfernen, sondern in Sachsenhausen auch seinen besonderen Interessen frönen; er war nämlich nicht faul in seinem Job, sondern eher initiativ (obgleich er nach dem oben benannten Brandanschlag es nicht für nötig befand, seinen Urlaub in Kreta abzubrechen): In seiner Regie ist unter den Augen und mit Mitteln der Landesregierung Brandenburg in Sachsenhausen eine Ausstellung entstanden für die "Opfer des Stalinismus im Speziallager 7". Die Lagergemeinschaft Sachsenhausen, von deren internationalen Vorsitzenden Charles Désirat der amtierende Sachsenhausener Gedenkstättenleiter vergnügt und offensiv in einem Interview sagt, "absoluter Schwachsinn, was die von sich geben, besonders dieser Désirat"; berichtet in ihrem Mitteilungsblatt vom Juli 1992 beinahe lapidar und in gebotener Kürze: "Die französische Pilgerfahrt in unsere Gedenkstätte endete bei einer nazistischen Hetzrede des Leiters der Gedenkstätte unter der Trikolore." Immerhin ein schwerwiegender Vorwurf, gegen den zu klagen wäre, wenn er nicht entweder stimmte oder aus Gründen der Nichtachtung derer, die den Vorwurf erheben, nicht ernstzunehmend sei.

Selbst derartige Skandale sind aber anscheinend belanglos für die brandenburgischen und auch bundesweit agierenden neuen Machthaber der jungen Demokratie, z.B. in Brandenburg.

Es geht um anderes: "Die Kommission hält im übrigen die Bezeichnung ‚Nationale Mahn- und Gedenkstätte` für in einem solchen Maße durch den DDR- Antifaschismus geprägt, daß sie empfiehlt die Bezeichnung aufzugeben." (S. 22)

Wen wunderts eigentlich noch, wenn es auch Brandanschläge gibt auf die jüdische Ausstellung dieser Gedenkstätte, die nach den Vorschlägen der staatlich bezahlten Experten neben ihrem Namen auch ihre Inhalte verändern soll?

Heinz Junge, Generalsekretär des Sachsenhausen-Komitees in der BRD, erklärte am 26.9. nach dem Brandanschlag in der Gedenkstätte: "Erst hat man versucht, den antifaschistischen Gehalt dieser Gedenkstätte zu verwischen, nun ist die Gedenkstätte selber ins Visier der Neonazis geraten. Der Abbau des Antifaschismus findet dabei seine Fortsetzung in der Zerstörung des jüdischen Gedenkens."

Schon im November 1990 hatten die Vorsitzenden der internationalen Komitees nationalsozialistischer Konzentrationslager (4) in einem Memorandum geahnt und gewarnt, was im neuen, vereinigten Deutschland geschehen wird. Sie forderten eindringlich, die NS- Gedenkstätten unter den Schutz internationaler Organisationen wie den Vereinten Nationen zu stellen, um sie zu erhalten und um u.a. zu erreichen, "daß ihr

Inhalt auf die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis Mai 1945 beschränkt bleibt. In diesem Rahmen kann auch nicht der zaghafteste - direkte oder indirekte - Versuch geduldet werden, die Verantwortung des Nationalsozialismus zu verwischen oder die Henker zu rehabilitieren."

Zwei Jahre später, im Oktober 1992, haben die Realitäten die schlimmsten Befürchtungen bereits überholt. Da wird der Wunsch nach einer Kontrolle der Vereinten Nationen und der EG des ganzen Landes bereits in der New York Times geäußert, und jedes Argument dagegen bleibt angesichts der realpolitischen Entwicklungen im Halse stecken:"Deutschland ist doch gefährlich - Das Land, das Angst macht" (5)

Katja Leyrer

1) Die brandenburgischen Gedenkstätten. Empfehlungen der Expertenkommission zur Neukonzeption im Auftrag des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. Berlin, 1992

2) vgl. z.B.: Gerhard Finn: Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945 - 1958. Hrsg. von der KgU, Berlin 1958

Gerhard Finn: Sachsenhausen 1936 - 1950. Bad Münstereifel 1991

3) Ähnlich zusammengeklöppelt sind auch neuere Werke aus dem Spektrum der "Opfer des Stalinismus" wie z.B.: Jan von Flocken, Michael Klonovsky: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. Berlin/Frankfurt/M 1991

4) Jos Hammelmann für Mauthausen, Louis-Eugène Sirvent für Dachau, Pierre Durand für Buchenwald-Dora, Maurice Goldstein für Auschwitz-Birkenau, Germain Lutz für Natzweiler-Struthof, Robert Pincon für Neuengamme, Rose Guérin für Ravensbrück und Charles Désirat für Sachsenhausen

5) A.M. Rosenthal, nachgedruckt in Die ZEIT Nr. 41 vom 2.10.92

5. Genfer Flüchtlingskonvention und Artikel 16 GG

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:40

Genfer Flüchtlingskonvention : Artikel 16 GG

Mehr Inhalt : Mehr Recht

Im Zusammenhang mit der Forderung nach Aufhebung bzw. Änderung des Grundgesetzartikels 16 (Grundrecht auf Asyl) wird immer häufiger die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ins Spiel gebracht. Aus der CDU kommen sogar Vorschläge, diese Konvention zur Grundlage einer Gesetzesänderung zu machen. Da es bei der Debatte um die Asylrechtsänderung ausschließlich um ein Beschneiden bzw. die Aufhebung dieses Rechtsgeht, liegt die Auffassung nahe, die GFK sei weniger weitgehend als die Grundgesetzformulierung, gebe den Staaten das Recht, Flüchtlinge ab- oder auszuweisen und biete so den Flüchtlingen weniger Schutz als der Artikel 16. Dies widerspricht jedoch den Auffassungen der UN. So ist beispielsweise der Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der BRD, Walter Koisser, der Ansicht, nach der GFK wäre die BRD ebenfalls verpflichtet, die ins Land kommenden Flüchtlinge aufzunehmen, und die Abschiebung sei verboten (siehe ND, 16.10.92). Bisher hat die Konvention in der BRD kaum eine Rolle gespielt, da die Aufnahme und rechtliche Behandlung von Flüchtlingen allein nach dem Asylrechtsartikel geregelt wurde. Sollte das darin garantierte Individualrecht auf Asyl eingeschränkt oder, was jetzt immer wahrscheinlicher wird, aufgehoben werden, dann bekäme die GFK eine große Bedeutung, da die BRD an diese in jedem Fall gebunden ist. Wo also liegt der Haken?

Vergleicht man den Personenkreis, der von der GFK einerseits und dem Artikel 16 GG andererseits beschrieben wird, so geht die GFK inhaltlich weiter. Heißt es im GG schlicht: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", definiert die GFK eine Person als Flüchtling, die "aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will". Während also nach Artikel 16 ein (scheinbar) objektiver Tatbestand beschrieben wird ("Politisch Verfolgte..."), geht die GFK von der Person aus und beschreibt einen subjektiven Faktor (die Furcht vor Verfolgung), fordert jedoch auch eine Objektivierung, indem sie von einer "begründeten Furcht" ausgeht. In der Praxis hat sich hieraus jedoch kein gravierender Unterschied ergeben. Die bis heute geltende bundesdeutsche Rechtsprechung legt den Begriff der politischen Verfolgung ähnlich wie in der GFK formuliert aus, die Einschränkungen erfolgen in der Regel dadurch, daß die persönliche Verfolgung bestritten wird, also damit auch die "begründete Furcht".

Nicht erfaßt werden durch die GFK die Kriegsflüchtlinge, Menschen, die nach Natur- oder aufgrund von Hungerkatastrophen fliehen. Es ginge also bei der Ersetzung des Artikel 16 letztlich um den gleichen Personenkreis und darum, wie weit der Begriff der politischen Verfolgung bzw. des politischen Flüchtlings gefaßt wird. Inwieweit also die sogenannten "Wirtschaftsflüchtlinge" in diesen Personenkreis hineingehören, wäre damit keineswegs beantwortet.

Die GFK schreibt in ihrem Artikel 33 vor, daß niemand in ein Land zurückgewiesen oder gebracht werden darf, in dem sein/ihr Leben oder seine/ihre Freiheit (nach den beschriebenen Kriterien) bedroht ist. Dieser Schutz wird jedoch im gleichen Maße vom Artikel 16 abgedeckt, auch wenn sich die Rechtsprechung nicht immer daran hält.

Der entscheidende Unterschied zwischen der GFK und dem Artikel 16 liegt in der rechtlichen Stellung der Flüchtlinge. Zunächst einmal gilt der Artikel 16 auch außerhalb der Grenzen der BRD. Ein Flüchtling muß sich nicht innerhalb der Grenzen der BRD befinden, um Asyl beantragen zu können. Dies spielt in praktischer Hinsicht keine große Rolle, da die große Mehrheit der politisch Verfolgten den Antrag auf Asyl unmittelbar mit der Flucht verbindet. Bedeutung bekommt dies jedoch dann, wenn Menschen, was die Regel ist, über ein anderes Land (sog. Drittland) in die BRD fliehen. Nach der jetzt geltenden Rechtslage könnten sie sowohl von diesem Land aus als auch an der Grenze der BRD einen Antrag auf Asyl stellen. Nach der GFK hätte die BRD ihnen gegenüber keinerlei Verpflichtung, da sie sich nicht in dem Land befinden, in dem sie sich verfolgt

fühlen. Bei Aufhebung des Artikel 16 und einem Verfahren nach der GFK wäre ein Flüchtling, der/die in der BRD um Aufnahme bitten will, also gezwungen, sich auf irgendeinem Weg Zugang in die BRD zu verschaffen.

Noch gravierender ist der Unterschied in der rechtlichen Stellung des Flüchtlings. Zwar sieht auch die GFK vor, daß besondere staatliche Institutionen die Anträge prüfen müssen, aber es besteht letztlich keinerlei Rechtsanspruch der Einzelperson. Nach Artikel 16 in Verbindung mit dem Artikel 19 (Rechtsweggarantie) hat ein Flüchtling über das Recht der Prüfung seines/ihres Antrags durch einer Verwaltungsbehörde hinaus das Recht auf Überprüfung einer ablehnenden Entscheidung durch ein Gericht. In der Praxis hat dies zwei Auswirkungen. Erstens erkennen Gerichte nach wie vor eine größere Anzahl von Asylbewerbern an als die Verwaltungsbehörden. Dies spielt für die Gesamtzahl keine große Rolle, denn insgesamt werden nur 7% der Bewerbungen anerkannt, aber für die Einzelnen kann es entscheidend sein. Zweitens erlangen die Flüchtlinge hierdurch für eine gewisse Zeit ein De-facto-Aufenthaltsrecht, denn solange die Gerichtsverfahren laufen, dürfen sie nicht abgeschoben werden. Dieses Recht gilt nach dem Grundgesetz für alle, auch für diejenigen, die nachweislich illegal ins Land gekommen sind, sich nicht ausweisen können usw.

Deshalb nähert sich die Asylrechtsdebatte auch mehr und mehr dem Punkt, das Individualrecht auf Asyl abzuschaffen, womit gleichzeitig auch der Rechtsanspruch aufgehoben wäre. Nach der GFK verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten zwar zu allem Möglichen, jedoch können sie jeweils auf dem Behördenweg, und damit in direkter Verantwortung der Exekutive, entscheiden, wer als Flüchtling anerkannt wird.

Die Betreiber der Aufhebung des Artikel 16 versprechen sich durch eine Neuregelung auf Grundlage der GFK vor allem zwei Dinge: erstens, daß Flüchtlinge schon an der Grenze abgewiesen werden können; zweitens, daß Menschen, die sich in der BRD befinden und deren Antrag nicht stattgegeben wird, abgeschoben werden können.

Was den ersten Teil anbelangt, Zurückweisung an der Grenze, wird er in der Praxis nur eine untergeordnete Rolle spielen, da lediglich 8% aller Asylanträge an den Grenzen gestellt werden. Der übrige Teil ist bei Antragstellung schon im Land. Dem Bundesinnenminister schweben sicherlich Bilder wie aus Italien vor, wo die geflüchteten Albanier im Hafen abgefangen, eingepfercht und mit brutaler Gewalt aus dem Land getrieben wurden. Mit einer solchen Aktion würden sicher die herrschenden Stimmungen befriedigt werden, die Probleme aber selbst aus der Sicht derjenigen, die "Flüchtlingsströme" aufhalten wollen, keineswegs bewältigt.

Der zweite Teil setzt voraus, daß Menschen in ihr Heimatland oder in ein Land, über das sie in die BRD gekommen sind, abgeschoben werden. An dieser Stelle kommen jetzt die sogenannten Länderlisten ins Spiel. In die Länder, in denen es angeblich keine politische Verfolgung gibt, sollen die Flüchtlinge gleich wieder zurückgewiesen werden. Aber selbst nach der GFK ist eine solche Liste nur zulässig, wenn sie nicht absolut gilt, sondern nur allgemein von einer Verfolgungsfreiheit ausgeht, der Einzelfall dennoch wieder geprüft werden muß. Womit wir wieder beim Individualrecht auf Asyl wären. Darüberhinaus wird diese Praxis selbstverständlich dazu führen, daß solche Listen nach Opportunitätsgründen zusammengestellt werden. Erstens müssen möglichst viele Staaten drauf, um aus möglichst wenig Ländern Menschen aufnehmen zu müssen. Zweitens spielt eine solche Liste eine nicht unwichtige Rolle in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Kann man sich vorstellen, daß die BRD von Frankreich wegen der Berufsverbote oder des §129a auf eine solche Liste gesetzt würde? Drittens gibt es das Problem der geschönten Berichte real. Als 1980 das Militär in der Türkei putschte, kamen aus der deutschen Botschaft ausschließlich Berichte, daß das Militär aus rein demokratischer Gesinnung, zur Rettung der Demokratie vor den "Terroristen" eingegriffen habe. Wer soll dann als politisch Verfolgte/r anerkannt werden?

Bleibt als letztes das Problem der sogenannten Drittländer. Wie schon erwähnt, wäre es nach der GFK möglich, Flüchtlinge an der Grenze abzuweisen, wenn sie über ein Land kommen, in dem sie nicht verfolgt werden. Sind sie aber schon in der BRD und wollen sich hier als Flüchtling registrieren lassen, wird es nur schwer oder gar nicht möglich sein, sie in die Durchgangsreiseländer zurückzuweisen. Rechtlich ist dies problematisch. Deshalb versucht die BRD mit besonderen Abkommen, bekannte Durchreiseländer zur Wiederaufnahme zu zwingen. Ähnlich wie im Fall Rumänien, das sich im Tausch für Wirtschaftshilfe verpflichtet hat, geflüchtete Roma aufzunehmen, selbst wenn diese nicht behaupten, aus Rumänien zu kommen, sollen Abkommen mit Polen und der CSFR eine Ausweisung im großen Stil ermöglichen.

Selbst aus dem bürgerlichen Lager gibt es eine Reihe Stimmen, die behaupten, daß eine solche Änderung des Grundgesetzes in der Praxis kaum weniger Flüchtlinge nach Deutschland bringen werde, sondern daß dafür eine gesamteuropäische Regelung über die Verteilung der Flüchtlinge auf alle Länder notwendig sei. Wenn dennoch so hartnäckig an der Änderung festgehalten wird, und man nicht davon ausgehen will, daß ein solcher politischer Gewaltakt for nothing gemacht wird, kann eigentlich nur geschlossen werden, daß die BRD ihren durch die Unterschrift unter die GFK eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen will. Es muß befürchtet werden, daß entgegen den Verpflichtungen ein großer Teil der ins Land gekommenen Flüchtlinge illegal abgeschoben werden soll. Nur dafür wäre es letztlich relevant, das Individualrecht aufzuheben, die Justiz auszuschalten und die Entscheidungsgewalt allein bei der Exekutive zu installieren. Dies deckt sich auch mit dem Versuch, das Recht auf Asyl nicht mehr als Grundgesetzartikel bestehen zu lassen, sondern es der Willkür eines normalen Gesetzes zu unterwerfen, d.h. mit einer einfachen Mehrheit kann die jeweilige Regierung entscheiden, wie mit Flüchtlingen umgegangen wird.

he., Hamburg

6. Berlin: Streit um Einheitsfrontdemo

Rubrik: Demonstrationsauseinandersetzungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:43

Anfang Oktober wurde auf eine Initiative der SPD zwischen den im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien beschlossen, in Erinnerung an den 54. Jahrestages der Reichspogromnacht und aus Anlaß der rassistischen Überfälle der vergangenen Wochen, zu einer bundesweiten Demonstration am 7.11. nach Berlin aufzurufen. Leitthema dieser Veranstaltung soll sein: "Die Würde des Menschen ist unantastbar!" Die Schirmherrschaft sollte Bundespräsident Weizäcker übertragen werden.

In den folgenden Tagen sorgte dies für heftige Diskussionen auf der Berliner Regionalebene. Kritik kam sowohl aus den Fraktionen der Grünen/AL und Bündnis 90/Grüne als auch der PDS/Linken Liste. Aus beiden politischen Spektren wurde kritisiert, daß nicht genau mit den Parteien eine gemeinsame Demonstration möglich sei, die durch ihre Haltung gegenüber den Flüchtlingen Tag für Tag die Würde dieser Menschen verletzten. Verschärfend kam hinzu, daß von einem linken Aktionsbündnis Vorbereitungen für eine Demonstration am 9.11. liefen, die Träger dieser Veranstaltung aber selbstverständlich weder gefragt noch einbezogen wurden.

Kaum waren diese Bedenken geäußert, machten sich zwei Zeitungen unisono über die Kritiker her: das "Neue Deutschland" und die Berliner Ausgabe der TAZ. Für erstere gab es keinen Zweifel, daß nur unverantwortliche Linkssektierer an dieser positiven Aufnahme des Gedankens der nationalen antifaschistischen Einheitsfront zweifeln konnten. Ins gleiche Horn stieß die Kommentatorin der TAZ: "Weg mit den Sektierer"(13.10.92). Danach droht jetzt die Faschisierung der Gesellschaft (wo bleibt der Staat, fragen wir eine alte Bekannte?), deren Gefahr die Linke immer an die Wand gemalt habe. Schlagend dann das Argument: "Bündnisse nur mit den Guten zu schließen, zeugte damals schon von neoromantischen Lebensauffassungen, heute aber ist es brandgefährlich." Also nicht nur Bündnisse mit den Guten, sondern auch mit denen, die die Faschisierung betreiben. Diese Schlußfolgerung muß nicht unterstellt werden, aber sie steht als Frage, wenn sich keinerlei Gedanken gemacht werden, welchen Zweck eine gemeinsame Demonstration mit der CDU haben soll.

Geradezu wohltuend differenziert äußerte sich trotz der wilden Schelte des ND der Landesvorstand der PDS. Er verwahrt sich gegen die Kommentierung der Diskussion durch das ND als "schlicht gesagt schädlich", weil es eine komplizierte Widersprüchlichkeit abzuwägen gelte: Es sei eben ein "es ein reales Problem, daß maßgeblich verantwortliche Asylgegner bestrebt sind, mit der Demonstration am 7.11. den Anschein eines antirassistischen Profils vor allem gegenüber dem Ausland zu gewinnen." Dennoch wurde ein Beschluß gefaßt, zur Demonstration aufzurufen, wobei nicht erklärt wird weshalb, sondern es wird dargelegt, wofür auf der Demonstration eingetreten werden soll: die Demonstration zu einer Manifestation für den Erhalt des Artikel 16 und die Differenzen zu den anderen Parteien auch auf dieser Aktion deutlich sichtbar zu machen. Gemeinsam mit der AL soll überlegt werden wie dies organisiert werden kann.

Die Grünen/AL faßten einen ähnlichen Beschluß: "Die Grünen/AL rufen gemeinsam mit der PDS und dem Bündnis 90 zu der Allparteiendemonstration am 7.11. in Berlin auf. Diese Entscheidung fiel nach ausführlicher und gründlicher der derzeitigen politischen Lage in Deutschland.

Unsere Situation erscheint nicht ganz einfach. Gemeinsam mit den Brandstiftern von der CDU auf der Straße zu stehen und der SPD eine Woche vor ihrem Bundesparteitag die Möglichkeit zu geben, sich ein reines Mäntelchen umzuhängen, ist nicht unsere Sache. Dennoch möchten wir vorschlagen, an der Demonstration am 7. November teilzunehmen..." In der Begründung dafür heißt es: "Wenn die Akzeptanz von Demokratie weiterhin nachläßt und die Bereitschaft zur gewaltätigen, diktatorischen Lösung gesellschaftlicher Konflikte zunimmt, kann der Tag kommen, an dem wir von Faschisierung der Gesellschaft (wo bleibt der Staat, Anm. der Red.) sprechen müssen." Weshalb diesem mit der CDU entgegengetreten werden soll, begründet die AL so: "Die Lehren aus den Erfahrungen der Weimarer Republik zu ziehen, bedeutet für uns in erster Linie, Demokratie und Menschenrechte mit allen zu verteidigen, die dazu bereit sind: unabhängig davon, ob sie sich den Konservativen, Liberalen oder Linken zugehörig fühlen." Ist damit nun das Ausgangsdilemma beantwortet? Wohl kaum. Ähnlich wie beim Beschluß der PDS fehlt letztlich die Begründung, weshalb dazu diese gemeinsame Aktion mit den Brandstiftern nützlich ist. Insofern heißt es auch nur lapidar: "In diesem

Sinne rufen wir auf, an der Demonstration am 7.1.. teilzunehmen und sie zu einer Manifestation für den Erhalt des Artikels 16 des Grundgesetzes zu machen."

Mittlerweile hat das linke Aktionsbündnis sich entschieden, eine Demonstration am 4.11. durchzuführen, zu der Grüne/AL und PDS ebenfalls aufrufen.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat einen Aufruf verabschiedet, in dem es heißt: "Im November jährt sich zum 54. Mal die Nacht, in der mit brennenden Synagogen begann, was mit Vernichtungslagern wie Auschwitz und Treblinka und einem Weltkrieg endete, der 60 Millionen Menschen das Leben kostete. Unsere Geschichte ist uns Mahnung und Verpflichtung. Ausschreitungen gegen Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Anschläge auf jüdische Gedenkstätten und Mordanschläge auf ausländische Eltern und Kinder sind heute für uns Anlaß - über alle Parteigrenzen hinweg und trotz aller Meinungsverschiedenheit - gegen Haß, Terror und Gewalt anzugehen."(Nach TAZ, 15.10.)

Die CDU schäumt

Die Entschließungen in der PDS und den Grünen/AL riefen in aller Entschiedenheit die CDU auf den Plan und damit bekam die Sache erst die richtige politische Brisanz. In einer Stellungnahme droht der Fraktionsvorsitzende Lankowski mit dem Rückzug der CDU. Mit großer Sorge beobachte er "wie die PDS und andere linke Gruppen systematisch versuchen, diese Kundgebung umzufunktionieren." Eine "Kampfaktion gegen die Reform(!, die Red.) des Asylrechts" habe nichts mit dem "Bekenntnis zur Würde des Menschen zu tun". So tief sind eben die Gräben in der antifaschistischen Einheitsfront. Er forderte, die PDS vom Aufruf des Abgeordnetenhauses auszuschließen. Allein mit dieser Forderung hätte er sicherlich noch manches offene Ohr gefunden, wenn er nicht gleich noch einen verräterischen Schritt weitergegangen wäre. Auch auf einen Vertreter der jüdischen Organisationen solle verzichtet werden, "wenn dieser sich für die Erhaltung des Artikels 16 Grundgesetz stark machen sollte"(nach TAZ, 15.10.). Befürchtet wurde von der CDU offensichtlich, daß Ignatz Bubis für die jüdischen Gemeinden sprechen wird. Eine Veranstaltung zum 9. November ohne einen Sprecher der jüdischen Gemeinden, das kann eigentlich nur jemand einfallen, dem die Würde des Menschen als Gewürge im Hals stecken bleibt.

Bei SPD und FDP fand dieser Vorstoß keine Gegenliebe, weil ihnen die Demonstration gegenüber dem Ausland denn doch wichtiger ist als die innere Front gegen die PDS. Schon gar nicht wollen sie sich sicherlich einer Auseinandersetzung mit dem Zentralrat der jüdischen Gemeinden leisten. Der SPD-Fraktionssprecher Peter Stadtmüller erklärte, "die Gefahr von rechts sei so eklatant, daß eine große Partei wie die CDU nicht ausscheren dürfe." Warum eigentlich nicht, wenn sie selbst die Gefahr von rechts ist? Und beschwichtigend, da dies wohl auch für die SPD ein Problem ist, fährt er fort, "von einer Umfunktionierung der Demonstration könne keine Rede sein, selbst wenn 20.000 PDS-Sympathisanten sich daran beteiligen"(nach "Tagesspiegel", 14.10.).

Schlitzohr oder Salomon?

Wenn der Streit am schönsten ist, kommt meistens einer, um ihn zu schlichten. So auch bei der PDS. Während andere noch bolzten zog er das Florett. Der Vorsitzende der PDS holte alle seine Schäfchen zusammen, indem er vertrat, selbstverständlich könne und solle man an beiden Demonstrationen teilnehmen. Zunächst konstertiert er, daß die Demonstration am 7.11. auch von Parteien organisiert wird, die mit "ihrer Forderung nach Änderung des Artikel 16 Grundgesetz nicht unwesentlich zumindest zur Schürung einer fremdenfeindlichen Stimmung beigetragen haben." Deshalb sei die Frage berechtigt, "ob es nicht Verantwortung und Verantwortlichkeit verschiebt, zum Beispiel mit Vertretern der CDU zusammen an einer solchen Demonstration teilzunehmen." Nur für sich erklärt er dann, weshalb er diesen Bocksprung vollzieht. In der Todesliste des Naziführers Dienel stände sein Name neben dem von Graf Lambsdorff und Helmut Kohl: "Damit haben wir drei und natürlich auch andere ein gemeinsames Problem", weshalb es seines Erachtens "nicht Aufgabe der Linken sein (kann), einen gemeinsamen Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenhaß und Antisemitismus auszuschlagen." Anderseits stehe fest, "daß Politikerinnen und Politiker aus der CDU, CSU, FDP und SPD nicht aus ihrer Verantwortung und Mitverantwortlichkeit entlassen werden dürfen." Deshalb müsse darauf bestanden werden, einen "eigenen Standpunkt ... so deutlich wie möglich zu machen." Die Demonstration am 4.11. habe genau die Zielsetzung, mit der er völlig übereinstimme: "Und gerade weil ich die Möglichkeit habe, am 4.11. durch Teilnahme dieses Motto voll inhaltlich zu unterstützen, fällt es mir dann

auch leichter, am 7.11. zu demonstrieren. Für mich ist also die Teilnahme an der Demonstration am 4.11. eine weitere Voraussetzung für die Teilnahme an der Demonstration vom 7.11."(Zitiert nach ND, 16.10.92)

he., Hamburg

7. Die SPD - eine Volkspartei

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:35

Als die CDU/CSU im vergangenen Jahr massiv mit der Forderung auftrat, der Artikel 16 des Grundgesetzes (Grundrecht auf Asyl) müsse dahingehend geändert werden, daß dem Staat die Möglichkeit gegeben werde, schneller und effektiver abzuschieben, stimmte ihr die SPD-Spitze von der Zielsetzung her schon zu, behauptete sich aber immer noch als Bewahrer und Hüter des Grundgesetzes. Verfahrensbeschleunigungsgesetze, Sammellager u.ä. wurden ins Spiel gebracht, um die Flüchtlinge aufzuhalten. Jetzt, ein Jahr später, schwenkt sie auf die Linie der CDU ein, ohne öffentlich zu begründen, was an ihrer damaligen Linie falsch gewesen sei, was sich nicht bewährt habe, was jetzt anders werden soll. Nun wollen wir um Gottes Willen keinen Beweis, daß mit dem alten Instrumentarium der SPD die Ziele genauso zu erreichen wären wie mit der jetzt angestrebten Grundgesetzänderung, aber für eine Partei im öffentlichen Raum ist das jetzige Verhalten schon auffallend.

Man fragt sich dann, weshalb niemand in der SPD-Spitze auf die Idee kommt, daß es, jedenfalls in einer hinreichend demokratischen Gesellschaft, möglicherweise gar kein Mittel gibt, die Flüchtlinge abzuweisen. Dies, damit Flüchtlinge nicht kommen, weil sie in diesem Land aufgenommen werden, sondern weil die Verhältnisse in ihren Heimatstaaten sie zu Flüchtlingen machen. Für eine Antwort auf das Agieren der SPD-Spitze geben die öffentlich zugänglichen Argumentationen einige Hinweise.

Neu aufgenommen wurde die Asyldebatte im Frühjahr nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. In beiden Ländern gewannen die Rechtsradikalen stark, die bürgerlichen Parteien mußten Federn lassen. In einer internen Analyse dieser Wahlergebnisse kam die SPD zu dem Schluß, daß ohne einen Kurswechsel in dieser Frage die Bundes- und Landtagswahlen im Jahr 1994 nicht zu gewinnen seien. Diese Linie vertrat der baden-württembergische Landesvorsitzende Scharping auch auf der Parteiratssitzung Ende September.

Der Beschluß von Petersberg (22.8.92) war somit kein überraschendes Ergebnis, sondern trug der Festlegung der Strategie für die kommenden Wahlen Rechnung. Die Kehrtwendung hat insofern weniger mit einer Erkenntnis zu tun, daß mit dem bisher vorgeschlagenen Instrumentarium nicht die angestrebten Ziele zu erreichen seien, sie war das pure Sich-Anhängen an Stimmungen in der Bevölkerung. Jürgen Trittin, grüner Minister in der hannoveranischen Koalition, bringt dies auf den Punkt: "Die SPD-Spitze schlachtet den Artikel 16 ... nicht, weil es irgendeine Auswirkung auf die Zuwanderung hätte, sondern aus purem Opportunismus." (FR, 25.8.92) Wie zutreffend dies ist, kann man an der Debatte bzw. Nichtdebatte über die Einwände ihres ehemaligen Vorsitzenden Vogel sehen. Dieser, weitab davon, ein unbeugsamer Bewahrer des Grundgesetzes zu sein, zu dem ihn jetzt viele machen wollen, rechnete schon im April der CDU - aber vielleicht auch schon in Hinblick auf die eigene Partei - (in einem Interview mit der TAZ, 9.4.92) vor, daß durch eine Grundgesetzänderung kaum ein Flüchtling weniger kommen werde. Danach sind unter den 256.000 Anträgen auf Asyl im Jahre 1991 ganze 100 Zweitfälle (also Flüchtlinge, die schon in einem anderen Land um Asyl gebeten hatten), ganze 3% beantragten an den Landesgrenzen, ganze 5% auf den Flughäfen Asyl. 92% der Asylsuchenden waren also bereits in der BRD, als sie ihren Antrag stellten. Die Zahlen für 1992 liegen noch nicht vor, aber bisherige Schätzungen sagen, daß sich an diesem Verhältnis nichts geändert hat. Im gleichen Zusammenhang wies Vogel - voraussehend? - darauf hin, daß selbst die rabiatesten Vertreter einer Asylrechtsänderung bisher nicht gefordert hätten, die Genfer Flüchtlingskonvention zu kündigen.

Einen weiteren Hinweis auf eine Ursache des Umdenkens gab wiederum Scharping auf der Parteiratssitzung. Eine im letzten Jahr eingesetzte Expertenkommission habe die zu erwartenden "Zahlen geschönt". Das soll wohl heißen, die SPD ist im letzten Jahr nur deshalb nicht für eine Grundgesetzänderung eingetreten, weil sie von weniger AsylbewerberInnen ausgegangen ist.

Wie leichtfertig andererseits aber mit Zahlen bei einem so brennendem Problem umgegangen wird, führte der Fraktionsvorsitzende Klose vor. Noch im April sprach er sich für ein Einwanderungsgesetz, verbunden mit einer Einwanderungsquote, aus. Diese Quote solle bei jährlich 300.000 Menschen liegen. Wie kommt man auf eine solche Zahl? Es entspricht dem durchschnittlichem Bevölkerungsrückgang (Deutsche erster Klasse) der letzten Jahre. Allerdings ist selbstverständlich nicht jede/r Flüchtling gut genug, sondern "deutschstämmige" Aussiedler sollten privilegiert werden (nach TAZ, 9.4.92). 1991 gab es 256.000 Asylbewerbungen. Ohne Streit

um eine Quote hätten sie also gleich aufgenommen werden können. Aber trotz solcher Überlegungen sprechen die gleichen Leute von "Strömen" und "Fluten", die nicht aufzuhalten seien. Es kann also danach gar nicht darum gehen, daß zuviele kommen, sondern die falschen.

Die SPD in der Krise

Die gegenwärtige Debatte reißt in der SPD tiefe Gräben auf. Dabei kann man jedoch den Streit, der gegenwärtig in der Spitze vorgeführt wird, weitgehend vernachlässigen. Ob Lafontaine heute schon voll auf CDU-Kurs liegt (Abschaffung des Individualrechts), während Engholm noch das Individualrecht erhalten wissen will, ist in zweierlei Hinsicht irrelevant: Erstens, weil noch im letzten Jahr beide gegen eine Grundgesetzänderung aufgetreten sind und es offenkundig nur eine Frage der Zeit ist, wann die Fahne nach dem Wind gehängt wird. Zweitens, weil in der Sache auch die von Engholm bezweckte Änderung das Individualrecht abschafft (Länderlisten, eingeschränkte Klagemöglichkeit, siehe hierzu nebenstehenden Artikel).

Die Bundestagsfraktion steht in ihrer großen Mehrheit hinter dem Vorstand. In den dem Vorstand folgenden Führungsgremien, Präsidium und Parteirat, gab es deutliche Mehrheiten für Engholm. Dennoch ist die Sache für die SPD-Spitze nicht gelaufen. Die Landesverbände in Baden-Württemberg, Bremen und Hessen lehnten auf Delegiertenversammlungen eine Änderung des Grundgesetzes mit deutlichen Mehrheiten ab; ebenso die Bezirke Pfalz, Mittelrhein, Schwaben, Mittelfranken sowie etliche Landes- und Bezirksvorstände. Zwar wird in den Vorstandsetagen behauptet, eine Umfrage unter Mitgliedern habe erbracht, daß 80-90% mit dieser Wende einverstanden seien, was sich dann aber auf der Ebene der aktiven Träger der Parteipolitik nicht so widerspiegelt. Berücksichtigt werden muß hierbei jedoch, daß der Widerstand gegen die Engholm-Wende aus ganz unterschiedlichen Richtungen gespeist wird.Wie schon erwähnt, hat sich Hans-Jochen Vogel bisher strikt gegen eine Grundgesetzänderung ausgesprochen, obwohl er in der Sache (schnellere Abschiebung, Grenzen dichter machen) vollständig (und ausdrücklich) übereinstimmt. Auch Gerhard Schröder, der als Gegenpart gehandelt wird, geht davon aus, daß 95% der Beschlüsse der SPD zur Asylpolitik richtig seien (FR-Interview 17.9.). Der Widerspruch liegt in der Frage der GG-Änderung und dem Anlegen von Länderlisten. Gleiches gilt für Hans Koschnik in Bremen, der mit dieser Haltung gegen den amtierenden Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzenden Wedemeier auftrat.

Überraschend und für die SPD-Spitze problematisch ist die bisherige Haltung der Gewerkschaften. Der DGB hat sich gegen eine Grundgesetzänderung ausgesprochen, ebenfalls die IG-Metall und die IG-Medien auf ihren gerade stattgefundenen Gewerkschaftstagen. Auch hier gibt es inhaltlich die unterschiedlichsten Motive, aber in der gegenwärtigen Lage ist es für die SPD-Spitze schon ein Problem, ihre Kursänderung ohne öffentliche Unterstützung durch die Gewerkschaften durchsetzen zu müssen.

Dieser Widerstand in der SPD ist beileibe keine Garantie für den Erhalt des Artikel 16, schon gar nicht für weitergehende Forderungen nach Bleiberecht oder offenen Grenzen. Dennoch spiegelt sich in manchen Beschlüssen das Erschrecken über die rassistischen Ausschreitungen der letzten Wochen wider.

Schon fängt die SPD-Spitze an, öffentlich die Vorsitzenden-Frage zu stellen. Jede Änderung gegen die Engholm-Wende wird als Demontage denunziert. Engholm selbst ließ verlauten, daß er nicht für jede beliebige Politik zur Verfügung stehe. Dies wurde richtigerweise als Rücktrittsankündigung für den Fall interpretiert, daß sein Kurs nicht getragen wird. Nun ist es das gute Recht jedes Parteivorsitzenden, sein Amt niederzulegen, wenn er mit der Parteilinie nicht mehr einverstanden ist. Nur in diesem Fall will er offensichtlich eine Linie nicht mehr vertreten, die er noch auf dem Bremer Parteitag vor einem Jahr selbst ausgegeben hat. Zum damals gefaßten Beschluß in der Asylfrage hieß es immerhin von ihm, daß jede/r, der von dieser Linie abweiche, sein Amt zur Verfügung stellen müsse. Jetzt soll in erpresserischer Weise der Kurswechsel durchgezogen werden.

Die SPD-Spitze könnte sich daran erinnern, daß der letzte ähnliche Vorgang schließlich schlecht ausgegangen ist. 1979 stellte Helmut Schmidt die Kanzler-Frage im Zusammenhang mit der Nachrüstung. Durchsetzen konnte er sie schließlich nicht mehr, das mußte er Kohl überlassen.

Die Ausgangsüberlegung, daß die SPD-Spitze mit der Wende regierungsfähig werden will, kann zum Schuß nach hinten werden. Bekommt Engholm eine Mehrheit auf dem Sonderparteitag, kann er sich nicht sicher sein, bis 1994 eine geschlossene Partei hinter sich zu bekommen. Schafft er die Mehrheit nicht und muß zurücktreten, wird die SPD vielleicht weiter weg von der Macht sein als beim Sturz 1982.

Vielleicht wird sich manch einer dann sagen, daß es besser gewesen wäre, diese Frage niemals aufzurühren. Aber das beträfe wiederum nur den Opportunismus der Partei. Die SPD-Führung will sich an die vorherrschende Stimmung anschließen, um mehrheitsfähig zu werden. Damit wird dann aber auch der Anspruch aufgegeben, auf die Gesellschaft einzuwirken und einer solchen Stimmungslage entgegenzuwirken. Das ist ein Begriff von Volkspartei im schlechtesten Sinn. Denn die Feststellung, daß die SPD-Führung die Wende aus opportunistischen Gründen vollzieht, kann und darf keine Entschuldigung sein. Wer solchen reaktionären Stimmungen nachgibt, muß sie mindestens akzeptabel finden.

Am 15./16. November wird sich entscheiden, ob diese SPD nach der Zustimmung zur Remilitarisierung und den Notstandsgesetzen auch die nächste einschneidende Änderung des Grundgesetzes mitmacht. Alle Erfahrung spricht dafür.

he., Hamburg

8. Justitia ist traditionell blind. Absurdes und weniger absurdes aus Strafverfolgung und Ermittlung

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:09

"Deutschland den Deutschen - Ausländer raus" ist derzeit in Deutschland die am lautesten gerufene Parole. Am 3. Oktober 1992, dem dritten Jahrestag des neuen großkotzigen, großmäuligen und großmächtigen Deutschland rotteten sich im thüringischen Ahrnstedt Nazis von der NPD und der Wiking-Jugend unter dieser Parole zusammen. Und sowohl Bürger wie offizielle Stellen zogen es vor, die Bewohner des örtlichen Asylbewerberheims vorsorglich in Sicherheit zu bringen. Hochachtung vor denen, die an diesem Tag Asylbewerber in ihre Wohnungen brachten. Hysterie war es in jedem Falle nicht, die diese Menschen dazu bewegte. Die Nazi-Parole von den Menschen, die zu verschwinden hätten, ist in den sechs Wochen seit Rostock in über 300 Fällen zur materiellen Gewalt geworden - gegen Menschen wohlgemerkt; über 1000 waren es nach offizieller Statistik, wenn man die Angriffe gegen Sachen zählt. Aber was heißt hier "Sachen" - der Brandsatz, der sein Ziel verfehlt, wie wird der gezählt? Der Stein, der nicht trifft? Das zerstörte Zeltlager, aus dem die Menschen fliehen konnten oder evakuiert wurden?

"Deutschland den Deutschen - Ausländer raus" - diese Parole, die in unmittelbarem Zusammenhang zu Hoyerswerda, Rostock, Hünxe, Quedlinburg, Friedrichswalde usw.usf. steht, darf gerufen werden, ein Verbot derartiger Aufmärsche wird spätestens vom Oberverwaltungsgericht wieder aufgehoben (Dresden, 3.10.92) oder von der Polizei nicht durchgesetzt (Rudolstadt, 15.8.92). Volksverhetzung, die Straftat, die heute in Deutschland Alltag geworden ist, wurde bisher noch kein einziges Mal geahndet.

Lapidar heißt es im Strafgesetzbuch:

"130 Volksverhetzung. Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er

1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt,

2. zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder

3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft."

Spätestens seit den Krawallen von Rostock, wo diese Parole zum Symbol des rassistischen Mobs geworden ist, muß sie als unmittelbare Aufstachelung zum Pogrom verstanden werden.

Die Beschäftigung mit der Verfolgung rassistischer Straftaten im Jahre Drei dieses neuen Deutschlands fördert unglaubliches zutage. Nicht, daß hier im folgenden völlig Unbekanntes ausgebreitet würde; allein die Zusammenstellung all dessen, was mensch selbst in den letzten Wochen und Monaten immer schon gelesen, gehört, dann aber vielleicht auch vergessen und verdrängt hat, macht Wut. Da rotten sich Nazis zusammen, besaufen sich und können sicher sein, daß sie das später als strafmildernd geltend machen können.

Da sieht die Polizei zu, wie ein Mensch totgeschlagen wird, tatenlos, bewaffnet, mit zwanzig ausgebildeten und uniformierten Beamten, dazu drei Zivile. Und die Täter: Nur einer geht in den Knast, drei weitere kriegen Bewährung und der Rest der ganzen Bande, die da gemeinschaftlich geschlagen und getreten hat, sich im Prozeß gedeckt hat, geht straffrei aus. Und im Hintergrund reibt sich der örtliche Obernazi die Hände, daß das, was er am frühen Abend in seiner Wohnung mit dem späteren Haupttäter angefangen, sich so fortgesetzt hat, ohne daß er belangt wird. Da setzen sich Politiker wie Stolpe mit Anführern rechtsradikaler Banden zum Gespräch an einen Tisch, während gleichzeitig ein Verbot dieser Bande zwar öffentlich gehandelt, faktisch aber nichts unternommen wird.

Dabei ist die Wut des Beobachters durchaus geteilt: Wut gegen die Täter, gegen die offenen Nazis wie auch insbesondere auf die, die bis zum Urteil hin nicht in der Lage sind, so etwas wie Unrechtsbewußtsein zu entwickeln, die immer und immer wieder das "Aufklatschen", "Abfackeln", Totschlagen von Menschen anderer Hautfarbe allenfalls als Betriebsunfall ansehen wollen, wobei der Betriebsunfall dann wohl eher das

"Erwischt-werden", weniger die Tat selbst ist. Wut aber auch gegen die Einsatzleiter der Polizei, gegen die Richter, Staatsanwälte und Innenminister, die das ihre dazu beitragen, daß diese ganze gespenstische Inszenierung so über die Bühne geht.

Exemplarisch ist dabei u.a. die Anwendung des § 129/129a StGB (kriminelle bzw. terroristische Vereinigung): Während in den letzten beiden Jahren gegen Linke 297 Verfahren wegen Bildung oder Unterstützung einer terroristischer Vereinigung eingeleitet wurden, von denen zwar alle bis auf eines wieder eingestellt wurden, während immerhin 41 Beschuldigte in Untersuchungshaft kamen, sieht die Bilanz gegen Rechts so aus: Sechs Verfahren gegen elf Beschuldigte wurden eingeleitet, alle wurden eingestellt. Wie subtil dabei die selektive Wahrnehmung von Verfolgungsbehörden ist, macht die Aussage des sächsischen Generalstaatsanwalts Schwalm deutlich, der den Eindruck hat, "daß im linken Bereich doch mit mehr Intellekt und von vornherein in Organisationsstrukturen gedacht worden ist. Die Ausschreitungen im rechten Bereich sind fast ausnahmslos aufgrund spontaner Verabredungen erfolgt, häufig nach Wirtshausbesuchen von Gruppierungen, die ideologisch überhaupt nicht richtig festgelegt waren". Als Schlußfolgerung bleibt da nur noch übrig, daß Rechte eigentlich gar nicht in der Lage sind, kriminelle oder terroristische Vereinigungen zu bilden.

Von größerer Bedeutung könnte für die weitere juristische Bewältigung der rassistischen Gewalt der Ausgang der Revision im sogenannten Hünxe-Prozeß sein, der derzeit beim Bundesgerichtshof ansteht. Hier hatte der Staatsanwalt das Werfen von Brandsätzen in einen von Menschen bewohnten Raum trotz angeblichem Suffs der Täter als Mord angeklagt, das Gericht war ihm aber nicht gefolgt. Insbesondere die penetrante Milderung des Strafmaßes aufgrund von Alter und/oder Suff steht dabei mit zur Entscheidung.

Die folgenden Beispiele sind nicht ganz beliebig herangezogen. Es handelt sich um solche, bei denen Ablauf, Tathergang, Hintergrund und Ermittlung und Verfolgung etc. etwas deutlicher wird als in den vielen sonstigen Kleinmeldungen.

Mord und Totschlag

Trotz vielgepriesener SoKo-Rex (Sonderkommission Rechtsextremismus, Vorzeigetruppe in Sachsen) ist bisher immer noch keine Verhandlung wegen des Mordes an dem Mosambikaner Jorge Gomondai am 6.4.1991 eröffnet worden. Unter dem ehemaligen Generalstaatsanwalt Hertweck hatte es schon einmal gegen neun Tatverdächtige lediglich Anklagen wegen Körperverletzung gegeben. Die Staatsanwaltschaft sei in "großer Beweisnot" gewesen; demnächst aber - so der jetzige Generalstaatsanwalt Schwalm - werde erneut Anklage erhoben. (TAZ, 18.9.92) Die unstrittigen Täter hatten Jorge Gomondai aus der Straßenbahn geworfen; in ihren Zeugenaussagen hatten sie sich gegenseitig gedeckt, so daß kein Haupttäter hatte festgestellt werden können. Mensch stelle sich das einmal bei Linken vor: Da wäre doch sofort die gemeinschaftlich begangene, von jedem Einzelnen voll zu verantwortende Tat unterstellt und abgeurteilt worden.

Elfmal Arbeitsauflagen, sechs Strafbefehle, neun Jugendliche vor dem Jugendschöffengericht, vier vor dem Jugendgericht und fünf Hauptangeklagte im Prozeß von Magdeburg, wo am 9.5. etwa 60 Skins eine Gruppe von 30 Punks in der Gaststätte "Elbterrassen" angegriffen und einen von ihnen, Torsten Lamprecht, mit dem Baseballschläger erschlagen hatten. Zehn weitere Punks wurden zum Teil schwer verletzt. Doch angeklagt wird nicht wegen Mordes oder Totschlags, sondern im wesentlichen wegen Landfriedensbruchs und schwerer Körperverletzung, nur einmal wegen versuchten Totschlags. Beobachtet wurde der Tathergang von sieben Polizisten, die sich nicht zum Einschreiten genötigt sahen, als die Skins in zwei Wellen die Punks zusammenschlugen. Gegen diese Polizisten laufen Ermittlungsverfahren.

Immerhin abgeurteilt wurden in dem Prozeß gegen die Skins von Eberswalde fünf mutmaßliche Haupttäter, die den Mozambikaner Amadeu Antonio Kiowa totgeschlagen hatten. Drei der Angeklagten wurden wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu je vier Jahren Jugendstrafe verurteilt; hier sei unstrittig, daß sie an den Mißhandlungen beteiligt gewesen seien; da die Tat gemeinschaftlich begangen worden sei, sei es unerheblich, wer die entscheidende tödliche Verletzung beigebracht hätte. Von den beiden Brüdern B. wurde einer, der bei der Erschlagung Kiowas angeblich nicht mehr dabei war, aber einen anderen Mozambikaner schwer verletzt hatte, wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruchs, Beleidigung, Sachbeschädigung und Nötigung zu dreieinhalb Jahren Jugendstrafe verurteilt. Ein weiterer Angeklagter kam, obwohl er Kiowa Boxhiebe versetzt hatte, mit einer Bewährungsstrafe davon, da er beim eigentlichen Totschlag nicht mehr

dabei gewesen sei. Offen ist noch das Verfahren gegen Kay Nando B., das wegen dessen Flucht abgetrennt worden war. Speziell seine Zeugenaussage nach seinem Wiederauftauchen hatte das Verfahren in Gang gebracht. Kay Nando, der mit einer erheblichen Strafe rechnen muß, hatte nämlich geplaudert und die Mauer des Schweigens und der gegenseitigen Deckung ansatzweise durchbrochen, weil er nicht für alle anderen einfahren wollte. Offen ist auch noch das Ermittlungsverfahren gegen die beteiligten Polizisten, die, der eine Teil zu dritt in Zivil, der andere Teil in einer Stärke von 20 Mann in Uniform in Nebenstraßen gewartet und dem Totschlag zugesehen hatten. Erst als Kiowa totgeschlagen war verjagte die Polizei die Skins, wohl um niemanden festnehmen zu müssen. Mehrfach konnte die Vernehmung des Einsatzleiters nicht abgeschlossen werden, da er keine Aussagegenehmigung hatte. Denkwürdige Begründung: Eine Aussage könnte "Rückschlüsse" auf die Polizeitaktik bei der Beobachtung rechtsextremistischer Gruppen ermöglichen. (TAZ, 21.7.92) Wenn die hier vorgelegte Taktik tatsächlich Ergebnis einer allgemeinen Dienstanweisung ist, hat die Polizei allerdings allen Grund, die Öffentlichkeit zu scheuen.

Gegen das Urteil legten sowohl die Lebensgefährtin des Erschlagenen, als auch die drei Hauptschläger Revision ein.

Völlige Klarheit brachte die Gerichtsverhandlung über den Tathergang nicht. Fest steht jedoch: Am Nachmittag des fraglichen Tages (24.11.1990) trafen sich in der Wohnung des Eberswälder Neonazi-Führers Tristan Dewitz dessen Freund Andreas B. und die beiden jetzt verurteilten Skin-Brüder B. Offensichtlich wurde schon da gesoffen. Was dort verhandelt wurde, ist nicht bekannt; klar ist nur, daß man aufbrach, um in der örtlichen Skin- und Metal-Szene einen Trupp zusammenzustellen, um den Hüttengasthof (Treff der schwarzen Arbeiter in Eberswalde) aufzumischen und "Neger abzuklatschen". Dabei auch Obernazi Dewitz, der von Zeugen im Prozeß mit der Äußerung zitiert wurde, "man müßte mal zum Hüttengasthof und was los machen". Und nicht nur von Dewitz heißt es, er sei von Westnazis geschult worden, sondern auch die Brüder B. gehören zum Kreis der "Nationalistischen Front" in Schwedt. Kay Nando B. jedenfalls versteht die Welt nicht mehr: Jeder der Zeugen hätte genauso auf die Anklagebank gehört wie er, insbesondere eben auch Dewitz, denn auch der hatte geschlagen. Wahrscheinlich gehört auch der Skin eigentlich auf die Anklagebank, der sich mit einem Grinsen als "Fascho" bezeichnete, seine Geldstrafe kassierte, und erst durch die Androhung auf Beugehaft veranlaßt werden konnte, sich zu erinnern: Ja, er habe Kay Nando mit einem Baseballschläger gesehen. So kommen durch Schweigen, gegenseitiges Decken, uneidliche Falschaussagen etc. an die 35-65 Mittäter von Eberswalde - so jedenfalls die Angaben der Polizei, die damit ihre "Unterlegenheit" und Nichteingreifen begründete - bis heute um ihre Strafe herum.

Versuchter Mord, schwere Brandstiftung und schwerer Landfriedensbruch wird sieben Tatverdächtigen im Alter zwischen 16 und 19 Jahren in Halle vorgeworfen; ein Achter ist auf freiem Fuß. Sie hatten in der Nacht zum 7.9.92 Brandsätze in einem Wohnheim von Vietnamesen gelegt und dadurch eine Wohnung völlig zerstört, wobei ein Kind eine Rauchvergiftung erlitt. Bei ihrer Festnahme waren die Jugendlichen ganz normal ausgerüstet: Schreckschußtrommelrevolver, Baseballschläger, ein Eispickel, ein Axtstiel und ein Stahlrohr. (TAZ, 9.9.92) Angeblich - so der Polizeipräsident von Halle, Herrmann - seien die Täter nicht dem harten Kern der rechten Szene der Stadt zuzurechnen; die "Motivlage (sei) im Augenblick nicht erstrangig" beschied Staatsanwalt Heine nachfragenden Journalisten.

Deutsche Männer machen vor der Disco in Wittenberge einen Namibier an, der wehrt sich mit dem Messer, drei Männer werden verletzt. Auftakt zu einem der brutalsten Verbrechen, geschehen im Mai 1991: Ein Mob von 30 bis 40 Männern fährt zu dem Haus, in dem die Namibier wohnen, bedroht sie mit Messern und Gaspistolen und jagt sie in den 4. Stock. Dort können sich drei der Namibier durch Flucht über den Balkon in Sicherheit bringen, Jona Ipinge und Lucas Nghidiniwa werden über die Balkonbrüstung gedrängt, gestoßen, geworfen. Jona Ipinges Oberschenkel, Hüfte und Knie werden zertrümmert, Lucas Nghidiniwa landet auf einem Geländer und fällt ins Koma - ein Wunder, daß er überlebt. Die einzige interessante Frage, so der Staatsanwalt, sei, "ob es sich um versuchten Totschlag oder um versuchten Mord" handele. Für Laien: Versuchter Mord ist das weitaus schwerere Delikt. Das Urteil lautet auf versuchten Totschlag. Sechseinhalb Jahre Jugendstrafe für den Haupptttäter, drei andere werden wegen schweren Landfriedensbruchs, schweren Hausfriedensbruchs und Beteiligung an einer Schlägerei zu drei Jahren sechs Monaten (zweimal) und zweieinhalb Jahren Jugendstrafe verurteilt. Ob gegen die restlichen 30 Schläger überhaupt Anklage erhoben wird, ist unklar. Und die Polizei: Sie wußte von dem geplanten Überfall und unternahm nichts. Drei Beamte saßen auf der Wache und waren "schlecht informiert und total überfordert" (so die Ausländerbeauftragte von

Brandenburg). Der Haupttäter: "Die Polizei hat mir an jenem Abend nicht das Gefühl gegeben, mich an einer Straftat zu beteiligen." (TAZ, 24.9.92)

Drei Jahre Knast wegen gefährlicher Körperverletzung erhielt der Bergedorfer Skin-Führer Markus H. Seine Mittäter bekamen zwei Jahre Jugendstrafe auf Bewährung sowie Arbeitsleistungen im Krankenhaus auferlegt. Die drei hatten im Juli 1991 einen Türken vor einem Lokal mit Stiefeltritten schwer verletzt. Obwohl im Prozeß feststand, daß die Skins an jenem Abend zu einem Rachefeldzug aufgebrochen waren, da sie am Tag zuvor ein blaues Auge eingefangen hatten, lehnte der Richter ab, der Anklageschrift entsprechend wegen "versuchten Totschlags" zu verhandeln - es sei nicht sicher, daß der Tod billigend in Kauf genommen worden sei. Außerdem käme der Suff der Angeklagten strafmildernd hinzu. (TAZ Hamburg, 1.9.92) Der Haupttäter, Markus H., wurde übrigens von Jürgen Rieger verteidigt, Staranwalt und Chefideologe der NS-Szene - alles natürlich nur Zufall.

Zu sechs Jahren Jugendstrafe wegen Totschlags in Tateinheit mit einer Schlägerei wurde in Koblenz am 25.2.92 ein Skin verurteilt; er hatte am 28.12.90 einen 17jährigen Kurden erstochen. Das Gericht verneinte weitgehend einen rechtsradikalen, rassistischen Hintergrund (FR, 26.2.92). Der Täter hatte angegeben, schon zur Tatzeit nicht mehr der rechten Szene angehört zu haben. (Innere Sicherheit, 31.8.92)

Der Brandsatz "war einfach so da"

Die Nachricht vom Brandanschlag in Hünxe ging um die Welt, als die achtjährige Zeinab durch den Brandsatz am Tag der deutschen Einheit 1991 fast ermordet worden wäre. Sechs Monate später im Prozeß wußten die Angeklagten immer noch nicht, wie sie in ihrem Suff auf die Idee gekommen waren - die "war halt einfach so da", der Mollie "war plötzlich da", "das ging alles automatisch". Sturzbetrunken wollen sie gewesen sein, aber Mollies in der Garage basteln, zum Heim fahren, zielsicher werfen, mit abgeblendetem Licht wieder nach Hause fahren, das konnten die drei noch ohne Probleme, nur im Kopf hakt's halt ein bißchen. Der eine, der sich selbst den "gemäßigten Republikanern" zurechnet, der andere ein Anhänger der Nazibande "FAP", und der Dritte? Ganz normale Jugendliche also. Die Anklage lautete auf versuchten Mord, schwere menschengefährdende Brandstiftung, gemeinschaftlich begangen im Zustand verminderter Zurechnungsfähigkeit. Und die Urteile: Wegen Brandstiftung und Körperverletzung erhalten die beiden Haupttäter Volker L. (18) und Jens G. (19) je fünf Jahre, Andre C. (19) dreieinhalb Jahre; bedingter Tötungsvorsatz und versuchter Mord lägen nicht vor. Es sei ihre erste Tat gewesen, die sie "so nicht gewollt" hätten. Revision bei dem Bundesgerichtshof ist eingelegt, von beiden Seiten: Die Täter fühlen sich als Opfer, die Staatsanwaltschaft kann die Milde des Gerichts nicht fassen.

"Das kam so über mich" - so schilderte ein Berliner vor Gericht seinen Zustand, als er am 24.4.92 auf offener Straße in Berlin-Marzahn den vietnamesischen Zigarettenhändler Tu Van Nguyen erstochen hatte. Zuerst hatte er - volltrunken natürlich - "nur" auf den Stand eingetreten mit den Worten "verpißt Euch"; als dann die Vietnamesen auf ihn zugingen, fühlte er sich als Opfer eines Angriffs (in Wirklichkeit fragten ihn die Vietnamesen, was denn das solle), schickte, offenbar erstaunlich zurechnungsfähig, planend und bewußt handelnd, seine Kumpels nach Schlagstöcken in die Wohnung - und da sei es "so über ihn gekommen". (FR, 30.9.92) Niemand von den Menschen im Einkaufszentrum hatte die Polizei oder den Notruf benachrichtigt; das geschah erst im Krankenhaus, wohin der Sterbende von seinen Landsleuten gebracht wurde. Das Urteil: Viereinhalb Jahre (also nicht Totschlag), ein rechtsradikaler Hintergrund sei nicht erkennbar.

Fallengelassen wurde in Hamburg die Anklage wegen versuchten Mordes gegen zwei Männer, die das Asylbewerberheim in der Kattunbleiche am 30.9.91 mit Benzin in Brand gesteckt hatten. Beide seien besoffen gewesen, der zweite hätte zudem einen Hirnschaden. Jeweils zweieinhalb Jahre war dann die Strafe für die Tat, die - so das Gericht - glaubhaft "aus einer Bierlaune heraus" entstanden sei. (HA, 13./14.6.92; FR, 19.6.92)

Zu Freiheitsstrafen von sechs und achteinhalb Jahren wegen Totschlags (Mindeststrafe fünf Jahre) wurden in Stade zwei Skins verurteilt, die einen 53jährigen Mann totgeschlagen haben. Sie waren in der Stader Bahnhofskneipe auf ihn losgegangen, weil sie "sein Gesabbel nicht mehr ertragen" konnten. Der 53jährige hatte sich geweigert, Hitler einen großen Mann zu nennen und hatte sie verbal in die Enge getrieben. Darauf schlugen sie ihn zusammen. Zum Totschlag (oder Mord?) kam es kurze Zeit später, als sie vor der Kneipe mit einem Kantholz auf ihn einprügelten, wobei sie sich gegeneinander anfeuerten: "Mach ihn tot." (TAZ Hamburg,

29.9.92) Während die Staatsanwaltschaft auf Körperverletzung mit Todesfolge (eben: typische Wirtshausschlägerei) anklagte, verhandelte das Gericht auf Mord, reduzierte dann aber auf Totschlag, da die zitierten "niedrigen Beweggründe" eben nicht mit Sicherheit angenommen werden könnten.

Police Academy live

Es gehört zum Einmaleins jeder Polizeiausbildung - so zumindest wollen uns alle einschlägigen Filme ständig suggerieren - , daß polizeiliche Razzien unangekündigt, überraschend und ohne Vorwarnung durchgeführt werden. In Mecklenburg-Vorpommern ist mensch da anderer Meinung: Mit großem Tamtam forderte am 21.9.92 der Ministerpräsident Seite alle Nazis auf, ihre Waffen und Munition doch mal für ein paar Tage zu verstecken. Es käme nämlich eine Großrazzia auf sie zu (TAZ, 22.9.92), was wohl eher symbolisch gemeint war, denn von der Durchführung einer Razzia ist uns bislang nichts bekannt.

Mit der Planung von Razzien ist man inzwischen auch in Brandenburg einen großen Schritt weitergekommen: Nach dem dritten Angriff auf die Polizeirevierwache in Senftenberg bei Cottbus plane man nun auch Razzien in der Szene. (TAZ, 22.9.92) Was haben die eigentlich die ganze Zeit über gemacht? Wahrscheinlich erst einmal das Friedensgespräch zwischen Stolpe und DA-Führer Hübner abgewartet, der vom benachbarten Cottbus aus zwar nichts mit alledem zu tun haben will, für die Freizeitaktivitäten seiner Parteimitglieder aber selbstverständlich nichts kann. Es seien ja auch nicht alle Sozis IMs gewesen, nur weil der Herr Ministerpräsident vielleicht ... Ansonsten könne man ja gern zusammenarbeiten.

A propos Hübner und nicht verantwortlich: Am 31.8.92 läßt der brandenburgische Innenminister Alwin Ziel verlauten, die dort seit drei Tagen andauernden Krawalle seien "von außen gesteuert" und würden von der rechtsextremistischen "Deutschen Alternative" gelenkt. (SZ, 1.9.92) Auf der Stolpe/Hübner-Veranstaltung sagt dann der Polizeipräsident Lüth, daß in Cottbus Rechtsradikale der "Deutschen Alternative" mit CB-Funkgeräten die Aktionen koordinierten. (HAZ, 4.9.92) Aber zum Verbot der "Deutschen Alternative" , die ihr Zentrum in Cottbus hat (etwa 100 Mitglieder und reichlich Skins drumherum), reicht das alles halt noch lange nicht.

Bei einer Razzia in Sachsen wurden sieben Neonazis festgenommen, nach sechs weiteren wird gefahndet. U.a. wurden NS-Schriftgut und zahlreiche Waffen wie Baseballschläger, Schlagstöcke, Wurfsterne, eine scharfe Pistole und eine Harpune sichergestellt. (FR, 18.9.92) Die Razzia stand im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Anschlägen auf Asylbewerberheime zwischen April und September 1992. Insgesamt 107 Wohnungen wurden durchsucht. Mit Hausdurchsuchungen etc. verfolgt in Sachsen die Ende 1991 gegründete Sonderkommission Rechtsextremismus (SoKo-REX) das Ziel, die Szene auszutrocknen. Insgesamt hat die SoKo-Rex - so Innenminister Eggert - bisher 36 "Nadelstichaktionen" durchgeführt. Auch diesmal sei bei allen Inhaftierten eine "tiefe Ausländerfeindlichkeit" zu erkennen; aber obwohl sie sich "sehr mit dem NS-Staat identifizierten", seien Verbindungen zu rechtsextremen Parteien nicht feststellbar. Man solle keine "Organisation heraufbeschwören, wo keine ist". (TAZ, 18.9.92) Da fragt mensch sich doch, wieso 107 Wohnungen in einer Razzia durchsucht werden aufgrund von Ermittlungen im Zusammenhang mit Anschlägen auf Asylheime, also gemeinschaftlicher Taten, und dann soll da keine Organisation zu vermuten sein? Nein, man kennt sich, man vertreibt sich seine Freizeit mit "Neger aufklatschen", Mollies bauen, vorbeugend saufen, etwas den Baseballschläger lüften, aber organisiert, nein, das ist man nicht.

Bezahlte Schläger

in Quedlinburg?

Schon im Frühjahr 92 machte in Quedlinburg eine Bürgerwehr von sich reden. 28 Schläger sondierten generalstabsmäßig das Gelände um den sogenannten "Hexentanzplatz" im Bodetal im Harz und überfielen planmäßig dort drei Rumänen und zwei Jugoslawen, die von der Polizei als "Hütchenspieler" bezeichnet wurden. Wie der Quedlinburger Bürgermeister vermutet, soll die aufwendige Ausrüstung der Rechtsradikalen, LKW, Funkgeräte etc., von Quedlinburger Geschäftsleuten gespendet worden sein, die sich eine private Schutztruppe aufgebaut hatten, die den Überfall auf dem Hexentanzplatz leitete. Auch die Polizei hatte damals - wohlwollend ausgedrückt - einen Informationsaustausch mit dieser privaten Schlägertruppe; manch einer vermutet da schon offene Kumpanei und "interne Absprachen". Interessant ist die nach dem Überfall folgende Abstufung: 28 Schläger seien es, von zwölf bis vierzehn Wehrwilligen solle man sich "noch schärfer distanzieren", zwei saßen im Juni in Haft. (ND, 17.6.92) Und wieviele warfen dann im September Steine auf die

Mahnwache vor dem Asylbewerberheim, an der auch der Bürgermeister teilnahm? Und war es vielleicht doch eine "interne Absprache", die die Polizei davon abhielt, gegen die Rechtsradikalen vorzugehen, als die Asylbewerber Schutz gebraucht hätten?

Links draufhalten,

rechts durchlassen

Dresden, 4.4.92: Etwa 800 Neonazis marschieren unter Polizeischutz durch die Innenstadt; der Hitlergruß als kleinste Straftat wird nicht verfolgt. (TAZ, 11.4.92) Sie protestierten gegen den Freispruch der beiden Männer, die im Frühsommer 1991 den Dresdner Obernazi Rainer Sonntag in Notwehr erschossen hatten.

Leipzig, 21.3.92: Eine antifaschistische Demonstration, die sich gerade friedlich auflösen will, wird ohne Vorwarnung eingekesselt. Eine Debatte hierüber im sächsischen Landtag wird abgelehnt. Innenminister Eggert, der sich rühmt, daß es in Sachsen keine nennenswerten rechtsradikalen Ausschreitungen gebe, rechtfertigt diesen Kessel, der "keine Überdosis Deutschland" gewesen sei und sein Ziel, keine "Straßenschlacht zwischen Rechten und Linken zuzulassen" erreicht habe. (TAZ, 11.4.92)

Weimar, 20.6.92: Mit 50 "Ausweisungen" und einem massiven Aufgebot setzt die sächsische Polizei das Demonstrationsverbot gegen die "Nationale Offensive" durch. (DR, 22.6.92) - Wer will, der kann.

Darmstadt, 25.7.92: Etwa 90 Neonazis demonstrieren anläßlich des Todestages ihres "Helden" Gerald Hess durch die Darmstädter Innenstadt; der hessische Verwaltungsgerichtshof hatte am Freitagabend das Demonstrationsverbot aufgehoben. Sieben Nazis werden bei der Anreise wegen unerlaubten Waffenbesitzes (Schlagstöcke, Messer, Baseballschläger, Schlagringe, Tränengasdosen, eine Gas- und eine Schreckschußpistole) festgenommen. Weitere 16 werden im Verlauf des Aufmarschs festgenommen. Etwa 700 Polizisten waren erschienen, da die Nazis etwa 1200 Demonstranten angenommen hatten. Gegen drei Polizisten wird angeblich ermittelt, weil sie offenbar eine Frau mißhandelt hatten, die von Nazis beschuldigt worden war, sie habe sie mit dem Auto angefahren. (TAZ, 27.7.92)

Rudolstadt in Thüringen, 15.8.1992: Zu ihrem traditionellen Gedenkmarsch für Rudolf Heß haben die offenen NSDAP-Apologeten erneut nach Wunsiedel in Bayern aufgerufen. Doch sowohl ihr Aufmarsch dort, wie auch angemeldete Ersatzorte wie Bayreuth oder eine ganze Reihe weiterer Städte in Thüringen waren ihnen verboten worden. Das Verbot wurde - einmalig in der neueren Geschichte Deutschlands - vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigt. (Antifaschistische Nachrichten, 10/92) Trotz dieses Verbots können sich die Nazis am Autobahnkreuz Hermsdorf versammeln und ins thüringische Rudolstadt fahren, wo sie völlig ungehindert ihren Aufmarsch durchführen. Die Nachbarstadt Plauen befand sich regelrecht in einem Belagerungszustand von aufgefahrener Ordnungsmacht von Polizei bis BGS, das Verbot hätte jederzeit durchgesetzt werden können. Stattdessen werden nach den Aktionen 93 Antifaschisten mit gezogener Pistole festgenommen, als am Sonntag Abend an der Raststätte Hermsdorfer Kreuz einige von ihnen ihre Wut über diesen Skandal an der Frontscheibe eines Zivilfahrzeugs der Polizei auslassen.

Rostock, 29.8.91: Ihr ganzes Können demonstriert die Polizei anläßlich der antifaschistischen Demonstration in Rostock-Lichtenhagen. Ein ganzer Konvoi aus Hamburg wird bei Kröpelin stundenlang festgehalten. Als er sich wieder in Bewegung setzen darf, wird er wenige Kilometer später auf freiem Feld erneut von massiven Polizeieinheiten aufgehalten. Auf der Autobahn Berlin-Rostock werden hunderte von anreisenden Demonstrationsteilnehmern gefilzt, kontrolliert und teilweise festgenommen.

Ahrnstedt in Thüringen, 3.10.92: NPD und Wiking-Jugend können ihren Aufmarsch mit Trommeln und Parolen durchführen. Weil die Stadt eine Gefährdung der Asylbewerber nicht ausschließen und ihre Sicherheit nicht garantieren konnte, wird das Heim evakuiert und einige mutige Bürger geben Evakuierten in ihren Privatwohnungen Unterkunft. Der Aufmarsch findet unter den bekannten Parolen statt. Die Wiking-Jugend ist selbstverständlich uniformiert. (Das Tragen von Uniformen oder Teilen davon als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung bei Versammlungen ist verboten; Ausnahmen gibt es nur für Jugendorganisationen auf Antrag, wenn sie sich vorrangig der Jugendpflege widmen; zuständig für diese Ausnahmegenehmigung bei der Wiking-Jugend ist Bundesinnenminister Seiters.)

Dresden, 3.10.92: Dresden ist ein gutes Pflaster für Neonazis: Weil die Begründung der Stadt, von dem angemeldeten Aufmarsch der neofaschistischen "Deutschen Offensive" ginge eine Gefährdung aus, als nicht

ausreichend angesehen wurde, wurde das Verbot vom Gericht aufgehoben. Dabei hatte die Stadt noch Mitte September das Verbot nach "eingehender Beratung und Rechtskonsultation" erlassen. Auch zum verbotenen, dennoch durchgeführten, Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Rudolstadt hatte die "Deutsche Offensive" mobilisiert, ein Verbots-Präzendenzfall war also gegeben. Nur so nebenbei: Dresdens Stadtkämmerer (CDU), der schon mal eine telefonische Drohung über den Notruf 110 ausgestoßen hat, er würde gegen die Ausländerflut mit der Kalaschnikow losgehen (das ganze - wie könnte es anders sein - selbstverständlich im Suff), wird von seinem Oberbürgermeister natürlich nicht fallengelassen. Interessant ist im übrigen die Begründung des Gerichts: Die behauptete Nähe der "NO" zu "rechtsradikalen Organisationen" müsse "nicht zwingend" zu gewalttätigen Übergriffen führen. Als Indiz habe die Stadt nur "Rangeleien mit der linken Szene" bei einem NO-Aufmarsch im März angegeben (TAZ, 8.10.92). Auch so kann mensch sich von jeder Verantwortung reinwaschen. Ermittlungen der Polizei werden erst seit dem internationalen Presseecho geführt. Mangels eigenen Materials sollten doch bitte Fotos mit dem Hitlergruß der Beteiligten zur Verfügung gestellt werden.

Verstärkte polizeiliche Präsenz

Daß die Polizei, obwohl zugegen, nicht einschreitet, oder sich explizit zurückzieht, damit der Mob dann ungestört wüten kann, ist nicht erst seit Rostock bekannt.

In Hoyerswerda überfielen am 17.9.91 mehrere Skins einen vietnamesischen Straßenhändler, um ihm seine Tageskasse zu klauen. Der wehrt sich, der Hund eines Angreifers haut ab. Das darauf aufkommende Gerücht, die Vietnamesen hätten den Hund erstochen, treibt Skins zur Aktion. Sie ziehen vors Ausländerheim, saufen, gröhlen die bekannten Parolen, werfen Steine in die Fenster - der deutsche Herbst von Hoyerswerda beginnt. (TAZ, 27.2.92) Das ganze unter den Augen der Polizei, die diese Skinbande seit den Vorfällen mit den Vietnamesen auf dem Lausitzer Platz unter Beobachtung hatte. Mehrere Streifenwagen begleiten die Skinbande zum Ausländerwohnheim und erst, als sich statt weniger Skins 100 bis 150 Schaulustige versammelt hatten, wird Verstärkung angefordert, die weitere vier Stunden auf sich warten läßt. Die drei Skins werden milde bestraft: Je 18 Monate Jugendstrafe auf drei Jahre zur Bewährung (sie hatten seit ihrer Festnahme in U-Haft gesessen), zusätzlich 120 Stunden Arbeitsauflagen. Von fünf Polizisten, die dabei waren, werden nur zwei als Zeugen vernommen.

Immerhin Ermittlungsverfahren laufen seit Mai 92 gegen die sieben Polizisten, die den Überfall von 60 Skins auf 30 Punks in Magdeburg tatenlos beobachtet hatten, bei dem Torsten Lamprecht durch Schläge mit dem Baseballschläger erschlagen wurde.

Mehrere Strafanzeigen gegen die Einsatzleitung der Polizei und den Innenminister von Sachsen-Anhalt, Perschau (CDU, ehemals Hamburg), liegen mittlerweile vor. Die Polizei war am 10.9.92 nicht eingeschritten, als eine Mahnwache aus Quedlinburger Bürgern, darunter u.a. der Bürgermeister, aus der Menge der Schaulustigen heraus mit Steinen beworfen wurde. (TAZ, 18.9.92) Perschau hatte noch im Fernsehen dem entsetzten Moderator dreist entgegengehalten, die Polizei habe völlig zu Recht die Situation nicht eskalieren lassen wollen.

Zwei der rechtsradikalen Szene zuzurechnende Skins werden erst nach der elften und schwersten Tat verhaftet, obwohl der Polizei zwischen November 1990 und Juni 1991 in Jena gleich serienweise Anzeigen wegen Körperverletzung zugegangen sind. Elfmal spielte der Nazi-Skin Christian Sch. den starken Mann: Einen Gesinnungsgenossen (Lars W.) schlug er im November zusammen, ließ ihn im Entengang watscheln, Liegestütze machen und im Stechschritt paradieren. Zudem sollte er zugeben, Jude zu sein. Die Studenten Thomas B. und Ingo J., die in ihren Zimmern eine DDR-Fahne hängen hatten, wurden im Mai 1991 überfallen, bis zur Bewußtlosigkeit zusammengeschlagen, die Zimmer demoliert. Zur Verhaftung von Sch. kam es aber erst, als er mit seinem Kumpan K. ein Ehepaar überfiel und beraubte. Sch,. erst 14 Jahre alt, bekommt dreieinhalb Jahre Jugendstrafe, K. viereinhalb. Die übrigen Mitglieder der Jenaer Szene - immerhin waren auch die Insassen zweier Trabbis am Überfall auf das Ehepaar beteiligt, in einem saßen Sch. und K. - bleiben unbehelligt.

Sieben von acht Skins erhielten äußerst milde Strafen: Verwarnungen und soziale Trainingskurse beim Jugendamt für sechs der Angeklagten. Lediglich ihr Anführer, ein 24jähriger, muß für acht Monate ins Gefängnis. Die ganze Bande war 14 Tage nach Hoyerswerda im Herbst 91 in Haffkrug an der Ostsee gegen ein Asylbewerberheim mit Steinen und Holzlatten vorgegangen, hatte es schwer demoliert und die Einwohner

vertrieben. Die Angeklagten behaupteten, besoffen oder gar nicht dabei gewesen zu sein und sagten während der Verhandlung überhaupt nichts. (Welt, 5.2.92 u. 25.3.92)

Verbote oder auch nicht

Langfristig, so ließ die brandenburgische Landesregierung verlauten, strebe man das Verbot der "Deutschen Alternative" an und sammle deshalb Material. (TAZ, 9.9.92) Kurz zuvor hatte es der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe noch für angemessen gehalten, den Anführer der "Deutschen Alternative" öffentlich zu einem Gespräch einzuladen. Immerhin hat man in Brandenburg erkannt, daß die "DA" den "ideologischen Rahmen für die Aktionen der Skinheads" abgebe, sozusagen eine "Katalysatorfunktion" erfülle. Es werde aber auch gegen DA-Mitglieder wegen Gewalttaten ermittelt.

Gegen den Chef der NS-Gruppe "Wotans Volk", den Altaktivisten der neueren NS-Szene, Arnulf Wilfried Horst Priem, ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil er in Dresden öffentlich dazu aufgerufen hatte, "die Mörder von Rainer Sonntag zur Strecke zu bringen". Priem gehört im übrigen zu den Aktivisten der Nazi-Szene, die in der DDR wegen NS-Aktivitäten eingeknastet waren, von der Bundesregierung Anfang der 70er Jahre freigekauft wurden, und seit 1974 als Anführer der Freiburger "Kampfgruppe Priem" von sich reden macht. Seit Jahren ist Priems Bande "Wotans Volk" Teil der bundesweiten NS-Struktur, er selbst leitet das "Hauptschulungsamt".

Seit über einem Jahr wird bei jeder passenden Gelegenheit das Ermittlungsverfahren gegen den Ku-Klux-Klan und das "Nationale Einsatzkommando" (NEK) der "Nationalistischen Front", das bei Generalbundesanwalt von Stahl anliegt, als Beweis für Aktivität angeführt. Mittlerweile hat die "Nationalistische Front" ihren ehemaligen Vorsitzenden und Chef des NEK, Meinolf Schönborn, formell ausgeschlossen und nach innen Entwarnung gegeben: das "NEK" sei dessen Privatsache gewesen. Weniger Privatsache Schönborns, sondern offene Schlägertruppe der NF im Raum Rhein-Sieg ist der "Deutsche Hochleistungs-Kampfkunstverband", der in der "Anti-Antifa-Kampagne" der NF eine "tragende Rolle" spielt. (TAZ, 8.10.92)

Genau besehen ist es zur Zeit nur ein Rechtsextremist, der seit einigen Tagen mit dem Vorwurf des 129/129a StGB (kriminelle bzw. terroristische Vereinigung) in Untersuchungshaft sitzt: Thomas Dienel, ehemaliger Absolvent der Parteischule der SED, nach der Wende NPD-Führer in Sachsen-Anhalt und nun Chef der offen neonazistischen "Deutsch Nationalen Partei". Dienel hatte den Nazi-Aufmarsch am 9.11.1991 in Halle angemeldet, auf dem die versammelte NS-Rechte unter Polizeischutz aufmarschieren konnte, währen die Antifaschisten in andere Stadtteile abgedrängt wurden. Im Juli waren es Mitglieder der DNP, die in Erfurt mit einem blutigen Schweinekopf den verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, verunglimpften. Ende August war es Dienel selbst, der in Rudolstadt eine Gegendemonstration gegen antifaschistischen Protest ankündigte, stattdessen aber in einer Kneipe wegen Volksverhetzung festgenommen wurde; stets wieder freigelassen scheint er nun aber Pech zu haben, weil rauskam, daß die auf thüringischem ehemaligen Militärgelände den bewaffneten Angriff auf Asylbewerberheime übenden Jungmannen aus seinem Verein stammen. Die Verteidigungsstrategie der Nazis ist schon vorgegeben: Das seien fürs Fernsehen gestellte Bilder gewesen, für die man 5000 DM erhalten habe (Spiegel-TV hat dementiert).

Seit dem 5.2.1991 läuft in Stuttgart der Prozeß gegen den sogenannten Mosler-Flügel der FAP wegen Fortsetzung der verbotenen ANS/NA. Für nicht ganz so Eingeweihte: Die Kühnen-Truppe "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten" (ANS/NA) um den verstorbenen Michael Kühnen war Ende 1983 verboten worden. Ihre Aktivisten waren der bis dato unbedeutenden "Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) beigetreten und hatten sich über die "Schwulenfrage" (Kühnen war schwul) in mehrere Flügel zerstritten (Mosler- und Kühnenflügel); seit nunmehr über 60 Verhandlungstagen wird nun versucht, den Angeklagten nachzuweisen, daß sie den Zusammenhang der etwa 170 Mitglieder der ANS/NA verbotenerweise weiterbetrieben haben. Angeklagt sind dabei mit Michael Swierczek, Jürgen Mosler, Alois Hogh ("Nationale Offensive"), Friedhelm Busse (FAP), Andreas Rossiar (Heimattreue Vereinigung Deutschlands, HDV), Ewald Bela Althans (Deutsches Jugendbildungswerk) führende Vertreter der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front". Doch nicht die "Gesinnungsgemeinschaft" soll dabei die verbotene Nachfolgeorganisation sein, sondern das "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" - personell ziemlich identisch mit der "Gesinnungsgemeinschaft", aber bittschön, eine durchaus vollkommen andere Organisation. Das Urteil soll angeblich noch in diesem Herbst gesprochen werden.

Der Kühnen-Flügel, immerhin heute der politisch bedeutendere in der Nazi-Szene, steht im übrigen seit April 1992 in Frankfurt wegen desselben Delikts vor Gericht. Das mögliche Strafmaß für Fortführung einer verbotenen Vereinigung liegt im übrigen zwischen drei Monaten und fünf Jahren.

ES, Hamburg

9. Übersicht auf ausländerfeindliche Anschläge (19.9.-13.10.92)

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:23

In der BRD wurden nach Angaben des Berliner Verfassungsschutzes seit Anfang dieses Jahres bis Ende September 1.162 Gewalttaten mit erwiesener oder vermuteter rechtsextremer Motivation verübt. 475 Taten wurden in den neuen Ländern begangen (41%), 687 in Westdeutschland (59%). Zehn Menschen wurden getötet und über 800 verletzt. (Berliner Zeitung, 29.9.92)

Der folgende Überblick, mit dem wir die im ak 346 bis zum 18.9. geführte Aufstellung fortsetzen, führt 130 Anschläge auf Heime von Asylbewerbern, Angriffe auf einzelne Ausländer und Schändungen jüdischer Friedhöfe vom 19.9.-13.10.92 auf. Als vollständig kann dieser Überblick keineswegs gelten, da insbesondere Angriffe auf Asylbewerber oft erst gar nicht zur Anzeige gebracht oder wegen ihrer "Alltäglichkeit" in der Presse gar nicht mehr erwähnt werden.

19.9.

In Rositz in Thüringen werfen Neofaschisten Brandsätze gegen eine Unterkunft für Asylsuchende. (FR, 21.9.92)

In Senftenberg in Brandenburg greifen 80 vermummte Neofaschisten die Polizeistation mit Steinen und Brandsätzen an. Sieben mutmaßliche Täter werden festgenommen. (FR, 21.9.92)

In Gummersbach-Dieringhausen verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein AussiedlerInnenheim. Die Polizei konnte einige Tage später drei mutmaßliche Täter festnehmen. (taz, 23.9.92)

In Letmathe bei Iserlohn haben zwei Skinheads einen Obdachlosen so brutal zusammengetreten, daß er nur durch eine Notoperation gerettet werden konnte. (taz, 23.9.92)

In Spremberg in Brandenburg kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen 15 Neonazis und 15 AntifaschistInnen vor dem örtlichen Jugendclub. (FR, 21.9.92)

In Prenzlau ging eine Bombendrohung gegen das AsylbewerberInnenheim ein. In der Nacht wurde das Heim von Jugendlichen mit Steinen und Brandsätzen angegriffen. (FR, 21.9.92)

In Regensburg warfen Unbekannte drei Brandflaschen gegen ein Wohnheim für AussiedlerInnen, in dem 70 Menschen untergebracht sind. Es wurde niemand verletzt. (FR, 21.9.92)

In Rödermark-Urberach im Kreis Offenbach verübten Unbekannte einen Anschlag auf eine Unterkunft für AsylbewerberInnen. Sie warfen mit Steinen zwei Scheiben eines Hotels ein, in dem 55 Flüchtlinge untergebracht sind. (FR, 21.9.92)

In Brandenburg kam es in einer Discothek zu einer Schlägerei zwischen den BesucherInnen und 25 Skinheads. Zwei Personen wurden verletzt sowie Einrichtungsgegenstände zerstört. Die Skinheads konnten mit PKW flüchten. (Berliner Zeitung, 21.9.92)

In Bremerhaven schlugen neofaschistische Jugendliche zwei afghanische Asylbewerber mit Zaunlatten so zusammen, daß diese ins Krankenhaus mußten. Die Täter wurden vorläufig festgenommen. (taz, 22.9.92)

In Steyerberg in Niedersachsen warfen Unbekannte vier Brandsätze in das Treppenhaus einer Unterkunft für Asylsuchende. (FR, 21.9.92)

In Visbek schleuderten neofaschistische Jugendliche Steine gegen ein AsylbewerberInnenheim. (FR, 21.9.92)

In Neuhadern in Bayern schleuderten Unbekannte einen Brandsatz gegen eine in Bau befindliche Unterkunft für Asylsuchende. Die frühzeitige Entdeckung des Feuers verhinderte größeren Sachschaden. (SZ, 26.9.92)

20.9.

In Geisenheim in Hessen warfen Unbekannte gegen eine Unterkunft für Asylsuchende Brandsätze. Einer der 80 HeimbewohnerInnen erlitt eine Rauchvergiftung. (taz, 21.9.92)

In Blankenstein in Thüringen griffen Unbekannte ein AsylbewerberInnenheim mit Brandsätzen an. (taz, 21.9.92)

In Hainspitz in Thüringen griffen Unbekannte ein AsylbewerberInnenheim mit Brandsätzen an. (taz, 21.9.92)

In Lübbenau in Brandenburg warfen rechtsextreme Jugendliche die Fensterscheiben eines Heims für AsylbewerberInnen ein. (taz, 21.9.92)

In Weißwasser in Sachsen warfen rechtsextremistische Jugendliche Brandsätze gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge. Die Holzverschalung brannte durch einen Brandsatz an. Die Rechtsextremisten schossen auch Leuchtraketen auf das Heim. (taz, 21.9.92)

In Lychen im Kreis Templin verursachten neofaschistische Jugendliche bei einem Überfall einen Sachschaden von 40.000 bis 50.000 DM. Die Täter zerschlugen Scheiben und Türen; sie drangen auch in einige Zimmer ein. (Berliner Zeitung, 22.9.92)

21.9.

In Wismar randalierten wieder ca. 60 neofaschistische Jugendliche vor dem AsylbewerberInnenheim. Die Polizei nahm neun Personen fest. (FAZ, 22.9.92)

In Schwerin nahm die Polizei drei rechtsextreme Jugendliche fest, die vor dem dortigen AsylbewerberInnenheim randalierten. (taz, 22.9.92)

In Güstrow warfen fünf Unbekannte Steine gegen das Flüchtlingsheim. (taz, 22.9.92)

22.9.

In Brandenburg griffen 25 Skinheads eine Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit an. (FR, 23.9.92)

In der Nähe von Erfurt trainierte auf einem Bundeswehrgelände eine unter der Führung von Thomas Dienel stehende neofaschistische Wehrsportgruppe den Sturm auf Unterkünfte von Flüchtlingen. Die Gruppe verfügt über TNT-Sprengsätze, Nebelgranaten und anderen Waffen. (FR, 23.9.92)

In Schwerin teilte das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern mit, daß das Flüchtlingsheim in Wismar nach den tagelangen Attacken verlegt werden soll. (taz, 23.9.92)

23.9.

In Berlin-Marzahn verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein Heim für AsylbewerberInnen. Sie warfen einen Brandsatz auf einen Treppenabsatz des Heimes und entzündeten eine brennbare Flüssigkeit an der Eingangstür. Der Wachschutz des Hauses konnte den Brand löschen. Wenige Stunden vorher war schon ein Fenster in dem Heim eingeschlagen wurden. (taz, 24.9.92)

In Keez in Mecklenburg-Vorpommern warfen vier Unbekannte die Fensterscheiben einer Unterkunft für Flüchtlinge ein. (Neues Deutschland, 25.9.92)

In Lauchhammer-Süd wurde eine Unterkunft für AsylbewerberInnen von acht Neofaschisten angegriffen. Es entstand Sachschaden. (Neues Deutschland, 25.9.92)

In Bonn drohte eine neofaschistische "Anti-Antifa-Bonn" über 100 Personen unverblümt, daß ihre Daten gespeichert werden würden und das sie mit Angriffen rechnen müßten. (taz, 26.9.92)

In Saarwellingen im Saarland wurde ein Brandanschlag auf ein von 15 kurdischen AsylbewerberInnen bewohntes zweigeschössiges Haus verübt. Zwei Bewohner erlitten Rauchvergiftungen und mußten in ein Krankenhaus gebracht werden. (FAZ, 24.9.92)

24.9.

In Pocking bei Passau griffen 15 Neofaschisten mit Steinen das AsylbewerberInnenheim an. Es wurden Fenster mit Steinen eingeworfen. Ein Asylbewerber wurde durch Glassplitter leicht verletzt. (Neues Deutschland und FAZ, 25.9.92)

In Düsseldorf faßte die Polizei zwei junge Männer, die einen Brandsatz gegen eine Unterkunft für AussiedlerInnen geworfen hatten. (SZ, 25.9.92)

In Vetschau in Brandenburg wurde ein Brandanschlag auf ein zur Unterbringung von AsylbewerberInnen vorgesehenes Gebäude verübt. Es entstand geringer Sachschaden. (Berliner Zeitung, 25.9.92)

In Berlin-Kreuzberg verletzte ein Unbekannter einen israelischen Staatsbürger mit einem Messer lebensgefährlich. Das Opfer schleppte sich in ein Lokal. Die Gäste alarmierten die Feuerwehr, die ihn ins Krankenhaus brachte. Dort erlag der Mann seinen Verletzungen. (Berliner Zeitung, 25.9.92)

Bei Löbach/Sachsen haben nach Angaben tschechischer Grenzbehörden deutsche Skinheads zwei Polizeistationen in der CSFR überfallen und dabei Waffen erbeutet. Die Polizeidirektion Görlitz behauptet dagegen, ihr sei von derartigen Vorfällen nichts bekannt. (Berliner Zeitung, 25.9.92)

In Berlin bedrohten drei Skinheads mit abgeschlagenen Bierflaschen vier Asylbewerber aus Jugoslawien vor einem AusländerInnenwohnheim in der Friedrich-Engels-Straße. Die Polizei konnte die Täter stellen. Bei ihrer Durchsuchung fand die Polizei zwei Klappmesser und am Tatort zwei Eisenstangen. (Berliner Zeitung, 26.9.92)

25.9.

In Kröpelin im Kreis Bad Doberan hinderte die Polizei 40 neofaschistische Jugendliche daran, ein Heim für AsylbewerberInnen anzugreifen. (FR, 28.9.92)

In Eichberg im Kreis Parchim wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. (FR, 28.9.92)

In Erzhausen bei Darmstadt attackierten Neofaschisten eine Unterkunft für AsylbewerberInnen mit Steinen und Brandsätzen und steckten einen polnischen Reisebus an. Die Polizei konnte drei Personen festnehmen. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

Erst jetzt wurde bekannt, daß die Polizei bei einer Razzia gegen fünf Neofaschisten Anfang Juli in Braunschweig etwa ein Dutzend Pistolen und Gewehre, Propagandamaterial, Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoff und "Schwarze Listen" von Politikern, Richtern und Staatsanwälten gefunden hatte. Das niedersächsische Innenministerium spielte den Vorfall herunter (von "Listen oder gar Todeslisten könne keine Rede sein"). Die Generalstaatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung. (Berliner Zeitung, 26.9.92)

26.9.

In Obernkirchen im Kreis Schaumburg wurde eine 19jährige Rumänin am Kopf verletzt, als Unbekannte Steine durch die Fenster einer Unterkunft für AsylbewerberInnen warfen. (FR, 28.9.92)

In Ziegendorf im Kreis Parchim griffen 15 neofaschistische Jugendliche das AsylbewerberInnenheim mit Steinen an. Vier AsylbewerberInnen mit einem Kleinkind wurden nach dem Angriff vorübergehend vom Gemeindepfarrer aufgenommen. (FR, 28.9.92)

In Halle wurde nach einem Konzert der "Benjamins" deren Schlagzeuger beim Beladen des Bandbusses von mehreren Neofaschisten mit Baseballschlägern und Äxten überfallen und brutal zusammengeschlagen. Die Neofaschisten waren mit drei PKW vorgefahren und griffen den Musiker an. Der Bus der Band wurde demoliert. (aus Mailbox)

In Arolsen griffen Neofaschisten ein AsylbewerberInnenheim mit Steinen an und riefen ausländerInnenfeindliche Parolen. (Junge Welt, 28.9.92)

In Philippsthal-Röhrigshof in Hessen gaben unbekannte Täter sieben Schüsse aus einem Schrotgewehr auf die Fenster einer Unterkunft für Flüchtlinge ab und warfen Brandsätze. (Junge Welt, 28.9.92)

In Eisenberg in Thüringen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen 20 Neonazis und 80 AntifaschistInnen. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Sachsenhausen wurde ein Brandanschlag auf das Jüdische Museum des KZs verübt. Die Gedenkstätte war vor kurzem erst israelischen Ministerpräsidenten Rabin besucht worden. (Neues Deutschland, 28.9.92)

In Schwedt warfen Unbekannte einen Brandsatz durch ein geschlossenes Fenster in ein China-Restaurant. Es brach dadurch ein Feuer aus. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Kruge im Kreis Bad Freienwalde kam es zu einer Schlägerei, an der ca. 100 Jugendliche beteiligt waren. Es gab Verletzte. Ein Teil der Schläger stammte aus Berlin-Zepernick und wird zur Hooligan-Szene gerechnet. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Lübben beschmierten unbekannte Täter Denkmäler mit nazistischen Parolen und Symbolen. (Berliner Zeitung, 30.9.92)

In Henningen in Sachsen-Anhalt warfen Unbekannte sechs Brandsätze gegen eine Unterkunft für Asylsuchende. (FAZ, 28.9.92)

In Beeskow in Brandenburg wurde ein AsylbewerberInnenheim von etwa zehn Neofaschisten angegriffen. (Junge Welt, 28.9.92)

In Hasbergen bei Osnabrück griffen sechs vermummte Täter eine Unterkunft für Asylsuchende an. Sie riefen und sprühten rassistische Parolen an die Wand und schlugen Fensterscheiben ein. Als sie Brandflaschen füllten, wurden sie von den Asylsuchenden mit Stöcken vertrieben. (FR, 30.9.92)

In Langenhagen bei Hannover gelang es BewohnerInnen eines Zeltdorfes für AsylbewerberInnen, einen von mehreren Männern gelegten Brand zu löschen. (FR, 30.9.92)

27.9.

In Senftenberg attackierten 80 Neofaschisten die Polizeiwache. Die vermummten Angreifer errichteten mit brennenden Autos und Müllcontainern eine Barrikade. Im Verlauf der mehrstündigen Auseinandersetzung nahm die Polizei 31 Personen fest. (Neues Deutschland, 28.9.92)

In Magdeburg kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Neofaschisten und der Polizei, dabei wurden 14 Personen festgenommen. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Gersthofen im Landkreis Augsburg wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. Der Anschlag scheiterte. In der Unterkunft leben 30 Menschen, die überwiegend aus Vietnam kommen. (SZ, 28.9.92)

In Berlin-Schöneberg wurden drei türkische Jugendliche von drei mit Eisenstangen bewaffneten Männern überfallen. Ein türkischer Jugendlicher erlitt eine Kopfwunde. Die Polizei konnte die Täter festnehmen. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Eisenhüttenstadt bedrohte ein angetrunkener Mann Flüchtlinge vor der Zentralen Anlaufstelle. Der Mann wurde festgenommen. (Berliner Zeitung, 28.9.92)

In Cottbus haben Unbekannte einen Gedenkstein auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof umgestoßen. Berliner Zeitung, 29.9.92)

In Halle wurde ein 36jähriger Vietnamese vor seinem Wohnhaus von acht bis zehn Männern mit einem säbelartigen Gegenstand niedergestochen. Die Täter umringten das Opfer und stachen ihn mehrfach in die Brust. Die Arme des Opfers seien regelrecht aufgeschlitzt wurden. Die Polizei schloß "weitgehend" aus, daß es sich um rechtsextremistische Täter handele. (Neues Deutschland, 29.9.92)

28.9.

In Buchloe in Bayern schmierten Unbekannte antisemitische Parolen an das Haus eines jüdischen Fleischfabrikanten. (SZ, 29.9.92)

In Berlin wird zunehmende AusländerInnenfeindlichkeit innerhalb der Polizei festgestellt; dies berichtete der Fachlehrer im Referat für politische Bildung der Berliner Polizei, Eckhardt Lazai, im Europarat in Straßburg. (Berliner Zeitung, 29.9.92)

In Mannheim-Schönau verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge. Sie warfen einen mit Benzin getränkten Autoreifen über den Zaun auf das Gelände. Die Täter konnten fliehen. (taz, 29.9.92)

In Peitz bei Cottbus wurde ein Brandanschlag auf die Landesstelle für AussiedlerInnen verübt. Zwei Unbekannte warfen einen Brandsatz durch ein Fenster in das Gebäude. Durch schnelles Löschen konnte eine Katastrophe verhindert werden; es entstand geringer Sachschaden. In dem Haus leben 260 AussiedlerInnen. (Berliner Zeitung, 29.9.92)

29.9.

In Lübben in Brandenburg beschmierten abermals unbekannte Täter drei Denkmäler mit nazistischen Parolen und Symbolen. (Berliner Zeitung, 30.9.92)

In Eberswalde in Brandenburg gab es eine Bombendrohung gegen das Heim für AsylbewerberInnen. (Berliner Zeitung, 30.9.92)

In Maintal-Bischofsheim im Main-Kinzig-Kreis haben zwei Neofaschisten einen Anschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende begangen. Sie warfen mit Glühbirnen und Steinen und gaben Schüsse aus einer Schreckschußpistole ab. Sie riefen ausländerInnenfeindliche Parolen und flohen anschließend mit einem Motorrad. (FR, 30.9.92)

In Lich im Kreis Gießen brach ein Feuer in einer Unterkunft für Flüchtlinge aus. Dabei wurde ein dreijähriges Mädchen verletzt. Die 40 in der Unterkunft lebenden Flüchtlinge mußten umquartiert werden. Die Brandursache muß noch geklärt werden. (FR, 30.9.92)

In Bruchweiler-Bärenbach bei Pirmasenz stach ein 21jähriger Mann, der auf der Kirmes Nazilieder gesungen hatte, einen Kritiker mit einem Messerstich in den Unterleib nieder. Der Nazi hatte u.a. von allen Kirmesbesuchern unbeanstandet das Horst-Wessel-Lied gegröhlt. Das Opfer wurde schwer verletzt; der Täter vorübergehend festgenommen. (FR, 30.9.92)

In Bornim bei Potsdam ist ein Brandanschlag auf das Aktenarchiv der Treuhand verübt worden. Die Polizei geht davon aus, daß die Täter das benachbarte AsylbewerberInnenheim treffen wollten, aber die Gebäude verwechselt haben. (Neues Deutschland, 30.9.92)

30.9.

In Berlin legte der Bezirksverordnete der Grünen/AL, A.H. Kharramshahi sein Mandat nach unzähligen telefonischen Repressalien und Gewaltandrohungen nieder. (Berliner Zeitung, 1.10.92)

In Berlin-Friedrichshain ging das REP-Fraktionsmitglied der Friedrichshainer Bezirksverordnetenversammlung, Manfred-Ulrich Voigt, mit Reizgas gegen einen Autofahrer und dessen Ehefrau vor, dem Voigt vorher schon den Außenspiegel seines PKW abgeschlagen hatte. Das Ehepaar ergriff die Flucht. Voigt soll hinter den beiden hergelaufen sein, eine Schreckschußpistole gezogen und auf sie geschossen haben. Gegen Voigt läuft eine Anzeige wegen schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung. (Berliner Zeitung, 6.10.92)

2.10.

In Hasbergen bei Osnabrück retteten zwei Polizisten buchstäblich in letzter Minute 15 Menschen aus einer brennenden Unterkunft für AussiedlerInnen. Die Polizisten weckten die elf Erwachsenen und vier Kinder und brachten sie noch rechtzeitig in Sicherheit. Wenig später stürzte die Erdgeschoßdecke des Hauses ein. Die Brandursache wird untersucht. (Göttinger Tageblatt, 5.10.92)

In Arnstadt bei Erfurt beschlagnahmte die Polizei bei einer Razzia gegen Neofaschisten nationalsozialistisches Schriftenmaterial, Schlagwaffen sowie Naziorden. (taz, 5.10.92)

3.10.

In Dresden zogen 600 Neofaschisten rassistische Parolen gröhlend (u.a. "Juda verrecke") durch die Stadt. Die Nazis konnten offen vor der Presse und den Medien mit dem "Hitler-Gruß" posieren, ohne daß die Polizei einschritt. Ein Polizeisprecher konnte keine "strafrechtlich relevante Handlung" erkennen. Sie waren einem Demonstrationsaufruf der "Nationalen Offensive" gefolgt. Die Zusammenrottung war zunächst von der Stadt verboten, dann aber vom sächsischen Oberverwaltungsgericht genehmigt worden, weil nicht genügend Belege für eine Gefährdung dargebracht worden seien. (FR, 5.10.92 und Berliner Zeitung, 6.10.92)

In Massen in Brandenburg kamen 1.500 Skinheads zu einem von der "Deutschen Alternative" veranstalteten Rockkonzert, auf dem die deutschen Gruppen "Störkraft" und "Wotan" sowie die englische Gruppe "Screw Driver" auftraten. Die Polizei nahm 42 Neofaschisten wegen Waffenbesitzes, Widerstand oder Sachbeschädigung fest. Die Polizei beschlagnahmte etwa 200 Hieb, Stich- und Schlagwaffen, darunter Äxte, Messer und Motorsägenketten. (FR und Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Südbrandenburg wurde auf der Autobahn Cottbus-Berlin ein polnischer Kleinbus von Skinheads überfallen. (Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Schwandorf wurde die Leiche eines anerkannten iranischen Asylbewerbers in einem Wald entdeckt. Der Mann wurde durch mehrere Schüsse, von denen einige aus nächster Nähe abgegeben worden seien, getötet. Ein politisches Motiv wird von der Polizei nicht ausgeschlossen. (FAZ, 5.10.92)

In Greifswald-Ladebow in Mecklenburg-Vorpommern schleuderten Unbekannte zwei Brandsätze gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge, die jedoch schnell gelöscht werden konnten. (FR, 5.10.92)

In Rostock-Schmarl warfen rechtsextreme Jugendliche Brandsätze gegen ein AsylbewerberInnenheim. Die Polizei stellte die Personalien der Täter fest. (FR, 5.10.92)

In Zehdenick nördlich von Berlin wurde aus einem Auto ein Brandsatz auf eine Unterkunft für Flüchtlinge geworfen. (FR, 5.10.92)

In Strausberg wurde der jüdische Friedhof von Unbekannten geschändet. (FR, 5.10.92)

In Stuttgart-Bad Cannstadt wurde der jüdische Friedhof geschändet. Grabsteine wurden mit Hakenkreuzen und "Sieg Heil" beschmiert. (FR, 5.10.92)

In Beiersdorf im Kreis Bad Freienwalde überfielen 15 neofaschistische Jugendliche eine Gaststätte. Es wurde ein Brandsatz gegen die Gaststätte geworfen. Drei der Täter konnten festgenommen werden. Ernsthaft wurde niemand verletzt. (Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Ziesar bei Brandenburg kam es zu einer Schlägerei in einer Discothek. Ein Gast wurde verletzt und Mobiliar beschädigt. Die Polizei konnte die flüchtenden Skinheads einige Kilometer weiter stellen. (Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Dortmund wurde der "Jüdische Ehrenfriedhof" verwüstet. Etwa 20 Grabsteine wurden mit Parolen wie "Sieg Heil" und "Skinpower" beschmiert. (Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Arnstadt in Thüringen versammelten sich 1.000 Mitglieder der NPD zu einer Kundgebung. (Berliner Zeitung, 5.10.92)

In Zwickau rotteten sich REPs zu einer Versammlung zusammen, auf der Schönhuber sprach. (taz, 5.10.92)

In Köln fand der Bundesparteitag der "Deutschen Liga" statt. Die Polizei ging gegen antifaschistische DemonstrantInnen vor und ermöglichte den Delegierten der "Deutschen Liga" den Zugang zum Versammlungsraum. (taz, 5.10.92)

In Berlin-Karlshorst ist der Verein zur Förderung von ImmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion überfallen worden. Die Inneneinrichtung ist verwüstet, Computer und Faxgeräte sind entwendet worden. (Berliner Zeitung, 6.10.92)

4.10.

In Höhenstedt in Sachsen-Anhalt griffen Unbekannte ein Heim für polnische Arbeiter mit Betonplatten an. Sie zerschlugen Fensterscheiben und traten die Eingangstür ein.

In Halle griffen ca. 30 Neonazis eine antifaschistische Filmveranstaltung an. Schwere Kopfverletzungen erlitt eine junge Frau. Mehrere Personen mußten wegen Schnitt- und Kopfverletzungen behandelt werden. Die Einrichtung des Kinos und fünf Autos wurden verwüstet. (FR, 5.10.92)

In Saalfeld in Thüringen nahm die Polizei 13 Skinheads fest, die einen Angriff auf eine Unterkunft für Asylsuchende angreifen wollten. (FR, 5.10.92)

In Fürstenwalde in Brandenburg versuchten ca. zehn Neofaschisten ein Heim für AsylbewerberInnen zu attackieren. (taz, 5.10.92)

In Bad Brückenau im Kreis Bad Kissingen verübten vier Täter einen Brandanschlag auf ein Heim für AsylbewerberInnen. In dem Gebäude, in dem 35 AsylbewerberInnen leben, entstand ein Feuer, daß die AsylbewerberInnen löschen konnten. Die Täter wurden ein paar Tage später von der Polizei ermittelt. Drei der Männer wurden wieder freigelassen, der mußmaßliche Hauptakteur blieb in polizeilichem Gewahrsam. Es wird wegen schwerer Brandstiftung ermittelt. (SZ, 9.10.92)

5.10.

In Eilenburg in Sachsen zogen ca. 30 Neofaschisten vor der Unterkunft für Asylsuchende auf, randalierten und riefen rassistische Parolen. Die Flüchtlinge bewaffneten sich daraufhin mit Knüppeln und Eisenstangen und schlugen die Nazis erfolgreich in die Flucht. Zehn Neofaschisten wurden verletzt. (SZ, 6.10.92)

In Keez im Kreis Sternberg überfielen Neofaschisten eine Unterkunft für Flüchtlinge, drangen in das von 20 Asylsuchenden bewohnte Heim ein und griffen die BewohnerInnen an. Einem 25jährigen Rumänen sei dabei das Nasenbein gebrochen worden. Drei Tatverdächtige konnten festgenommen werden. Gegen einen von ihnen sei Haftbefehl wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch beantragt worden. (SZ, 6.10.92)

In Magdeburg überfielen 15 Neofaschisten einen Imbiß, schlugen auf die Gäste ein und demolierten die Einrichtung. Zwei der Gäste wurden verletzt. Die Polizei konnte einen der mutmaßlichen Täter festnehmen. (SZ, 6.10.92)

In Mitteldorf im Kreis Stollberg warfen Unbekannte eine Brandflasche aus einem fahrenden Auto gegen ein Heim für AsylbewerberInnen. Es ist kein Schaden entstanden. (SZ, 6.10.92)

In Iserlohn in Nordrhein-Westfalen verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf einen Wohncontainer für AussiedlerInnen. Die BewohnerInnen konnten das Feuer selber löschen. Niemand sei verletzt worden. (SZ, 6.10.92)

6.10.

In Bremen erscheint in der Zeitung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), "Landesjournal", ein rassistischer Text, indem ein fiktiver Asylsuchender aus Nigeria seine Frau und seine sieben Kinder auffordert, in das Paradies nach Deutschland zu kommen. Die Bremer GdP distanzierte sich zwar von dem Textinhalt, nicht aber von dem Abdruck! Der stellvertretende Bremer Innensenator, Helmut Kauther, meinte, daß er sich einen "solchen Artikel gut in der ‚Nationalzeitung` vorstellen" könne. (SZ, 7.10.92)

In Köthen schlugen vier Skinheads einen Deutschen und verletzten ihn mit Messerstichen, weil sie ihn für einen Ausländer hielten. Die vier Täter wurden festgenommen. (Berliner Zeitung, 8.10.92)

7.10.

In Karlsruhe wurden auf dem Hauptfriedhof fünfzehn jüdische Gräber geschändet. Wenig später konnten zwei einschlägig bekannte Skinheads festgenommen werden. (FAZ und taz, 9.10.92)

Mit Besorgnis hat die griechische Öffentlichkeit den neofaschistischen Überfall auf eine griechische Schule in Wuppertal reagiert. (FAZ, 8.10.92)

In Müncheberg im Kreis Strauberg haben Unbekannte einen sowjetischen Ehrenhain geschändet. (Berliner Zeitung, 12.10.92)

In Frankfurt/Main mißhandelte die Polizei einen Marokkaner bei einer willkürlichen Festnahme im Bahnhofsviertel. Der Mann wurde mit dem Gummiknüppel geschlagen und im VW-Bus mit Fußtritten traktiert.

Auf dem Polizeirevier sei der Marokkaner dann "zusammengebrochen". Erst als die Polizisten mitbekamen, daß der Marokkaner weder Drogendealer noch Asylbewerber ist, sondern einer, der seit drei Jahren mit einer Deutschen verheiratet ist und bei der Post arbeitet, holten sie einen Krankenwagen. (taz, 12.10.92)

8.10.

In Hanau hat eine deutsche Landfahrerfamilie vermutlich einem Windelpaket sein Leben zu verdanken. Unbekannte hatten mehrere Schüsse auf ihr Wohnwagenlager abgegeben. Ein Projektil vom Kaliber neun Millimeter durchschlug die Wagenwand und blieb in einem Paket Einwegwindeln stecken. (taz, 10.10.92)

In Mellendorf im Landkreis Hannover haben drei Unbekannte einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für AsylbewerberInnen verübt. Sie warfen zwei Brandsätze gegen einen Wohncontainer. Bei dem Anschlag ist niemand verletzt worden. Es entstand leichter Sachschaden. (taz, 9.10.92)

In Leipzig schlugen sechs Skinheads einen 32jährigen Mann auf dem Hauptbahnhof zusammen und raubten ihn aus. Der BGS konnte zwei der Täter festnehmen. Die beiden Beschuldigten sind einschlägig bekannt. Der Richter erließ gegen sie Haftbefehl. (Leipziger Volkszeitung, 12.10.92)

9.10.

In Jüterborg in Brandenburg wurde ein Heim für AsylbewerberInnen von vier Neofaschisten mit Steinen und Nebelwurfkörpern angegriffen. (Berliner Zeitung, 10.10.92

In Vetschau wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. Die Feuerwehr mußte den Brand löschen. (Berliner Zeitung, 10.10.92)

10.10.

In Magdeburg wurden bei einer Razzia über 60 Skinheads festgenommen. 21 Strafverfahren sind eingeleitet worden, in zwei Fällen wurde von der Staatsanwaltschaft Haftbefehl beantragt. Die Polizei beschlagnahmte zahlreiche Schlag- und Stichwaffen sowie Schreckschußpistolen. Außerdem fand die Polizei Plakate mit Nazi-Emblemen. Unmittelbar nach der Razzia nahm die Polizei 15 Skinheads aus Hannover fest, denen Sachbeschädigung vorgeworfen wird. (Berliner Zeitung, SZ, und taz, 12.10.92)

In Remplin im Kreis Teterow warfen fünf neofaschistische Jugendliche zwei Brandflaschen gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge. Es entstand geringer Sachschaden. (FAZ, 12.10.92)

In Hinrichsfelde im Kreis Malchin warfen Unbekannte die Fensterscheiben von einer Unterkunft für Asylsuchende ein. (FAZ, 12.10.92)

In Friedland im Kreis Neubrandenburg warfen Unbekannte die Fensterscheiben von einer Unterkunft für Asylsuchende ein. (FAZ, 12.10.92)

In Meißen in Sachsen schossen Unbekannte mit einem Luftgewehr auf eine Unterkunft für Flüchtlinge. Ein Fenster wurde durch neun Einschüsse beschädigt. (Neues Deutschland, 12.10.92)

In Elgersburg in Thüringen hatten Jugendliche aus einem Personenzug heraus Steine auf ein AsylbewerberInnenheim geworfen. Es gingen Fensterscheiben zu Bruch. Bei einem weiteren Angriff wurde ein Polizeifahrzeug beschädigt. (FAZ, 12.10.92)

In Liebertwolkwitz bei Leipzig wurde das Flüchtlingsheim mit Steinen angegriffen. (FAZ, 12.10.92)

In Chemnitz griffen rund 30 zum Teil vermummte Neofaschistischen ein Jugendzentrum an. (FAZ, 12.10.92)

In Neunkirchen im Saarland wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. (Neues Deutschland, 12.10.92)

In Markkleeberg bei Leipzig wurde zweimal aus einem fahrenden Auto auf ein Heim für Asylsuchende geschossen. Die Polizei geht davon aus, daß die Täter eine Schreckschußpistole verwendeten. Es wurde niemand verletzt. (Leipziger Volkszeitung, 13.10.92)

In Halle schützte die Polizei eine Veranstaltung der DVU vor AntifaschistInnen. (Leipziger Volkszeitung, 12.10.92)

11.10.

In Göttingen kam es zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen drei Antifaschisten und drei Skinheads. Die Polizei nahm alle Beteiligten fest. (Göttinger Tageblatt, 12.10.92)

In Großräschen bei Senftenberg verübten sieben Neofaschisten einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende. Sie warfen sechs Brandsätz gegen das Gebäude, unter anderem in die Wohnunterkünfte und in den Wachraum. Die Brände konnten von Mitarbeitern des Wachschutzes gelöscht werden. Von den 25 Asylsuchenden wurde niemand verletzt. (Berliner Zeitung, 12.10.92)

In Potsdam randalierten Skinheads in einer Billardkneipe und verletzten mehrere Gäste. Sie zogen dann zu einem Jugendclub weiter und wurden hier von der Polizei gestellt. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Verlauf sechs Skinheads festgenommen wurden. (FAZ, 12.10.92)

In Konstanz tagte der Landesparteitag der REPs. 400 Polizisten schützen die Rechtsradikalen mit einer weiträumigen Absperrung vor 3.500 AntifaschistInnen. (Neues Deutschland, 12.10.92)

In Reinbek bei Hamburg wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge verübt. (Neues Deutschland, 13.10.92)

12.10.

In Kolbermoor in der Nähe von Rosenheim verübten Unbekannte einen Sprengstoffanschlag auf das dortige AsylbewerberInnenheim. Durch die Sprengladung wurde ein Loch in die Tür gerissen. Von den rund 60 in der Unterkunft untergebrachten Flüchtlingen wurde niemand verletzt. (Berliner Zeitung, 13.10.92)

In Olbernhau im Erzgebirge wurde eine Unterkunft für Asylsuchende von 25 neofaschistischen Jugendlichen, die mit Schlagwerkzeugen und Steinen bewaffnet waren angegriffen. Die Asylsuchenden konnten den Angriff abwehren. Ein noch unbekannte Person fuhr mit einem PKW in die Gruppe der Angreifer und verletzte vier von ihnen. Die Polizei nahm fünf Personen fest. (Berliner Zeitung und Leipziger Volkszeitung, 13.10.92)

In Ortrand im Landkreis Senftenberg überfielen Unbekannte an der Autobahn-Anschlußstelle einen polnischen Kleintransporter und verletzten zwei Bürger aus Zielona Gora schwer. Die Polen hatten offenbar im Auto geschlafen; sie mußten mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Eines der Opfer schwebt in Lebensgefahr. (Berliner Zeitung, 13.10.92)

In Berlin-Lichtenberg kam es zu einer Schlägerei zwischen 20 Jugendlichen und 10 Neofaschisten. Drei Skinheads wurden verletzt. (Berliner Zeitung, 14.10.92)

13.10.

In Landau durchsuchte die Polizei die Wohnung eines 22jährigen Studenten. Sie stellte dabei umfangreiches Waffenmaterial und Munition sicher, u.a. eine Panzerfaust, drei Handgranaten sowie eine voll funktionstüchtige Maschinenpistole und Pistolen. Der Student verfüge über Verbindungen in die neofaschistische Szene, insbesondere zum "Stahlhelm Kampfbund", der laut VS die NPD bei Wahlen unterstützt. (FAZ, 14.10.92)

In Spröda im Landkreis Delitzsch warfen Unbekannte drei Brandsätze gegen eine Unterkunft für Flüchtlinge. Der Brand wurde vom Wachpersonal gelöscht. (Welt, 14.10.92)

In Belzig in Brandenburg beraubten zwei Jugendliche einen Asylbewerber. Der Mann wurde in einer Telefonzelle von den Unbekannten mit einem Messer bedroht und zur Herausgabe seiner Brieftasche gezwungen. (Berliner Zeitung, 14.10.92)

Zusammenstellung: Büro Ulla Jelpke - PDS/Linke Liste

10. Antisemitismus - das alte Gesicht des neuen Deutschland. Buchbesprechung von André Brie

Eine Buchvorstellung von André Brie

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:18

Gewöhnung ist ein Gift mit schleichender Wirkung. Die einzelne Dosis wird kaum wahrgenommen, sofern sie eine bestimmte Reizschwelle nicht überschreitet, doch stetig verändert sie den Gesamtzustand ... Im Mai jubelten nicht wenige, weil die Republikaner bei den Berliner Kommunalwahlen unter zehn Prozent geblieben waren. Ein gleiches Resultat wäre vor Jahr und Tag noch als nationale Katastrophe empfunden worden. Nun waren sehr viele froh, daß es nicht ganz so schlimm kam wie befürchtet, und atmeten erleichtert auf. Das Gift der Gewöhnung zeigte unverkennbar Wirkung.

Jürgen Elsässer hat an die vor der deutschen Einheit von vielen Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands geäußerten Ängste erinnert, sie mit der jetzigen Realität verglichen und Kongruenz festgestellt. Großmachtstreben und Nationalismus, Chauvinismus und Antisemitismus, all diese Verhaltensmuster sind wie befürchtet durchgebrochen. Elsässer nennt Beispiele, trägt alles zusammen, was irgendwann, irgendwo mal als Einzelfall aufgenommen und wieder vergessen wurde, und macht so die enorm angewachsene Menge des Entsetzlichen deutlich. Das reicht von der Schändung jüdischer Friedhöfe über Karikaturen in vermeintlich seriösen Blättern bis hin zur Denunziation Gysis als jüdischem "Drahtzieher" im "Spiegel".

Die deutsche Einheit erweist sich als Katalysator des latent vorhandenen Antisemitismus, wie Elsässers präzise Analyse der Ursachen und Folgen bezeugt. Er stützt diese Behauptung mit vier Thesen, denen uneingeschränkt zugestimmt werden kann: Da ist zum einen der immer stärker werdende Wunsch, man müsse unter Auschwitz und die deutsche Schuld endlich einen Schlußstrich ziehen. Diese als "sekundärer Antisemitismus" bezeichnete Haltung richtet sich vor allem gegen jene, die den Holocaust nicht vergessen können und wollen. Am deutlichsten artikuliert sich diese Ablehnung in der Parole "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!". Da stört es zwangsläufig, wenn diese "kollektive Wertigkeit" durch die Erinnerung an die Vergangenheit gemindert wird.

Zum zweiten meint Elsässer, die Wiedervereinigung habe das auf dem Antisemitismus lastende Tabu stark abgebaut. Jenninger mußte 1988 nach seiner skandalösen Rede im Bundestag zum 50. Jahrestag des faschistischen Reichspogroms noch seinen Hut nehmen. 1992 darf Kanzler Kohl in scharfer Form die Kritik des Jüdischen Weltkongresses an seinem Treffen mit dem wegen seiner NS-Vergangenheit belasteten Waldheim unwidersprochen zurückweisen (ganz zu schweigen von den offen rassistischen Reden solcher CDU-Politiker wie Landowsky und Lummer).

Als dritte These - und diese allen Pauschalkritikern des "verordneten Antifaschismus" in der DDR in Stammbuch - diagnostiziert Elsässer, daß eben der Wegfall dieser Verordnung dem Antisemitismus genützt habe. Eine EMNID-Untersuchung 1991 stellte nachträglich dieser Form des Umgangs mit der Vergangenheit ein besseres Zeugnis aus als erwartet: Sie machte 16% eingefleischte Antisemiten im Westen, aber nur 4% im Osten aus. Die sorgfältige, mit allen Mitteln der Öffentlichkeit und der Erziehung unterstützte Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus in der DDR hat sich im Massenbewußtsein niedergeschlagen. Diese Form der Aufklärung erfolge nun nicht mehr. So kann der Rechtsextremismus namentlich bei Heranwachsenden auf fruchtbaren Acker fallen. Allerdings sei mir eine einschränkende persönliche Bemerkung gestattet. Selbst väterlicherseits aus einer jüdischen Familie stammend, habe ich - aus unterschiedlichen Gründen - erst vor etwa zehn Jahren begonnen, mich mit meiner jüdischen Herkunft ernsthafter zu beschäftigen. Wie einseitig, funktional und wenig lebendig die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in der DDR war, wurde dabei schnell offensichtlich. Jüdische Literatur und Bücher über jüdische Religion, Kultur und Geschichte wurden erst im letzten Jahrfünft der DDR etwas häufiger publiziert. Insbesondere die völlige Unterordnung des Antisemitismus unter das Phänomen des Faschismus und die Leugnung antisemitischer Tendenzen in sozialistischen Ländern - nicht nur unter Stalin - haben meiner Meinung nach die Wirksamkeit der antifaschistischen Staatsdoktrin in der DDR beeinträchtigt.

Und als vierten und letzten Grund, weshalb die deutsche Einheit dem Antisemitismus einen Schub verlieh, nennt Jürgen Elsässer die wirtschaftlichen Turbulenzen. Die BRD hat sich mit ihrer Anschlußpolitik übernommen, die Kosten werden auf die kleinen Leute abgewälzt. Die im Osten, nachdem sie schon vom Sozialismus enttäuscht wurden, fühlen sich nun auch vom Kapitalismus über den Tisch gezogen. In Leipzig kursierte ein Flugblatt: "Wir scheißen auf die frei-soziale Marktwirtschaft und nehmen uns unser Eigentum aus den multikulturellen Judenläden." Hier paare sich in bezeichnender Weise, kommentiert Elsässer, "die rassistische Absage an das Zusammenleben verschiedener Kulturen und die Biologisierung der kapitalistischen Übel im Feindbild des Juden".

In diesem Satz zeigt sich übrigens auch der einzige Makel an dieser wichtigen aufklärerischen Schrift Jürgen Elsässers: die Sprache. Die Abstraktion ist mitunter so hoch, der Bau der Sätze so kompliziert, die Liebe zum Nominalstil nicht zu überlesen, daß die Aufnahmefähigkeit des Mitgeteilten eingeschränkt ist. Und dennoch sei die Lektüre jedem dringend angeraten. Sie ist ein wirksames Gegenmittel zum schleichenden Gift der Gewöhnung.

Jürgen Elsässer: Antisemitismus - das alte Gesicht des neuen Deutschland. Dietz-Verlag Berlin. 176 Seiten. DM 19,80

11. Antisemitische Anschläge

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:13

Am 25.9.92 wurde die "jüdische Baracke" der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Sachsenhausen durch ein Feuer zerstört. Da eine Fensterscheibe von außen eingeschlagen worden ist, wird von Brandstiftung ausgegangen, zumal eine technische Ursache ausgeschlossen scheint. Ein Bekennerschreiben oder andere Hinweise auf die Täter gibt es bis heute nicht, keine Schmierereien, nichts. Vorsichtshalber hat die Verwaltung der Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar um verstärkten Polizeischutz gebeten.

Der Brandanschlag auf die jüdische Baracke der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Sachsenhausen stellt jedoch nur den Höhepunkt einer ganzen Reihe von antisemitischen Anschlägen der letzten Monate dar.

Schwerin, 31. Mai 1992: Nur vordergründig nicht antisemitisch ist die Schändung des Ehrenfriedhofs der Opfer des Faschismus in Schwerin. Das Muster ist dasselbe: Umgestürzte Grabsteine, Hakenkreuze, Naziparolen.

Erfurt, 20. Juli 1992: Vier Neonazis verunglimpfen an der Synagoge von Erfurt den verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski, durch einen blutigen Schweinekopf. Ein einschlägig als rechtsradikal bekannter junger Mann aus Weimar wird wenig später als Täter ermittelt und hat gestanden, weigert sich aber, seine drei Mittäter zu benennen. Weitere Ermittlungen ergeben, daß die Täter aus dem Umfeld der Deutsch-Nationalen Partei des Thomas Dienel stammen, der selbst mit mehreren Verfahren wegen Volksverhetzung etc. rechnen muß. Außerdem waren es DNP-Aktivisten, die in Thüringen auf ehemaligem Militärgelände den militärischen Sturm auf Asylbewerberheime geprobt haben.

München, 27. August 1992: 15 Grabsteine auf dem Israelitischen Friedhof in München werden umgestürzt. Motive werden als "unklar" bezeichnet.

Berlin, 30. August 1992: "Aus Juden- und Ausländerhaß" heraus haben die drei Männer gehandelt, die am 30. August an der Berliner Putlitzbrücke das Denkmal für die deportierten Juden durch einen Sprengstoffanschlag stark beschädigt hatten. Außerdem haben die drei einen Anschlag auf ein Ausländerwohnheim gestanden. In der Wohnung eines 31jährigen Transportarbeiters (offenbar der Haupttäter) fand die Polizei zahlreiche Hand- und Faustfeuerwaffen, Munition verschiedenen Kalibers, Handgranaten, Teile von Sprengsätzen und diverse Chemikalien. (FR, 28.9.92) Politische Hintergründe? - Keine weitere Information.

Berlin, 3. September 1992: Schändung des jüdischen Friedhofs der Gemeinde Adass Jisroel in Weißensee. Wenige Tage später wird der Friedhof erneut geschändet.

Bonn, 15. September 1992: Auf das Auto von Lea Rabin, der Ehefrau des israelischen Ministerpräsidenten, wird bei ihrem Deutschland-Besuch ein Hakenkreuz gekratzt.

Cottbus, 29.9.92: Ein Gedenkstein, der an das Pogrom gegen Juden von 1939 erinnert, wird vom Sockel gestoßen.

Strausberg, 3. Oktober 1992: Nach Polizeiangaben fallen vier betrunkene junge Leute über eine Gedenktafel her, die an die im Faschismus zerstörte Synagoge und den jüdischen Friedhof erinnert. (TAZ, 5.10.92)

Stuttgart, 3. Oktober 1992: Der Israelitische Friedhof in Stuttgart wird von unbekannten Tätern geschändet. Sieben Grabmale werden mit Nazisymbolen und -parolen besprüht. (TAZ, 5.10.92)

Karlsruhe, 6.10.92: 15 jüdische Gräber werden auf dem Karlsruher Hauptfriedhof mit antisemitischen Parolen beschmiert. Als Täter werden am 9.10. zwei Skinheads festgenommen, 21 und 24 Jahre alt. Beide kommen aus der "gewaltbereiten" Szene und sind schon vorher durch "rechtsextremistisch motivierte Straftaten" aufgefallen.

ES, Hamburg

12. "Für sie ist der Jude ein Teil des Fremden." Ein neue Stimme für die jüdischen Gemeinden: Ignatz Bubis

Eine neue Stimme für die jüdischen Gemeinden

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Juden in der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:34

Sicherlich auch begünstigt durch die Neuwahl zum Vorsitzenden des Zentralrats der jüdischen Gemeinden in Deutschland und die damit verbundene besondere Aufmerksamkeit, haben die Diskussion um die rassistischen Ausschreitungen der letzten Wochen und die Forderung nach Änderung des Artikel 16 GG eine wichtige Stimme bekommen: Ignatz Bubis. Nach seiner Wahl hat er bei unterschiedlichen Gelegenheiten die Lage in Deutschland sowie die Politik der Regierung und der herrschenden Parteien scharf angegriffen. Deutlich sind die Worte zum Asylrecht. Der Artikel 16 sei "eine Zierde des Grundgesetzes". Die Debatte um eine Änderung ermuntere jene "Vandalen", die Flüchtlinge und andere Menschen angriffen. Der Streit um das Grundgesetz laufe letztlich auf ein "Handeln gegen die Opfer" hinaus (nach ND, 22.9.92). Dies sagt er auf den jetzt stattfindenden Streit bezogen und von einer Position aus, mit der er sich ohne weiteres im Spektrum seiner politischen Partei, der FDP, bewegt. In einem Interview mit dem ND (16.10.92) antwortet er auf die Frage, warum er für die Beibehaltung des Artikel 16 sei: "Ich meine, daß man alles, was man vorhat, also Abschieben von Nichtberechtigten, Straffälligen, auch mit den gegenwärtigen Gesetzen geregelt werden kann. Ich habe große Bedenken, ein Grundgesetz, das sich 40 Jahre bewährt hat, so mir nichts dir nichts zu ändern. Wohin soll das am Ende führen? Mir geht es nicht darum, daß das Land offen sein muß für jeden. Ich bin auch gegen den Mißbrauch des Asylgesetzes. Mir geht es um den Erhalt des individuellen Rechtes auf Asyl." Also beileibe keine linke Stimme. Und dennoch hat sein Eintreten gegen die jetzt stattfindende Debatte die reaktionärsten Kreise in der CDU so gereizt, daß sie ihre sonst obligatorische und aufgezwungene Zurückhaltung aufgaben. Rechtsaußen Lummer riet ihm öffentlich, seine "politische Tätigkeit mit der Arbeit beim Kabarett" zu tauschen, weil "Kabarettisten ... in Deutschland die einzigen (seien), die ungestraft und unbegrenzt Unsinn reden dürfen und auch noch Beifall bekommen." Und in kaum verdeckter Anspielung auf den Beruf Bubis, Immobilienhändler, fordert er ihn auf, endlich in seinen Häusern die Asylbewerber aufzunehmen. Lummers Kollege in Berlin, der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Landowsky, forderte, bei einer geplanten Demonstration in Berlin zum 9. November (Reichspogromnacht) auf einen jüdischen Redner zu verzichten, da die Gefahr bestünde, daß mit Bubis ein Vertreter sprechen könnte, der sich gegen die Änderung des Artikel 16 aussprechen würde (siehe Artikel zu dieser geplanten Demonstration).

Eine noch schärfere Gangart legte Bubis gegenüber der staatlichen Reaktion nach Rostock ein. Der "Neue Westfälische Zeitung" sagte er, "manchmal könne der Eindruck entstehen, daß die Regierung die jetzige Situation gewollt provoziert habe. Seit Monaten versäumten Politik und Staatsgewalt, gegen rassistische Gewalttäter vorzugehen."(Zitiert nach FR, 6.10.92).

In einem Interview mit der FR (vom 15.10.92) präzisierte er: "Daß die Gewalt noch nicht abgeebbt ist, hängt meiner Meinung nach mit dem nicht energisch genug empfundenen Eingreifen des Staates zusammen. Und dazu bedarf es weder neuer Gesetze noch neuer Verordnungen."

Ignatz Bubis ist Mitglied der FDP und in dieser auch aktiv tätig. Seine Auffassungen in Hinsicht auf das Asylrecht und die Staatsgewalt unterscheiden sich eigentlich nicht so sehr von denen seiner ParteikollegInnen. Der Unterschied kommt dann zum Tragen, wenn er als Politiker nach den rassistischen Ausfällen der letzten Wochen eben gerade nicht fordert, die Opfer aus dem Land zu werfen, sondern den zu milden Umgang mit den Tätern anklagt und die herrschende Politik mitverantwortlich für die Geisteshaltung in diesem Land macht. Er hat gleich nach seiner Wahl öffentlich für die Verfolgten Partei ergriffen. In dem schon erwähnten Interview mit der FR faßt er seine Auffassung zur Frage, was es heißt, heute jüdischer Deutscher zu sein, so zusammen: "Noch habe ich damit keine Probleme. Antisemitische Exzesse hat es immer gegeben. Schmierereien, Friedhofsschändungen, das sind wirklich Taten einzelner. Daß es Antisemitismus gibt, steht außer Frage." Und in Überleitung zum herrschenden Rassismus schließt er dann eine Abgrenzung ausdrücklich aus: "... das eine ist so schlimm wie das andere. Es handelt sich in beiden Fällen um Menschen, und da kann ich nicht sagen,

gegen die Juden habe ich nichts, ich habe nur etwas gegen die Asylanten, ich habe nur etwas gegen die Ausländer, ich habe nur etwas gegen Schwarze, ich habe nur etwas gegen sonstwen, das liegt bei mir alles auf derselben Ebene wie Antisemitismus. Ich kann da keinen Trennungsstrich ziehen. Denn für diese Leute ist das alles eins. Sie werden niemals akzeptieren, daß ein Jude auch ein Deutscher sein kann, für sie ist der Jude ein Teil des Fremden."

Die Lage in Deutschland sieht er pessimistisch, wobei er präzisiert: "Das sind nicht die Gewalttäter selbst, sondern die Zahl derjenigen, die indifferent sind. Menschen, die zwar selbst nicht diese Gewalt ausüben, aber die Beifall klatschen, und wenn nicht draußen, so doch im Inneren eine gewisse Befriedigung über diese Vorgänge verspüren. ... Und dann ist das Schlimmste die Zahl der Leute, die nach dem Motto, es interessiert mich nicht, das geht mich nichts an, handeln." Hier sieht er das Potential für die Parteien rechtsaußen. Auch hier unterscheidet er sich von seinen Parteifreunden, indem er nicht Verständnis für die Gewalttäter und ihre mehr oder weniger heimlichen Mitläufer thematisiert, sondern diese Mittäterschaft zum politischen Problem macht.

All dies ist bei weitem kein linker Standpunkt, und man sollte auch nicht versuchen, dies aus naheliegenden Gründen dahingehend zu verbiegen. Nur, wenn eine solche Haltung im bürgerlichen Spektrum selbstverständlich wäre, erst dann könnte man daran denken, daß nach einem Brandanschlag auf eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus 500.000 und nicht 5.000 Menschen auf die Straße gehen; und daß jeder Anschlag auf das Leben von Flüchtlingen ein tausendfaches Echo erhält.

Nur, um als Bürgerlicher eine solche Haltung aufzubringen, muß man offenkundig eine Geschichte wie Bubis haben.

he., Hamburg

13. Rostock - Die Bundesregierung stellt sich dumm. Vom Büro Jelpke (MdB PDS/LL), Bonn

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:28

"Die Bundesregierung ist intensiv bemüht, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland die Ausschreitungen gegen Ausländer zu beenden. Sie wird ihre Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit konsequent fortsetzen. Die Bundesregierung hat ihre Entschlossenheit, Ausschreitungen gegen Ausländer mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu begegnen, wiederholt auch öffentlich zum Ausdruck gebracht."

Ohne den geringsten Anflug von Selbstkritik und Zweifel stellt die Bundesregierung durch ihren Staatssekretär Lintner diese Sätze ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL zu Rostock voran. Vorbemerkung und Einzelantworten zusammengenommen, belegen den unglaublichen Zynismus, mit dem jetzt einige der Folgen jahrelanger Hetze gegen AusländerInnen und einer Asyl- und Flüchtlingspolitik, die AusländerInnen den Deutschen "mit Bedacht als Feinde vor die Nase gesetzt und zugewiesen hat"(Stefan Heym). Die Antworten zeigen auch, daß das Gerede von einer überforderten Polizei, vor allem im Osten, und den fehlenden Gesetzen zu den verschleiernden Ritualen der herrschenden Politik gehören.

Zusammenwirken von Dichtung und Wahrheit

Eine Woche nach dem Brand in der Rostocker Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) - der Innenminister war einen halben Tag vor dem Brand selbst in Rostock - fand in Bonn eine Sondersitzung des Innenausschusses statt, auf der Seiters berichtete und die zehn Punkte der CDU/CSU zur Inneren Sicherheit vorstellte. Er verließ die Sitzung mit der bahnbrechenden Erkenntnis: " Bei den Ausschreitungen in Rostock habe es auch erste Anzeichen für ein gemeinsames Zusammenwirken von linksextremen Autonomen und rechtsextremen Skinheads gegeben."

In der Kleinen Anfrage wurde nachgefragt. Ergebnis: alles erfunden! Frage 30: "Worauf stützt sich die Meinung (von) Seiters, in Rostock sei es zum erstenmal zu einer Zusammenarbeit von Autonomen und Rechtsradikalen gekommen?" - Antwort: "Nach heutigem Erkenntnisstand kann von einer Zusammenarbeit von Autonomen und rechtsextremistischen/fremdenfeindlich motivierten Straftätern nicht ausgegangen werden. Gemeinsame Aktionen und damit ein Zusammenwirken sind nicht belegt. Folgende erste Informationen ließen jedoch diesen Schluß zunächst zu:

- Bei den Festgenommenen wurden zahlenmäßig mehr Täter mit polizeilichen Vorkenntnissen aus dem linksextremistischen als solche mit Erkenntnissen aus dem rechtsextremistischen Bereich festgestellt (vgl. Antwort zu Frage 13).

- Das Vorgehen der Störer gegen Polizeibeamte, das Werfen lebensgefährdender Brandsätze gegen Menschen war bislang nur im Zusammenhang mit Ausschreitungen durch autonome/linksextremistische Straftäter bekannt."

Seit mehr als einem Jahr sind alle Medien voll mit Berichten über rassistischem Terror, alltäglich und massenhaft, gegen Wohnheime und Unterkünfte, Wohnungen und Einzelpersonen; darunter zahlreiche mit lebensgefährdenden Brandsätzen. Seit Monaten werden diese Gewalttaten mehr oder weniger präzise von öffentlichen und privaten Stellen gezählt und veröffentlicht. Die Bundesregierung selbst hat zahlreiche Anfragen genau danach beantwortet - unwillig zwar, aber immerhin beantwortet. Eine davon, beantwortet von demselben Staatssekretär Lintner, der auch für die aktuelle Antwort verantwortlich zeichnet, nennt für die ersten sechs Monate dieses Jahres 128 Brandanschläge. Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz spricht bis Ende September 92 von 1162 Gewalttaten mit erwiesener oder vermuteter rechtsextremistischer Motivation, bei denen zehn Menschen getötet und über 800 verletzt wurden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz spricht von 405 Brand- und Sprengstoffanschlägen bis Mitte September.

Mollies der "Linksextremen" gegen Zivilpersonen? In diesem Zusammenhang eine offensichtliche und klassische Propagandalüge.

Die von der Bundesregierung vorgelegte Festnahmestatistik bestätigt eindrucksvoll die Tatsache, daß die Polizei in Rostock mehr von denen festgenommen hat, die zum Schutz der AusländerInnen da waren, als von den Brandstiftern und Mordbrennern.

Vom 21. August (Freitag) bis zum 26. August (Mittwoch) gab es danach 370 vorläufige Festnahmen. Das BKA wertete 272 Personendaten aus und stellte fest:

"- 27 Linksextremisten

- 2 Rechtsextremisten

- 44 Personen mit Erkenntnissen im

Bereich allgemeiner Delikte

und Staatsschutzdelikten (aber nicht

rechts)."

Verweigert wird eine Auskunft über die Festnahmesituationen. Aus durchsichtigem Grund. Vermutlich würde sich zeigen, daß die Polizei "vor Ort" die zum Schutz der Flüchtlinge anwesenden Linken präventiv abgegriffen hat.

Keine Erkenntnisse hat die Regierung angeblich darüber, ob und wann Dokumentationstrupps vor der ZAST eingesetzt worden sind. Nicht einmal Auskunft wollte sie darüber einholen. Aus denselben Gründen vermutlich. Zu dem konkreten Ablauf der Polizeiaktionen vor der ZAST weiß die Bundesregierung auch sechs Wochen danach buchstäblich nichts.

Schlimmer noch ist, daß sie in ihrer Antwort deutlich macht, daß sie all das auch gar nicht interessiert. Daß sie einfach nicht willens ist, die Fragen zu beantworten. Für ihre Kampagne nach Gesetzesverschärfungen und mehr Befugnisse für die Polizei braucht es keine Analyse der tatsächlichen Abläufe; nötig ist deren Vertuschung.

Beispiel: Fragen 3 und 6. "Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei dem sogenannten Schichtwechsel am Montagabend, kurz bevor die Zentrale Asylbewerberstelle brannte, eine Art Verhandlung zwischen Polizei und Rechtsextremisten stattgefunden hat, bei der vereinbart worden ist, daß diese ins Haus durften?" -

Antwort: "Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor." - Sie will (und kann?) nicht dementieren!

Frage: "Trifft es zu, daß die Hamburger Bereitschaftspolizisten am Montag, während des sogenannten Schichtwechsels und als der lebensgefährdende Brand gelegt wurde, deshalb abgezogen worden sind, weil sie am Dienstag in Hamburg wegen einer Demonstration von Kurdinnen und Kurden gegen die türkischen Massaker in Sirnak und einer antirassistischen Demonstration wegen Rostock eingesetzt werden sollten?" -

Antwort: "Der Bundesregierung ist hierüber nichts bekannt." -

Sprich: wir wollen es lieber nicht wissen, als es zuzugeben.

Erkenntnisse, Maßnahmen und ihre Bewährung in der Praxis

Keine oder weniger als oberflächliche Erkenntnisse hat die Bundesregierung angeblich auch noch sechs Wochen danach über vorbereitende Aktivitäten der Faschisten ("Dem Bundesminister des Inneren sind darüber" - bei seinem Besuch in Rostock - "keine Erkenntnisse vorgetragen worden, die auf derartige Aktivitäten hindeuten könnten"), über Organisationen in und um Rostock ("So verfügen angeblich die ‚Nationaldemokratische Partei Deutschlands` und die ‚Jungen Nationaldemokraten` über jeweils einen Kreisverband in Rostock").

Sofern das überhaupt möglich ist, sind Informationen und Erkenntnisse über die Aktivitäten der Faschisten zur Ausbreitung des Terrors nach Rostock noch dürftiger. "Welche Organisationen aus dem rechtsextremistischen Spektrum tragen die Aufrufe nach weiteren Aktionen gegen Sammellager u.a. in den neuen Bundesländern?", lautet Frage 21. - Antwort: "Über solche Aufrufe liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor."

Selbst wenn wir diese Antwort als kleine Notlüge mittels Sprachjongliererei durchgehen lassen, stehen die Fakten in offensichtlichem Widerspruch zu Frage/Antwort Nummer 17. Sie lauten: "Sind gegen Rechtsextremisten, die sich öffentlich für weitere Aktionen gegen Ausländer/Ausländerinnen ausgesprochen haben, Ermittlungsverfahren eingeleitet worden?" - Antwort: "Nein. Die Staatsanwaltschaft Rostock hat bisher lediglich ein Vorermittlungsverfahren gegen Hinterleute von rechten Gruppierungen eingeleitet, denen nach Medienberichten Äußerungen zugeschrieben werden, die auf eine Steuerungsabsicht bei den Ausschreitungen hindeuten könnten."

Die Bundesregierung weigert sich, Informationen über gelaufene Übergriffe und deren Hintergründe und mögliche Drahtzieher zu veröffentlichen. Sie verschleiert - "keine Erkenntnisse" - die Mobilisierungsaktivitäten und den Einfluß neofaschistischer Organisationen und/oder "Rechtsextremisten" auf zukünftigen Terror. Dabei übersieht sie auch großzügig selbst die im Vorwort unserer Anfrage aufgeführte unvollständige Liste über Aufbau- und Propagandaaktionen in dieser Region.

Allen Ernstes behauptet die Bundesregierung, daß Landeslagebilder eine Spezifizierung nach örtlichen Regionen nicht vorsehen würden, daß sie deshalb in ihrer Antwort auch keine Aussage treffen könne, ob sich Schwerpunkte faschistischer Aktivitäten abzeichneten in und um Orte, in denen dann größere Übergriffe stattfanden. Einsicht oder Veröffentlichung der Lagebilder werden verweigert mit der Begründung, sie seien "grundsätzlich ‚VS - nur für den Dienstgebrauch` eingestuft". Die Vorstellung, es seien keine nachweisbaren Schwerpunkte faschistischer Organisations- und Aktionstätigkeit bei BKA und VS vorhanden, die im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit abrufbar und mitteilbar gemacht werden könnten, ist hochgradig lächerlich.

Kaum vorstellbar, aber das läßt sich noch steigern. Verweist die Bundesregierung doch in Frage 23 auf folgendes: "Im September 1991 wurde beim BKA im Anschluß an die Ereignisse in Hoyerswerda eine NASISTE (Nachrichtensammel- und Informationsstelle), eingerichtet. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern wurde aufgrund von Beschlüssen der Kommission ‚Staatsschutz`, die von der Arbeitsgemeinschaft Kripo bestätigt wurden, verstärkt."

Der Öffentlichkeit aber wird vorgegaukelt, Rückänderung des Landfriedensbruchsgesetzes, Verschärfung des Haftrechts, Auf- und Ausrüstung der Polizei, Lauschangriff und V-Leute seien genau jetzt die einzig richtigen Maßnahmen gegen "extremistische Gewalt". Die Strategen der Inneren Sicherheit nutzen eben auch die Gunst der Stunde und versuchen, ihre alten Lieblingsvorhaben endlich durchzubringen. Der Schwung der Pogromstimmung und die Ängste der Bevölkerung sind vielfach nutzbar.

Gnadenlose Kaltschnäuzigkeit spricht aus der Antwort auf Frage 25: "Wie beurteilt die Bundesregierung aus heutiger Sicht die nach Hoyerswerda auf einer gemeinsamen Sitzung der Inn- und Justizministerkonferenz auf Vorschlag der AG-Kripo übernommenen Maßnahmenkataloge gegen ausländerfeindliche Straftaten sowie deren Umsetzung durch die Länder (Einrichtung von Sonderkommissionen/Ermittlungsgruppen, Bereithalten von Verstärkungskräften, polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der materiellen Sicherheit der Unterkünfte)?"

Antwort: "Der von einer Arbeitsgruppe der Kommission ‚Staatsschutz` unter Vorsitz des BKA erarbeitete ‚Maßnahmenkatalog` hat sich auch in der Praxis bewährt. Er wird lageangepaßt aufgrund der Kompetenzverteilung in den Bundesländern umgesetzt."

Von Hoyerswerda nach Rostock - diese Phase des wachsenden rassistischen Terrors und der Aufhetzung von großen Teilen der Bevölkerung muß als Geschichte der Bewährung eines BKA-Maßnahmenkatalogs noch geschrieben werden. Erst dann sind Ausmaß und Qualität der realen Gefahr der herrschenden Politik für die hier lebenden Menschen abzusehen.

14. "Ein Herrenvolk von Untertanen" (Buchbesprechung)

Rassismus - Nationalismus - Sexismus

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:33

"Rassismus entsteht aus der Mitte der Gesellschaft heraus, nicht an ihren Rändern", "rassistische Haltungen und Handlungen haben in Deutschland ihre Kontinuität nicht nur aus dem Faschismus, sondern tief aus der deutschen Kolonialgeschichte heraus" und "Rassismus / Nationalismus / Sexismus und Antisemitismus müssen zusammengedacht werden" - das sind die zentralen Thesen des Sammelbandes "Ein Herrenvolk von Untertanen". (1)

Der äußerlich unscheinbare Band hat einen um so gewichtigeren Inhalt. Er dokumentiert eine Vortragsreihe, die - nach lokalen Überfällen auf Flüchtlingsheime, Schändung des jüdischen Friedhofs und der Besetzung der Stiftskirche durch 200 Roma - von Studierenden der Uni Tübingen veranstaltet wurde und in deren Rahmen wichtige VertreterInnen einer Rassismusforschung zu Wort kamen, die sich gegen die in der bürgerlichen Diskussion so weit verbreiteten Defizit- und Deklassierungstheorien wenden.

Neuer Rassismus - Kultur-Rassismus

In der Diskussion um den "neuen Rassismus" wird davon ausgegangen, daß dieser sich eher über die Kulturunterschiede als über die Feststellung der Existenz von "Rassen" definiert. (2) Diesen "neuen Rassismus" nennt der französische Forscher Etienne Balibar (3) "racisme differentialiste", weil er von der Unterschiedlichkeit und Unveränderlichkeit von Kulturen ausgeht. Im differentialistischen Rassismus vermengen sich äußerlich sichtbare ethnische und kulturelle Kategorien und werden als naturgegeben definiert. Der wichtigste Unterschied zwischen dem "alten" und dem "neuen" Rassismus besteht darin, daß keine höherstehenden Menschenrassen mehr konstruiert werden, sondern daß man davon ausgeht, daß Menschen aus anderen Kulturen sich von uns unterscheiden, eben "anders" sind.

Es wird dabei mit einem Kulturbegriff gearbeitet, der Kulturen als statisch, unveränderlich festlegt; sie erscheinen als homogen, für ganze Gesellschaftsformationen oder Nationen gültig und verbindlich. "Kulturvermischungen" werden - wie früher "Rassenmischungen" - als eine Art geistiger Tod der Menschheit dargestellt, Untergang und Degeneration nach sich ziehend. (aus dem Vorwort der Herausgeber)

Die Rassebiologen vom alten Schlag mußten noch mit Appellen an das Verantwortungsbewußtsein die offenbar keineswegs selbstverständliche Haltung herbeipropagieren, z.B.: "Die Ablehnung alles Fremdartigen und Kranken muß auf einer selbstverständlichen Haltung beruhen, die ihre Kraft aus der Verantwortung für die Erhaltung deutscher Art schöpft." (Deutsche Allgemeine Zeitung, 20.6.33)

Georgios Tsiakalos stellt in seinem Beitrag Interkulturelle Beziehungen - steht ihnen die ‚Natur` entgegen? dagegen fest: "Mußten Rassenbiologen an die Verantwortung appellieren, um eine ‚selbstverständliche Haltung` gegen ‚Fremdstämmige, mißgestaltete Menschen sowie Erbkranke` zu erreichen, könnten sie mit heutigen Auffassungen einer tendenziösen Humanethologie (Ethologie = Wissenschaft vom Verhalten der Tiere) jedem Andershandelnden naturwidriges Verhalten zuschreiben - und entsprechender Behandlung zuführen. Dieser ist der wichtigste Unterschied zwischen Neorassismus und klassischem Rassismus: Während der Rassismus in Deutschland zur Verhaltensänderung aufforderte, liefern ethologische ‚Erklärungen` eine Rechtfertigung für ethisch und juristisch sanktioniertes Verhalten. Darin liegt auch die besondere Gefahr für die Zukunft: Weder der Einzelne noch die Gesellschaft seien schuld an dem Rassismus, sondern die Opfer des Rassismus selbst - durch ihre ‚Fremdheit`." (4)

Am deutlichsten fixiert Birgit Rommelspacher (Rechtsextremismus und Dominanzkultur) Rassismus im Herzen der Gesellschaft mit ihrem Begriff der "Dominanzkultur". Damit bezeichnet sie die dominierende Lebensweise des materiellen Überflusses in der westdeutschen "Wohlstandsgesellschaft".

Die Defizitthese:

aus Tätern werden Opfer

Rommelspacher wendet sich scharf gegen die in der sozialwissenschaftlichen Forschung äußerst beliebte Defizitthese (5), der zufolge Verarmungs- und Deklassierungsängste, Bindungslosigkeit, Orientierungslosigkeit und Zukunftsangst in der "Risikogesellschaft" Rechtsextremismus verständlich machen. "Solche Analysen erinnern unwillkürlich an das Kernstück patriarchaler Argumentationskunst", wo am Ende häufig die Männer aufgrund ihrer tragischen Biographie oder ihrer bedauernswerten sozialen Verhältnisse als die "eigentlichen Opfer" dastehen und nicht mehr die unterdrückten Frauen. Auch die Defizittheorie verschwendet kaum einen Gedanken an die Opfer. Nur der Rechtsextreme mit seiner Problematik bleibt im Blick. So wird auch er unversehens vom Täter zum Opfer. (vgl. Vorwort)

"Die Popularität dieser Defizitthese hat zwei Gründe: Wir können auf diese Weise das Phänomen dingfest machen anhand zweier Figuren: der des von Deklassierung bedrohten Arbeiters oder des männlichen arbeitslosen Jugendlichen. Auf den kann man das ganze Problem projizieren, um es dann mit Hilfe von Wohnungsbau, Sozialarbeit oder Polizei ‚in den Griff zu bekommen`. Diese These hat für alle Etablierten Entlastungsfunktion. Und zum anderen entlastet sie die identifizierten ‚Täter`, deren rechtsradikales Verhalten man zwar kritisiert, aber gleichzeitig versteht, weil es ihnen ja so schlecht geht." (6)

Das Bedürfnis zur Täterentlastung kann bis dahin führen, daß die Gewalt Rechtsextremer gegenüber Schwächeren zu Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit stilisiert wird. So geht z.B. Hajo Funke so weit, in seiner Analyse der Potentiale von Rechtsextremen vom "Aufstand der Modernisierungsopfer" zu sprechen.

Wohlstandchauvinismus

Rassismus, Ab- und Ausgrenzung gegenüber Flüchtlingen und EinwanderInnen wurzeln Rommelspacher zufolge im Versuch einer "Absicherung von bereits vorhandenen Privilegien" und in einer "befürchteten Behinderung von Bereicherung". Mit Held/Horn/Leiprecht und Marvakis spricht sie von "Wohlstandchauvinismus". (7)

Die Identifikation mit der vorherrschenden Kultur/Lebensweise vermeidet die mögliche Verunsicherung durch alles, was sie in Frage stellen könnte. Die Haltung zu EinwanderInnen und Flüchtlingen ist nur solange durch Gleichgültigkeit geprägt, wie man die eigene Lebensweise oder Kultur nicht bedroht sieht. Die Identifikation mit der Dominanzkultur ist hier ein Kernbereich politisch rechter Orientierung. Nach Rommelspacher verschleiert die Konzentration des sozialwissenschaftlichen Diskurses, "daß wir alle in einer rassistischen Gesellschaft leben, d.h. daß sich der Reichtum unserer Gesellschaft auf die Ausbeutung von Menschen aus anderen Ländern stützt und zur Legitimation dieser Ausbeutung diese Menschen abgewertet und ausgegrenzt werden."

Kolonialgeschichte

deutscher Männer

Wichtig sind in diesem Zusammenhang daher die Artikel, die sich mit der deuschen und europäischen Kolonialgeschichte auseinandersetzen, die die - bei uns weitgehend verdrängte - Grundlage und Kontinuität der Dominanzkultur bildet.

Gottfried Mergner stellt in seinem Beitrag "Unser Nationales Erbe" vom deutschen Kolonialismus. Rassistische Bilder - Mitleid mit den Opfern - die Unschuld der Erben an punktuellen Beispielen die "bis heute andauernden Innen- und Außenwirkungen" des "kolonialistischen Diskurses" dar. Er verfolgt "die Geschichte der Stereotypisierung des ‚Neger`-Bildes", um die "kulturell erworbene Fähigkeit", das Fremde als anormal zu sehen, offenzulegen. (vgl. Vorwort)

Sein Schwerpunkt, die innenpolitische Komponente der Kolonialgeschichte, ist ein selten untersuchtes Gebiet. Anhand des staatlich-kirchlichen Projekts der deutschen Anti-Sklavereibewegung von 1888 zeigt er die Stadien der Herstellung eines widerspruchsbefreiten nationalen Konsenses für die angebliche Notwendigkeit deutscher Kolonien auf, die auf der Basis eines moralischen Überlegenheits- und Mitleidsgefühls mit den "Negern" und der Schaffung eines Feindbildes von den grausamen Arabern beruhte und Legitimation und Vertuschung der schrecklichen Barbareien deutscher Kolonialpioniere beitrug. Sehr faktenreich beschreibt Mergner überdies die Männergeschichte deutscher Kolonialdebatten, in denen sich auch die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten keineswegs auf die Seite der Kolonisierten stellte.

Kolonialgeschichte

deutscher Frauen

Eine der wenigen Wissenschaftlerinnen, die sich mit der Frauengeschichte in den Kolonien beschäftigen, ist Martha Mamozai (8). Sie gliedert ihren Artikel Frauen und Kolonialismus - Täterinnen und Opfer. Eine historische Entdeckungsreise in mehrere "Entdeckungen":

1) Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten waren von Anfang an am Kolonialismus einschließlich des Sklavenhandels beteiligt. Und auf den Plantagen standen sie sich direkt gegenüber, die Herrinnen und die Sklavinnen und Sklaven. "Die Tatsache, daß die rechtlosen Sklavenheere, Männer wie Frauen, schwarz waren, gestattet - ganz in der Logik dieses Siedlungspatriarchats -, daß weiße Frauen über sie als Arbeitskräfte verfügen konnten. Weniger gern gesehen wurden dagegen Frauen, die weiße Männer als Arbeitskräfte befehligten."

2) "Die geschlechtsspezifische Rolle von weißen Frauen der Eroberernationen lag in der rassistischen Herrschaftssicherung (Kolonialfrauenvereine organisierten die Übersiedlung von Frauen in die Kolonien, um dort die befürchtete Rassenmischung zwischen weißen Kolonisatoren und einheimischen Frauen zu vermeiden, d. V.); sie haben sich diese ihnen von Männern zugedachte Rolle zu eigen gemacht und aktiv mitgetragen."

3) "Der Aufenthalt in den Kolonien bedeutete für die Kolonialfrauen gesellschaftlichen Aufstieg und ungeheure Aufwertung ihres Status - verglichen mit dem zu Hause."

4) "Die Kolonialfrauen bedankten sich für die ungewohnte gesellschaftliche Anerkennung mit äußerster Loyalität und glühendem Nationalismus."

5) Frauen identifizierten sich im Kolonialismus im wesentlichen mit ihrer kulturellen Herkunft und entwickelten ihren spezifischen weiblichen Rassismus, dessen Meßlatte ihre pedantische Haushaltsführung war. Die "wilden" Frauen waren nicht durch die patriarchalisch-bürgerliche Frauenunterdrückung gegangen und entsprachen nicht dem Ideal der gezähmten Frau, die zur Hausfrau, Gattin und Mutter geschrumpft war.

Die eingeborenen Frauen setzten Gebärstreik gegen die Sklaverei ein, besaßen noch die Verfügungsgewalt über ihren eigenen Körper, die die weißen Frauen längst verloren hatten, für die es hier nur eins gab: möglichst viele weiße, deutsche Kinder gebären. Verachtung, Versklavung und Mißhandlungen der einheimischen Frauen war die Antwort. Auch die zahlreichen Schilderungen der Missionarinnen belegen, daß es v.a. darum ging, die Nacktheit und Sexualität der unterjochten Frauen zu zähmen.

6) Sowohl die offenen Propagandistinnen in den Kolonial-Frauenvereinen als auch die frauenbewegten und sozialdemokratischen Frauen akzeptierten die "Notwendigkeit" der deutschen Kolonien.

Indem sich Frauen mit den Werten ihrer Herren identifizierten, verdrängten sie nicht nur ihre eigene Unterdrückung, sondern machten sich mitschuldig an der Unterwerfung und Ausbeutung der Kolonien, der Zerstörung und dem Untergang ganzer Völker und Kulturen.

Mamozai wendet sich damit auch gegen das in feministischen Schriften weit verbreitete "Hohelied von den Frauen als den besseren Menschen" und plädiert dafür, daß Frauen sich ihrer "(Mit-) Verantwortung in Geschichte und Gegenwart stellen".

Auch Helma Lutz wendet sich in Rassismus und Sexismus - Unterschiede und Gemeinsamkeiten gegen die "Differenzthese", die Betonung des Unterschieds zwischen allen Frauen und allen Männern, die schnell zur Vorstellung vom grundsätzlichen Besser-Sein der Frauen führt. Die These, Frauen seien "von Natur aus" einfühlend, gefühlsstark, pazifistisch, antirationalistisch, versorgend etc., zeigt starke sozial-biologische Elemente in den Begründungszusammenhängen.

Rassismus und Sexismus

Heftige Kritik richten "schwarze" Frauen gegen diesen Kern der universellen Patriarchatsthese. Sie stellen fest, daß auch weiße Frauen objektiv von der Ausbeutung schwarzer Frauen und Migrantinnen profitieren. Nachdrücklich werden die Unterschiede zwischen Frauen herausgestellt und nicht die Gemeinsamkeiten. "Der Gegensatz zur weißen feministischen Analyse liegt also darin, daß der zentrale Maßstab nicht der Mann oder der weiße Mann, sondern die weiße Frau ist."

Als Reaktion auf diese Kritik wurden feministische Analysekonzepte jedoch nicht grundsätzlich revidiert, "sondern die Unterdrückung schwarzer Frauen und Migrantinnen wurde additiv analysiert: sie wurden gesehen als Opfer von rassistischer Diskriminierung und von Sexismus", wobei die rassistische Diskriminierung zum Nebenwiderspruch abgewertet wird, der unter die weltweite sexistische Unterdrückung zu stellen sei.

Bei ihrer Analyse von Unterschieden und Gemeinsamkeiten von (Neo-) Rassismus und Sexismus wendet Lutz sich gegen eine solche Hierarchisierung der Diskriminierung.

Unterschiede zwischen sexistischen und rassistischen Konstruktionen zeigen sich in der Auseinandersetzung über Kulturdifferenzen. Im Gegensatz zu ethnischen oder kulturellen Gruppen können Frauen nicht als eine natürliche kulturelle Gemeinschaft dargestellt werden. Sexismus stützt sich in erster Linie auf genetische Differenzen zwischen Mann und Frau und konstruiert daraus den sozialen Unterschied. Innerhalb jeder Kultur, jeder Ethnie und jeder sozialen Klasse kann unterschieden werden, wie Männlichkeit und Weiblichkeit definiert sind, wer den Maßstab zu dieser Definition liefert und wer die Definitionsmacht besitzt.

Negative Weiblichkeitsbilder

Am Beispiel verschiedener Mediendiskurse und der bundesrepublikanischen Frauenbewegung zeigt Lutz, wie das konstruierte Bild über die türkische Weiblichkeit - vom orientalischen, despotischen Patriarchen unterdrückt, ganz in der Tradition des Orientalismusparadigmas des 19. Jahrhunderts - zum Aufbau eines positiven Bildes von der westlichen Weiblichkeit als fortschrittlich, emanzipiert und autonom benutzt wird. Von diesem Bild profitiert ebenso die positive Konstruktion westlicher Männlichkeit, die angeblich fortschrittlicher, weniger grausam, weniger patriarchalisch, weniger "vergewaltigend" sei. (vgl. auch Vorwort)

Anders als Helma Lutz, die herrschende Negativ-Bilder über "Schwarze" und "Orientalen" im Kontext der Herausbildung und Stabilisierung von positiven Selbstbildern auf seiten der "weißen" EuropäerInnen analysiert, hebt Farideh Akashe-Böhme in Exotismus, Naturschwärmerei und die Ideologie von der fremden Frau hervor, daß die Betrachtung der "Anderen" als zu zivilisierende und zu beherrschende oder auch als zu begehrende und nachzuahmende ursprüngliche "Naturwesen" im Zusammenhang mit der Entwicklung einer neuzeitlichen Rationalitätsform zu sehen ist, die von den Paradigmen einer experimentellen Naturwissenschaft geprägt ist.

Mann - Kultur

Frau - Natur

Die Geschichte der neuzeitlichen Naturbeherrschung ist die Geschichte der Unterordnung der Frau unter die patriarchale Herrschaftsordnung. "In dem Maße, in dem der Europäer sich der Natur entfremdete und sich als vernunftbegabtes, zivilisiertes Wesen über die Natur stellte, in dem Maß begann er, das Natürliche im Weiblichen und im Primitiven anzusiedeln." Naturschwärmerei und das bis heute tradierte Bild vom "edlen Wilden" sind die Kehrseite der Naturentfremdung.

Bei der Eroberung der Welt spielt das Bild der exotischen, fremden und erotischen Frau eine wichtige Rolle für die Europäer. Im 18. Jahrhundert mit seinen Übersee-Expeditionen war dies das sinnliche Südseemädchen. Mit der viktorianischen, sexualitätsfeindlichen Kultur im 19. Jahrhundert korrespondierten die geheimen Gärten der Lüste im Orient; der Harem wurde in den Männerphantasien als ein Freudenhaus konzipiert und die Orientalin als Dienende das frei verfügbare Eigentum des Mannes. Im 20. Jahrhundert schließlich, mit den Möglichkeiten des Massentourismus, wird die fremde Frau offen und marktgerecht als Handelsware feilgeboten.

Die exotische Frau verzaubert jedoch nur oberflächlich, als imaginiertes Bild; fremden Frauen im eigenen Land wird mit Vorurteilen und Mißtrauen begegnet. Akashe-Böhme fordert daher symmetrische Begegnungen, die auf der Gegenseitigkeit der Bedürfnisse und gegenseitiger Akzeptanz beruhen.

Christliches Abendland - islamischer Orient

Der Zuordnung Mann - Kultur und Frau - Natur entspricht auf der Ebene der Konstruktion von kulturellen Gruppen die Dualität Okzident - Rationalität, Individualität und Orient - Irrationalität, kollektive Organisationsformen, sozialer Gruppendruck. "Die ‚christlich abendländische` Kultur wird als vernünftig, rational, gerecht, zivilisiert, demokratisch, fortschrittlich, emanzipiert - gerade auch was das weibliche

Geschlecht betrifft ... - und als rücksichtsvoll gegenüber dem Individuum konstruiert. Der ‚islamisch morgenländischen` Kultur wird demgegenüber Barbarei, Kollektivismus, Fanatismus, Irrsinn, Massenwahn, Rückständigkeit, Frauenunterdrückung und so weiter zugeschrieben. ... Den Menschen des Orients grundsätzlich Irrationalität zuzuschreiben heißt nichts anderes, als sie zu vernunftwidrigen Wesen zu erklären, deren Handeln mit dem Verstand nicht faßbar ist. Die Bilder, die während des Golfkrieges über die ‚Islamiten` aktualisiert und neugeprägt wurden, waren in weiten Teilen davon bestimmt, die ‚Anderen` als irrational, als unvernünftig und das ‚christliche Abendland` als einen Hort der ‚reinen Vernunft` darzustellen." (aus dem Vorwort)

Festung Europa

Dieser Bildentwurf von Okzident und Orient wurde in den Beiträgen von Lutz und Akashe-Böhme v.a. für die Vorstellung der Orientalin entwickelt. Klaus F. Geiger untersucht Deutsch-europäische Festungsgeschichten und die (Re-) Konstruktion des Feindes Islam.

Geiger stellt vielfältige Bemühungen fest, die "territoriale und historische Einheit Europas zu ‚ethnisieren`". (9) Gemeinsame Werte, gemeinsame Herkunft und Geschichte werden betont. Die Kehrseite dieses Prozesses ist die Definition des Fremden und des Feindes, der wieder ethnisch-kulturell definiert wird: die "Bedrohung durch den Islam". Die Verankerung der "Nation Europa" begründet nach außen eine aggressive Position im globalen Verteilungskampf und nach innen erhöhten Assimilierungs- oder Ausschließungsdruck gegenüber EinwanderInnen.

Die Konstruktion der "Festung Europa" verfolgt Geiger anhand materialreicher Medienanalysen, die zugleich eine Nachlese zur Propaganda und ideologischen Kriegführung vor und während des Golfkrieges darstellten.

Antisemitismus

Über die Dichotomie des "Wir", "d' Eigene", "d' Unseri" und der "Anderen" ist Walter Moßmanns Beitrag Ein Pfahl im Löß. Über Antisemitismus in einer Region mit den anderen Artikeln verbunden.

In der Nähe seines Wohnortes wurde durch das Grab des 1934 verstorbenen letzten Vorstandes der jüdischen Gemeinde ein rot angemalter Pfahl über zwei Meter tief eingerammt. Ausgehend von dieser Tat untersucht Moßmann, wie die christliche Volkskultur, angeleitet von institutionell-kirchlichen Intellektuellen, sich ihr Bild des "Anderen", des Juden als Vampir, geldgierigem Blutsauger, Ritualmörder, Hostienschänder, Christusmörder zurechtzimmerte. "Es gehört zur Normalität, Regungen, die wir als eigene in uns nicht zulassen wollen, auf Fremde zu projizieren. Für die Notdurft der Projektion hat unsere Kultur gewisse stereotype Fremd- und Feindbilder entwickelt, und das für europäische Bedürfnisse komplette Bild heißt ‚Jude`."

An genau recherchierten Beispielen zeigt Moßmann, daß die katholische und später auch die evangelische Kirche seit Jahrhunderten die Erlaubnis zum - christlich ritualisierten - Judenmord gaben, zur Übertretung eines Tabus aus einem "gestatteten, vielmehr einem gebotenen Exzeß, dem feierlichen Durchbruch eines Verbots". (10) Die Inszenierung der öffentlichen Hinrichtungen des späten Mittelalters verweisen darauf. Er beschreibt auch die materielle Seite der Anklage und des Mordes an Juden und die Nutznießer: "Gegen die Macht der christlichen Gläubiger half keine Gewalt, wohl aber gegen die Juden, und wenn das Fleisch des jüdischen Sündenbocks auf dem Scheiterhaufen brennt, verbrennt auch der Schuldschein aus Papier", die Nutznießer waren "Landesherren, Räte, Richter, Schöffen und verschuldete Untertanen, ... Pfaffen und Mönche".

Doch nicht das gemeine Volk in seiner Volksfrömmigkeit war und ist vom Judenhaß durchdrungen. Auf der Höhe der deutschen Nationalliteratur, z.B. in "Des Knaben Wunderhorn", - das nach Heinrich Heine "die holdseligsten Blüten des deutschen Geistes" enthält - befindet sich das Volkslied "Die Juden von Passau", das die Geschichte von Juden als angeblichen Hostienschändern, also Christusmördern aufzeichnet und sie auf dem gerechten Scheiterhaufen enden läßt.

Die Herausgeber, "der katholisch-romantische Antisemit Clemens Brentano und der preußisch-aristokratische Antisemit Ludwig Achim von Arnim", befanden sich mit ihren Anschauungen durchaus auf der Höhe der Zeit: der künftige deutsche Nationalstaat wurde völkisch definiert, ganz im Gegensatz zu den Ideen der

französischen Revolution. Seit dem Erscheinen 1806 hat keine Edition das obengenannte "Volkslied" kommentiert, auch nach 1945 nicht.

Die Zeitgenossin Rahel Varnhagen beklagt denn auch bitter die ersten modernen Judenpogrome: "Dies ist der deutsche Empöhrungs Muth ..." Moßmann: "Keinen König geköpft, keinen Kaiser und erst recht keinen Führer. Aber die entrechteten Juden getötet unter der Fahne der ‚Deutschen Revolution`. ‚Dies ist der deutsche Empöhrungs Muth`."

Antirassistische Praxis

Moßmann sieht seine/unsere Aufgabe folglich als Nestbeschmutzer, gerade in einer Zeit, in der das Nest ohne fremde Einflüsse scheinbar so intakt wäre wie die Heilige Familie und die Heile Welt, gerade in einer Zeit, in der "die Wunschbilder von sämtlichen Nestern auf Hochglanz poliert werden: Heimat, Volk, Deutschland, Christenheit & Europa."

Die Frage nach dem "Was tun", nach der politischen Praxis stellt auch der Beitrag Antirassistische Arbeit - Linksradikaler Anspruch und realpolitische Praxis der UnterstützerInnengruppe "Bleiberecht für alle Roma" Tübingen/Reutlingen. Die Gruppe entstand, als 200 Roma am Heiligabend 1990 Zuflucht in der Tübinger Stiftskirche suchten und sie drei Wochen in ihrem Kampf um einen Abschiebestop, für Bleiberecht besetzt hielten. Der Beitrag gibt einen knappen Überblick über die noch mehr als die Verfolgung und Vernichtung der JüdInnen verdrängte Kontinuität der Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma. Ein Transparent neben dem Kirchenportal während der Besetzung - "Wer versteckte 1940 Juden - Wer versteckt heute Roma" - stellte diesen Bezug zur deutschen Vergangenheit her und stellte die Frage nach der antirassistischen Praxis. (11)

Die Frage nach den eigenen Rassismen wird anhand der Besetzungsaktion aufgeworfen, Organisationsstrukturen, Bevormundung, patriarchales Verhalten, Männer-Gremien, Gefahr der Durchsetzung "deutscher Normen" von der Sauberkeit bis zur griffig formulierten Presseerklärung.

Wichtig gerade in der gegenwärtigen Zuspitzung der Asylhetzdebatte und der drohenden Abschaffung des Artikel 16 Grundgesetz erscheinen auch konkrete Überlegungen: "Der Verlauf der Aktion und auch die Unterstützungsarbeit danach hat uns klar gemacht, wie wenig wir als UnterstützerInnen aus dem linksradikalen Spektrum allein - zusammen mit den Flüchtlingen - den gesellschaftlichen Druck erzeugen können, den es zur Durchsetzung ihrer Forderungen benötigt. Sowohl die Flüchtlinge als auch wir sind auf die Zusammenarbeit mit Kirche und Grünen angewiesen, auch wenn deren Arbeit diakonisch, parlamentarisch, staatstragend ist."

Und: "Wir sind der Meinung, daß eine Linke, die gegen Nationalismus, Großdeutschland, die europäische Formierung und Abschottung etc. ankämpft, ihre Glaubwürdigkeit an ihren antirassistischen Initiativen und ihrem Verhältnis zu den ‚Menschen 2. Klasse` in der BRD überprüfen lassen muß." Die UnterstützerInnengruppe "Bleiberecht für alle Roma" Tübingen/Reutlingen arbeitet bis heute.

Der Wert des besprochenen Bandes liegt m.E. in der Zurückweisung der These, daß Rassismus an den Rändern der Gesellschaft, bei den Marginalisierten entsteht. In allen Artikeln wird aus unterschiedlichsten Blickwinkeln nachgewiesen, daß Rassismus, Sexismus, Antisemitismus konstituierend für die "Wohlstandsgesellschaft", die "Dominanzkultur" sind.

Die Diskussion, wieweit Rassismus und Sexismus gleiche Strukturen und Ursprünge aufweisen, wo sie sich aber auch unterscheiden, die Unterdrückungen sich überlagern und verstärken, wird ausführlich geführt. Es fehlt dem Band jedoch eine Verknüpfung von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, der leider auch im Titel nicht auftaucht. Die Gemeinsamkeiten von Rassismus und Antisemitismus, v.a. aber die Unterschiede, das besondere des Antisemitismus in Deutschland sind nicht herausgearbeitet. So bleibt Moßmanns gut recherchierter Artikel isoliert, in den anderen Beiträgen wird Antisemitismus nicht erwähnt.

Positiv zu bewerten ist auch, daß der nur von Männern herausgegebene Band forschende Frauen und ihre Diskussionen angemessen zu Wort kommen läßt. Daß indigene ForscherInnen als ExpertInnen in eigener Sache zu Wort kommen und die deutschen WissenschaftlerInnen sich mit der eigenen TäterInnen- und ProfiteurInnen-Geschichte ihrer Kultur auseinandersetzen. Daß der Beitrag einer praktisch arbeitenden Gruppe die theoretischen Diskussionen ergänzt. Ein ausgiebiges, inhaltsreiches Vorwort der Herausgeber stellt die Diskussion in einen politischen Zusammenhang.

"Ein Herrenvolk von Untertanen", wie Heinrich Mann die Deutschen im Kaiserreich nannte, nach oben hin buckeln, nach unten hin treten, Kadavergehorsam und Herrenmenschentum, das ist aktueller denn je in Zeiten, in denen sich die "Nation Europa" gegen den Süden und Osten und das "christliche Abendland" gegen den Islam formiert und die inneren Feinde wieder "die Fremden" sind.

Andreas Foitzik, Rudi Leiprecht, Athanasios Marvakis, Uwe Seid (Hg.): "Ein Herrenvolk von Untertanen". Rassismus - Nationalismus - Sexismus. Duisburg 1992. 18 DM. Bezug über: DISS, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1. ISBN 3-927388-30-0

gaf

Anmerkungen

1) Der besprochene Band versteht sich mit diesen Thesen auch als Folge-Erscheinung des Sammelbandes von Otger Autrata, Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht, Cornelia Wolf (Hg.): Theorien über Rassismus - eine Tübinger Veranstaltungsreihe. Hamburg 1989

2) Zur neueren deutschen Rassismus-Diskussion vgl. auch: Annita Kalpaka und Nora Räthzel (Hg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Völlig überarbeitete Neuauflage mit einem Beitrag von Phil Cohen, Leer: Mundo 1990; sowie: Rudolf Leiprecht: "... da baut sich ja in uns ein Haß auf ...". Zur subjektiven Funktionalität von Rassismus und Ethnozentrismus bei abhängig beschäftigten Jugendlichen - eine empirische Untersuchung, Hamburg/Berlin 1990; und: Margret Jäger, Siegfried Jäger: "Aus der Mitte der Gesellschaft" - zu den Ursachen von Rassismus und Rechtsextremismus in Europa, Duisburg 1991

3) Vgl. Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation - Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin 1990

4) Tsiakalos war es auch, der schon 1983 den Begriff "Kulturrassismus" in die bundesdeutsche Diskussion einführte. Vgl. Georgios Tsiakalos: Ausländerfeindlichkeit - Tatsachen und Erläuterungsversuche, München 1983

5) z.B. Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. München: Juventa 1989; Hajo Funke: Republikaner - Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn, Berlin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste 1989; Klaus Leggewie: Die Republikaner, Berlin: Rotbuch 1989

6) S. 24, zit. aus: Birgit Rommelspacher: "Sie bedrohen unser Selbstbild" - Flüchtlinge und EmigrantInnen gehören zu den Opfern der deutschen Dominanzkultur, Gespräch in der taz, 7.5.90

7) Josef Held, Hans-Werner Horn, Rudi Leiprecht, Athanasios Marvakis: "Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst ..." - Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, Duisburg 1991, gekürzt erschienen in: päd extra, Mai 1991, und Deutsche Jugend, November 1991

8) Vgl. auch das sehr lesenswerte Buch: Martha Mamozai: Schwarze Frau, weiße Herrin. Frauenleben in den deutschen Kolonien, Hamburg 1982/1989

9) S. 30, zit. aus: Klaus Geiger: Nationalistische und postnationalistische Diskurse im Verteilungskampf in der Bundesrepublik Deutschland. Vortrag auf dem internationalen Kongreß "Migration und Rassismus in Europa", Hamburg 1990

10) Sigmund Freud, zit. bei Moßmann

11) Gleichzeitig ist dieses Transparent auch ein Beispiel für die Hierarchisierung der Verfolgten und für die Verdrängung der Vernichtungsgeschichte der Roma und Sinti. Denn angesichts dieser Geschichte hätte es auch heißen können und sollen "Wer versteckte 1940 Roma - Wer versteckt heute Roma"

15. CDU/CSU fordert Polizei-Willkürgesetze

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:12

Für Bundesinnenminister Seiters ist der Fall klar. Angesichts von weit über 1000 rechtsradikalen Straftaten seit den Krawallen von Rostock, davon über 300 rassistisch motivierte Gewaltakte gegen Personen, hilft nur noch eines: Neue, schärfere Gesetze müssen her, und angesichts der Bedrohung durch rechte wie linke Gewalttäter werden in einem Zehn-Punkte-Sofortprogramm gleich Gesetzesänderungen am Fließband gefordert.

Im Zentrum steht dabei die Verschärfung des Tatbestands des Landfriedensbruchs, der wieder auf das Niveau von vor 1968 zurückgedreht werden soll. Nach den Vorstellungen Bundesinnenminister Seiters wie auch verschiedener Länderinnenminister soll in Zukunft schon die bloße Teilnahme an einem Menschenauflauf, aus dem heraus der Landfriedensbruch begangen wird, strafbar sein. Auch soll sich jeder strafbar machen, der sich nach polizeilicher Aufforderung nicht vom Ort des Geschehens entfernt. Also die gleiche Debatte, wie sie in den achtziger Jahren geführt wurde. Darüber hinaus wird an die Möglichkeit gedacht, die Untersuchungshaft auch in solchen Fällen zu verhängen, in denen eine Wiederholung der Straftat vorliegt. Als letzter Punkt der Verschärfung wird derzeit laut über eine Einschränkung der Praxis der Bewährungsstrafe nachgedacht. Schon heute möglich, aber gegen Rechte kaum angewandt, ist die Verhängung eines Demonstrationsverbots um besonders gefährdete Objekte. Zusätzlich wird in Seiters Sofortprogramm dann noch ein ganz heißes Eisen der innenpolitischen Debatte eingeführt: Der Lauschangriff auf Wohnungen, der bislang legal nicht möglich war und der in der Koalitionsvereinbarung mit der FDP ausdrücklich ausgeschlossen wurde. Auch dies ist eine Änderung des Grundgesetzes (Artikel 13).

Ergänzt wird das Seiters-Paket um verschiedene Forderungen, die zwar nichts mit Rechtsextremismus, wohl aber mit schon lange gehegten Plänen zu tun haben: Die Einschleusung von verdeckten Ermittlern (Under-Cover-Agenten), die Einführung des Straftatbestandes der Geldwäsche, die weitergehende Ermöglichung von U-Haft bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz und die Verlängerung der Kronzeugenregelung, die Ende dieses Jahres auslaufen würde. Mit diesen Vorschlägen überholt Seiters teilweise die von ihm selbst auf den Weg gebrachten und teilweise (Gewinnaufspürungsgesetz) noch in der parlamentarischen Beratung befindlichen Gesetze zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität erheblich.

Die CDU-Spitze schloß sich am 5.10.1992 diesen Überlegungen an, ergänzt um die Überlegung, stärker als bisher mit Vereinsverboten repressiv vorzugehen. Auch solle ein bislang immer abgelehnter Sondermeldedienst "fremdenfeindliche Straftaten" länderübergreifend eingerichtet werden, damit sich die Strafverfolgungsbehörden besser abstimmen könnten und "reisende Mehrfachtäter" besser als bisher erfaßt werden könnten.

Während sich die CDU-geführten Länder im wesentlichen einig sind in der Unterstützung der Seiters-Vorschläge, lehnt Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger bislang eine Verschärfung der Strafvorschriften gegen Rechtsextremismus ab; ihrer Meinung nach reichten die bestehenden Gesetze aus, sie müßten nur konsequent angewandt werden. Speziell die Verschärfung des Tatbestands des Landfriedensbruchs sei schon in den 80er Jahren (gegen Friedensdemonstranten etc.) erwogen, dann aber sowohl als inpraktikabel wie auch als nicht verfassungsgemäß verworfen worden. Im wesentlichen ähnliches ist von der SPD zu hören. Hier hatte Hans-Jochen Vogel schon unmittelbar nach den ersten Vorschlägen von Seiters heftig protestiert. Die Weimarer Republik sei nicht an einem Mangel an Gesetzen gescheitert, sondern an einem Mangel an Demokraten. Mittlerweile haben einige SPD-regierte Länder (Brandenburg, Berlin, Saarland, Nordrhein-Westfalen) das Seiters-Paket abgelehnt. In einer Beratungsgrundlage der SPD-Länder für die Innenministertagung wird eine Gestzesverschärfung im wesentlichen abgelehnt (eventuelle Ausnahme: U-Haft wegen Wiederholungsgefahr). Hier wird neben der Anwendung der bestehenden Vorschriften vor allem auf Aufklärungsarbeit und pädagogische Maßnahmen gesetzt; darüber hinaus solle ein besserer Überblick über Skinhead-Strukturen und -Schwerpunkte geschaffen werden, sowie die Strafverfahren erheblich beschleunigt werden. Auch sollten die Möglichkeiten des Vereinsverbots schleunigst geprüft und solche Verbote eventuell erlassen werden.

Polizeiliche Sondereinheiten

Diese Gesetzesvorhaben werden ergänzt um Forderungen nach Aufrüstung des Polizeiapparates. Den Vorreiter spielte dabei der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz, der eine bundesweit operierende Spezialtruppe ins Gespräch brachte, die etwa 2.000 Mann stark sein sollte, über nachtflugtaugliche Flugzeuge und Hubschrauber verfügen müsse und innerhalb weniger Minuten einsetzbar sei. Diese Sondertruppe solle aus den schon bestehenden Sondereinsatzkommandos zusammengesetzt werden.

Seiters selbst beklagte das schlechte Image der Polizei, das zu einem akuten Personalmangel geführt hätte. Allein beim BGS seien 4.000 (von 30.000) Planstellen nicht besetzt. Auch soll der in den westlichen Bundesländern teilweise geplante Stellenabbau beim Verfassungsschutz nicht durchgeführt, statt dessen der Aufbau solcher VS-Ämter in den neuen Bundesländern beschleunigt werden. Beim BGS habe Seiters schon eine Spezialtruppe aufstellen lassen, die sich auf "beweiskräftige Festnahmen" spezialisieren solle. Ansonsten müßten derartige Truppen dezentral durch die Länder aufgestellt werden.

Im Bundestagsinnenausschuß forderte schon Ende August der Vorsitzende Bernrath die Bildung von "Sondereinsatztruppen der Polizei" und von Schnellgerichten vor Ort. Während die Forderung nach neuen Sondereinsatzgruppen auch von FDP- und SPD-Vertretern im Ausschuß unterstützt wurden, sprachen sich Burkhard Hirsch und der NRW-Innenminister Schnoor gegen neue Einheiten aus. (TAZ, 1.8.92)

Im Saarland wird die Mobilisierung von Polizeireserven und die Bildung einer "Sonderkommission Rechts" diskutiert. (FR, 19.9.92) Im Vordergrund der saarländischen Überlegungen steht dabei die Arbeit im Vorfeld, d.h. verstärkte polizeiliche Präsenz speziell um Asylheime, Aufklärungsarbeit mit der Bevölkerung, Anwerbung von Informanten etc.

Der Vorsitzende der von der Bundesregierung eingesetzten Anti-Gewaltkommission, Hans-Dieter Schwind, forderte den Aufbau von Spezialeinheiten der Polizei für die Festnahme und Beweissicherung. Diese Einheiten sollten an drei Standorten zentralisiert und dem Bundeskriminalamt unterstellt werden. (TAZ, 29.9.92) Derartige Truppen gibt es in verschiedenen Bundesländern schon (u.a. in Niedersachsen die berüchtigte SpuDok-Einheit), neu wäre die Unterstellung einer solchen Einheit direkt unter das BKA.

Es ist das alte Lied: Rechtsradikale können in aller Öffentlichkeit gegen bestehende Gesetze verstoßen, dürfen mit Hitlergruß und unter Polizeischutz demonstrieren, ihre - selten genug - verbotenen Aufmärsche werden nicht aufgelöst, organisierte Rechtsradikale werden als besoffene Gelegenheitstäter, nicht etwa wegen Mord, Totschlag oder Beihilfe zu Knast, sondern allenfalls auf Bewährung verurteilt; Ministerpräsidenten wie Stolpe führen mit Nazi-Führern öffentliche Dispute, CDU-Minister bringen gleich reihenweise Verständnis für die Probleme auf, die "Deutsche" mit "Asylanten" haben; Polizeibeamte in Zivil sehen tatenlos einem Mord zu und die zwei Züge Einsatzpolizei in der Nebenstraße greifen nicht ein, während nachher ein Streifenwagen mit Blaulicht ausreicht, die Mörder zu vertreiben.

In dieser Situation der Nichtverfolgung, Ermunterung und offenen Mißachtung nicht nur der Menschenrechte der in Deutschland lebenden Ausländer, sondern auch der einfachsten und klarsten Bestimmungen der Gesetze zum Schutz der Unversehrtheit der Bürger nach neuen Gesetzen zu rufen, wie Innenminister Seiters es jetzt nach der Methode "Haltet den Dieb" betreibt, ist schlichte Roßtäuscherei. Wenn mensch andererseits überlegt, wie konsequent dieselbe Polizei und dieselben Staatsanwaltschaften gegen geltendes Recht verstoßen, wenn es gegen Linke geht, dann könnte schon einiges klarer werden: Der illegale Einsatz gegen die Terroristen mit den Trillerpfeifen beim Weltwirtschaftsgipfel in München, die Verfolgung der antifaschistischen Demonstranten gegen den verbotenen, aber polizeilich geschützten "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" der Nazis in Rudolstadt, die Einkesselung und Festnahmen von Demonstranten vor der antifaschistischen Demonstration in Rostock eine Woche nach den Ausschreitungen - all das könnte durch die neuen Gesetze "legalisiert" werden. Polizeigesetze sind in Deutschland traditionell immer nur gemacht worden, um sie gegen Linke einzusetzen. Aber Geschichte wiederholt sich nicht - oder?

ES, Hamburg

16. Rausschmiß des 3.-Welt-Ladens Losheim?

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:37

Mit Datum vom 10.10.92 wurde der 3.-Welt-Aktion Merzig-Wadern (liegt im nördlichen Saarland, im Dreiländereck BRD/Luxemburg/Frankreich) das Haus, in dem sich der 3.-Welt-Laden Losheim und die Büro- und Gruppenräume der Initiative befinden, zum 15.11.92 gekündigt. Im Prinzip ein nicht ganz ungewöhnlicher Vorgang in der freien Marktwirtschaft, wo Wohnen eine Ware ist. Nur der örtliche CDU-Bürgermeister bringt eine ganz neue Variante ins Spiel, um eine unliebsame Einrichtung loszuwerden: AsylbewerberInnen.

Gemeindeeigener Wohnraum wird benötigt, um die zugewiesenen AsylbewerberInnen unterzubringen, denn die Kapazitäten der Gemeinde seien restlos erschöpft, so die Begründung. "Um zu verhindern, daß Asylbewerber in menschenunwürdiger Weise in Schulturnhallen und Bürgerhäusern untergebracht werden und um eine dadurch entstehende Protestbewegung in der Bevölkerung sowie ein Entstehen des Rechtsextremismus in unserer Gemeinde zu vermeiden, bin ich gehalten, alle erdenklichen Möglichkeiten der Unterbringung von Asylbewerbern auszuschöpfen. Aus diesem Grund kündige ich..." (Brief des Ortsbürgermeisters Reis vom 7.10.92) Wer es bisher noch nicht wußte, weiß es jetzt: Rechtsextremismus entsteht wegen der menschenunwürdigen Unterbringung in Schulturnhallen und Bürgerhäusern.

Mit der Kündigung wird "der einzigen Organisation weit und breit, die seit 10 Jahren Fluchtursachen vor Ort bekämpft und damit Menschen in der 3. Welt eine Lebensperspektive gibt, das Wasser abgegraben." (Presseerklärung vom 14.10.92) Die "Aktion 3. Welt e.V. Merzig-Wadern" ist, wie sie in ihrer Selbstdarstellung schreibt, "eine politische, aber parteipolitisch und konfessionell unabhängige Organisation. Wir ergreifen Partei für Minderheiten und bearbeiten Themen, die es offiziell nicht gibt; z. B. Rassismus in der BRD." In diesem Sinne ist der Laden Kontaktadresse des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Rassismus. Dessen Arbeit besteht in der inhaltlichen und praktischen Koordinierung der Internationalismusgruppen, die zu Rassismus und Flüchtlingspolitik arbeiten. Inhaltlich wird festgestellt, daß die weltweiten Fluchtbewegungen als "Ergebnis der auf Ausbeutung und Unterdrückung basierenden Weltwirtschaftsordnung" anzusehen sind. "Internationalismusarbeit muß die Fluchtursachen benennen, die europäische Asyl- und Migrationspolitik anprangern und dafür sorgen, daß das Existenzrecht aller Menschen auf der ganzen Welt gesichert wird. (...) Das heißt momentan, sich der bundesdeutschen und europäischen Asylrechtsverschärfung und den rassistischen Angriffen auf MigrantInnen und Flüchtlinge entgegenzustellen und sich für gleiche Rechte aller in der BRD lebenden Menschen einzusetzen."

Neben diesem Arbeitsschwerpunkt ist die "Aktion 3. Welt e.V. Merzig-Wadern" noch Koordinationsstelle der saarländischen Dritte-Welt-Gruppen und des Antirassismusbüros Saar. Jeden Samstag dient der Dritte-Welt-Laden Losheim, das begehrte Objekt des örtlichen Bürgermeisters, als Flüchtlingsberatungsstelle. "So nervenaufreibend und zersetzend diese Arbeit manchmal ist, wir haben unbezahlbare Einblicke in das Innenleben der Bundesrepublik erhalten." Dabei geht es den Dritte-Welt-Leuten darum, die Flüchtlinge nicht zu Objekten und Empfängern von gutgemeinten sozialarbeiterisch karitativen Streicheleinheiten zu degradieren.

Man muß gleichzeitig erwähnen, daß die "Aktion 3. Welt e.V. Merzig-Wadern" absolut keine Berührungsängste in der Zusammenarbeit z.B. mit der katholischen Frauengemeinschaft oder dem örtlichen Landfrauenverein hat. Ihre Veranstaltungen werden sozusagen querbeet im Saarland durchgeführt. Darüber hinaus bietet die Gruppe ein Archiv und eine Bücherei zur offiziellen Nutzung an. Daß diese Einrichtung einem CDU-Bürgermeister ein Dorn im Auge ist, zumal es die 3.-Welt-Gruppe schon seit zehn Jahren gibt, ist logisch.

Mensch kann sich schon vorstellen, wie sich der rechte Pöbel ob dieses "gelungenen" Schachzuges die Hände reibt. Aber noch ist nicht aller Tage Abend. Die Gruppe hat seit der Kündigung einen enormen Mitgliederzuwachs, das Interesse der Medien ist groß, Aktionen zur Erhaltung der Einrichtung werden vorbereitet.

Bürgermeister Reis geht es keineswegs um die Flüchtlinge. Vor kurzem noch hat die Gemeinde ein Hotel, in dem zuvor Flüchtlinge untergebracht waren, mit einem Verlust von 80.000 DM verkauft. Es geht auch nicht um menschenwürdigeres Wohnen oder gar um die Bekämpfung von Rechtsextremismus, sondern um die Zerschlagung einer mißliebigen politischen Organisation.

ge.

Wer die Aktion 3. Welt e.V. Merzig-Wadern unterstützen möchte, kann dies tun unter der Adresse: Weiskircher Straße 24, 6646 Losheim, Telefon 06872/6982,

Fax 7826.

17. Sie sind auch noch Kinder der DDR

Autor: Roland Bach · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:04

Wer ernsthaft nachzudenken gewillt ist, weiß seit langem, daß den ausländerfeindlichen Exzessen und den damit verbundenen rassistischen und nazistischen Parolen nicht nur eine Ursache, sondern ein ganzer Komplex von Ursachen zugrundeliegt und daß es dabei in den alten und neuen Bundesländern nicht nur Gemeinsames, sondern auch Unterschiedliches gibt. Die Ereignisse in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, in Eisenhüttenstadt und Quedlinburg sind allein weder mit dem Verweis auf massenhafte Jugendarbeitslosigkeit oder zusammengebrochene Freizeitstrukturen noch mit nationalistischen Traditionen deutscher Geschichte oder dem organisierten Treiben der neofaschistischen Verbände und schon gar nicht mit der Rolle eines ZDF-Teams zu erklären, obwohl dies alles dazugehört. Zu fragen ist auch nach dem internationalen Umfeld, nach der Verantwortung der Politiker in Bonn und den Ländern, nach der Rolle der Polizei. Da es uns besonders schmerzt, daß hier in Ostdeutschland immer mehr sehr junge Leute, teilweise auch Kinder in den Sog der Gewalt hineingezogen werden, ist es auch notwendig, die Frage nach den Anteilen zu stellen, die die spezifische DDR-Entwicklung dabei hat. Alle, um die es hier geht, sind neue Bundesbürger und immer mehr geprägt von den Problemen und Auseinandersetzungen des neuen Gesamtdeutschland, aber sie sind auch noch - die jetzt Heranwachsenden und in der Mehrheit auch ihre Eltern - Kinder der DDR. Aus ihr stammt die riesige Zahl derer, die sich auch heute noch eindeutig zu Humanismus, Völkerfreundschaft und Solidarität, zu Toleranz und Frieden, zum Antifaschismus und Antirassismus bekennen. Aus ihr stammen aber auch jene, die heute negative Schlagzeilen in der deutschen und internationalen Presse machen.

Die folgenden fünf Anmerkungen sind keine Geschichtsschreibung über die DDR. Sie stellen nur einen Versuch dar, an ausgewählten Punkten sichtbar zu machen, wo lange vor der Wende über einen längeren Zeitraum bereits Defizite in der humanistischen Sozialisation entstanden, die unter heute völlig anderen Bedingungen mit dazu beitragen (oft nicht direkt erkennbar, vielfach vermittelt und nicht isoliert), daß Hemmschwellen gegen Gewalt herabgesetzt werden, Auswege in vermeintlich einfachen Lösungen rechtsextremistischer Kräfte gesehen und "Schuldige" für die eigene Misere in den am wenigsten Schuldigen und noch Schwächeren gesucht werden.

Erstens: Gefragt wird oft, ob es an Wissen fehlt, ob es intellektuelle Defizite gibt. Dazu ist zu bemerken, daß Kinder im Schulunterricht und in der außerunterrichtlichen Tätigkeit der DDR, nicht zuletzt in Literatur und Kunst, sehr viel über die Weimarer Republik und den Faschismus erfahren haben. Dennoch bleibt Tatsache, daß die oftmalige Reduktion der Kenntnisse auf den antifaschistischen (und hier wiederum den kommunistischen) Widerstand, auf die faschistischen Massenvernichtungslager und die Kriegsverbrechen auch wesentliche Defizite mit sich brachte. So fehlten neben wichtigen Informationen über andere Weltkulturen und Weltreligionen, vor allem über Juden und Judentum, Auseinandersetzungen mit dem Alltagsfaschismus, mit nazistischen Denkstrukturen usw. Selbst eine marxistisch fundierte Hitler-Biographie fehlte. Das ist alles heute spürbar. Läge indes hier das Hauptproblem, wäre es wohl rasch zu lösen.

Zweitens: Wichtiger erscheint schon, auf die Wirkungen des in der DDR weit verbreiteten einfachen Freund-Feind-Denkens und der Schwarz-Weiß-Malerei als charakteristischem Zug von DDR-Propaganda zu verweisen. Mangelnde Bereitschaft und Unvermögen zu differenzieren, das gerade in der wachsenden Ausländerfeindschaft zutagetretende Klischeedenken sind sicher nicht nur zwischen Elbe und Oder angesiedelt, aber sie erschweren gerade hier vielen den unvoreingenommenen Zugang zu neuen Erscheinungen und Begegnungen. Beim Erschrecken über den rassistischen und teilweise nazistischen Inhalt der skandierten Parolen, die nicht aus der DDR-Schatzkammer stammen, dürfen wir dennoch nicht vergessen, daß eben das jahrzehntelange Überdrehen von Parolen und Losungen, die Gewöhnung ans Formel- und Phrasenhafte in der DDR nicht geeignet war, Abwehrkräfte gegen das heutige Übel auszubilden.

Drittens: Von gleichem Gewicht dürfte wohl sein, daß die aus den Machtstrukturen der DDR hervorgetretenen autoritären Tendenzen in allen Bereichen der Gesellschaft ihre Folgen noch lange zeigen werden. Sie wirkten vor wie nach der Wende unheilvoll hinsichtlich der Möglichkeiten zur Ausprägung demokratischer Verhaltensweisen, der Anwendung friedlicher Strategien der Konfliktbewältigung, der sachlichen

Auseinandersetzung, und neues autoritatives Vorgehen (siehe viele Treuhandentscheidungen, Betriebsstillegungen, Auftreten mancher neuer Landespolitiker und Geschäftspartner aus dem Westen) verhindert ihre Überwindung erst recht.

Natürlich widerspricht eine pauschale Verdammung der DDR als "Unrechtsstaat" jeder sachlichen Analyse. Hier geht es jedoch darum, festzuhalten, daß die Praxis der Lenkung aller gesellschaftlichen Bereiche unter Führung der SED, der staatliche Dirigismus, das angewandte System von Belohnung und Bestrafung, die zunehmenden Repressionen und Ausgrenzungen nicht jenes Klima entstehen ließen, das für die tiefe Verinnerlichung von Toleranz, für demokratischen Umgang mit Kritik, mit Andersdenkenden und Alternativvorstellungen, für den Abbau noch reichlich vorhandener autoritärer Familienstrukturen, für die Akzeptanz anderer Lebensentwürfe und Kultur erforderlich gewesen wäre.

Viertens: Ähnliches trifft auf das Gewaltproblem im engeren Sinne zu. Selbstredend ist es Unsinn, zu vermuten, aus dem Teilnehmer am Wehrunterricht der DDR-Schule oder dem GST-Mitglied von gestern habe automatisch der rechtsextreme Skinhead von heute hervorgehen müssen, ganz abgesehen davon, daß viele der heute an den Überfällen auf Ausländerheime Beteiligten überhaupt noch keine Stunde solchen Unterrichts erlebten. Richtig und wichtig bleibt dennoch, nach Zusammenhängen zu fragen. Wesentlich genauer hat sie Pfarrer Pahnke (ehemaliger Leiter der Kommission Kirchliche Jugendarbeit der Evangelischen Kirchen in der DDR) beobachtet, der schon 1990 dazu feststellte, daß Machtgebrauch und - unter bestimmten Voraussetzungen - Gewaltanwendung im Bildungswesen der DDR, im familiären und gesellschaftlichen Bereich unzureichend problematisiert wurden. Im Sportverein allgemein, im Militärsport der GST, im Wehrunterricht, in der NVA etc. wurde jungen Leuten vermittelt, daß Durchsetzungsvermögen - auch mit körperlichen Mitteln - für die richtigen Ziele angemessen und nötig sei. Dabei wurde aber völlig diffus davon ausgegangen, junge Leute hätten sozusagen ein natürliches Wissen darum, wie weit sie zu gehen haben, was in der Gesellschaft erträglich ist. Ein fataler Irrtum, wie sich nicht erst heute zeigt. Bekanntlich gab es auch zu DDR-Zeiten - wenn auch mit zeitlichem Verzug gegenüber Westeuropa - gewalttätige Auseinandersetzungen am Rande von Fußballstadien und bei anderen Massenveranstaltungen. Und der harte Einsatz von immer mehr Polizei hat auch hier nicht deeskalierend gewirkt. Daß Gewaltbereitschaft größer wurde, je mehr die DDR-Medien ihren Einfluß verloren und ihn zunehmend gerade an westliche Gewalt- und Brutalo-Filme abgaben, sei nur am Rande vermerkt.

Die DDR-Führung hat auch schwere Schuld auf sich geladen, daß sie die gesellschaftliche Auseinandersetzung über den Übergang von Kräften aus der Punk- und Hooligan-Szene zu neonazistischen Gruppierungen verharmloste, unter den Teppich kehrte, als Alarm hätte geschlagen werden müssen.

Fünftens: Unzulässig wäre jede Einengung des Problems dahingehend, bei der Betrachtung der jüngeren Generation ihre Eltern und Großeltern auszublenden. Die Eltern der heute 15jährigen wurden gerade geboren, als die Periode der "antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung" laut DDR-Geschichtsschreibung zu Ende ging, als mit der Formel von den "Siegern der Geschichte" eine auch weiter notwendige Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit abgebrochen wurde. Aber die mit dem "Blick nach vorn" auf eine sozialistische Zukunft einsetzenden ideologischen Kampagnen konnten weder individuelle Schuld aufheben, noch beseitigten sie die Reste rassistischen Denkens und erst recht nicht die Spuren weiterhin vorhandenen nazistischen Vokabulars im Alltagsgebrauch. Antifaschismus wurde eingeengt, ritualisiert und schließlich im Machtmißbrauch führender Funktionäre mit antifaschistischer Vergangenheit auch pervertiert.

Ähnlich verhält es sich mit dem Nationalsozialismus. Die Absage an großdeutschen Nationalismus und Chauvinismus war klar, aber die Ausbildung eines DDR-spezifischen demokratischen Nationalbewußtseins gelang nicht. Schließlich belebten sich mit wachsender Isolierung der DDR selbst gegenüber den sozialistischen "Brüdern" nationalistische Tendenzen (z.B. antipolnische Ressentiments).

Heute, wo nicht wenige Jugendliche erleben, daß ihre Eltern vor den Trümmern ihrer Existenz und ihrer Vorstellungen stehen, kann es leicht vorkommen, daß sie einen Halt selbst bei früher eher belächelten und als senil betrachteten Sprüchen der Großeltern- und Urgroßelterngeneration suchen.

Unabhängig davon, wie weit man diese Untersuchungen fortsetzt, ob man die langfristig verlaufenen Prozesse des Mentalitätswandels auch unter DDR-Jugendlichen, die Wirkungen von Wohnungsbaustrukturen, von Krisenerscheinungen in der FDJ, der Ausgrenzung von offiziell nicht erwünschten Jugendgruppierungen usw.

hinzufügt, das Resumee wird nicht wesentlich verändert. Es lautet: Bei allem, was gerade Linke an Positivem in der untergegangenen DDR einzuschätzen und richtig zu bewerten wissen, bleibt es Tatsache, daß die bedeutenden Möglichkeiten, die in der DDR vorhanden waren, noch stärkere Dämme gegen neue reaktionäre Entwicklungen, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, gegen Gewalt und Neonazismus zu errichten, nicht ausgeschöpft wurden. Unter dem Ansturm der neuen globalen und inneren Probleme erweisen sie sich nicht als hoch genug, teilweise als brüchig.

Diese Einsicht verhindert, passiv darauf zu warten, daß sich spontan etwa bei heute oft irrational handelnden jungen Leuten morgen vielleicht überdeckte humanistische Grundüberzeugungen und antifaschistische Ideen wieder herstellen. Heute ist aktives Handeln nötig - Aufklärung und Information, Beseitigung sozialer Mißstände und konkrete Jugendhilfe, Prävention und Therapie, vor allem jedoch eine Politik, die die schwerwiegenden Probleme in den neuen Bundesländern anpackt und die zutiefst frustierten Jugendlichen nicht zum Vehikel parteitaktischer Interessen macht. Mit dem Hinweis auf das "böse Erbe" kann man nicht heutiges Versagen bemänteln und sich der eigenen Verantwortung für die richtige Weichenstellung in die Zukunft entziehen.

Roland Bach, Berlin

18. 50 Jahre V2 - ein Grund zum Feiern?

Rubrik: Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:14

Ja, sie dachten sich das schön: Am 3. Oktober 1942 war das erste Modell der A2 - die später weiterentwickelt als V2 ("Vergeltungswaffe") im Bombenterror gegen London eingesetzt wurde - erfolgreich vom Raketenversuchsgelände Peenemünde auf Usedom abgefeuert worden. Jetzt sollte diese "Sternstunde" der deutschen Waffen- und Raumfahrttechnik festlich begangen werden.

Die Schirmherrschaft hatte der Koordinator der Luft- und Raumfahrtlobby, der parlamentarische Staatssekretär Riedl (CSU) übernommen; der Bundesverband der Luft- und Raumfahrtindustrie wollte seinen "Raumfahrtpark" vorstellen. Doch manchmal kommt es anders als man denkt: Nach massiven internationalen Protesten, insbesondere aus Großbritannien, auf das etwa 3000 dieser Raketen abgeschossen worden waren (1115 trafen), wobei 2724 Personen getötet und 6467 verletzt wurden, wurde Riedl zurückgepfiffen: Er habe ohne Information seines Ministers (Möllemann) gehandelt, es sei eine Instinktlosigkeit usw. Auch der Bundesverband der Luft- und Raumfahrtindustrie sagte seine Beteiligung an den Feierlichkeiten ab - nicht aus Überzeugung, sondern wegen des "unsachlichen Drucks" von außen, der eine "sachgerechte Würdigung" der technisch-wissenschaftlichen Großtat vom 3. Oktober 1942 nicht mehr möglich machen würde.

Die A2 war das erste erfolgreiche Raketenmodell, das die angenommene "Grenze zum Weltraum" (80 km Höhe) durchbrach. Konstruiert worden war es von dem Team um den späteren Saturn-V-Mondraketenbauer Wernher von Braun, der seit 1936 in Peenemünde auf dem militärischen Forschungsgelände arbeitete. Nach dem erfolgreichen Test der Rakete wurde sie 1943 in Serie gebaut, mit dem alleinigen Ziel der Verwendung als "Wunderwaffe". Sie konnte 380 Kilometer weit fliegen und wurde von der Kanalküste und von den besetzten Niederlanden aus abgeschossen. Zu ihrem Bau wurde eigens das berüchtigte unterirdische KZ Mittelbau Dora im thüringischen Nordhausen gebaut, in dem bei der Fertigung der Raketen über 20.000 Kriegsgefangene zu Tode geschunden wurden.

Doch selbstverständlich sollte in einer Feierstunde nicht dieser Verbrechen gedacht, sondern die Pioniertat der Raumfahrt gefeiert werden. Um die Tradition der deutschen Wissenschaft zu feiern, ihren Zweck aber zu verschweigen, hatte die deutsche Luft- und Raumfahrt zugegriffen, als Peenemünde nach der Wende wieder zugänglich war. Sie hatte Pläne für einen Raketenpark gesponsert, ein "Historisch-technisches Informationszentrum" (Hinweise auf die Zwangsarbeiter, die beim Bau der Versuchsanstalt gestorben sind, fehlen) wurde errichtet, in dem die A2 als "Weltraumrakete" vorgestellt wird (ein Denkmal für die Opfer versteckt sich am Straßenrand).

Das ganze Projekt soll vom Bundeswirtschaftsministerium mit 10 Millionen Mark gefördert werden (Welt, 20.7.92); lediglich die Zustimmung aus Schwerin stehe noch aus. Etwa 100.000 Besucher hatten schon im ersten Jahr seines Bestehens (1990) das Gelände besichtigt. Eine weitere Studie für einen "Raumfahrtpark Peenemünde" hat die Gemeinde Wolgast in Auftrag gegeben. Bezahlt wird die Studie zur Hälfte aus Mitteln des Programms "Aufschwung Ost", zur anderen Hälfte aus Mitteln des Landes und der Kreisverwaltung Wolgast. Unterstützung kommt von Mercedes Benz über MBB und Dornier. Und damit kommt der Verband für Luft- und Raumfahrt ins Spiel.

Diese Firmen sind nämlich nur zwei von den 121 Mitgliedsfirmen des Verbandes, dessen Vorsitzender, Karl Dersch, ebenfalls Vorstandsmitglied bei einer weiteren Daimler-Tochter ist: Deutsche Aerospace. Und die Liste der ehemaligen Vorsitzenden und heutigen prominenten Mitglieder liest sich wie ein "Who is Who" der Chefetage des größten Rüstungskonzerns der Republik, dessen Beschäftigtenzahl im Bereich Luft- und Raumfahrt sich fast vollständig mit dem der Beschäftigten bei den Mitgliedsfirmen des BDLI deckt (70.000):

- Hans-Eberhard Birke, Leiter der "Deutschen Airbus GmbH", seit 1991 "Präsidialgeschäftsführer";

- Hanns Arnt Vogels, Vorsitzender der Geschäftsführung von MBB, Vorsitzender des BDLI 1988, Mitglied im Aufsichtsrat Audi AG, Airbus AG, Deutsche Aerospace AG;

- Ernst Zimmermann, ehemaliger Chef der MTU, Vorsitzender bis 1985;

- Heribert Flosdorff, Vorsitzender des Technologie-Steuergremiums des BDLI, Mitglied des Sachverständigenkreises Luftfahrtforschung und -technologie beim Riesenhuber-Ministerium, MBB und Airbus Industries;

- Johann Schäffler, Aufsichtsrat von Dornier und Albingia, 1990 Vorsitzender des BDLI, Karriere bei Fokker, Heinkel, VFW, Airbus, MBB, Aerospace.

Endgültig durchsetzen sollte die Absage der Veranstaltung dann Jürgen E. Schrempp, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Aerospace AG (Dasa) der Mercedes-Holding für Luft- und Raumfahrt. "Nicht intelligent gemacht", zürnte der oberste Boß indigniert. Edzard Reuter, zumindest früher SPD-Mitglied, hätte da schon mehr Fingerspitzengefühl erwartet. So ist das Unverständnis des Staatssekretärs Riedl durchaus verständlich, der ja nur "das Beste gewollt" habe, und dessen Entlassung einer direkten Brüskierung des größten Konzerns der Republik gleichgekommen wäre.

Nebenbei: Keine Gelder aus dem Topf "Aufschwung Ost" oder der Industrie, ja auch nicht von der Tourismusförderung Thüringen, erhält die Gedenkstätte für die Opfer des Konzentrationslager Mittelbau Dora in Nordhausen. Im Gegenteil: der Landkreis, der bisher das Geld gibt, ist nahezu pleite. Hier wurde ja auch nicht die Tür zum Weltraum aufgestoßen, sondern nur Hitlers "Vergeltungswaffe" gebaut. Aber das wollten die Herrn ja sowieso nicht feiern.

ES, Hamburg

19. Die "historische Wahrheit" des Bundes der Vertriebenen

Von Ulla Jelpke, Albrecht Maurer und Helmut Schröder

Autor: Ulla Jelpke, Albrecht Maurer und Helmut Schröder · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:20

"Für Recht und geschichtliche Wahrheit" stritt der Bund der Vertriebenen (BdV) auf seiner im Oktober auslaufenden Veranstaltungreihe zum "Tag der Heimat". Der BdV bestätigte damit die Richtigkeit der Feststellung des ehemaligen BdV-Generalsekretärs Koschyk, daß sich der BdV "auf radikalem Kurs" befinde (Welt, 17.6.92) und die "Kräfte der Vernunft und der Mitte" zunehmend aus diesem Verband verdrängt werden würden (FAZ, 17.6.92). Es ist sicher kein Zufall, daß der aus Bundesmitteln mit -zig Millionen Mark geförderte BdV - ähnlich wie der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Riedl in Peenemünde - just in dieser Zeit nach der "historischen Wahrheit" sucht. Aber auch andere wollen verstärkt die "Wahrheit" und ziehen gegen "Geschichtslügen" zu Felde.

Im Juli diesen Jahres verurteilte ein Schöffengericht des Amtsgerichts München den Herausgeber des Trabant-Anzeigers und Münchner Anzeigers, Alfred Detscher, wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung. Detscher hatte u.a. den geschichtsrevisionistischen Aufruf "Wir verlangen die Wahrheit und unser Recht", der von mehreren hundert Faschisten unterschrieben war, im Münchner Anzeiger abdrucken lassen. Initiiert war dieser Aufruf von dem einschlägig bekannten Altnazi Otto-Ernst Remer. Mit diesem Aufruf, der den Nationalsozialismus rehabilitieren will, indem er seine Verbrechen leugnet, abschwächt und relativiert, wird versucht, dem "deutschen Volk" ein neues Selbstbewußtsein einzupflanzen, um alte großdeutsche Pläne neu umsetzen zu können - getreu der Devise "Wahrheit macht frei".

"Holocaust-Hetze"

Gemeint ist die Freiheit, im Geiste des Rassismus und Revanchismus die Ergebnisse der Niederlage des deutschen Faschismus von 1945 weiter zu korrigieren. Dies geht heute noch nicht so wie gewollt, denn, so die Logik dieses Aufrufs, "die Folgen der ‚Holocaust-Hetze` sind für unser Volk tödlich: Die Zahlungen für die ‚Wiedergutmachung` und für ‚Solidarleistungen` an fremde Völker erhöhen die Schuldenlast, die dieser Staat unseren Kindern und Kindeskindern auflädt. Die mit ‚allem, was im deutschen Namen Schreckliches geschah` begründete Freigabe unserer Heimat zur Besiedlung durch fremde Rassen und Völker zerstört allmählich und immer schneller unser Volk. Der gesetzwidrige Verzicht auf uraltes Land im deutschen Osten, begründet mit angeblichen Verbrechen des Deutschen Reiches an unseren Nachbarn, überantwortet Millionen Deutsche fremder Willkür und verstößt sie kurzerhand aus dem deutschen Volke." (Münchner Anzeiger, 49/1991)

Dieser Aufruf, der sich in die Tradition der "Auschwitz-Lüge" stellt, wurde nicht nur von offen neonazistischen Kräften unterzeichnet, sondern z.B. auch vom immer-noch-CSU-Mitglied und Mitglied des Witikobundes, Manfred Ritter, der durch seine ausländerfeindlichen Tiraden in seinem Buch "Sturm auf Europa" traurige Berühmtheit erlangte.

Seit geraumer Zeit, wenn auch nicht so unverhohlen, stehen die Vertriebenenverbände mit den Geschichtsrevisionisten an einer Front. So ist es keine allzu große Überraschung, wenn der BdV den diesjährigen "Tag der Heimat" mit einem ähnlichen Motto ausgestattet hat. Daß der Veranstaltungsplan für den diesjährigen "Tag der Heimat" ausgerechnet in der Zeitung Der Schlesier abgedruckt war, überrascht die KennerIn der Szene nicht, denn gerade der Schlesier versucht seit geraumer Zeit an den Fragen der "Kriegsschuldlüge" und der "Umerziehung des deutschen Volkes" seine LeserInnenschaft für die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete zu gewinnen.

Die Bedeutung des Mottos "Für Recht und geschichtliche Wahrheit" erläuterte für das Präsidium des BdV Herbert Czaja: "Viele Vertriebenen vermissen häufig in Urteilen über Vergangenheit und Gegenwart das menschlich erreichbare Maß der geschichtlichen Wahrheit. Das menschlich erreichbare Recht ist ihnen in entscheidenden Bereichen noch immer versagt. (...) Die Unrechtsfolgen der Massenvertreibung sind noch

nicht beseitigt. (...) Wer sich in der Geschichte behaupten will, braucht ein klares Ziel." (Deutscher Ostdienst, 21.8.1992)

Für dieses Ziel agierten in diesem Jahr auf zahlreichen Veranstaltungen eine Reihe von Personen, die in ganz besonderer Weise für die Darlegung der "historischen Wahrheit" qualifiziert sind, darunter:

- Christian Stoll, ehemaliger niedersächsischer Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, der durch seine Aktualisierung der Nazi-Parole vom "Volk ohne Raum" Aufsehen erregte. Stoll veröffentlichte auch in den rechtsextremen österreichischen Eckartschriften (Nr. 98) das Buch "Die Deutschen im polnischen Herrschaftsbereich nach 1945", aus dem die National-Zeitung ausführlich nachdruckte.

- Alfred Schickel, Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), der mit seinen geschichtsrevisionistischen Veröffentlichungen in der rechtsextremen Presse hofiert wird.

- Alfred Ardelt, stellvertretender Landesvorsitzender des BdV in Niedersachsen und Autor in der rechtsextremen Zeitung Wir selbst.

- Dieter Radau, Landesvorsitzender des BdV in Niedersachsen, der den rechtsextremen Ostpolitischen Deutschen Studentenverband (ODS) unterstützte.

- Franz Pahl von der Südtiroler Volkspartei, der auch auf offen rechtsextremen Veranstaltungen als Referent auftrat und der neofaschistischen Zeitung Europa vorn als Interviewpartner zur Verfügung stand.

Heimattreue Deutsche

In einer Zwischenbilanz der Veranstaltungsreihe stellt der Deutsche Ostdienst (DOD) fest, daß sich "landauf, landab, heimattreue Deutsche in zumeist überfüllten Sälen in ihren Ansprachen (bemühten) dem hohen Anspruch des diesjährigen Leitwortes gerecht zu werden". So habe der Sudetendeutsche Rudolf Wollner, BdV-Landesvorsitzender von Hessen und Vizepräsident der im rechten Spektrum angesiedelten Paneuropa-Union, am 13.9.1992 in der Gießener Kongreßhalle "in gewohnter Leidenschaft" zu einer "Offensive für geschichtliche Wahrheit" aufgerufen: "Schon damals (nach dem Ersten Weltkrieg - Anm.d.Verf.) wurde uns Sudetendeutschen das Selbstbestimmungsrecht nicht gewährt, mit Gewalt ein tschechoslowakischer Staat geschaffen, ohne die 3,5 Millionen Deutschen zu fragen und entscheiden zu lassen." Der DOD ergänzte: "Wäre damals das Selbstbestimmungsrecht anerkannt worden, hätte es die Ereignisse des Jahres 1938, das Münchner Abkommen, nicht gegeben." (DOD, 25.9.1992) Die hier klassisch vorgetragene Entlastung des Hitler-Faschismus dient dazu, die Verantwortung am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auf andere Staaten abzuwälzen, und damit einhergehend Gebietsansprüche zu formulieren.

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, formulierte den gleichen Gedanken auf dem "Tag der Heimat" in Dresden ähnlich: "Die Oder-Neiße-Linie ist, das sei freimütig bestätigt, eine offene Grenze, aber sie ist, auch das muß festgestellt werden, eine Grenze des Unrechts. Es ist eine vom Diktator Josef Stalin gewaltsam gezogene und in der Vertreibung und Annexion widerrechtlich zur Grenze erklärte Linie." (DOD, 25.9.1992)

Daß der DOD getreu dieser Maxime "die historische Chance für einen nachbarschaftlichen Neuanfang im Osten Europas" sieht, muß zur größten Besorgnis Anlaß geben. Auch nicht gerade beruhigend ist die Tatsache, daß bei den Veranstaltungen zum "Tag der Heimat" für "Recht und geschichtliche Wahrheit" nicht nur Unionspolitiker vom rechten Flügel wie Gauweiler und Mayer-Vorfelder angetreten waren, sondern auch Politiker wie Bundesumweltminister Töpfer und Bundeskanzler Helmut Kohl.

Aber offenbar ist es weiterhin die Linie im Bundesministerium des Innern, den BdV vor jeder antifaschistischen Kritik zu schützen und ihn statt dessen großzügig mit finanziellen Mitteln auszustatten sowie jede Übernahme rechtsextremer Positionen durch den BdV oder Vertriebenenzeitungen zu leugnen. Und zwar auch in völlig offenkundigen Fällen, wie bei der Vertriebenenzeitung Der Schlesier, dessen publizistischen Tätigkeit sich fast ausschließlich darin erschöpft, die neofaschistische Presse wiederzukäuen und bei dem das BMI bis heute noch keine ausreichenden Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen zu erkennen vermag. Das ist vielleicht auch schwierig für einen zuständigen Staatssekretär wie Eduard Lintner (CSU, Sudetendeutsche Landsmannschaft), der selber der rechtsradikalen Zeitung Junge Freiheit durch ein Interview Reputation verlieh.

Politiker wie Riedl und Lintner sorgen dafür, daß die Neofaschisten sich nicht isoliert vorkommen müssen und ihre Lügen Stück für Stück zur "Wahrheit" werden.

Vertriebene gegen "Kriegsschuldlüge"

Im Schlesier polemisierte dessen regelmäßiger Autor Karlheinz Bruns gegen den "Verzichtspolitiker" Schäuble, der auf der Auftaktveranstaltung zum 43. "Tag der Heimat" in Berlin gesagt hatte, "obwohl das deutsche Volk unter Hitler schwere moralische und politische Schuld auf sich geladen habe, sei die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen Unrecht gewesen". Bruns, der auch in der Frey-Presse publiziert, ging das entschieden zu weit: "Entsprechend dem Zeitgeist soll das gesamte deutsche Volk in den Schuldturm der Geschichte gesperrt werden, wobei der jungen Generation und selbst den noch Ungeborenen eine ‚besondere` Verantwortung auferlegt wird. Eine absurde These pauschaler Verurteilung, die sich kein Volk der Erde zu eigen macht, denn eine mehr oder weniger inhumane Vergangenheit haben schließlich alle zu bewältigen."

Der Neofaschist Bruns käut alte NS-Propaganda wieder, die zur Vorbereitung des Polenfeldzuges durch die Nazi-Wehrmacht diente: "Was allerdings schon lange vor Hitler von Polen zu verantworten ist, wird ausgeklammert und bleibt der geschichtlichen Wahrheitsfindung vorbehalten. Wer erfährt in diesem Zusammenhang heute, daß z.B. Polen die ersten KZ in Szeyplorno und Stralkowo im Posener Gebiet schon nach 1918 für Deutsche errichtete, 1921 mit brutaler Gewalt gegen die Deutschen in Oberschlesien vorgegangen ist und von diesem Zeitpunkt an die deutsche Minderheit in Gesamtpolen unterdrückt wurde. 1939 gab es erneut KZ für Deutsche. Höhepunkt der Deutschenverfolgung waren die bestialischen Morde an Volksdeutschen am 3. September 1939, bekannt als ‚Bromberger Blutsonntag`."

Könne sich, fragt Neofaschist Bruns, ein derartiger "Blutsonntag" wiederholen? Und antwortet sich selbst: "In Reiseberichten schildern Landsleute ihre unliebsamen Erfahrungen mit polnischen Bürgern, die zwar auch hier nicht verallgemeinert werden sollen - die aber bezeichnend sind für das immer noch belastete deutsch-polnische Verhältnis. Wenn Teilnehmer deutscher Reisegruppen beschimpft und angepöbelt, wenn an Häuserwänden in Breslau Parolen wie ‚Deutsche raus` angebracht werden, dann erzeugen derartig deutschfeindliche Inhalte neue Spannungen."

20. Anmerkungen zur "Asyl-Debatte" in der PDS

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westdeutsche Linke allgemein; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:38

PDS-Politiker rühmen sich gern, ihre Partei sei die einzige, die sich die Forderung nach "offenen Grenzen", also nach unbegrenztem Einwanderungsrecht in die BRD, auf die Fahnen geschrieben hat. Das ist, soweit es eben Parteien angeht, zutreffend. Noch nicht beantwortet ist damit aber die Frage, ob diese Forderung in der PDS selbst erstens mehrheitsfähig wäre - beispielsweise in einer Art von Urabstimmung - und zweitens, wieweit damit an der Basis wirklich Politik gemacht wird. In der Praxis geht es schließlich, selbst dort, wo man guten Willens ist, um näherliegende Dinge wie Schutz von Asylbewerbern vor Angriffen, Demonstrationen gegen Rassismus, Verteidigung des Grundgesetzartikels 16. Alles schön und gut, aber doch eher eine Wahrung des Status quo, die durchaus nicht an "offene Grenzen" heranführt. Den Artikel 16 kann sogar erhalten wollen, wer im großen und ganzen mit der heutigen restriktiven und menschenunwürdigen Aufnahmepraxis nicht allzu unzufrieden ist, nur eben keine Verschärfung wünscht. So etwa Teile der SPD.

Immer wieder öffentlich ausbrechende Debatten zeigen, daß die offiziell beschlossene und verkündete "Asyl- und Flüchtlingspolitik" der PDS in der Partei umstritten ist, und zwar so sehr, daß jedesmal die Fetzen fliegen, sobald dieses Thema auf den Tisch kommt. Es ist zu vermuten, daß viel Unmut sich aber gar nicht erst öffentlich äußert, sondern entweder intern abgeladen wird oder im Kreis von Gleichgestimmten seltsame Blüten treibt. Man braucht ja die Politik der Partei nicht öffentlich zu kritisieren, sondern kann sie auch sehr wirkungsvoll in der Praxis ignorieren und boykottieren. Und schließlich ist es auch nicht jedermanns Sache, sich in aller Öffentlichkeit als Rassisten und wohlstandsgeilen Spießer abkanzeln zu lassen, sobald er seine Zweifel zu formulieren versucht. Vorwiegend auf dieser Ebene bewegte sich aber bisher die Debatte, wie zuletzt im September im "Neuen Deutschland". Da wurde dann den Kritikern vorgeworfen, sie seien "mehr damit beschäftigt, die Kackhaufen vor Flüchtlingsheimen zu zählen" (Marian Krüger; ND vom 29.9.), könnten die bloße Existenz von Sinti und Roma nicht ertragen (Tanju Tügel, Ausländerbeauftragter und Mitglied des Parteivorstands der PDS; ND vom 28.9.), seien von "Ressentiments" und "Sozialneid" erfüllt und "voll mit rassistischen Argumenten, nationalistischem Gesabber und populistischer Fremdenfeindlichkeit" (Angela Marquardt, Mitglied des PDS-Parteivorstands; ND vom 24.9.).

Offensichtlich gibt es unter PDS-Mitgliedern rassistische Ressentiments und Spießigkeit. Wer sich damit beschäftigt, sollte allerdings nicht nur anklagend auf den bösen Westkapitalismus und die schlimmen Anschlußfolgen weisen. Verglichen mit der restriktiven Aufnahmepraxis der DDR könnte man die BRD geradezu als Einwandererparadies bezeichnen. Und spießige Engstirnigkeit, rigide Vorstellungen über Ordnung, Sauberkeit, korrekte Kleidung, angepaßtes Benehmen usw. sind in der DDR, SED-Kreise keineswegs ausgenommen, wahrscheinlich noch weit mehr gepflegt worden als in der BRD, die u.a. durch die kleine "Kulturrevolution" der sechziger Jahre und einige Millionen Einwanderer immerhin ein bißchen frischen Wind erfahren hat.

Die Frage ist, wie man mit der Kluft zwischen offizieller Parteipolitik und ganz anderen Einstellungen an der Basis, aber auch mit sachlich begründeten Zweifeln - nicht jeder Einwand gegen die Parteipolitik ist zwangsläufig rassistischer Dreck - umgeht. Daß Menschen, die sich selbst sehr stark und verdienstvoll auf diesem Feld engagieren, emotional reagieren, zumal wenn ihnen einige Argumente der Kritiker allzu bekannt vorkommen, ist ihnen zuzubilligen und spricht erst einmal für sie. Auf den zweiten Blick frage ich mich aber, was damit eigentlich bezweckt wird, außer möglichst viele Leute durch Geschimpfe zum Schweigen, zum Rückzug aus dem Parteileben oder gleich zum Austritt zu bringen.

Diese Frage richtet sich keineswegs nur an die Genannten, die als Wortführer in den Debatten immer wieder auftreten (vor allem Tanju Tügel), sondern mehr noch an den Parteivorstand und insbesondere dessen bekannte Repräsentanten, die sich in den bisherigen Debatten nicht gezeigt haben. Dabei müßte eigentlich klar sein, daß es fatal wäre, die Konfrontation in der bisherigen Weise fortzusetzen und sie allein den jetzigen Vorstreitern zu überlassen, denen das Argumentieren weniger zu liegen scheint als die kraftvolle und grobschlächtige Polemik. (Das bezieht sich nur auf die veröffentlichten Beiträge, nicht auf das Auftreten in mündlichen Diskussionen, über das ich mangels Kenntnissen überhaupt nicht urteilen kann.)

Zweifellos ist schon die äußere Form der Debatte im "Neuen Deutschland" sehr unglücklich. In Leserbriefen mit vielleicht durchschnittlich 35 Zeilen läßt sich keinesfalls eine Diskussion führen, die zu irgendwelchen nützlichen Ergebnissen hinleiten könnte. 35 Zeilen sind genug, um eine Riesendummheit zu sagen, wie etwa über "kriminelle Gründe" mancher Asylbewerber, bieten aber keinen Platz für einen einzigen gescheiten Gedanken. Und wenn Angela Marquardt dazu auf 140 Zeilen antworten darf, dann ist das für normale ND-Verhältnisse vielleicht schon verschwenderisch, aber für eine sachliche Diskussion immer noch viel zu wenig. Ebenso die rund 100 Zeilen, die für den "Diskussionsbeitrag" von Tanju Tügel zur Verfügung gestellt wurden. Dies sogar noch unter das Motto der ND-Redaktion zu stellen "Die Leserreaktionen (...) zeigen: Es besteht Diskussionsbedarf" ist eigentlich blanker Hohn, drückt aber in diesem Fall wohl nur einen krassen Mangel an politischer Kompetenz aus. Aus welcher Sicht man es auch betrachtet, kann diese Form der öffentlichen Konfliktaustragung für die PDS nur abträglich sein. Streit ist selbstverständlich notwendig, aber er braucht einen Raum, der die Kontrahenten nicht gleich dazu zwingt, sich wie Kampfhähne aufeinander zu stürzen, und er braucht den Willen zur vollständigen und rücksichtlosen, aber eben auch sachlichen Herausarbeitung der wirklichen Meinungsverschiedenheiten.

Leider ist die Debatte, die seit März in der PDS-Mitgliederzeitschrift "Disput" stattfindet, bisher auch nicht wesentlich geglückter verlaufen, obwohl man mit dem Platz dort großzügiger umgeht. Ausgangspunkt war ein Beitrag von Cornelia Domaschke und Birgit Schliewenz im 1. Märzheft, überschrieben "Was wäre wenn...". Beide Autorinnen haben etliches über die Situation in Osteuropa, auch über die Emigration von dort, publiziert, haben also eine Sachkompetenz, und sind eigentlich nicht mit dem zum Teil wirklich unqualifizierten Gemopper aus Grundeinheiten der Partei in einen Topf zu werfen.

Die Autorinnen nahmen die Forderungen nach "offenen Grenzen" beim Wort und fragten: "Was würde Deutschland erwarten und wie würden die Deutschen reagieren? - Ein Zuwandererstrom von Ost nach West und von Süd nach Nord versuchte, dem tiefsten Punkt des wirtschaftlichen und Wohlstandsgefälles zu entfliehen. Ohne bürokratische Barrieren, Schmiergelder usw. würden sich in kürzester Zeit Massen in den ‚goldenen Westen` bewegen. (...)"

Im weiteren übernahmen sie die vermutlich maßlos übertriebene, von russischen Politikern bewußt produzierte und eingesetzte These, daß demnächst mit 20 Millionen Einwanderungswilligen aus der ehem. UdSSR zu rechnen sei, ferner mit einer Million Bulgaren, einer Million Rumänen usw. Insgesamt, so die Autorinnen, "könnten ca. 25 Millionen Menschen (allein aus Osteuropa incl. GUS) auf die Idee kommen, in Deutschland leben zu wollen. Man sollte dies nicht nur als Horrorvision abtun! Wie aber werden sich die Deutschen dann verhalten? Schon etwa 250.000 Asylbewerber im Jahr lösen Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit unerhörten Ausmaßes aus. (...)".

Schlußfolgerung: Mit offenen Grenzen würde weder dem Einwanderungs- noch dem Auswanderungsland geholfen. "Wir brauchen politikfähige Angebote, die die Realitäten zu verbessern suchen. Probleme zu verschärfen, Unmögliches zu fordern, Ängste zu schüren, regierende Parteien in Zugzwang bringen zu wollen, kann und darf nicht erklärtes Ziel der PDS werden (...). Viele Genossen, die vor Ort mit der Ausländerproblematik auf vielfältigste Weise konfrontiert sind (...), kommen mit derartigen radikalen Zielstellungen nicht zurecht. Sie ernten nicht nur Unverständnis und sogar Haß, sondern verlieren zudem Genossen und Stimmen. Wir glauben, die PDS sollte sich hartnäckig um eine Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften bemühen, die zum Beispiel um machbare und realistische Einwanderungsquoten ringen (wie Bündnis 90 und die Grünen).(...) Konstruktive Opposition muß um praktikable Politik ringen, um Aufgaben, die realistisch und gemeinsam mit anderen lösbar sind. Es geht auch darum, daß die PDS nicht als Vereinigung von Träumern abgetan und belächelt wird."

Unter den Einwänden, die in der PDS öffentlich, parteiintern oder klammheimlich gegen die offizielle Linie in der "Asyl- und Flüchtlingspolitik" vorgebracht werden, gehören diese sicher zu den gescheitesten und ernsthaft erwägenswerten. Rassistisch haben die Autorinnen an keiner Stelle argumentiert. Mit Grund könnte allerdings gefragt werden, ob sie mit ihrem Verständnis von Realpolitik nicht einem opportunistischen Zurückweichen vor den praktischen Problemen der Konfrontation mit Rassismus und Einwanderung das Wort reden. Statt dessen landete die folgende Debatte schnell bei dem rabiaten Vorwurf, zwischen den Äußerungen der Autorinnen einerseits und rassistischen Statements von Dregger, Lummer andererseits seien "inhaltliche Trennlinien m.E. nicht zu ziehen". (Tanju Tügel im 2. Maiheft von "Disput")

Der gleiche Autor klagte: "Viele Menschen in der Bundesrepublik geraten in Panik, weil sie um ihren Besitzstand bangen." Die PDS dürfe sich aber nicht "zum Anwalt der Besitzstände machen, die im Kontext des 500jährigen Kolonialismus entstanden sind und sich nach wie vor auf Kosten der Mehrheit der Menschen reproduzieren." (2. Märzheft von "Disput")

Irgendwie wohl wahr. Aber andererseits, wie will man dann in diesem Land überhaupt noch Sozialpolitik begründen, die eigentlich immer Besitzstandwahrung, meist sogar dessen Mehrung zum Ziel hat? Und wie, vor allem, will man das populistische Spiel mit den Stimmungen vieler Ostdeutscher rechtfertigen, die nicht damit fertig werden, daß es ihnen aufgrund der "Wiedervereinigung", in die doch die meisten von ihnen freiwillig und viele geradezu stürmisch hineingerannt sind - wir erinnern uns an ihre Rufe nach DM, freier Marktwirtschaft, einig Deutschland usw. - heute fast (aber doch wirklich nur fast) so schlecht geht wie den Tschechen oder Polen, obwohl sie selbst doch Deutsche sind? Müßte die PDS dann nicht eigentlich den Rückzug aus den "Gerechtigkeitskomitees" antreten und statt dessen den Ostdeutschen knallhart sagen, daß es ihnen nicht nur keineswegs besser, sondern noch sehr viel schlechter gehen würde, wenn die Weltwirtschaft "gerecht" funktionieren und verteilen würde, statt so, wie sie es nun einmal tut?

Alles in allem eine Diskussion, die noch gar nicht begonnen hat und die mit vordergründigen Polemiken nicht von der Stelle zu bewegen ist. Ob es mir im Folgenden gelungen ist, dem Reiz der polemischen Form einigermaßen zu widerstehen, mögen die LeserInnen und die Angesprochenen entscheiden.

Einwanderung = Flucht

Ein zentraler Punkt der PDS-"Asyl- und Flüchtlingspolitik" besteht in dem Versuch, das Grundrecht auf Asyl (Artikel 16 GG) zum Vehikel eines allgemeinen Einwanderungsrechts umzufunktionieren. Oder anders gesagt: die Forderung nach "offenen Grenzen" soll ausschließlich über eine maximale Ausdehnung und Liberalisierung des Asylrechts und der Asylpraxis durchgesetzt werden. Der Begriff des "Asyls", der traditionell eine ganz bestimmte politische Bedeutung hat, wird dabei zur totalen Beliebigkeit ausgeweitet - und bleibt schließlich überdehnt und ausgeleiert auf der Strecke. (Im weiteren beziehe ich mich auf den Beschluß - "Leitantrag" - der 3. Tagung des 2. Parteitags der PDS im Dezember 1991, "Für ein Recht auf Zuflucht - für eine offene Gesellschaft". Abgedruckt im "Pressedienst PDS", 3.1.92)

Der Leitantrag plädiert erstens für eine "Erweiterung der Anerkennung der Fluchtursachen" und formuliert einen Katalog zusätzlich anzuerkennender Asylgründe: "Das Asylrecht muß für alle Flüchtlinge gelten. Es muß die individuelle, politische, rassische, ethnische und religiöse Verfolgung, die geschlechtsspezifische Verfolgung und die Verfolgung wegen sexueller Orientierung, die Anerkennung von heimatlosen Menschen (Sinti, Roma, PalästinenserInnen), die Anerkennung von Zufluchtsuchenden aus Kriegs- und Bürgerkriegsregionen und DeserteurInnen, die Anerkennung kollektiver Verfolgung von ethnischen Gruppen ohne Individualnachweis, die Anerkennung von sogenannten ‚Umwelt- und Armutflüchtlingen` usw. umfassen."

Alles das sind sinnvolle Vorschläge, die im Einklang mit Forderungen stehen, wie sie vor allem von Staaten der "Dritten Welt" seit längerem erhoben werden. Insbesondere die Anerkennung kollektiver Verfolgungs- und Repressionssituationen ist dringend geboten. Nach gängiger Rechtspraxis in der BRD hätten beispielsweise Emigranten aus Nazi-Deutschland, die nicht unmittelbar persönlich verfolgt waren, sondern die einfach nicht in einem Staat leben wollten, der Juden zu Menschen zweiter Klasse erklärte und Kommunisten einsperrte, keinen Asylanspruch haben dürfen.

Offenbar setzte sich auf dem PDS-Parteitag aber die Auffassung durch, daß eine Ausweitung der Anerkennungsgründe doch nur halber Kram wäre. So wurde, abweichend vom ursprünglichen Entwurf des Leitantrags - abgedruckt im "Pressedienst PDS" vom 22.11.91 - noch folgender Zusatz aufgenommen: "Die PDS tritt für eine Abschaffung der Asylverfahren ein, da auch die weitestgehendsten Anerkennungskriterien immer Opfer produzieren. Zufluchtsuchende haben unverzüglich ihr Asyl zu erhalten."

Es ergibt sich also der Widerspruch, daß die PDS das Asylverfahren einerseits verändern will - Ausweitung der Anerkennungsgründe -, andererseits aber völlig abschaffen will, so daß also jeder Einwanderungswillige automatisch als asylberechtigter "Zufluchtsuchender" gelten soll, unabhängig von seiner wirklichen Lage. Damit hat sich die PDS gewissermaßen von der Diskussion um eine Liberalisierung des Asylverfahrens verabschiedet, denn etwas reformieren zu wollen, was man sowieso abschaffen will, kann von vornherein nur unernst und taktizistisch wirken. (Nicht einmal die klassische Trennung zwischen "Minimalforderung" und

"Maximalforderung" wurde im Leitantrag vorgenommen. Beides steht völlig unvermittelt direkt nebeneinander, als wäre der Widerspruch nicht einmal wahrgenommen worden.)

Tatsächlich ist zur ganzen juristischen Handhabung der Asylverfahren, die eine Chronik von Skandalen ist, um eine regierungspolitisch fixierte Anerkennungsquote von höchstens fünf Prozent einzuhalten, von der PDS viel zu wenig zu hören.

Dem Ansatz des Leitantrags entsprechend werden die globalen Migrationsbewegungen, für die es vielfältige, teils sehr unterschiedliche kollektive und individuelle Gründe gibt, von der PDS generell zu "Fluchtbewegungen" pauschalisiert und stilisiert. Der Migrant, was immer seine Ausgangslage und seine Auswanderungsgründe gewesen sein mögen, wird zum "Zufluchtsuchenden" abgestempelt, was in vielen Fällen sicher zutreffend ist, in anderen aber auch nicht. Seine Lage wird ebenso eindrucksvoll wie schematisch beschrieben mit "Hunger und Armut, Unterentwicklung und ökologische Katastrophen, Kriege und Bürgerkriege" (Leitantrag). Genau auf den Punkt gebracht hat Frank Lehmann in einem Diskussionsbeitrag die Sache mit dem Satz: "Niemand verläßt seine Heimat ohne wirklich zwingende Ursachen." ("Disput", 18/92, 2. Septemberheft).

Konsequent zuende gedacht, müßten die über fünf Mio. Ausländer in der BRD allesamt Leute auf der Flucht sein, denen bei einer Rückkehr in ihre Heimat (beispielsweise die Türkei oder Italien) das Verhungern oder zumindest bitterste Not drohen würde und die einfach keine andere Wahl hatten und haben. Ähnlich müßte man dann wohl auch die 250.000 Ostdeutschen, die allein in diesem Jahr in die alten Bundesländer umgezogen sind, unterschiedslos als Flüchtlinge bezeichnen. Argument: Die Arbeitslosigkeit ist in der Ex-DDR weit höher als in irgendeinem Land Osteuropas. Allerdings lebt ein Arbeitsloser in Ostdeutschland wahrscheinlich immer noch besser als viele Akademiker in Polen, aber jene haben immerhin einen Job und eine Aufgabe, während dieser vor der Perspektivlosigkeit steht. Auch ein "Fluchtgrund".

Verkannt wird, daß auch Menschen, die in ihrer ursprünglichen Heimat weder dem Hungertod noch der Folter ins Auge sahen, ein Interesse haben könnten und jedenfalls das Recht haben, anderswo besser leben zu wollen. Problematisch ist dieser Irrtum der PDS, weil solche Menschen vermutlich die Mehrheit der Ausländer bilden, die nach Deutschland kommen.

Aus naheliegenden Gründen gelangen aus den extremen Fluchtsituationen, in denen es wirklich um Leben oder Tod geht oder um den Kampf ums Existenzminimum, kaum Menschen nach Westeuropa. Aktuelles Beispiel Somalia: "Immer noch über 1000 Tote pro Tag" ("Neue Zürcher", 6.10.92). Nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO sterben jährlich 13 Mio. Kinder unter fünf Jahren an Hunger oder an den Folgen von Unterernährung und Infektionskrankheiten, die "eigentlich" vermeidbar oder heilbar gewesen wären. Es ist davon auszugehen, daß aus den Ländern, um die es dabei in erster Linie geht, kaum ein Asylbewerber bis nach Deutschland gelangt. Und wenn doch, dann wahrscheinlich kein Halbverhungerter, sondern Menschen aus der intellektuellen Mittelschicht.

Afrika ist seit Jahren der Kontinent des Hungers schlechthin, mit derzeit etwa 170 Mio. Unterernährten laut FAO und mit dem Gros der von der UNO registrierten Flüchtlinge. Aber aus ganz Afrika kamen in allen Jahren bis 1989 jeweils weniger als 10.000 Asylbewerber in die BRD, 1989 dann 12.500 und 1990 "immerhin" 24.000 - etwa gleichviel wie aus der Türkei oder aus Jugoslawien. (Wohlgemerkt: das war noch vor Beginn des Bürgerkriegs)

Sicher gibt es in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR große Armut, aber auch in diesem Fall ist zu konstatieren, daß gerade die Allerärmsten und die Menschen aus Bürgerkriegsgebieten keinen nennenswerten Anteil an den Asylbewerbern bilden. Andererseits treffen auf die meisten derjenigen, die wirklich auszuwandern versuchen, die in der PDS ständig strapazierten Klischees von bitterlicher Not und täglicher Todesgefahr gar nicht oder nur bedingt zu. Denken wir nur daran, daß höchstwahrscheinlich kein einziger der oft bettelarmen russischen Rentner emigrieren wird und kann, während die Chance sehr viel größer ist, daß sich Akademiker oder Facharbeiter um die 25-35, und erfahrungsgemäß Männer erheblich mehr als Frauen, auf den Weg machen könnten.

In der ehem. UdSSR liegt die Zahl der bürgerkriegsbedingten Flüchtlinge bei über einer Million Menschen. In der BRD ist davon immer noch nichts zu spüren: Die Gesamtzahl der Asylbewerber aus der GUS lag 1990 bei

2.300 und 1991 bei 5.700; 1992 könnte sie auf etwa 15.000 ansteigen. Aber allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres kamen über 100.000 "deutsche Aussiedler" aus dem GUS-Gebiet.

Generell trifft das Klischee, daß jetzt in erster Linie die Opfer von Hungerkatastrophen und Bürgerkriegen vor unserer Tür stehen, keineswegs zu. Bisher jedenfalls nicht. Ein aktuelles Beispiel ist, daß auch von den Menschen, die in den letzten Monaten aus Jugoslawien nach Deutschland kamen, nur ein relativer kleiner Teil aus den Kriegsgebieten stammte.

Laut PDS-Leitantrag begründet sich aber das Asylrecht aus dem Recht auf Leben, also aus unterstellter Lebensgefahr (oder gesundheitlicher Gefährdung) der Betroffenen, es wird praktisch mit dem Recht auf Leben gleichgesetzt. Das ist in vielen Einzelfällen selbstverständlich zutreffend, gilt aber für die Mehrheit der Einwanderungswilligen und zwangsweise zu Asylbewerbern gemachten nicht. Moralisch und agitatorisch macht es sich natürlich sehr gut, wenn trotzdem so getan wird, als gebe es für die Menschen, die konkret in die BRD einwandern wollen und dazu einen Asylantrag benötigen, nur die Alternative zwischen "Zuflucht" oder der Rückkehr in den sicheren oder doch sehr wahrscheinlichen Tod. Leider ist es jedoch so, daß die PDS zu all jenen Situationen, wo es wirklich total um Tod oder Leben geht, wie in den afrikanischen Hungergebieten, vergleichsweise wenig zu sagen hat.

Es fragt sich, ob man mit dieser sachlich falschen Klischee-Bildung den Menschen, um die es geht, gerecht wird oder ihnen damit wenigstens hilft. Das Konstrukt ist doch allzu augenscheinlich falsch. Wie schnell stellt sich dann, auch aus PDS-Kreisen selbst, der billige Einwand ein: so verhungert hätten die "Asylanten" aber eigentlich gar nicht ausgesehen, und ein paar Autos hätten auch bei den Containern geparkt. Die Antwort kann eigentlich nur sein, daß es darauf wirklich nicht ankommt und, daß ein Mensch auch ohne "bitterste Not" und "höchste Lebensgefahr" ein Recht auf Migration hat. Übrigens ließe sich in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß in früheren Jahrhunderten hunderttausende von Deutschen von diesem Recht Gebrauch gemacht haben, ohne daß wir sie deswegen nachträglich allesamt zu "Elendsflüchtlingen" erklären müßten.

Das Problem besteht darin, daß Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, in die BRD einwandern wollen, dies nur durch das Nadelöhr "Asylrecht" tun können, daß also eine dringende Notlage zur Voraussetzung gemacht wird, was an sich schon unbillig ist. Bei dem reaktiven und eher defensiven Versuch, das Grundrecht auf Asyl von links her so total zur Beliebigkeit zu verformen, daß jeder irgendwie hineinpassen könnte, muß das Nadelöhr zwangsläufig zerbrechen. Anders gesagt: Wer die spezifischen Kriterien und Voraussetzungen, die zum Asyl gehören und die es von anderen Formen der Einwanderung unterscheiden, außer Kraft zu setzen versucht, trägt auf seine Art auch zur Zerstörung des Asylrechts bei.

Sinnvoller wäre es, die ganze deutschstaatliche Konstruktion, die ein Einwanderungsrecht nur als Asylrecht zuläßt, es also nur "politisch Verfolgten" zubilligt (und das in der Praxis zumeist noch nicht einmal tut) als Perversion des Denkens zurückzuweisen. Dann wäre auch der Gedanke, einerseits ein sehr liberales Einwanderungsrecht zu fordern und andererseits am Asylrecht als speziellem Schutzrecht für bestimmte Personen und Gruppen festzuhalten, nicht von vornherein abwegig.

Jedem einen Arbeitsplatz überall

Aus Statistiken ergibt sich, daß die Bevölkerung in Deutschland (BRD und DDR jeweils zusammengerechnet) seit Anfang der 70er Jahre sehr stabil ist, nämlich um die 79 Mio. Menschen, "trotz" Verdoppelung der Zahl der hier lebenden Ausländer im gleichen Zeitraum. Weit entfernt von einer "Überflutung" hat bisher die Zuwanderung also gerade eben den konstanten Rückgang der deutschen Bevölkerung aufgefangen. Anzumerken ist dazu, daß die angebliche "Überforderung" Deutschlands durch die "Asylantenflut" bereits seit etwa 1980 ein Dauerthema der Propaganda ist, als die Zahl der Asylbewerber nur ein Viertel der heutigen betrug.

Interessant ist vor dem Hintergrund der verbreiteten Panikmache um die Arbeitsplätze, daß heute in absoluten Zahlen in Deutschland erheblich weniger Ausländer beschäftigt sind als 1972 in der BRD. Damals waren es um die 2,5 Mio., heute etwa 1,9 Mio. Der Anteil der Ausländer an den Beschäftigten sank von fast 12% 1973 über 9,6% 1980 auf knapp 8% 1990 ab. Wohlgemerkt, nur bezogen auf die alte BRD-West; die Einbeziehung der ausländerarmen Ex-DDR senkt natürlich aufs ganze Deutschland bezogen den Prozentsatz noch weiter ab. (Ausländeranteil Ende 1989: 1,2%, verglichen mit 7,7% in der alten BRD).

Wie erklärt sich dieser Rückgang der Zahl ausländischer "Arbeitnehmer", der so ganz im Gegensatz zu den gängigen Vorstellungen und Vorurteilen steht? Anfang der 70er Jahre handelte es sich noch um die erste Generation der "Angeworbenen", nahezu durchweg Menschen im arbeitsfähigsten Alter, mit relativ wenig Familienanhang. Über 80% der in der BRD lebenden Ausländer waren damals berufstätig. Ihre dauerhafte Ansiedlung in der BRD war von deutscher Seite nicht vorgesehen; sie galten als "Gastarbeiter", die irgendwann "heimkehren" sollten.

1973 bremste die Bundesregierung die Zuwanderung durch einen Anwerbestop ab, und zwar schon zu einem Zeitpunkt, wo sich gerade erst die Wölkchen einer Rezession zu zeigen begannen. (270.000 Arbeitslose in 1973, verglichen mit der Spitze von 2,3 Mio. 1985). Die Zahl der ausländischen Beschäftigten wurde durch überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, "Rückkehrprämien" u.ä. bis 1985 auf ein Tief von 1,5 Mio. abgesenkt und stieg seither wieder an, zuletzt auch begünstigt durch den Anschluß-Boom.

Im gleichen Zeitraum, seit Anfang der 70er Jahre, verdoppelte sich jedoch die Zahl der in der BRD lebenden Ausländer nahezu, aller ausländerfeindlichen Rhetorik zum Trotze. Durch Nachzug und Familienbildung wurde aus der nur zum Arbeiten angeheuerten ersten Generation ein Bevölkerungsteil, der in seiner Struktur nun recht weitgehend der deutschen Mehrheit entspricht, bis hin zu einer Anpassung an die niedrige deutsche Geburtenrate. Ihr Prozentanteil an der Beschäftigung entspricht jetzt ziemlich genau dem an der Bevölkerung.

Insgesamt zeigt diese Entwicklung aber auch, daß beim Stand der Dinge die Nachfrage des deutschen Kapitals nach ausländischen Arbeitskräften zum Stillstand gekommen ist oder verglichen mit der Zeit vor 20 Jahren sogar zurückgegangen ist. Ebenso ist das allerdings für die Nachfrage nach Arbeitskräften insgesamt zu sehen, die seit langem stagniert, bei einem resistenten Potential an Arbeitslosigkeit von offiziell 3,2 Mio. in ganz Deutschland, unter Einbeziehung der "versteckten" Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland wahrscheinlich sogar weit über 4 Mio. Offiziell sind in der ex-DDR 1,2 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet. Laut "Spiegel" 38/1992 hatten aber schon bis Ende 1991 rund 2,5 Mio. DDR-Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, und weitere 1,4 Mio. steckten in Arbeitsbeschaffungs- oder Bildungsmaßnahmen.

Interessant ist, gerade auch unter dem Aspekt der Einwanderungspolitik, der Anschluß-Boom, der den alten Bundesländern einen gewissen Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine hohe Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze bescherte. Zwischen 1988 und 1991 wanderten in die BRD (West) 3,6 Mio. Menschen ein. Darunter waren etwa 1,7 Mio. potentielle Erwerbstätige. Von diesen fanden bis Ende 1991 etwa 1,3 Mio. einen Arbeitsplatz. Gleichzeitig verringerte sich in diesem Zeitraum die Zahl der Arbeitslosen im Westen um fast 550.000. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten im Westen also um gut 2,2 Mio. Der direkte Zusammenhang zur gleichzeitigen Arbeitsplatzvernichtung in der ex-DDR drängt sich auf. Diese Produktionsstätten, in denen in erheblichem Maße für den eigenen Konsum und für den Export in die RgW-Länder gearbeitet worden war, wurden natürlich nicht ersatzlos liquidiert, "verschwanden" in Wirklichkeit nicht, oder nur zum kleineren Teil. Sie wurden nach Westen verschoben, indem BRD-Unternehmen in großem Umfang die Versorgung der ostdeutschen Bevölkerung wie auch den Hauptteil vom Ost-Export der alten DDR übernahmen, soweit dieser nicht dem Zusammenbruch des RgW zum Opfer fiel.

Das Beispiel zeigt, daß Arbeitsplatzbeschaffung unter den herrschenden Umständen wohl zwangsläufig mit Arbeitsplatzvernichtung irgendwo anders einhergeht, sofern die absolute Nachfrage nach Arbeitskräften nicht steigt, wogegen zur Zeit aber die weltwirtschaftlichen Indikatoren deutlich sprechen. Selbstverständlich hat keiner der Zuwanderer in der BRD (West) einem DDR-Menschen persönlich dessen Arbeitsplatz "weggenommen", aber ein enger Zusammenhang zwischen den Vorgängen ist dennoch nicht zu übersehen. Es hat zwischen den Arbeitskräften und Standorten ein Konkurrenzkampf stattgefunden, bei dem die DDR-Menschen und -Produktionsstätten aus politischen und strukturellen Gründen den Kürzeren gezogen haben. Und: ohne die massenhafte Zuwanderung wäre das BRD-Kapital sicher nicht in der Lage gewesen, in so rasantem Tempo die DDR-Industrie auszuschalten und "plattzumachen", sondern wäre weit mehr auf den Erhalt der bestehenden Standorte angewiesen gewesen.

Übrigens setzte sich die Zuwanderung nach Pressemeldungen ungefähr zu je einem Drittel aus "deutschstämmigen" Ost-Aussiedlern, Übersiedlern aus der DDR und Ausländern zusammen. (Alles nach FAZ, 8.9.92) Tatsächlich dürften Ausländer aber noch weniger als ein Drittel ausgemacht haben, die Deutschen also entsprechend etwas mehr als zwei Drittel. Das ist, aus rassistischer Sicht "selbstverständlich" und "natürlich", niemals mit Begriffen wie Schwemme, Flut, Überflutung, Überforderung behandelt worden.

Warum dieses etwas weitschweifende Zahlenspiel? Im PDS-Leitantrag heißt es: "Die PDS fordert: Alle Menschen haben ein Recht, sich dort niederzulassen, wo sie wollen; alle Menschen haben ein Recht auf einen Arbeitsplatz dort, wo sie sich niedergelassen haben; alle Menschen haben ein Recht auf eine Grundsicherung, auf eine bezahlbare Wohnung, ausreichende Infrastruktur und Versorgung in ihren Kommunen."

Es fehlt die Erklärung, wie das in einem Land realisiert werden soll, das jetzt schon über 4 Mio. Arbeitslose hat, in dem 2,7 Mio. Wohnungen fehlen ("Hamb. Abendblatt", 10.10.92; nach Angaben des Deutschen Mieterbunds) und über 3 Mio. Menschen von Sozialhilfe abhängig sind. (Siehe Caritas-Studie im "Neuen Deutschland", 14.9.92)

Die Zahl der Asylanträge wird in diesem Jahr ungefähr 450.000 erreichen, nach 260.000 im Vorjahr und knapp 200.000 in 1990. (Hinzuzurechnen wären 220.000 "deutsche Aussiedler" in 1991 und grob geschätzt etwas unter 200.000 im laufenden Jahr.)

Nun ist bekanntermaßen die Zahl der Asylanträge von einer äußerst restriktiven Einwanderungspolitik und von der extrem "günstigen" geopolitischen Lage der BRD künstlich niedrig gehalten. Von der deutschen Wirtschaft abhängige Länder wie Polen und die CSFR lassen sich gezwungenermaßen auf eine Puffer-Rolle verpflichten. Dennoch ist die Zahl der Einwanderungswilligen tatsächlich rasant angestiegen, ohne daß sich eine Trendwende abzeichnet. Bei wirklich offenen Grenzen, ohne Zurückweisungen an den Grenzen, ohne Druck auf die Nachbarstaaten, ohne vorsätzliche Abschreckung der Einwanderungswilligen durch menschenunwürdige Lebensbedingungen, wäre vermutlich damit zu rechnen, daß zunächst einmal jährlich mindestens 500.000 zusätzliche potentielle Arbeitskräfte in die BRD kämen, realistisch betrachtet wohl deutlich mehr.

Anzunehmen, daß sich eine solche Zuwanderung ohne erhebliche Verschärfung der Verhältnisse auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt bewältigen ließe, wäre absurd. Argumentationen auf den heutigen Zustand stützen zu wollen, wie es "gutgemeint" häufig geschieht, wäre fatal. Daraus ergibt sich, daß die "Asyl- und Flüchtlingspolitik", die man zutreffender als Einwanderungspolitik bezeichnen sollte, in unmittelbarem Zusammenhang mit Fragen der Wohnungspolitik, Sozialpolitik usw. diskutiert werden muß. Es muß begriffen werden, daß hier wirklich riesige Probleme liegen, auf die wir nicht einfach antworten können, daß die BRD schließlich ein reiches Land ist und daß die Deutschen sich gefälligst nicht so anstellen sollen, weil es ihnen doch immer noch sehr gut geht.

Die Probleme, die sich mit der Zuwanderungen ergeben, betreffen keineswegs nur die deutsche Bevölkerung im biologistischen Sinn, sondern alle hier lebenden Menschen, aber die Ärmeren weit stärker als die Reicheren. Beispielsweise werden die Konkurrenz mit einwandernden "Billigarbeitern" die in der BRD tätigen Ausländer noch stärker zu spüren bekommen als die Deutschen, weil sie in den entsprechenden Jobs - etwa: Gaststätten und Hotels - überdurchschnittlich stark arbeiten. Ähnliches gilt für die Konkurrenz um billigen Wohnraum.

Würde die voraussehbare Zuwanderung bei offenen Grenzen dazu führen, daß die Zahl der Arbeitslosen dann jedes Jahr um mindestens eine weitere halbe Million zunimmt? Oder wäre das Resultat beispielsweise, daß erhebliche Teile der osteuropäischen Produktion in die BRD verlagert werden, entsprechend dem oben skizzierten Vorgang bei der Zerschlagung der DDR-Industrie? Soll heißen: der BRD-Arbeitsmarkt "integriert" im Wesentlichen die Zuwanderung, aber mit dem Nebeneffekt, die Entindustrialisierung in Osteuropa zu forcieren?

Aus vielen, auch ökologischen und machtpolitischen Gründen, wäre es überhaupt nicht wünschenswert, auf dem Wege ungebremster globaler Migrationsbewegungen einen noch größeren Teil der Weltproduktion in den hochindustrialisierten Metropolen, also vor allem in den imperialistischen Staaten, zu konzentrieren. Andererseits ist es aber auch keine menschenwürdige Alternative, wenn aus den Zuwanderern eine dienstbare Kaste von Zeitungsausträgern, Kellnern, Putzpersonal, exotischen Huren und Schwarzarbeitern entsteht, wie es jetzt real zu einem erheblichen Teil geschieht.

Hier stehen offenbar noch viele Fragen offen, auf die Antworten wirklich sehr schwer fallen. Um so nötiger wären dazu kollektive Anstrengungen, auch im Sinne solidarischen Streitens, statt um die Dinge in weitem Bogen herumzureden, sie als rassistische Hirngespinnste abzutun oder über die konsumgeilen Spießer zu lamentieren, die Angst um ihren Wohlstand haben.

Wahrscheinlich würde eine Untersuchung zeigen, daß es etlichen Leuten, die rassistisch reden und handeln, vor allem in der Ex-DDR, doch um einiges schlechter geht als manchen ihrer linksradikalen Kritiker. Man kann und muß diesen Leuten sehr vieles vorwerfen, aber den Anklagepunkt "Angst um den Wohlstand" sollte bitte nur ins Spiel bringen, wer sich völlig sicher ist, nicht selbst im Glashaus zu sitzen. Die Einsicht etwa, daß Antirassisten ganz genauso zulasten der "Dritten Welt" leben wie Rassisten, ist aus den Polemiken selten herauszulesen.

Der Gedanke, weltweit für jeden Menschen einen Arbeitsplatz - wohl immer zu ergänzen: nicht irgendeinen, sondern einen angemessenen - an jedem Ort zur Verfügung stellen zu können, wo er sich gerade niederlassen möchte, ebenso natürlich den passenden Wohnraum, und beides möglichst schnell, ist schlichtweg hanebüchen, und für Leute, die sich als wissenschaftliche (!) Sozialisten betrachten, von beschämender Einfalt. Genug qualifizierte Arbeitsplätze, genug guten und bezahlbaren Wohnraum, das setzt selbstverständlich gesellschaftliche Planung und Planbarkeit für überschaubare längere Zeiträume voraus. Die Migrationsbewegungen, mit denen bei "offenen Grenzen" zu rechnen wäre, wären aber das Gegenteil von planbar, würden jede Prognostik scheitern lassen.

Der trotzige Maximalismus - "Wir fordern es trotzdem; sollen die Kapitalisten doch sehen, wie sie es hinkriegen! Sie haben sich die Suppe ja selbst eingebrockt" - hat zudem den Nachteil, daß er offensichtlich bei den Menschen, die Adressaten linker Sozialpolitik sein könnten, keinen großen Eindruck macht, da er irreal und bewußt überzogen wirkt. Hinzu kommt, daß der Zusammenbruch des "Realen Sozialismus" nicht zuletzt eben auch ein großes ökonomisches Fiasko offenbarte, und daß die Sozialisten genau auch an den Problemen gescheitert sind, deren Lösung sie jetzt ohne weiteres von den Kapitalisten einfordern. Diese Erfahrung macht sie in der zweifellos angenehmeren Rolle der maximalistischen Opposition und des Arztes am Krankenbett der kapitalistischen Weltwirtschaft leider nicht glaubwürdiger.

Fakt ist, daß die Wanderungsbewegungen der Gegenwart und absehbaren Zukunft riesige Probleme der betroffenen Menschen und Regionen widerspiegeln, aber auch für die Industriestaaten große Schwierigkeiten aufwerfen. "Offene Grenzen" wären ohne erhebliche Verschlechterung, Chaotisierung und Verschärfung der inneren Verhältnisse in den kapitalistischen Metropolen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu haben. Es ist realistisch anzunehmen, daß damit die globale Migration Züge der jetzigen Binnenwanderungen annehmen würde. Das würde beispielsweise bedeuten, daß sich in den Metropolen tendenziell ähnliche Strukturprobleme entwickeln könnten, wie sie heute schon für die "Mega-Städte" in Lateinamerika und Asien kennzeichnend sind.

Nun kann man sich natürlich auf den Standpunkt stellen, daß damit den "reichen Staaten" - in denen aber konkret betrachtet ja auch gar nicht alle Menschen wirklich so reich sind - nur geschehen würde, was sie verdienen, gewissermaßen als Sühneleistung für 500 Jahre Kolonialismus, Imperialismus und Ausplünderung der "Dritten Welt". Auch könnte man argumentieren, daß die Menschen in den Metropolen erst einmal die Schreckensvision unkontrollierbarer Zustände unmittelbar vor Augen haben müssen, bevor sie sich vielleicht dazu bequemen, den Gedanken des Teilens, einer "gerechteren Weltwirtschaftsordnung" usw. ernsthaft näherzutreten. Man müßte dann aber auch begreifen, daß diese Sichtweise den Menschen ungeheuer schwer zu vermitteln ist - so schwer, daß dagegen traditionelle kommunistische Propaganda sich wie ein Kinderspiel ausnehmen würde. Aber wie Linke, die untereinander selten einen sachlichen Diskurs zustandekriegen, andere Menschen in einer so unendlich schwierigen Sache überzeugen wollen, vermag ich noch nicht zu sehen.

"Bekämpfung

der Fluchtursachen"

Viel ist in Veröffentlichungen der PDS davon die Rede, daß die kapitalistischen Länder einen angemessenen Beitrag leisten müßten, um die Ursachen zu beseitigen oder abzumildern, die gegenwärtig Millionen Menschen "zur Flucht zwingen". In den Worten des Leitantrags: "Eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen muß von denen erfolgen, die dafür mitverantwortlich sind: die kapitalistischen Industriestaaten. Sie müssen ihre Weltwirtschaftsordnung, die maßgeblich Hunger und Verelendung in der Dritten Welt produziert, radikal ändern; sie müssen ihre neokoloniale Politik umkehren und diesen Ländern reale Chancen auf dem Weltmarkt einräumen. Sie müssen ihre Militär- und Waffenausfuhren radikal unterbinden, sie müssen ihre materiellen

Ressourcen zugunsten der Dritten Welt umleiten, statt mehr von ihnen zu erhalten, sie wären gezwungen, ihren Reichtum anders zu verteilen usw.".

Im Großen und Ganzen alles richtig. Mein Einwand wäre, daß oft allzu selbstverständlich und gedankenlos so getan wird, als wären die riesigen Probleme, insbesondere in großen Teilen der "Dritten Welt", aber auch in Osteuropa und der ehem. UdSSR, eigentlich in überschaubaren Zeiträumen lösbar, wenn nur bei den Regierungen und bei den Bevölkerungen der "reichen Länder" die richtigen Einsichten vorhanden wären und entsprechend konsequent gehandelt würde. Ganz so einfach ist es aber leider nicht. Wahrscheinlich bestehen keine realistischen Vorstellungen darüber, welcher Mitteleinsatz und auch welcher Zeitaufwand erforderlich wäre, um beispielsweise in Afrika nicht nur fortlaufend 100 Mio. Unterernährte ausreichend zu versorgen, sondern auch die Ursachen des Hungers zu beseitigen, ein gewisses Niveau der Industrialisierung zu erreichen usw. Allein die Sanierung eines sogar noch vergleichsweise "reichen" Landes wie Rußland würde, guten Willen vorausgesetzt, vermutlich alle verfügbaren Mittel der "reichen Länder" erfordern und dennoch mehrere Jahrzehnte dauern. Und gegen die Beseitigung von Fluchtursachen wie Bürgerkriegen hat sowieso noch niemand ein plausibles Rezept angeben können.

Noch einmal Zahlen: Nach einer Schätzung des Internationalen Roten Kreuzes gibt es derzeit auf der Welt etwa 500 Mio. Migranten und Flüchtlinge. (FAZ, 25.3.91; vgl. dazu meinen Artikel in AK 338, S. 5) Die Tendenz ist stark zunehmend: "Rund 400 Millionen Menschen werden bis zum Jahr 2000 auf den internationalen Arbeitsmarkt streben, ohne sich große Chancen auf einen Job ausrechnen zu können." (SZ, 21.9.92; nach einer Studie der Internat. Arbeitsorganisation, ILO) Allein in Afrika müßten, gemessen am Bevölkerungswachstum, jedes Jahr mindestens 10 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, "um wenigstens das derzeitige Beschäftigungsniveau zu halten". (Ebenda) Wenn dieses Problem nicht gelöst wird, und es könnte nach menschlichem Ermessen nicht einmal dann in überschaubaren Zeiträumen gelöst werden, wenn dem PDS-Vorstand die Bildung einer Weltregierung übertragen würde, dann also bleiben auch künftig zig Millionen individuelle "Fluchtursachen", nämlich die elementare Suche nach einem Job. Ob es zur Lösung dieses Problems beitragen würde, wenn ein paar Millionen neuer Jobs für Einwanderer in den Industriestaaten geschaffen werden könnten, oder ob das die Lage in Teilen der "Dritten Welt" eher noch verschärfen würde, ist wohl auch eine offene Frage.

Richtig ist, daß die kapitalistischen Metropolen nichts tun, um die Situation zu verbessern oder sie wenigstens nicht noch fortwährend zu verschärfen. Beispiele wie die beschämend niedrige Entwicklungshilfe der BRD sind selbstverständlich anzuprangern. Nur auf die leichtfertige Pose, als hätten wir Linken doch eigentlich alle Patentrezepte für die globalen Probleme schon in der Tasche und fänden dafür nur leider überhaupt kein Verständnis, sollte besser verzichtet werden. Zumal uns, nach dem Scheitern des "Realen Sozialismus" an den Problemen dieser Welt, eine gewisse Bescheidenheit - nicht zu verwechseln mit Katerstimmung und Apathie - ganz gut zu Gesicht stünde.

Knut Mellenthin

21. Krise des EWS - Krise der BRD-Hegemonie

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:25

Der Beinahe-Zusammenbruch des Europäischen Währungssystems (EWS) hat keineswegs nur die ökonomischen Probleme der erst einmal aus dem Währungsverbund ausgestiegenen Teilnehmer Großbritannien und Italien sowie etlicher anderer Abwertungskandidaten aufgedeckt. Im Kern handelt es sich vor allem auch um eine Krise des BRD-Imperialismus, der sich mit der Annexion der DDR ökonomisch verhoben hat und nun versucht, die Kosten für das vereinigte Deutschland den anderen EG-Staaten aufzubürden. Ob die BRD bei diesem Manöver ökonomisch und politisch alles im Griff behält, ist ungewiß.

Das bis zum EWS-Crash relativ reibungslose Funktionieren des EWS beruhte auf der Stabilität der D-Mark oder, weniger mystisch ausgedrückt, auf der sogenannten "Stabilitätspolitik" der BRD, mit der es ihr gelang, den anderen EG-Ländern die für das BRD-Kapital günstigsten Bedingungen aufzuzwingen. Entgegen kam ihrem Interesse dabei die weltweite Rezession Ende der siebziger Jahre (u.a. Sturz des Dollars auf das damalige Rekordtief von DM 1,71), die die Gründung des EWS erforderlich machte und die die ökonomische Entwicklung Westeuropas in der ersten Hälfte der achtziger Jahre bestimmte. Unter den Bedingungen der Krise wurde das "Modell Deutschland" europaweit zum Maßstab der Politik, wobei die Geschwindigkeit der Umsetzung in jeweils nationale Politik in einigen Fällen vor allem durch den Widerstand der Arbeiterklasse verlangsamt werden konnte (z.B. in Italien und Griechenland). Kennzeichnend für diese Austerity-Politik waren und sind eine Sparpolitik der öffentlichen Haushalte zu Lasten der Sozialausgaben, Streichung von Subventionen, eine restriktive Lohnpolitik sowie hohe Zinsen mit dem Ziel, die Kosten für das Kapital zu senken, gleichzeitig weniger produktive Betriebe oder auch ganze Wirtschaftssektoren zu eliminieren sowie die Lohnabhängigen durch Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu disziplinieren.

Diese Stabilitätspolitik jedoch war keineswegs von so allgemeiner europäischer Vernunft und Seligkeit, wie man in der BRD seit den Zeiten des Bundeskanzlers und "Weltökonomen" Helmut Schmidt gerne weismachen wollte. Vielmehr gelang es der BRD mit dem und durch das EWS, ihren Produktions- und Produktivitätsvorsprung abzusichern und auszubauen. Mit anderen Worten: Das EWS funktionierte in erster Linie als Instrument zur Durchsetzung der Profitinteressen des BRD-Kapitals, und keineswegs zufällig avancierte die BRD in den achtziger Jahren zum "Exportweltmeister".

Prinzip Matthäus 25, Vers 29

Der (Macht-)Mechanismus war dabei folgender: Generell gilt zunächst, daß es feste Wechselkurse sind, die dem transnational operierenden Kapital eine sichere Kalkulationsgrundlage für ihre Investitionen und ihre Preisgestaltung geben. Schaut sich etwa der Konzern Siemens das Land Portugal als zukünftigen Produktionsstandort aus, werden die erforderlichen Investitionen unter Umständen überhaupt erst dann möglich, wenn der Elektromulti sicher sein kann, daß die später einmal nach Deutschland zu transferierenden Profite nicht durch eine Abwertung der portugiesischen Währung geschmälert werden. Und für den massenhaften Export von Autos der Marke BMW nach Frankreich muß gewährleistet sein, daß nicht eine Abwertung des Franc oder eine Aufwertung der D-Mark das bayerische Produkt so weit verteuert, daß es den französischen Autokäufern dämmert, daß man ein derartiges Auto nun wirklich nicht sein eigen nennen muß.

Natürlich gelten diese für den westeuropäischen Binnenmarkt grundlegenden währungstechnischen Voraussetzungen für alle Beteiligten. Doch wenn für Ungleiche (also ökonomisch stärkere und ökonomisch schwächere Konzerne und nationale Ökonomien) das gleiche gilt, hat der Stärkere die besseren Karten. Entscheidend bei den EWS-"Spielregeln" war es nun, daß der Wechselkursverbund und die Interventionspflicht der nationalen Notenbanken dafür sorgten, daß die Kurse weitgehend "auf Linie" blieben: Eine Abwertung von Lira und Franc etwa hätte natürlich die deutschen Ausfuhren nach Italien und Frankreich verteuert, den Absatz dort und damit den Profit verringert und zugleich die Bedingungen für den Absatz französischer und italienischer Produkte auf deren heimischen Märkten selbst, aber ebenso in Deutschland verbessert.

Daß bis zum Crash im letzten Monat das EWS, von ca. zehn kleineren "Realignements" abgesehen (das letzte im Januar 1987), ohne eine nennenswerte Veränderung der Wechselkursverhältnisse auskam, war Folge der

Politik der Bundesbank. Auf Grundlage der zum Teil exorbitanten Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse der BRD mit Devisenreserven äußerst üppig ausgestattet, konnte die Bundesbank immer dann zugunsten einer Währung intervenieren, wenn dieser eine Abwertung drohte. Die dabei entstandenen Kosten waren eine weitsichtige "Investition". Durch die damit ermöglichte permanente Unterbewertung der D-Mark blieben die deutschen Waren in der EG gefragt, weil preisgünstig, so daß der BRD die hohen Exportüberschüsse auch weiterhin gesichert blieben und neue Liquidität für die Operationen der Bundesbank zugeführt wurde. Das "Spiel" konnte erneut beginnen, für die BRD sozusagen auf erweiterter Stufenleiter.

Verständlich also, daß Otto Graf Lambsdorff einmal das EWS als "einen wunderbaren Subventionsapparat für deutsche Exporte" pries. Beispielsweise hatte sich Mitte 1989 der Wert der DM gegenüber den anderen EWS-Mitgliedswährungen im Vergleich zum letzten Realignement im Januar 1987 nur um durchschnittlich 1,4% erhöht, während sich der Anteil der EWS-Länder am Exportüberschuß der BRD im selben Zeitraum von 26,3% auf 43% erhöht hatte. (Handelsblatt, 7.9.87) Und in Italien und Großbritannien eilten die Preise von 1987 bis 1992 den deutschen um 14 bzw. fast 20% voraus. (Wirtschaftswoche, 9.10.) Das verbilligte dort die deutschen Waren, da bekanntlich eine Wechselkursanpassung unterblieb, wie jetzt, nachdem Pfund und Lira in den Brunnen gefallen sind, lautstark bemängelt wird.

Angesichts der offen ausgebrochenen Krise des EWS ist es sinnvoll, sich zu vergegenwärtigen, daß das EWS von der Anlage her nicht zwangsläufig ein Instrument des deutschen Kapitals sein muß. So erinnerte sich Karl-Otto Pöhl nach seinem Rücktritt vom Posten des Bundesbankchefs 1991 befriedigt: "Die Bundesbank hat damals das ursprüngliche Konzept (für das EWS, Anm. Red.) quasi vom Kopf auf die Füße gestellt und dafür gesorgt, daß ... die stärkste Währung zum Standard gemacht wurde." (zit. nach Die Zeit, 25.9.92) Die Alternative wäre nämlich gewesen, nicht die D-Mark zum Angelpunkt des Systems zu machen, sondern den ECU von einer Rechengröße zu einer richtigen Währung zu entwickeln. Ein Ziel, das Frankreich im Grunde bis heute nicht aus den Augen verloren hat in der Absicht, die BRD-Ökonomie stärker in die westeuropäische Entwicklung einzubinden. Erfolgversprechend wäre diese Konzeption freilich erst dann, wenn die anvisierte Einheitswährung zugleich einer zentralen Notenbank unterstellt würde, deren Geldpolitik nach politischen Vorgaben gestaltet wird, wie es erst jüngst wieder von Mitterand angemahnt wurde.

Herr Pöhl findet das "eine sehr beunruhigende Bemerkung" (Spiegel 40/92), und in der Tat: Das BRD-Kapital hat über Europa hinaus seine weltweiten Interessen zu behaupten und auszubauen, wo es im Kampf um Einflußsphären mit US- und japanischem Kapital konkurriert. Eine Wirtschaftspolitik, die den Mehrwert statt dessen in den südeuropäischen Staaten akkumulieren lassen wollte, würde da sehr hinderlich sein.

Honeckers Rache

Die DM-Hegemonie im EWS, mit der bislang die ungleichmäßige Entwicklung, die unterschiedlichen Produktionsniveaus und Zahlungsbilanzen der EG-Mitgliedsstaaten übertüncht werden konnten, hatte eine entscheidende Voraussetzung: "(Sie) besteht ... allerdings nur solange, wie die BRD 'Stabilitätseuropameister' bleibt." (ak 306, 2.5.89) Durch das teilweise Auseinanderbrechen des EWS ist nun aber offen zutagegetreten, daß sich unter dem ökonomischen Diktat der BRD Westeuropa keinesfalls auf einen einheitlichen Wirtschaftsraum hin entwickelt, daß vielmehr bestehende Widersprüche und Ungleichgewichte nicht nur nicht abgebremst werden konnten, sondern sich verschärften,womit der weitere Entwicklungsgang Westeuropas zur Disposition steht.

Mit der Annexion der DDR hat die BRD sich ökonomisch verhoben. Nicht nur, daß nach realistischen und inzwischen auch von der Regierung akzeptierten Schätzungen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der ehemaligen DDR noch mindestens zehn Jahre lang einen Finanztransfer von West nach Ost in Höhe von jährlich 150 Mrd. DM erfordern werden (FR, 2.7.92) - da die wirtschaftliche Struktur Ostdeutschlands im Zuge von Währungsunion und Treuhandpolitik fast gänzlich liquidiert wurde, fließt ein beträchtlicher Teil dieser Summen in Form sozialer Abstützungsmaßnahmen nicht in den Produktionssektor, sondern in den konsumtiven Bereich. Diese Summen aus eigener Kraft aufzubringen, ist die BRD schlicht überfordert.

Das führt zunächst zu inneren Widersprüchen. Diese erscheinen als "tiefgreifendes Gegeneinander von Geld- und Fiskalpolitik", so daß "wir in einer Phase des scharfen Gegensatzes zwischen der Finanzpolitik der Bundesregierung und der Geldpolitik der Bundesbank (stehen)" (Helmut Schmidt, Die Zeit, 9.10.). Einen Ausweg aus der Krise des BRD-Imperialismus bietet jedoch keiner der beiden Wege. Zwar steht die

Bundesbank auf Grund ihrer Zinspolitik, mit der sie die "Stabilität" der D-Mark zu retten sucht, im Ausland und z.T. auch in der BRD (zu Recht) als Buhmann da. Denn sie verhindert in den anderen EG-Staaten die Ankurbelung der Binnenwirtschaften, da diese, um Kapitalabflüsse möglichst zu verhindern, ebenfalls die Zinsen hoch halten müssen. In Westdeutschland verstärkt sie die aufziehende Rezession und belastet den wirtschaftlichen Aufbau in Ostdeutschland zusätzlich. ("Jetzt steht die Schreckenskombination vor der Tür: Rezession West statt Aufschwung Ost", Die Zeit, 9.10.)

Doch die Hochzinspolitik, mit der die Bundesbank eine inflationäre Entwicklung verhindern will, ist natürlich nicht nur eine Marotte weltfremder Stabilitätsfanatiker. Zunächst sind die hohen Zinsen vor allem Ausdruck des enormen Kapitalbedarfs der öffentlichen Haushalte und solcher Institutionen wie der Treuhandanstalt sowie Ausdruck der Milliardendefizite der Bundesanstalt für Arbeit und von Bundes- und Reichsbahn. Sie locken (ausländisches) Kapital an. Darüber hinaus aber wäre die Geldpolitik der Bundesbank, konsequent durchgeführt, in der jetzigen ökonomischen Krisensituation der brutale Versuch, mit einem monetaristischen "Sanierungs"programm die Kapitalverwertungsbedingungen so zu verschärfen, daß nur die konkurrenzfähigen Betriebe.

Was die Politik der Bundesregierung von der der Bundesbank trennt, sind im Grunde nicht die hohen Zinsen, die sie ja mit ihrer Haushaltspolitik selbst herbeiführt, und die ja auch erst die Bereitstellung von Kapital ermöglichen. Sicher unterscheiden sie sich auch nicht in der grundsätzlichen Absicht, durch hohe Zinsen die anderen europäischen Staaten ebenso wie die hiesigen Lohnabhängigen zu schwächen und zu disziplinieren. Die aktuellen Differenzen liegen darin begründet, daß sich die Bundesregierung offenbar aus politischen Gründen zu einer "explodierenden Staatsverschuldung" (Die Zeit, 2.10.) veranlaßt sieht und für die sie auch eine höhere Inflationsrate in Kauf zu nehme entschlossen ist. An dieser politischen Vorgabe wird auch die Bundesbank mit ihren hohen Zinsen nichts ändern können. Insofern steht unter den Herrschenden zur Debatte, ob nicht moderate Zinssenkungen das in den nächsten Jahren auflaufende gigantische Staatsdefizit ein wenig abmildern können. Vornehmer formuliert: Die deutsche Geldpolitik sei durch "mangelndes policy-mix stark belastet". (NZZ, 8.10.)

So oder so: ob sich die eher Thatchersche Variante der Bundesbank oder die eher Reagansche Politikversion der Bundesregierung durchsetzt (oder eine Mischform), sind folgende Konsequenzen nicht mehr auszuschließen: "Ganze Industriezweige sind in ihrer Existenz bedroht. Kein Zweifel: Die größer gewordene Bundesrepublik ist drauf und dran, die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen der USA zu wiederholen, die sich Anfang der achtziger Jahre selbst in eine Strukturkrise hineinsteigerte." (Wirtschaftswoche, 2.10.) Akut gefährdet sei die Stahlindustrie. Aber "auch die Produzenten von Zement, Düngemitteln, Farben, Lacken, Chemiefasern und Bekleidung genießen in der Bundesrepublik nur noch begrenzt Asyl. Selbst bei den Herstellern der Mittelklassewagen und den großen Zulieferern geht die Angst vor der Abschiebung um." (ebd.)

Welche Konsequenzen ergeben sich für das EWS? Ähnlich wie die USA in den achtziger Jahren kann es sich die BRD als imperialistische Führungsmacht leisten, gegen die sogenannten Stabilitätsgebote zu verstoßen und trotzdem das erforderliche Kapital ins Land zu locken. Beruhte das Funktionieren des EWS bislang auf der "Stabilität" der BRD, so ist diese Geschäftsgrundlage jetzt durch den hohen Kapitalbedarf bei der Finanzierung der deutschen Einheit und durch die ausufernde Staatsverschuldung entfallen. Eine Finanzierung fixer Wechselkurse ist unter diesen Umständen kaum machbar, zumal die spekulativen Kapitalströme kleinste Unstimmigkeiten mit einem Run auf die D-Mark beantworten werden und im übrigen die Exportüberschüsse der BRD wegen weltweiter Rezessionstendenzen, speziell aber auch durch die auf Grund der Hochzinspolitik der Bundesbank abgewürgte Konjunktur in Westeuropa stark rückläufig ist (siehe Tabelle).

Andererseits kann es die Exportnation BRD auf Grund ihrer hohen Verflechtung in den europäischen Binnenmarkt nicht hinnehmen, daß sich ganze Nationen auf Dauer aus dem Währungsverbund verabschieden oder wie Spanien beginnen, ihre Währungen abzuwerten. Allein 258 Mrd. DM umfaßt das Handelsvolumen zwischen der BRD einerseits und Italien, Großbritannien und Spanien andererseits - das sind 20% des deutschen Außenhandels bei einem Überschuß von 19 Mrd. DM für die BRD. (Tsp., 26.9.; siehe auch Tabelle) Die Höherbewertung der Mark gegenüber diesen drei Währungen wird die deutsche Wirtschaft einen Prozentpunkt am Wachstum des Bruttosozialprodukts kosten. (Wirtschaftswoche, 2.10.)

Der BRD-Imperialismus muß aktuell versuchen, folgende Widersprüchen zusamenzuzwingen: Zum einen installiert er hohe Zinsen auf Grund seines hohen Kapitalbedarfs bei der Finanzierung der deutschen Einheit

und ihrer Folgen. Zum anderen muß er aber eine Aufwertung der D-Mark bzw. eine Abwertung der EG-Währungen im Interesse seiner Exportwirtschaft vermeiden. Dabei kommt ihm entgegen, daß inzwischen alle EG-Länder, aber auch Österreich und Schweden, ihr Schicksal auf Gedeih und Verderb mit der Entwicklung der EG und damit der BRD verbunden haben und fast alle anderen europäischen Länder dies ebenfalls anstreben. Gerade das Beispiel Großbritanniens mit seinen traditionell starken Wirtschaftsbeziehungen nach Amerika und in den indo-pazifischen Raum macht deutlich (und der jüngste Tory-Parteitag hat es nochmal bestätigt), daß aus Sicht der nationalen Kapitale und ihrer Regierungen eine Alternative zu einer engen europäischen Verflechtung nicht mehr existiert. Andererseits wird es zunehmend unwahrscheinlicher, daß die südlichen EG-Staaten oder auch Großbritannien die durch die BRD vorgegebenen rigiden Bedingungen politisch und/oder ökonomisch noch umsetzen können.

Es könnte sein, daß sich die BRD in dieser Situation mit dem Instrument der Eintrittsbedingungen zur Währungsunion für ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten" entscheidet, für einen "Stabilitätskern" bzw. eine Kern-Währungsunion. Ohne Risiko ist das aber nicht, denn die auf diese Weise "geouteten" Länder könnten allmählich für die ökonomische Integration verlorengehen. In der FAZ wird gewarnt: "Das Rückgrat der Gemeinschaft bleibt der gemeinsame Binnenmarkt, da darf es ... mehrere Geschwindigkeiten nicht geben..." (8.10.) Überdies würde ein solcher Schritt nicht nur ein völliges Infragestellen des Maastricht-Prozesses bedeuten, er wäre auch ein radikaler Bruch gegenüber dem seit über drei Jahrzehnten stattfindenden westeuropäischen Einigungsprozeß mit allen Unwägbarkeiten etwa im außenpolitischen oder militärischen Bereich.

Im gegenwärtig noch offenen Prozeß der Neudefinition und Neuordnung der westeuropäischen Integration wird es nicht ohne Bedeutung sein, welcher Widerstand aus der Arbeiterklasse und den anderen lohnabhängigen Schichten dem "Europa des Kapitals" entgegengesetzt wird. Zum Beispiel ist es völlig offen, wie die italienische Regierung im Anbetracht der tiefen italienischen Staatskrise die Durchsetzungskraft für eine an deutschen "Stabilitätsstandards" ausgerichtete ökonomische Stabilisierung finden will. So wuchs die Wirtschaft in Italien 1991 insgesamt nur um 1,2% (die Industrieproduktion sank sogar um 2,1%), während die Lohnkosten um 9,1% stiegen - allerdings bei einer Arbeitslosenquote von 11,5%. "Die Streiks lassen Schlimmes ahnen", wird in der SZ (6.10.) mit Blick auf Italien festgestellt.

J., Westberlin

Außenhandel der Bundesrublik Deutschland mit den EG-Ländern

Ursprungs- bzw.

Bestimmungsland, 1989, 1990, 1991, 1991

gegenüber 1990, +

^, Mill. DM, +, +, +, %

Einfuhr, +, +, +, +, +

Frankreich, 61782, 65835, 78866, + 13031, + 19,8

Belgien und Luxemburg, 35428, 40077, 45892, + 5815, + 14,5

Niederlande, 52666, 56582, 62665, + 6083, + 10,8

Italien, 45801, 52170, 59965, + 7795, + 14,9

Großbritannien u. Nordirland, 35232, 37405, 42704, + 5299, + 14,2

Irland, 4370, 4722, 5376, + 653, + 13,8

Dänemark, 9398, 11146, 13384, + 2238, + 20,1

Griechenland, 3532, 3570, 3846, + 276, + 7,7

Portugal, 4001, 4741, 5620, + 879, + 18,5

Spanien, 10646, 13038, 16883, + 3846, + 29,5

Insgesamt, 262856, 289286, 335200, + 45914, + 15,9

Ausfuhr, +, +, +, +, +

Frankreich, 85223, 84608, 87506, + 2898, + 3,4

Belgien und Luxemburg, 46375, 48104, 48626, + 522, + 1,1

Niederlande, 54983, 54888, 56058, + 1170, + 2,1

Italien, 60093, 60313, 61289, + 977, + 1,6

Großbritannien u. Nordirland, 60116, 55277, 50773, - 4504, - 8,1

Irland, 2983, 2743, 2882, + 139, + 5,1

Dänemark, 12348, 12156, 12406, + 250, + 2,1

Griechenland, 6568, 6415, 6416, + 1, + 0,0

Portugal, 5601, 5986, 7516, + 1530, + 25,6

Spanien, 21884, 22882, 26507, + 3625, + 15,8

Insgesamt, 356176, 353373, 359980, + 6607, + 1,9

22. "Uruguay"-Runde des GATT. Entwicklungsländer mit dem Rücken zur Wand

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:19

GATT-Geschichte

"Uruguay-Runde" des GATT

Entwicklungsländer mit dem Rücken zur Wand

Im September 1986 trafen sich in dem östlich von Montevideo gelegenen Luxus-Badeort Punta del Este 92 Handelsminister der in dem "Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen" ("General Agreement of Tariffs and Trade" - GATT) zusammengeschlossenen Länder. Seither versuchte man vergeblich, in den 15 Sachgebieten der sog. "Uruguay-Runde" zu einer Übereinkunft zu gelangen.

Seit über zwei Jahren ist diese achte GATT-Konferenz festgefahren, da sich die EG und die Vereinigten Staaten nicht über konkurrierende Welt-Agrarhandelsinteressen einigen konnten. Auch die Ende Juni von den zuständigen Landwirtschaftministern beschlossene Reform der "Gemeinsamen Agrarpolitik" der EG verlieh den GATT-Verhandlungen bisher keinen neuen Schwung. Vermutlich wird es erst nach der Vereidigung des neugewählten US-amerikanischen Präsidenten, im Januar 1993, zu einem Abschluß der Uruguay-Runde kommen.

Für die peripheren Staaten steht in dieser GATT-Konferenz viel auf dem Spiel: Die neuen Verhandlungsthemen (Schutz "geistigen Eigentums", Dienstleistungsfreiheit und Schutz handelsbezogener Investitionen) werden den Privatisierungsdruck erhöhen, ausländische Konzerne stärken, Abhängigkeitsstrukturen zu den Metropolen vertiefen und ihre nationale Souveränität untergraben.

Im folgenden sollen die wichtigsten Verhandlungsthemen der Uruguay-Runde vorgestellt werden. Diese werden untersucht nach Interessenslagen und Verhandlungstaktik der Industrie- und Entwicklungsländer sowie nach inner-imperialistischen Konfliktlinien.

23 Staaten waren 1947 - also zu Beginn des kalten Krieges - Erstunterzeichner des GATT-Vertrages. Die junge BRD trat diesem Abkommen bereits 1951 bei. Heute ist die GATT-Familie auf 108 Staaten angewachsen - zwei Drittel sind Staaten der Peripherie. Besondere Integrationsbemühungen galten zuletzt der ehemaligen UdSSR bzw. ihren Nachfolgestaaten und der VR China. Diese Länder haben derzeit im GATT einen Beobachterstatus inne.

Die Gründung des GATT erfolgte im Zusammenhang mit der Neuordnung der Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu nennen sind hier zum einen das Abkommen von Bretton Woods 1944 (Gold-Dollar-Parität; Dollar als Leitwährung; ein System fixer Wechselkurse) und die Installierung von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank 1945.

Mit der Unterzeichnung des GATT-Vertrages wurden die Bemühungen begraben, eine "International Trade Organization" (ITO) zu gründen. In Washington wollte man eine Anbindung des Welthandelsabkommens an die im Aufbau befindlichen Vereinten Nationen verhindern. Dem dortigen Einfluß und den Kontrollmöglichkeiten der Entwicklungsländer wollten die USA ihre expansive Handelspolitik nicht aussetzen.

Das GATT ist keine juristische Rechtsperson, keine in die UNO integrierte Organisation mit den entsprechenden infrastrukturellen und personellen Ressourcen. Es handelt sich um ein vertragliches Regelwerk, das in rhythmisch wiederkehrenden Verhandlungsrunden den sich ändernden Handelsinteressen weltweit angepaßt wird.

Zentrales Anliegen der GATT-Verhandlungen ist die Liberalisierung des Welthandels. Dies meint konkret den Abbau von tarifären (zollbedingten) und den sog. "nicht-tarifären", d.h. informellen Handelshemmnissen. Seine Durchsetzungskraft bezieht der GATT-Mechanismus hauptsächlich aus der sog. "Meistbegünstigungsklausel": Jeder bilateral zwischen zwei GATT-Vertragsstaaten vereinbarte Handelsvorteil muß automatisch auch allen anderen Mitgliedern der GATT-Familie eingeräumt werden.

Die siebte GATT-Konferenz, die sog. "Tokio-Runde" (1973-79), war überschattet von der Erschütterung der US-Hegemonie: dem Zusammenbruch von Bretton Woods und den sich daran anschließenden Währungsturbulenzen und konjunkturellen Einbrüchen in den Metropolen. Im Ergebnis brachten diese jahrelangen Verhandlungen weitere Ausnahmeregelungen für Entwicklungsländer. Auch wurden die Zölle erneut um 38% gesenkt. Doch kam es gleichzeitig zu einem sprunghaften Anstieg der "nicht-tarifären-Handelsbarrieren". Über 800 dieser Grauzonen-Maßnahmen zählte das GATT-Sekretariat bisher. Dazu zählen u.a. bestimmte Subventionsformen, technische (z.B. DIN-) Normen, bilaterale Selbstbeschränkungs- und Kontingentierungsabkommen, Zölle gegen angebliches "Dumping", aber auch zwischenstaatliche Wechselkursabsprachen. In Separatabkommen wurde - weitgehend erfolglos - versucht, diesen Wildwuchs einzugrenzen: nicht-tarifäre Handelshemmnisse sollten zunächst erfaßt, dann in ordentliche Zölle umgewandelt und zum Schluß gesenkt werden. Diesen Dreischritt schreibt das GATT-Abkommen vor.

GATT-Verhandlungen finden ausschließlich auf der exekutiven Ebene, d.h. auf der ministeriellen oder Beamtenebene statt. Eine demokratische Kontrolle oder Beteiligung der einzelnen Parlamente besteht nicht. Dafür kommt es zu informellen Einflußnahmen. Die GATT-Verhandlungen sind somit Sternstunden von Lobbyisten. Freien Eintritt ins Foyer haben die am internationalen Warenumschlag unmittelbar beteiligten Kapitalgruppen sowie die mächtigen Bauernverbände der EG und der Vereinigten Staaten. Außen vor bleiben nicht nur entwicklungspolitische und ökologische Bürgerinitiativen und Nicht-Regierungs-Organisationen, sondern auch die Gewerkschaften.

Als ein Verträge ausarbeitendes Gremium verfügt das GATT über keine exekutiven Möglichkeiten, die vertraglichen Vereinbarungen auch umzusetzen. Es verfügt jedoch über eine Schiedsgerichtsbarkeit. Damit ist das GATT imstande, nationale Souveränitätsrechte einzuschränken und auf Gesetzgebungsverfahren, Erlasse der jeweiligen Verwaltung und auf die nationale Rechtsprechung Einfluß zu nehmen. Diese Kompetenzen des GATT sind insbesondere für die Entwicklungsländer brisant - ist doch die Verteidigung der ihnen verbliebenen völkerrechtlichen Souveränität ein wichtiger Faustpfand im Verteilungskampf mit den Industriestaaten des Nordens.

Der Welthandel umfaßte 1991 ein Volumen von über 3,5 Billionen US-Dollar. Dies entspricht einem Plus von durchschnittlich 3% (USA: +6%; EG: +2,5%; Ostasien (ohne Japan): +13%; Japan: +3%) und spiegelt somit die eher flaue weltwirtschaftliche Konjunkturlage wider. Dreiviertel des Welthandels wird zwischen den drei industriellen Zentren (USA, EG und Japan) abgewickelt. (Angaben nach: NZZ, 19.3.92)

Wichtige Bereiche der Zirkulationssphäre werden vom GATT derzeit noch nicht erfaßt: In den GATT-Statistiken tauchen die Bankgeschäfte mit ihren internationalen Finanzströmen nicht auf. Ebenso fehlen Angaben über den konzerninternen grenzüberschreitenden Warenaustausch, der schätzungsweise ein Drittel des gesamten Welthandels ausmacht. (Grüne 1990, 15)

Die Themen der Uruguay-Runde

Die 15 Sachgebiete, die auf der Uruguay-Runde verhandelt werden, lassen sich grob in drei Blöcke aufteilen, von denen hier nur die beiden ersten näher beleuchtet werden sollen: Marktzugang/Zölle, "neue Regelungsgegenstände" und institutionelle Fragen.

Im klassischen GATT-Bereich Marktzugang/Zölle geht es um:

- sektorale Liberalisierung (Textilien, Landwirtschaft)

- freien Zugang zu öffentlichen Aufträgen

- nicht-tarifäre Handelsbarrieren

- GATT-Ausnahmeregelungen.

Erstmals behandelt wurden folgende neu zu regelnde Bereiche:

- Schutz geistigen Eigentums

- Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs

- Schutz handelsbezogener Investitionen.

Trikont am Rand

Die GATT-Verhandlungen verdeutlichen, daß die Entwicklungsländer nicht nur in der Schuldenfalle sitzen, sondern ihnen auch durch die von den imperialistischen Ländern verlangten Handelsregeln gewissermaßen das letzte Hemd vom Leib gerissen werden soll.

Die in den siebziger Jahren gepriesene Theorie der "autozentrierten Entwicklung", die den peripheren Ländern Entwicklungsmöglichkeiten aus eigener Kraft durch weitgehende Abschottung vom Weltmarkt verhieß, findet in den achtziger Jahren auf dem kapitalistischen Weltmarkt eine dramatische Entsprechung - allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Nicht die Entwicklungsländer koppeln sich ab, sondern diese werden durch die Metropolen vom Weltmarkt abgehängt.

So lag der Anteil der Entwicklungsländer an den Importen in die EG 1980 noch bei 45,4%. Heute beträgt diese Quote noch 30,8%. (Im Vergleich: USA 1980: 46,0% - 1990: 36.5%; Japan 1980: 60,1% - 1990: 41,6%; Angaben nach Wirtschaftswoche 1-2/92). Die Zollschranken, die die EG für Importe aus Entwicklungsländern errichtet hat, beziehen sich - neben Einfuhrverboten für protektionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Fleisch, Brotgetreide und Milch - bezeichnenderweise nicht auf unbehandelte, sondern auf in den Exportstaaten industriell vor- oder weiterverarbeitete Rohstoffe: Die Wertschöpfungs-Profite, die bei der Veredelung agrarischer und mineralischer Rohstoffe entstehen, will man lieber in den Metropolen selbst erwirtschaften. Darüber hinaus werden die peripheren Staaten aber nicht nur durch Zölle, sondern auch mit nicht-tarifären Maßnahmen, wie z.B. "Selbstbeschränkungs"abkommen, vom Markt der Metropolen ferngehalten. Nach Berechnungen der Weltbank unterliegen 21% der Importe aus dem Trikont dem harten Kern dieser informellen Zölle, während es bei den Einfuhren aus Industriestaaten nur 16% sind: eine doppelte Diskriminierung also. (Zeit 45/90)

Beendigung des Textil-Protektionismus

Der weltweite Handel mit Textilien und Bekleidung ist rund 180 Mrd. US-Dollar schwer. Seit dem Abschluß des Baumwoll-Abkommens 1962 ist er international durch Einfuhrquoten für sog. "Billig-Importe" stark reglementiert. Das 1974 geschlossene "Multi-Faser-Abkommen" (MFA), das zwischen 40 Unterzeichnerstaaten ca. 90% des Welttextilhandels regelt, setzte diese Tradition fort. Das MFA legt strikte Quoten für Textil-Importe aus peripheren Staaten fest. Dies wußten die Staaten z.B. der EG für sich auszunutzen. Hinter den Mauern des MFA gönnten sich die Unternehmer zunächst höhere Verkaufspreise für Bekleidungswaren um durchschnittlich 5%. Durch Umstellung auf künstliche Fasern verringerte man die Importabhängigkeit. Rationalisierungen und Belegschaftsabbau (in der BRD über 58%, nach: Mitbestimmung 8-9/92) und die Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsabschnitte erlaubten es der EG-Bekleidungsindustrie, sich umzustrukturieren.

Die Entwicklungsländer, bei denen Textilien bis zu einem Viertel der verarbeiteten Exportgüter ausmachen und in der - z.B. in Hongkong und Marokko - rund die Hälfte der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten arbeiten, pochen seit Jahren auf einer unverzüglichen und vollständigen Eingliederung der Textilindustrie in die Liberalisierungsmaßnahmen des GATT. Zusätzliche Exporterlöse von 11 Mrd. US-Dollar hat die Weltbank für die peripheren Staaten nach dem Aufgehen des MFA in den GATT-Mechanismus errechnet. (Wirtschaftswoche 1-2/92)

Das MFA wurde nach endlosem Ringen 1991 noch einmal verlängert, allerdings nur bis zum Ende dieses Jahres. Danach wird man sich vermutlich auf den sich abzeichnenden "Kompromiß" einigen: die Bestimmungen des MFA bleiben für die nächsten 10 Jahre in Kraft. Während dieser Zeit werden in drei Abschnitten einzelne Bereiche aus dem MFA in den GATT-Mechanismus überführt. Dies gibt z.B. den Staaten der EG (Portugal, Italien, Belgien und Irland) eine letzte Gnadenfrist, ihre Textilfabriken auf Kosten der Entwicklungsländer und der hier Beschäftigen zu rationalisieren.

Bedrohte Landwirtschaft

in der Peripherie

Bereits im GATT-Vertrag (Artikel XI und XVI) finden sich Ausnahmeregelungen bezüglich der Verpflichtung zur Handelsliberalisierung. Zum "Schutz der Landesversorgung" und der "nationalen Landwirtschaft" dürfen demnach Binnenmarktsubventionen verteilt und Importbeschränkungen erlassen werden. Von diesen

Sonderpräferenzen haben z.B. die EG und die USA ausgiebigen Gebrauch gemacht: Annähernd 60 Mrd. DM werden pro Jahr von der EG an Agrarbeihilfen ausbezahlt, davon rund die Hälfte als Preisausgleich. (Vgl. ak 345)

Unter dem Schutz dieser Ausnahmeregelungen haben aber auch einige afrikanische Staaten wie Zimbabwe, Sambia und Tanzania erfolgreich versucht, mit Preisstützungsmaßnahmen und Einfuhrbeschränkungen die für den einheimischen Markt bestimmte Maisproduktion merklich zu steigern. Die orthodoxe Freihandels-Doktrin versucht hingegen, diesen Ländern einzureden, daß eine verbesserte Ernährungssicherheit über die Liberalisierung des Lebensmittelimports und eine gezielte Exportpolitik erreicht werden könne.

Wozu diese Empfehlungen z.B. seitens der Weltbank führen, wurde in den 80er Jahren ersichtlich: Die USA und die EG lieferten sich eine Agrar-Export-Schlacht sondergleichen. Mit durch Steuermittel heruntersubventionierten Waren ("Dumping") wurde der Weltmarkt überschwemmt. Die Weltmarkt-Preise rutschten in den Keller. Die Agrarerzeugnisse peripherer Saaten konnten weder im Inland noch auf dem Weltmarkt abgesetzt werden. In wichtigen Agrarexport-Nationen wie Argentinien und Brasilien brach der Markt für Brotgetreide und Rindfleisch in sich zusammen. Kollabierte Märkte führen zu einer verstärkten Importabhängigkeit.

Zusätzlich sahen sich die Entwicklungsländer mit einem tiefgreifenden Strukturwandel auf dem Weltmarkt konfrontiert: Wie bei den Rohstoffen waren die Metropolen auch bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen dazu übergegangen, ihre Importabhängigkeit durch Einsparungen, Substitution und Selbstversorgungsanstrengungen abzubauen bzw. zu beenden. War die EG noch in den 70er Jahren Netto-Importeur für Nahrungsmittel, entwickelte sie sich binnen 10 Jahren neben den USA zum weltgrößten Agrarexporteur.

Die Importhürden seitens der EG bestimmten so indirekt wie wirkungsvoll, mit welchen agrarischen Waren die Entwicklungsländer überhaupt Exportchancen haben. Dies sind im wesentlichen Futter- und Genußmittel (Tee, Kaffee, Kakao) sowie tropische Früchte. Staaten wie Indonesien, Thailand, Argentinien und Brasilien liefern bis zu 80% des dem EG-Vieh vorgeworfenen Futters. In diesen Ländern sind große monokulturell bewirtschaftete Felder für den Export reserviert. Dies führt zu einer enormen Abhängigkeit eines Landes vom Weltmarktpreis für oftmals nur wenige Exportprodukte (fehlende Diversifizierung). Die Ausrichtung auf den Agrarexport führt zu gewaltigen Einkommensunterschieden im landwirtschaftlichem Bereich, zu Arbeitslosigkeit auf dem Land und zu ökologischen Schäden (Abholzung, Bodenerosion, Überdüngung, Pflanzenkrankheiten). Letztlich ergibt sich neben der Export- auch eine verstärkte Importabhängigkeit für Düngemittel, Pestizide, landwirtschaftliche Technologie und gegebenenfalls gentechnologisch hergestelltes Pflanzengut. Am Ende steht oft eine dauerhafte Verschuldung - das ist die Kehrseite des gepriesenen Freihandels.

Die Agrarverhandlungen der Uruguay-Runde waren dominiert von den imperialistischen Interessen der USA und EG, das Subventionssystem ihrer Landwirtschaften auf einen Nenner zu bekommen (Export- und Binnenmarktsubventionen). Den Entwicklungsländern blieb nur die Rolle von Statisten. Auf der GATT-Bühne gaben sie ein höchst unterschiedliches Bild ab.

Bei der sog. "Cairns-Group" handelt es sich um eine 1986 in der australischen Stadt Cairns zusammengeschlossene Interessengemeinschaft von 14 wichtigen Agrarexportländern (u.a. Australien, Kanada, Argentinien, Brasilien, Indonesien, Thailand und Ungarn). Diese vom Entwicklungsstand und von der geographischen Lage her heterogene Gruppe versuchte, an der Seite der USA die EG zu einer Beendigung des Export-Dumpings und zum erleichterten Zugang zum westeuropäischen Markt zu zwingen. Im Ergebnis wird der partielle Rückzug der EG vom Weltmarkt aber erkauft werden mit einem durch Zollbarrieren erschwerten Zugang für außereuropäisches Futtergetreide - dem einzig lukrativen Exportartikel der genannten Länder.

Dagegen befanden sich die Netto-Lebensmittel-Importländer der Peripherie in einer heillosen Verhandlungsposition. Auf der einen Seite lockten die aufgrund des Dumpings niedrigen Weltmarktpreise. Auf der anderen Seite haben diese Länder nur dann eine faire Chance, Ernährungssicherheit über eine eigenständige Landwirtschaft herzustellen, wenn nicht-gedumpte, höhere Weltmarktpreise ihre Agrarerzeugnisse auf dem heimischen Markt konkurrenzfähig werden lassen. So ließen sich Subventionen für die Landwirtschaft einsparen und damit die Staatshaushalte entlasten.

Die peripheren Staaten mußten sich der im Verlauf der Uruguay-Runde immer aggressiver werdenden Angriffe erwehren, die insbesondere die USA gegen die oben genannten Ausnahmeregelungen des GATT für Entwicklungsländer starteten. Bereits als "Zugeständnis" wollten die Metropolen ihren "Kompromiß" verstanden wissen, daß Entwicklungsländer nur noch nach genau festgelegten Bedingungen, z.B. bei "erwiesener Bedürftigkeit", einzeln festzulegende Schutzmaßnahmen ergreifen dürften. (Vgl. GATT-Briefing 4/90) Ähnliche Attacken ritten die Industrieländer auch in anderen Verhandlungsbereichen (Patentrechte, Dienstleistungen und Investitionsschutz). Die Entwicklungsländer mußten sich immer wieder auf die Ausgangsposition der Uruguay-Runde zurückziehen. In der Eröffnungserklärung von Punta del Este waren die peripheren Staaten in zwar allgemein gehaltenen, aber verbindlichen Worten vom wichtigsten GATT-Prinzip der "Gegenseitigkeit" ausgenommen worden:

"Die Industrieländer erwarten keine Gegenseitigkeit für Verpflichtungen, die von ihnen in den Handelsverhandlungen bezüglich der Verringerung oder Beseitigung von Zöllen und anderen Hemmnissen für den Handel der Entwicklungsländer eingegangen werden; das heißt, die Industrieländer erwarten nicht, daß die Entwicklungsländer im Verlauf der Handelsverhandlungen Beiträge leisten, die mit den Entwicklungs-, Finanz- und Handelsbedürfnissen dieser Länder unvereinbar sind." (Europa-Archiv, 25.3.87)

Schutz "geistigen Eigentums"

Bei den sog. TRIPs-Verhandlungen ("Trade Related aspects of Intellectual Property rights") geht es um die Durchsetzung US-amerikanischen bzw. westeuropäischen Patentrechts und dessen monopolisierter Lizenzierung.

Von den weltweit 3,5 Mio. Patenten (Stand: 70er Jahre) werden nicht mehr als 6% von Entwicklungsländern gehalten. 84% gehören transnationalen Konzernen aus den fünf reichsten OECD-Staaten. 95% dieser Patente wurden nicht im Produktionsprozeß der Entwicklungsländer eingesetzt. (Angaben nach: GATT-Briefing 2/90)

Propagandistisch reklamieren die Industrieländer angebliche Milliardenverluste durch den "Diebstahl geistigen Eigentums". Hierbei ging es ihnen jedoch nicht so sehr um, wie sie vorgaben, Plagiate von "Rolex"-Uhren, "Lacoste"-Hemden oder irgendwelchen Duftwässerchen. Im Auge hatten die Metropolen die Patentierung von Software, Pharmaka und gen- bzw. biotechnologisch hergestellten Produkten, Verfahrenstechniken und Lebewesen.

Neben ständig steigenden Kosten für die Grundlagenforschung führten die Industrieländer noch die Sicherheit am Arbeitsplatz und den Gesundheitsschutz als Argumente an, um auf die "Gefahren" nichtlizenzierter Produkte hinzuweisen. So forderten z.B. die bundesdeutsche chemische und pharmazeutische Industrie 20jährige Patentlaufzeiten. (Diese Frist haben viele periphere Staaten durch eigene Patentgesetze auf durchschnittlich 10 Jahren reduziert, um rascher an die Informationen zu gelangen). Desweiteren wurden international einheitliche Patentregelungen und die Möglichkeit eingefordert, daß bei Verstößen das GATT Zwangsmaßnahmen beschließen kann.

Die Entwicklungsländer wiesen auf die Gefahr hin, die in der Monopolisierung patentierten Wissens liegt: des blockierten Zugangs zu technologischem Wissen. Die Durchsetzung imperialistischer Informations-Monopole, die nicht nur Wissenschaft und Technik sowie die genetische Durchdringung eines Landes, sondern auch Aspekte wie traditionelle bäuerliche Anbaumethoden und sein kulturelles Erbe umfassen können, bedroht das Wissen der betroffenen Völker über sich selbst. Durch das Monopol zur Lizenzvergabe droht eine genetische Verarmung, z.B. in der landwirtschaftlichen Produktion. Nahrungsmittel- und Medikamentenpreise würden unkalkulierbar und schließlich würde die Importabhängigkeit peripherer Staaten ins Uferlose steigen. Die Entwicklungsländer versuchten mit freihändlerischen Argumenten auf den Zusammenhang von ungehindertem Zugang zu Informationen und technischem Fortschritt und Wachstum hinzuweisen. Die Position der imperialistischen Staaten wurde als doppelzüngig entlarvt: Auf der einen Seite forderten diese freien Zugang zu den natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer ("globale Gemeinschaftsgüter"). Auf der anderen Seite war es ja gerade der Sinn der TRIPs-Verhandlungen, den peripheren Staaten den Zugang zu den hieraus gewonnenen Informationen zu blockieren.

Entwicklungsländer wie z.B. Indien und Brasilien, die große Anstrengungen in den Aufbau eigenständiger technologischer Ressourcen gesteckt haben, sehen die geplanten Sanktionsbefugnisse des GATT als Eingriff in ihre souveränen Unabhängigkeitsbemühungen an. Sie wiesen darauf hin, daß bereits ein völkerrechtlich

verbindlich arbeitendes Gremium für das Patentwesen existiere, die 1967 gegründete UN-Sonderorganisation für intellektuelle Patente (WIPO). Die Metropolen-Staaten sahen aber keine Notwendigkeit, aus der von ihnen dominierten GATT-Arena in die UNO umzusteigen und ignorierten die Vorschläge einer erweiterten Zuständigkeit und Ausstattung von WIPO und UNESCO.

Lange Zeit hatten die peripheren Staaten die TRIPs-Verhandlungen zu verhindern versucht. Doch unter der Drohung des Nordens, den Süden nötigenfalls weiter zu marginalisieren, stellten diese konkrete Forderungen auf:

- Verkürzung der Patentlaufzeit

- kostenloser Technologietransfer

- Einbeziehung der UNO

- Zwangslizenzierungen für Agrargüter, umweltverträgliche Technologie und Medikamente

- Schutz genetischer und kultureller Ressourcen.

Die Metropolenstaaten planen - sobald sie ihre internen Auseinandersetzungen über die Möglichkeit zur Patentierung von Lebewesen beendet haben - die TRIPs-Verhandlungen in einem Sonderabkommen abzuschließen.

Freier Dienstleistungsverkehr

In den sog. GATS-Verhandlungen ("General Agreement on Trade in Services") geht es um nicht mehr und nicht weniger als die Integration des gesamten tertiären Sektors in das GATT-System. Dieser Bereich ist außerordentlich komplex und schwer zu definieren. Die an der Liberalisierung des Dienstleistungshandels interessierten Industrieländer bevorzugten eine weite Auslegung des Regelungsgegenstandes. Die um Eingrenzung des metropolitanen Einbruchs bemühten Entwicklungsländer bevorzugten eine betont eng gehaltene Sichtweise.

Aufgrund der Definitionsschwierigkeiten ist auch die statistische Erfassung des Dienstleistungsverkehrs schwierig, die Daten sind stets mit Vorsicht zu genießen. Die Angaben in bürgerlichen Medien pendeln sich bei einem Handelsvolumen von 770 Mrd. US-Dollar jährlich ein - was einen Anteil am Welthandel von gut 20% ausmachen würde. Die Zuwachsraten werden mit 12% p.a. angegeben. (Handelsblatt, 12.2.92) Sollte es zu einer Einigung bei GATS kommen, wird mit deutlich höheren Steigerungsraten gerechnet.

Dienstleistungen im Welthandel sind traditionell das Transportwesen und der Tourismus. Die Branchen jedoch, die den Boom tragen, sind private Datenbanken, Medien-, Telekommunikations- und Unterhaltungsindustrien, Banken und Versicherungen sowie Finanzdienstleistungen (Buchhaltungs-, Leasing- Broker- und Consultingfirmen) - und die Vermittlung der Ware Arbeitskraft.

Die Metropolen forderten für ihre Unternehmen:

- freien Marktzugang

- "nationale Zuordnung" (dieses Prinzip verpflichtet zur Gleichbehandlung von in- und ausländischen Unternehmen, d.h. das Verbot, z.B. Subventionen an die einen zu verteilen und/oder für die anderen Auflagen bzw. Importbeschränkungen zu erlassen)

- Kompetenz des GATT, bei Verstößen auch über den Dienstleistungssektor hinausgehende Sanktionen verhängen zu können.

Die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer war äußerst mißlich: Auf der einen Seite wurden sie von den Metropolen mittels der Taktik "teile und herrsche" zu einem GATS-Abschluß gepreßt. Eine weitere Marginalisierung durch politische Isolierung und völligen Ausschluß vom technischen Fortschritt stand drohend im Konferenzraum für die Länder, die sich an GATS nicht beteiligen würden.

Dabei hatten die peripheren Staaten gute Gründe für ihre Vorbehalte: Die zu erwartende marktbeherrschende Stellung metropolitaner Dienstleistungsanbieter würde die politischen und ökonomischen Abhängigkeitsstrukturen nochmal verschärfen. Wie auch bei den TRIPs-Verhandlungen befürchteten die

Entwicklungsländer eine Monopolisierung von Wissen und Know-how und damit praktisch den Verlust staatlicher Souveränität: Information und deren Verarbeitung sind die Grundlage von Dienstleistungen und staatlicher Politik.

Der Forderungskatalog des Südens umfaßte folgende Punkte:

- Recht auf Technologietransfer/Zugang zu Daten

- Ausnahmeregelungen in den Bereichen Kultur, Umwelt, "nationale Sicherheit" und "öffentliche Moral"

- Ablehnung des Prinzips der "nationalen Zuordnung"

- Auflagen für ausländische Anbieter (Ausbildung und Kooperationspflicht)

- Arbeitskräftemobilität.

Anfang 1992 hatten sich 46 Staaten, mehr als die Hälfte davon Entwicklungsländer, auf einen GATS-Vertragsentwurf geeinigt. Dieser strotzt in seinen Anhängen jedoch vor Widersprüchlichkeiten, insbesondere seitens des imperialistischen Lagers:

Ausgerechnet die USA, denen es in den Bereichen, in denen sie über florierende Unternehmen verfügen (Versicherungen und Finanzdienstleistungen), gar nicht schnell genug gehen kann, wollen in anderen Fällen das "Meistbegünstigungsprinzip" nicht anwenden: bei Schiffsdienstleistungen, Luftverkehr (Liberalisierung nur in den ausgelagerten Bereichen Flugzeugverkauf, -reparatur und Buchungsservice) sowie der Telekommunikation.

Der US-amerikanische Telekommunikationsmarkt macht gut ein Drittel des gesamten Weltmarktes aus. (Wirtschaftswoche 9/92). Auf Druck des größten US-Telekommunikationsunternehmens AT&T lehnte die US-Delegation die Öffnung ihres Marktes für diejenigen Länder ab, die durch ein - im Falle der BRD sogar mit Verfassungsrang ausgestattetes - Fernmeldemonopol ausländische Anbieter fernhalten. Die hiermit gemeinten EG-Staaten gaben sich aufgrund der erwarteten Gewinnmöglichkeiten auf dem US-Markt konzessionsbereit: im Satelliten- und Mobilfunk, bei der Liberalisierung des Endgerätemarktes und demnächst auch der Vermittlung von Ferngesprächen. Somit hängt diese Debatte an der Freigabe von Installation und Betrieb eigener privater Fernmeldenetze.

Mobilität der Arbeitskraft

Die Entwicklungsländer griffen in diese Auseinandersetzungen mit folgendem Anliegen ein: Sie forderten die Industrieländer dazu auf, bei der Liberalisierung von Dienstleistungen die Freizügigkeit von Arbeitskräften miteinzubeziehen und sich dagegen nicht abzuschotten, wie z.B. die BRD durch das AusländerInnengesetz aus dem vergangenen Jahr. Gerade bei arbeitsintensiven "Dienstleistungen" rechnen sich periphere Ökonomien Kostenvorteile aus.

Im GATS-Entwurf sind "Bewegungsregelungen für im Ausland tätige natürliche Personen" vorgesehen. Diese beschränken das Aufenthaltsrecht ausländischer ArbeiterInnen und ManagerInnen, ähnlich wie im AusländerInnengesetz der BRD, auf den ausschließlichen Zweck der Arbeitsverrichtung. Arbeitssuche oder gar permanenter Aufenthalt sollen ausgeschlossen bleiben. (Handelsblatt, 12.2.92)

Die GATS-Gespräche wurden aus Nord/Süd-, aber auch aus inner-imperialistischen Zwistigkeiten heraus blockiert. Überlegt wird auch hier, wie schon bei TRIPs, die Auslagerung des GATS-Abkommens aus dem GATT, so daß unter den 46 oben erwähnten Staaten ein Separatvertrag geschlossen wird und es für die übrige Staatengemeinschaft heißt: Friß Vogel oder stirb.

Schutz "handelsbezogener Investitionen"

Dieser Verhandlungsbereich behandelt die Möglichkeit eines souveränen Staates, ausländischen Investoren Auflagen machen zu können. Er wird abgekürzt TRIM ("Trade Related Investment Measures") genannt. Allen voran waren es erneut die Vereinigten Staaten, die folgende Maßnahmen als "handelsverzerrend" gebrandmarkt sehen wollten:

- Gewinntransfer-Beschränkungen

- "Local-contend", d.h. Beteiligung eines Landes an der Wertschöpfung in ausländischen Unternehmen, z.B. durch eine zwangsweise Verwendung inländischer Vorprodukte

- Infrastrukturleistungen (z.B. Ausbildung)

- Beschränkung des Imports auf die Höhe des Exports

- Beteiligung inländischer nicht-kommerzieller Körperschaften an zentralen Unternehmensentscheidungen.

Die Entwicklungsländer weigerten sich, diese übliche Auflagepraxis pauschal als wettbewerbsverzerrend anzuerkennen. Sie wollten sich wegen fehlender international verbindlicher Verhaltensnormen für transnational arbeitende Konzerne nicht gegeneinander ausspielen lassen und beanspruchten, auch weiterhin Regeln über Exportverpflichtungen, Investitionspolitik, Umweltverhalten und Gewinntransfer erlassen zu können. Sie forderten eine Beweispflicht für die unterstellte handelsverzerrende Wirkung solcher Auflagen und die Möglichkeit, positive und angeblich negative Wirkungen (z.B. Infrastrukturmaßnahmen versus Kostensteigerung für den privaten Unternehmer) gegeneinander aufrechnen zu können.

Die neuen Verhandlungsthemen (TRIPs, GATS, TRIM), zu denen sich noch die Forderung nach Liberalisierung beim öffentlichen Beschaffungswesen gesellt (Verbot der Bevorzugung nationaler Anbieter bei staatlichen Aufträgen bei Verkehr, Energie, Bauwesen, Wasser etc.) greifen ineinander und entwickeln nochmals eine sich verstärkende (synergische) neokolonialistische Dynamik. GATS und TRIPs monopolisieren das Herrschaftswissen. Die GATS- und TRIM-Verhandlungen werden zu einem enormen Privatisierungsschub in der öffentlichen Infrastruktur führen. TRIM reduziert die Ausübung demokratischer Souveränitätsrechte und die öffentlichen Kontrollmöglichkeiten in der Privatwirtschaft auf ein Minimum.

Diese Ergebnisse entsprechen den Vorgaben der "Strukturanpassungs-Programme" des IWF, denen die in der Schuldenfalle hockenden peripheren Länder bereits seit längerem ausgeliefert sind. Die Uruguay-Runde des GATT schränkt aber die nationale Souveränität und damit das Terrain, auf dem sich diese Länder mit völkerrechtlich wirksamen Argumenten gegen die Angriffe des Imperialismus zur Wehr setzen könnten, weiter ein.

M./Berlin

Quellen:

- BUKO-Agrarkoordination et al.: "GATT-briefing" (div. Ausgaben)

- GRÜNE IM BUNDESTAG: "Auf dem Weg zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft", Bonn 1990

- HEIN, W.: "Die Agrarverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde" in: NORD-SÜD aktuell 1/91

- HERRMANN, A.: "Uruguay-Runde und Welthandelssystem - eine Zwischenbilanz" in: ifo-Schnelldienst 13/91

- OPPERMANN/BEISE: "Chancen für eine neue Welthandelsordnung" in: Europa-Archiv 15-16/91

- PAULI, C.: Freihandel contra Protektionismus, in: Dritte Welt 2/91

Japanische Autoexporte im Stau

Die seit Jahren mit Japan geschlossenen "freiwilligen Selbstbeschränkungsabkommen" (VERs - "Voluntary Export Restraints") werden stets sorgfältig aus den eigentlichen GATT-Verhandlungen herausgehalten. Insbesondere die um ihre nationalen Autohersteller besorgten EG-Länder haben derartige - GATT-widrige - Importquoten für japanische PKWs erlassen (Frankreich: 3%; Italien und Spanien: unter 1% Marktanteil. Die BRD und die EG-Staaten ohne eigene Autoproduktion erließen keine diesbezüglichen Einfuhrbeschränkungen und haben deswegen einen Anteil von 15 bis 44%.) Diese nationalen Einfuhrkontingente werden allerdings mit der Realisierung des EG-Binnenmarktes hinfällig.

Beschlossen wurde von der EG-Kommission, den Autoimport jedoch erst im Jahr 1999 vollständig freizugeben. Bis dahin wurde ein EG-weit einheitliches Einfuhrkontingent von 2,5 Mio. japanischer Wagen jährlich festgelegt. Das gibt den westeuropäischen Autoherstellern eine letzte Frist, ihre derzeit noch bei bis zu 56 Stunden liegenden Montagezeiten auf japanische (und in westeuropäischer "Lean Production" ebenfalls erreichte) 26 Stunden herunterzufahren. Handelspolitische Probleme bereiten die PKWs, die von japanischen

Herstellern auf westeuropäischen Bodem (vornehmlich in Großbritannien) hergestellt werden. Deren Ausstoß betrug 1988 300.000 Stück und soll bis 1995 auf 1.000.000 Einheiten steigen.

Umstritten ist zum einen, ob japanischen Herstellern ein sog. "Local Content" (Quoten für einheimischen Wertschöpfungsanteil) vorgeschrieben werden kann. Zum zweiten wird um das Prinzip der "nationalen Zuordnung" gestritten - ob nämlich die in der EG produzierten Autos in die Importkontingentierung miteinbezogen werden können. Die USA, wohin Japan zunehmend Produktionsstätten für Autos auch für den Export verlegt hat, haben vorsorglich mit einem Auto-Krieg gedroht, falls die EG in den USA gefertigte "Toyotas" als japanische Autos definieren und deswegen deren Importe entsprechend beschränken würde.

Bananen-Importe:

EG kommt ins Rutschen

"Aus dem GATT-Vertrag ausklammern" und nachfolgend "strikte Importregelungen erlassen" - dieses bittere Schicksal hat die EG-Kommission der Wessis und Ossis liebsten Frucht verkündet: der Banane (Pro-Kopf-Verbrauch 1991 alte Bundesländer: 14 kg; neue Länder: 25 kg). 35 Jahre lang teilte das Tropenobst die EG in zwei Teile: Die BRD, Dänemark, die Beneluxstaaten und Irland durften zollfreie Bananen essen, wohingegen den restlichen EG-Bürgern nur die teuren und kleinen, die sog. "Franc-Bananen" aus ehemaligen britischen und französischen Kolonien bzw. den französischen Überseegebieten blieb.

Die EG-Kommission möchte die aus der "Dollar-Zone" (Kolumbien, Ecuador, Costa Rica und Honduras) kommenden Staudenfrüchte auf ein Kontingent von 1,4 Mio. t jährlich beschränken und hierauf zusätzlich noch einen Zoll von 20% erheben. Diese Länder, die derzeit mit 2,3 Mio. t einen Marktanteil von 60% halten, müßten mit einem Rückgang der Erlöse von ca. 40% rechnen. (NZZ, 16.07.92) Über das 1,4-Millionen-Kontingent hinausgehende Einfuhren würden erst dann erlaubt, nachdem alle protektionierten "Franc-Bananen" verspeist worden wären.

Für die betroffenen Länder der "Dollar-Zone", für die die gelbe Frucht eine bei steigender Nachfrage und stabilen Preisen relativ gute Devisenquelle darstellt, hängt das Ausmaß der negativen Auswirkungen der Entscheidung der EG-Kommission vom Anteil der Banane an den Exporterlösen ab.

Die "Dollar-Bananen" haben trotz einer im Vergleich zu den "Franc-Bananen" doppelt so hohen Ausfuhrmenge nur einen Anteil von 5,2 bis 36,6% am Export der vier genannten Länder. Hingegen haben sich - bezeichnenderweise - in den Ländern, die von der EG-Kommission auch weiterhin protektionistisch bevorzugt werden sollen (die französischen Überseegebiete Martinique und Guadeloupe sowie die dem Commonwealth zugehörigen Karibik-Inseln St. Lucia und Dominica), Abhängigkeiten von der Banane entwickelt wie in sonst keinem Land (Exporterlösquoten zwischen 49 und 69%; Wirtschaftswoche 26.6.92).

Auf Intervention der Frucht-Multis (Standard Fruits, United Brands und Del Monte) haben die Vereinigten Staaten bereits einen Bananenkrieg angekündet, falls die EG die geplanten Handelshürden tatsächlich errichten würde.

23. Somalia: Kurzüberblick über die Geschichte des Landes

Rubrik: Somalia; Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:17

In den letzten Wochen sind den deutschen Medien kaum noch Berichte über Somalia zu entnehmen. Es scheint, als ob aufgrund der erfolgten Hilfslieferungen das Gewissen beruhigt sei. Die verheerende Hungerkatastrophe besteht aber unvermindert weiter. Und das nicht nur in Somalia, sondern auch in weiteren afrikanischen Staaten: Äthiopien, Sudan, Mosambik, Angola, Liberia, Sambia, Südafrika und Simbabwe.

Die Hungerkatastrophe in Somalia ist in ihrem Ausmaß kaum begreifbar. Eineinhalb bis zwei Millionen Menschen sind nach UNO-Schätzungen direkt vom Hungertod bedroht. Das entspricht etwa einem Drittel der gesamten Bevölkerung des ostafrikanischen Staates, der mit 638.000 qkm etwa dreimal so groß ist wie die "alte" BRD. Viereinhalb Millionen Somali sind von der Hungersnot betroffen und brauchen dringend Nahrungsmittelhilfe.

Die Angaben über die bisherigen Opfer der Hungersnot variieren stark. Die UNO gab Mitte August an, daß bis zu diesem Zeitpunkt "50.000 Menschen im Gefolge von Dürre und Bürgerkrieg ums Leben gekommen" sind (1). Anderen Meldungen zufolge sterben täglich zwischen 500 und 1.000 Menschen an Hunger (2). Nach Schätzungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) sind in den letzten Monaten mehrere hunderttausend Menschen verhungert. Besonders betroffen sind Frauen und Kinder. Ein hoher Mitarbeiter der US-amerikanischen Entwicklungsbehörde US-Aid berichtete, daß in den letzten 18 Monaten ein Viertel aller Kinder unter fünf Jahren - insgesamt 350.000 - an Hunger oder leichtheilbaren Krankheiten gestorben sind, und daß in einem halben Jahr 75 Prozent aller Kleinkinder nicht mehr am Leben sein werden. (3)

Nach Einschätzung des UN-Sonderbeauftragten für Somalia, Mohamed Sahnoum, soll die Hungerkatastrophe, trotz der bisher erfolgten Nahrungsmittellieferungen, immer noch nicht ihren Höhepunkt überschritten haben. (4) Besonders betroffen ist das Binnenland von Somalia. Am schlimmsten soll die Lage in Baidoa, einem Ort im Landesinnern etwa 250 Kilometer nordwestlich von der Hauptstadt Mogadischu, sein. Die Bevölkerung hat sich in Baidoa in den letzten Monaten durch Wanderungsbewegungen von 70.000 Einwohnern auf 300.000 mehr als vervierfacht. Zu Tausenden sind die Somali vor Hungersnot und Kriegswirren auf der Flucht. Wie groß die Migration innerhalb des Landes ist, ist ungewiß. Laut UN-Flüchtlingskommissariat leben über eine Millionen Somali in Lagern in den angrenzenden Staaten Nordostafrikas, die meisten davon in Äthiopien und Kenia.

Für viele kommt die Hilfe der Flüchtlingslager und Essensausgabestellen, die von den internationalen Hilfsorganisationen fast ausschließlich in Städten errichtet wurden, zu spät. Nur ein kleiner Teil der Menschen, die sich auf der Suche nach Nahrungsmitteln auf den Weg gemacht haben, erreichen diese Großküchen; die meisten verhungern auf den oft mehr als 100 Kilometer langen Fußmärschen. Zum Teil können aber auch die Menschen, die bis zu den Hilfsstationen gelangen, keine Nahrung mehr aufnehmen oder sind zu schwach zum Essen.

Die vorausgesagte Katastrophe

Die katastrophale Ernährungssituation und auch das genaue Ausmaß der zu erwartenden Hungerkatastrophe waren seit über einem Jahr bekannt. Schon im Oktober letzten Jahres wurde berichtet, daß 4,5 Millionen Somalier, also 60% der gesamten Bevölkerung, ernsthaft von einer Hungerkatastrophe bedroht seien, daß eine Gesundheits- und Wasserversorgung nach den Angaben der FAO (UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft) in Somalia inexistent sei. (5) Der FAO-Sonderbericht zur Ernährungslage Schwarzafrikas beschreibt weiter, daß sich breite Schichten der somalischen Bevölkerung von wilden Früchten und "Buschprodukten" ernähren. Durch einen Rückgang des Viehbestandes und der Milchproduktion sei der Lebensunterhalt einer großen Anzahl von Nomaden gefährdet. Die sich verschärfende Situation wurde in den folgenden Monaten beschrieben. Insgesamt seien in Nordostafrika 22 Millionen Menschen nicht ausreichend mit Nahrungsmittel versorgt.

Gleichzeitig zogen sich die UN und andere internationale Organisationen Ende 1991 wegen anhaltender Bürgerkriegskämpfe aus Somalia zurück. Die einzigen internationalen Vertreter waren Mitglieder des IKRK und

einiger anderer Hilfsorganisationen und als einziger internationaler Diplomat in Somalia der ägyptische Botschafter. Monatelang wurde Somalia von der Weltöffentlichkeit vergessen und ignoriert. Erst aufgrund der öffentlichen Kritik des UN-Generalsekretärs Butros Ghali, dem ersten Afrikaner an der Spitze der Organisation, der den Weltsicherheitsrat kritisierte, sein Interesse ausschließlich auf "den Krieg des reichen Mannes" im ehemaligen Jugoslawien zu richten, beschloß das Gremium Ende Juli Hilfsmaßnahmen für die Opfer der Hungerkatastrophe. (6)

Unzureichende Hilfslieferungen

Fast ein ganzes Jahr lang hatte das Rote Kreuz (IKRK) die Hungerhilfe für Somalia nahezu allein bestritten. Das IKRK betreibt in Somalia etwa 400 Feldküchen, das Kinderhilfswerk Unicef und andere Organisationen haben weitere Hilfsstationen errichtet. Seit August haben die internationalen Hilfslieferungen in einem größeren Umfang begonnen. Der Afrika-Beauftragte des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), Nicolas Bwakira, kritisiert die internationale Staatengemeinschaft, daß sie wie in den vergangenen Jahren die Hilfe zu spät und auch in zu geringem Umfang geleistet habe. Er benennt, daß Hilfsorganisationen schon im letzten Jahr vor der Hungerkatastrophe gewarnt hätten. Doch erst jetzt, wo Hunderttausende gestorben seien und etwa 1,5 Millionen Menschen der Hungertod drohe, träfen Spenden ein. (7)

Zur Zeit werden insgesamt etwa 20 Gebiete Somalias mit Nahrungsmittellieferungen versorgt. Nach Angaben internationaler Hilfskomitees liegt der monatliche Bedarf bei 60.000 Tonnen Lebensmitteln pro Monat. Von den verschiedenen Organisationen werden monatlich etwa 36.000 Tonnen geliefert. Damit bleibt ein Fehlbedarf von 24.000 Tonnen offen.

Weite Teile des ostafrikanischen Landes sind nach wie vor von der internationalen Hilfe ausgeklammert. Dazu gehören Teile des Südens, die gesamte Zentralregion, der Nordosten und die Nordwestprovinz Hargeisa. Von den spektakulär versprochenen 145.000 Tonnen Lebensmitteln, die die USA, die sich der UNO-Luftbrücke nicht angeschlossen haben, der notleidenden Bevölkerung spenden wollten, sind bisher erst wenige 100 Tonnen von US-Flugzeugen transportiert worden, und das noch meist aus existierenden Lebensmittelbeständen der UNO. Der Großteil der US-Hilfe werde erst im nächsten Jahr zu erwarten sein, wurde jetzt bekannt.

Gerade im Zuge der US-amerikanischen Hungerhilfe ist es zu Zwischenfällen gekommen, die damit begannen, daß die Luftbrücke der US-Militärs nach Somalia von Mombasa, Kenia, aus errichtet wurde. Allerdings ohne vorher die notwendige Einwilligung der kenianischen Regierung einzuholen. Noch peinlicher wurde es, als sich herausstellte, daß die Amerikaner zwar mit vielen Maschinen und Personal, aber ohne die zu verteilenden Nahrungsmittel in Mombasa eintrafen. Es drängt sich der Verdacht einer Propagandaaktion kurz vor den Präsidentschaftswahlen auf.

Auch bei anderen Lieferungen wurde Kritik laut, daß es sich um werbewirksame Aktionen handele, die der Bevölkerung nicht viel helfen. Die Hilfsflüge sind wesentlich teurer als Lieferungen per Schiff. Der Einsatz der bundesdeutschen Transall-Maschinen verschlingt etwa ein Drittel der bewilligten Zusatzhilfe in Höhe von 20 Millionen DM. Daß es nicht um eine möglichst effektive Hilfe geht, zeigt sich auch daran, daß die Hilfsorganisationen oft zu spät und oder gar nicht informiert werden. Die somalischen Politiker werden meist übergangen. Der Gouverneur von Baidoa erfuhr von geplanter ausländischer Hilfe durch Journalisten und ist niemals offiziell informiert oder um Mithilfe gebeten worden. Eine Mitarbeiterin von der Organisation Concern Ireland befürchtet, "daß alle sich jetzt so schuldig fühlen wegen Somalia, daß sie versuchen, alles so schnell wie möglich hierher zu bringen, einfach nur um das Gefühl zu haben, doch Nahrung geliefert zu haben". (8) - Tatsache ist, daß zum Teil falsche Nahrungsmittel geliefert werden, die gar nicht aufgenommen werden können, oder aber zu "kostbare" Nahrung und zuviel auf einmal. Nahrungsmittel können nicht gelagert werden, weil sie dann der "unorganisierten Verteilung", sprich dem Raub, ausgesetzt sind.

Das Chaos in Mogadischu

Mittlerweile stehen in der internationalen Berichterstattung über Somalia die Meldungen über die chaotischen Zustände in der Hauptstadt Mogadischu im Vordergrund. Es wird immer wieder von einem Krieg um Nahrungsmittel berichtet. Es stehen sich dort sowohl zwei um die Macht kämpfende Fraktionen des United Somali Congress (USC) gegenüber, wie auch zahlreiche in den Bürgerkriegskämpfen und -wirren entstandene bewaffnete Gruppierungen (siehe Kasten). Der Kampf der beiden USC-Gruppen wurde auch deswegen mit

einer solchen Heftigkeit geführt, weil deren jeweilige Führer Ali Mahdi wie auch Mohamed Aidid davon ausgingen, daß der, der die Hauptstadt regiert, internationale Anerkennung und Hilfe aus dem Ausland erhält.

Das soziale Gefüge ist in Kleinstgruppen und Subclanverbände zerfallen. Die meisten der ursprünglichen Bewohner haben die Innenstadt verlassen und sind in die Stadtrandgebiete geflohen. Tausende Flüchtlinge aus dem Umland Mogadischus leben in den Ruinen der meist vollkommen zerstörten Häuser, ohne Wasser oder irgendwelche Nahrungsmittelversorgung. Aus den Häusern wird alles irgendwie verwertbare herausgerissen und in Geld umgesetzt. Sogar die Straßen sind aufgegraben, um an Leitungsrohre und Kupferkabel zu gelangen.

Die bewaffneten Banden überfallen auch die Hilfslieferungen und plündern Nahrungsmittel. Die Hilfsorganisationen stellen diesen Kräften bewaffnete Schutztruppen entgegen. Über den Umfang der entwendeten Nahrungsmittel existieren ganz unterschiedliche Angaben. Eine Organisation, die den Umfang der Plünderungen immer als sehr hoch beschreibt, ist die US-Aid, die US-amerikanische Entwicklungsbehörde. Sie berichtet, daß nur ein Bruchteil der gelieferten Nahrungsmittel wirklich die Bedürftigen erreicht. Folgerichtig widersprach der Direktor dieser Behörde der Forderung, Lebensmittel in größerem Umfang nach Somalia zu liefern. Seiner Ansicht nach sei das eigentliche Problem die mangelnde Sicherheit. Eine Luftbrücke für Somalia helfe wenig.(9) Das Rote Kreuz widerspricht den Behauptungen und korrigiert, daß weniger als zehn Prozent der Hilfe gestohlen würden (10). Außerdem tauchen die geplünderten Lieferungen wieder auf den Märkten auf und lassen dort die Preise sinken.

Daß nicht alle Angriffe von bewaffneten Banden ausgeführt werden, machen Berichte deutlich, denen zufolge Anfang März ein Frachter mit Getreide an Bord von Geschäftsleuten, die auf diese Weise den Marktpreis hoch halten wollten, angegriffen und zur Umkehr gezwungen.

Die UNO als Friedensstifter?

Die UNO hat eine Luftbrücke zur Versorgung der hungernden Bevölkerung eingerichtet, nachdem Anfang August eine Technische Mission zur Vorbereitung der Aktion nach Somalia entsandt wurde. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich auch 50 UNO-Beobachter in der somalischen Hauptstadt, die den am 3. März vereinbarten Waffenstillstand zwischen den sich in Mogadischu bekämpfenden Fraktionen von Ali Mahdi und Mohamed Aidid überwachen sollen. Der Waffenstillstand war durch Verhandlungen des UNO-Unterhändlers James Jonan zustande gekommen. Die Verhandlungsführung wird kritisiert, da ein im Dezember 1991 gegründetes Ältesten-Komitee, das bereits zwischen den beiden Fraktionen vermittelte, nicht in die Verhandlungen einbezogen wurde. Der UNO-Vertreter hat bis zum Schluß der Verhandlungen keine neutralen Gruppierungen in die Gespräche einbezogen (11). Dies zeigt die Hilfslosigkeit der UNO zwischen den somalischen Bürgerkriegsfronten. Von den sich bekriegenden Fraktionen wird die mangelnden Kenntnisse der politischen Verhältnisse ausgenutzt und um die Gunst der UNO politisch taktiert. So ließ Ali Mahdi verlauten, er kämpfe für Demokratie und gegen eine potentielle Militärdiktatur, und er spricht sich für den Einsatz von UNO-Friedenstruppen und eine UNO-Konferenz außerhalb Somalias aus. Wesentlicher Hintergrund dieser Haltung ist wohl eine erhoffte Stabilisierung seiner geschwächten Position im Kampf um Mogadischu. Um genau dies zu verhindern, sprach sich Aidid gegen den Einsatz von Friedenstruppen aus und befürwortete eine Konferenz in Somalia, von Somalis organisiert.

Der UNO-Luftbrücke stimmten aber Mitte August beide Politiker zu. Auch Aidid gab sein grundsätzliches Einverständnis zum Plan, zur Absicherung der Nahrungsmitteltransporte 500 UN-Soldaten einzusetzen. Die Mitte September in Somalia eingetroffenen Blauhelme haben erstmals in der Geschichte der UN-Friedenseinsätze die Erlaubnis, die Waffen offensiv zu benutzen. (12). Ende August hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen der Entsendung von weiteren 3.000 Soldaten nach Somalia zugestimmt, ohne "Erfolge" der bisher dort stationierten Truppe aufweisen zu können. Das stößt bei General Mohamed Aidid auf Widerstand: "Mehr UNO-Truppen würden die Lage weiter komplizieren. Und ohne unsere Zustimmung können sie hier nicht stationiert werden."(13) "Weil Einmischung von außen keine Probleme löst", so Aidid, "sollten lieber Somalis zu Polizisten ausgebildet werden". (14)

Offizielle Aufgabe der UNO-Truppen ist eine humanitäre Hilfe, die Waffenstillstandsüberwachung, Entwaffnung und Friedensstiftung. Welchen Nutzen die Blauhelme aber konkret in Somalia haben sollen, ist unklar. Wie soll sich in einer Stadt wie Mogadischu, die immer wieder als von sinnlosen Schießereien und von Chaos

beherrscht beschrieben wird, mit dem Einsatz von bewaffneten Soldaten die Lage verbessern? UNO-Soldaten, die bewaffnete "Banditen" und Bürgerkriegsfraktionen entwaffnen sollen, werden einen neuen verheerenden Krieg auslösen. Friedensbemühungen sind nur möglich durch Verhandlungen unter Beteiligung der rivalisierenden Mächte und neutralen Gruppen innerhalb Somalias.

Durch die Entsendung bewaffneter UNO-Soldaten besteht eher die Gefahr einer weiteren Eskalation der Gewalt. Die französische Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MsF) hat schon vor neuen Spannungen durch die eingesetzten Truppen gewarnt, vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß Aidid die Zustimmung zur weiteren Stationierung von Soldaten verweigert. Wenn die UN darüber hinweggeht, verletzt sie schon vor dem eigentlichen Einsatz den Grundsatz der Unparteilichkeit. Aus Somalia wird davor gewarnt, auf eine schnelle militärische Lösung von außen zu setzen. Peter Schumann, der für das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in Mogadischu arbeitet, betrachtet ein militärisches Eingreifen als "eine Art der Kolonisierung". Nach seiner Meinung ist nicht mit Hilfe einer Besatzungsmacht, sondern nur unter Einbeziehung der Menschen in Somalia eine Besserung der Situation möglich. "Ein gewaltsamer Eingriff von außen wird den Konflikt in Somalia nicht lösen, zumal als Antwort der jetzt noch streitenden Parteien dann ein gemeinsamer Guerillakrieg gegen die UN wahrscheinlich wäre". (15)

Ursachen der Hungerkatastrophe

Als Hauptursachen für die Hungerkatastrophe werden die verworrene, "selbstverschuldete" Bürgerkriegssituation und die anhaltende Dürre genannt. Doch ist der Bürgerkrieg bei genauerer Betrachtung weniger von ständig wechselnden, nicht nachvollziehbaren Clan- und Familienallianzen bestimmt, wie oft dargestellt, sondern von machtpolitischen Konflikten, die einen geschichtlichen Ursprung haben. (Siehe Kasten). Diese werden allerdings von Clan- und Familieninteressen überlagert.

Die Großmächte tragen, auch wenn sie die Konflikte nicht direkt ausgelöst haben, einen Großteil der Verantwortung. Nach dem Niedergang der Kolonialmächte bauten die USA und UdSSR eine Präsenz in der Region auf. Ihr Interesse war nicht in ökonomischen Ressourcen begründet, sondern in der geostrategisch bedeutsamen Lage mit direktem Zugang zum Roten Meer und Suez-Kanal und deren Bedeutung für Ambitionen zum Beispiel in der Golfregion.

Die Großmächte haben über Jahrzehnte mit wechselnden Bündnissen zur Militarisierung und Kriegsträchtigkeit des Horns von Afrika beigetragen. Die Konflikte selber beruhen wiederum zum Teil auf den Auswirkungen der europäischen Kolonialmachtpolitik.. Die Aufteilung und Fremdbestimmung gegen Ende des 19. Jahrhunderts war für spätere Nationalitätenkonflikte und "Wiedervereinigungskriege" ehemals zusammengehörender Gebiete ausschlaggebend. Hunger und Nahrungsmittelhilfe wurden langjährig und systematisch als Waffe eingesetzt. Seit Ende des Kalten Krieges und vor allem durch den Zusammenbruch der UdSSR ist das internationale Interesse an der Region gesunken. Die bestehenden Konflikte wurden dem zerrütteten Land überlassen, das in die Bedeutungslosigkeit abgesunken ist.

Somalia zählt neben Äthiopien, Eritrea und Djibouti zu den ärmsten und rückständigsten Staaten der Welt. Nach entwicklungspolitischen Kriterien zählt es zu den LLDCs (least developed countries), den Ländern mit einem jährlichen Bruttosozialprodukt zwischen 100 und 500 US-Dollar und einem sehr geringen Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt. Die Region kann also zu Recht als das Armenhaus Afrikas und der gesamten "Dritten Welt" bezeichnet werden.

Am Horn von Afrika herrscht ein chronisches Nahrungsmitteldefizit. Zu den unmittelbar auslösenden Faktoren von Hungersnöten zählen eine sich verschlechternde wirtschaftliche Situation, ausbleibende Niederschläge und eine rückgängige Nahrungsmittelproduktion durch sich ausweitende Erosionsschäden.

Die Wirtschaft in Somalia ist geprägt durch eine Subsistenzökonomie. Etwa 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes beruhen auf nomadischer Viehwirtschaft mit Rindern, Schafen, Ziegen und Kamelen. 80 bis 90 % der Exporterlöse werden durch die Ausfuhr von Lebendvieh und durch Bananen erbracht.(16) Klein- und Mittelindustrie spielt nahezu keine Rolle. Somalia erhält, bezogen auf die Bevölkerungszahl, die höchste Entwicklungshilfe. Dadurch ist das Land in eine totale Abhängigkeit von internationaler Finanz- , Entwicklungs- und Flüchtlingshilfe geraten. Die Auswirkungen sind eine ständig steigende Auslandsverschuldung, eine Inflationsrate von etwa 300 Prozent und die Vernachlässigung einer produktiven Eigenwirtschaft.

Begründet und verschärft wird diese Entwicklung durch einen Preisverfall für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte. Seit den 80er Jahren sind die Weltmarktpreise für diese Produkte um durchschnittlich 40 Prozent gesunken. Walter Michler errechnet aus dem Preisverfall einen Einnahmeverlust der schwarzafrikanischen Staaten von 150 Milliarden US-Dollar zwischen 1981 und 1990. Bei Zugrundelegung eines angemessenen Preisniveaus, einer sozialgerechten Bezahlung der Produzenten, schnellt der Einnahmeverlust auf 400 bis 500 Milliarden Dollar hoch.(17)

Die hohen Geldabflüsse durch steigende Auslandsverschuldung und die gleichzeitigen Exporteinnahmeverluste machen aus bestehender Armut existentielle Not für ein ganzes Land. Kommen dann noch weitere Faktoren wie Zerstörung der Infrastruktur durch Kriege oder ausbleibende Niederschläge hinzu, verhungern Millionen Menschen. Uneffektive und vorwiegend werbewirksame - oder soll man sagen gewissensberuhigende - Hungerhilfe kann an diesen Zuständen nichts ändern.

at.

Anmerkungen

1) Süddeutsche Zeitung, 10.8.92

2) Die Zeit, 14.8.92; Der Spiegel, 24.8.92; Süddeutsche Zeitung, 8./9.8.92

3) SZ , 5.8.92; taz, 5.8.92

4) FR, 6.10.92

5) Handelsblatt, 17.10.91

6) FR, 3.8.92

7) FR, 20.8.92

8) taz, 28.8.92

9) FR, 1.8.92

10) FAZ, 28.8.92

11) taz, 28.7.92

12) FR , 16.9.92

13) Handelsblatt, 2.9.92

14) taz, 1.9.92

15) FR, 16.9.92

16) V. Matthies: Äthiopien, Eritrea,Somalia, Djibouti. Das Horn von Afrika, München 1992

17) Blätter des iz3w, September/Oktober 1991

Somalia: Kurzüberblick über die Geschichte des Landes

Die Geschichte Somalias ist auch heute noch geprägt von der kolonialen Teilung des Landes. Ende des 19. Jh. wurde das islamische Somaligebiete durch die Kolonialmächte England, Italien und Frankreich, im Bündnis mit dem ebenfalls christlichen Äthiopien, aufgeteilt. Gegen diese Fremdherrschaft wehrten sich die Somali heftig. Der hartnäckige anti-koloniale Kleinkrieg wurde 1920 durch Einsatz von britischen Bombenflugzeugen beendet (erster Luftangriff in der Geschichte Afrikas).

Von 1920 bis 1940 stand Somalia unter der administrativen Kontrolle und politisch-staatlichen Autorität der Kolonialmächte. Im Zuge der kolonialen Grenzziehungen entlang geographischer Längen- und Breitengrade, den damit verbundenen Restriktionen gegenüber den nomadischen Wanderungsbewegungen und der Zerschneidung traditioneller Clans, Gruppen und Familien entwickelte sich der somalische Nationalismus mit der Forderung nach politisch-staatlicher Einigung aller am Horn von Afrika lebenden Somali.

Am 1. Juli 1960 entstand durch Vereinigung von Britisch- und Italienisch-Somaliland die unabhängige Republik Somalia. Diese umfaßte aber nur Teile der von Somali besiedelten Gebiete. Der kolonial bedingte Nord-Süd-Gegensatz blieb bestehen. Der vernachlässigte, ehemals britische Norden war in Bevölkerungszahl und sozio-ökonomischer Entwicklung dem ehemals italienischen Somaliland im Süden unterlegen. In Italienisch-Somalia fanden nachhaltigere koloniale Modernisierungsprozesse statt, Verwaltungsstrukturen wurden aufgebaut. Im nördlichen Britisch-Somalia wurde nur von einigen Hafenstädten aus Handel getrieben, das ganze Hinterland blieb weitgehend unbeeinflußt. Mogadischu, im Süden des Landes, wurde kommerziell und politisch zur Hauptstadt.

Am 21.10. 1969 wurde das Mehrparteiensystem, das zunehmend von Clan-Konflikten um Posten und Ämter bestimmt wurde, durch einen unblutigen Putsch der Armee unter Siad Barre gestürzt. Der "Somali Revolutionary Council" (SRC) übernahm die Macht und begründet seine Legitimität auf dem Prinzip der Clan-Ausgewogenheit. In den 70er Jahren wurde ein "sozialistischer Entwicklungsweg" in Anlehnung an die UdSSR eingeschlagen. Alphabetisierungs- und Entwicklungskampagnen wurden vor allem auch für die ländliche Bevölkerung durchgeführt, und eine verbesserte Rechtsstellung der Frau wurde gegenüber der islamischen Geistlichkeit durchgesetzt. Die Reformen und Entwicklungsansätze konnten aber nicht stabilisiert werden. Die landwirtschaftliche Entwicklungskampagne traf mit einer verheerenden Dürre in den Jahren 1974 und 1975 zusammen.

Im Juli 1977 begann der Krieg um das Ogadengebiet gegen Äthiopien, in den Somalia gestärkt durch massive sowjetische Militärhilfe, die seit 1963 geleistet wurde, eintrat. 1977/1978 verlor Somalia dennoch den Krieg, nachdem es im November 1977 zu einem Bruch mit der UdSSR gekommen war.

Durch die Niederlage geriet das Barre-Regime unter einen starken Legitimationsdruck. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nahmen durch die enormen Kosten des Militärapparates, durch kriegsbedingte Verwüstungen und eine Flüchtlingsbewegung von ca. 600.000 Menschen aus dem Ogaden nach Somalia zu. Weitere Probleme waren eine hohe Arbeitslosigkeit und die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte vor allem in die OPEC-Staaten.

Ab 1978 mehrten sich Verstöße gegen die Menschenrechte. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen von Mitglieder oppositioneller Clans wurden von Menschenrechtsorganisationen gemeldet.

Somalia wandte sich seit 1980 dem Westen zu und schloß mit den USA ein Militärhilfeabkommen ab. Ab Mitte der 80er Jahre bestimmte ein IWF-Programm die Wirtschaftspolitik Somalias. Im Zuge dieses "Entwicklungsprogramms" hat sich das Stadt-Land-Gefälle beträchtlich vergrößert. Der Staatsapparat gilt nach wie vor als überdimensioniert und uneffektiv. Weitere Waffenlieferungen vor allem aus den USA, aber auch aus der BRD trugen zur Aufrüstung bei.

Seit 1981 bildeten sich verschiedene bewaffnete Oppositionsgruppen, so die "Somalische Demokratische Rettungsfront" (SSDF) und die "Somalische National-Bewegung" (SNM) im Norden, dem ehemaligen Britisch-Somaliland. Die SNM wurde zum Sammelbecken der Opposition und bildet sich ab Mitte der 80er als gewichtigster oppositioneller Machtfaktor heraus. Barre besetzte alle wichtigen Positionen im Staat mit Mitgliedern seines Clans. Im Mai 1988 brach der Bürgerkrieg offen aus, in dem sich der kolonialbedingte Nord-Süd-Konflikt manifestierte. Die SNM begann im Norden eine Offensive; große Teile der Städte Burao und Hargeisa (ehemals Hauptstadt von Britisch-Somaliland) kamen unter ihre Kontrolle. Die Armee gewann durch schwere Bombardierungen die Städte wieder zurück; beide waren danach weitgehend zerstört, 50.000 Menschen wurden getötet und 300.000 flohen nach Äthiopien. 1989 weitete sich der Bürgerkrieg auch auf das Zentrum und den Süden des Landes aus. Im Zentrum und nahe der Hauptstadt Mogadischu organisierten sich Mitglieder des Clans Hawiye im Januar 1989 im "Vereinigten Somalischen Kongreß" (USC). Im Süden bildete sich die SPM, die "Somalische Patriotische Bewegung".

Die Wirtschaft brach aufgrund der Bürgerkriegssituation weitgehend zusammen, große Teile der Infrastruktur wurden zerstört. Die Machthaber um Barre reagierten auf die sich zuspitzende Situation mit verschärfter Repression.

Ende 1990/Anfang 1991 begann die "Schlacht um Mogadischu". Nach schwerem Beschuß der Stadt durch Regierungstruppen, einer massenhaften Flucht der Bevölkerung und Tausenden von Toten wurde Mogadischu im Januar 1991 von der USC eingenommen. Barre setzte sich in den Süden, in das Grenzgebiet zu Kenia, ab.

Nach dem Zusammenbruch des Barre-Regimes setzte die siegreiche USC Ali Mahdi Mohamed in Mogadischu als Präsidenten ein, ohne die anderen bewaffneten Oppositionsgruppen zu berücksichtigen und entgegen zuvor getroffenen Absprachen. Die bewaffneten Oppositionsgruppen hatten sich vorher darauf verständigt, nach dem Sturz von Barre eine gemeinsame Übergangsregierung zu bilden und eine Nationalkonferenz zur politischen Neuordnung Somalias als Föderation zu organisieren. Die SNM im Norden und SPM im Süden des Landes erkannten die Regierung der USC nicht an.

Am 16. Mai 1991 proklamierte die SNM im Norden einen eigenen Staat "Republik Somaliland" in den Grenzen der ehemaligen britischen Kolonie. Diese Unabhängigkeitserklärung entsprach allen Angaben zufolge den Wünschen der Bevölkerung, die jahrzehntelang benachteiligt wurde und unter der besonderen Härte der Kriegführung des Barre-Regimes litt. Die "Republik Somaliland" und deren Regierung unter dem SNM-Chef Ahmed Ali, die von allen im Norden vertretenden Clans gebildet wird, wird weder von dem südlichen Somalia noch international anerkannt. Die USC-Regierung im Süden beanspruchte die Vertretung ganz Somalias, faktisch kontrollierte sie aber nur Mogadischu und dessen unmittelbare Umgebung.

Die USC zerbrach im September 1991, nachdem eine Kompromißlösung, die auf der Djibouti-Konferenz ausgehandelt worden war, nicht eingehalten wurde. Ali Mahdi, so der Kompromiß, wurde als Interimspräsident für zwei Jahre bestätigt und zur Bildung einer neuen Regierung unter Beteiligung aller politischen Kräfte und Hauptclans Somalias verpflichtet. Ali Mahdi beteiligte zwar andere Oppositionsgruppen an der Regierung, nicht aber General Mohamed Aidid, den legalen Präsidenten des USC. Seitdem bekriegen sich die USC-Gruppen in Mogadischu. Die Anhänger von Ali Mahdi kontrollieren den Nordosten der Stadt, während Aidids Truppen den strategisch wichtigeren südlichen Stadtteil beherrschen, der neben dem Flughafen auch den Hafen umfaßt. Der Aidid-Flügel wird als militärisch weitaus stärker eingeschätzt. Im März 1992 wurde ein Waffenstillstand vereinbart, der die Stadt durch eine Demarkationslinie teilt. Nach offiziellen Berichten hat der viermonatige Krieg um die Hauptstadt 30.000 Menschen das Leben gekostet. Neben diesen beiden Bürgerkriegstruppen haben sich zahlreiche Banden und bewaffnete Interessensgemeinschaften gebildet, die von den Auseinandersetzungen profitieren wollen und mittlerweile um Nahrungsmittel kämpfen. Obwohl der Waffenstillstand von den großen Organisationen weitgehend eingehalten wird, bestimmen Schießereien, Raubüberfälle und Terror nach wie vor den Alltag von Mogadischu.

Bisher schien es im Norden, der Republik Somaliland, weitgehend ruhig zu sein. Doch im September kamen erste Meldungen, daß jetzt auch hier die Rivalität einzelner bewaffneter Gruppen zunähme und eine Hungersnot drohe.

at.

Quellen:

V. Matthies: Äthiopien, Eritrea, Somalia, Djibouti. Das Horn von Afrika, München 1992; Deutsches Überseeinstitut Hamburg (Hg.): Jahrbuch Dritte Welt 1991, München 1990; Deutsches Überseeinstitut Hamburg (Hg.): Jahrbuch Dritte Welt 1992, München 1991; pogrom 163, Jan./Feb. 1992; Die Zeit, 14.8.92; Hamburger Abendblatt, 9.9.92; Frankfurter Rundschau, 16.9.92

24. "Die Brasilianer müssen auf die eigene Fähigkeit zum Wechsel vertrauen." (Fernando Collor(1))

Brasilien im Prozeß der demokratischen Selbstreinigung

Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:03

Als der damalige Präsident diesen Satz sprach, ahnte er noch nicht, daß ihm in weniger als einem Jahr die brasilianische Bevölkerung diesen Gefallen tun würde: Am 29.9.92 wurde Präsident Fernando Collor de Mello durch einen Entscheid des Parlaments zunächst für 180 Tage von seinem Amt suspendiert, um in diesem Zeitraum ein Impeachmentverfahren einzuleiten, das mit der endgültigen Absetzung des Präsidenten beendet werden soll. Von den 503 Parlamentsabgeordneten stimmten 441 für die Entfernung von Collor, 38 dagegen, bei einer Enthaltung. 23 Abgeordnete blieben der Parlamentssitzung fern, sie wollten keine Farbe bekennen.

Dieser in Lateinamerika einmalige Vorgang einer demokratischen Selbstreinigung - der Präsident und seine Freundesclique sind der Korruption und anderer Verbrechen überführt -, wurde auf den Straßen Brasiliens entschieden. Mit Wut, Durst nach Gerechtigkeit und karnevalistischer Ausgelassenheit setzten Millionen von Menschen mit ihrem öffentlichen Protest Gericht und Parlament unter Druck, dem Machtmißbrauch den durch Presseveröffentlichungen und eine Untersuchungskommission aufgedeckten politischen Skandalen endlich ein Ende zu setzen und politische Konsequenzen folgen zu lassen, sprich den Präsidenten seines Amtes zu entheben.

Insbesondere die Studenten- und Schülerbewegung spielte hierbei eine herausragende Rolle: Die sog. "Buntgesichtigen" (vor den Demos wurden die Gesichter vorzugsweise in den Nationalfarben Grün und Gelb oder in Schwarz (Trauer) bemalt) füllten die Straßen mit phantasievollen Demonstrationen, Straßentheater, Konzerten etc. Und es war kein Zufall, daß just in dieser Zeit das Fernsehen die Erfolgs-Miniserie "Años Rebeldes" (Rebellische Jahre) wiederholte, die einen unübersehbaren Vergleich zu den Schüler- und Studentenprotesten der 68er Jahre in Brasilien suggerierte. (Im Kampf gegen die damalige Militärregierung und um mehr Demokratie hatte die Jugend Brasiliens eine wichtige und herausragende Rolle gespielt.) In Rio brachten bei den aktuellen Manifestationen allein die Schüler und Studenten 100.000 Menschen auf die Straße, in Sao Paulo sogar 150.000. Die Welle der Empörung der Jugend und der Bevölkerung, die über Brasilien hereinbrach, überraschte insgesamt. Einfache Menschen wie der Fahrer der Sekretärin Collors, Eriberto Franca und die Sekretärin PC Farias', Sandra de Oliveira, die mit ihren Aussagen im Untersuchungsausschuß wichtige Schlüssel zur Aufdeckung der Korruptionsskandale lieferten, wurden zu Symbolfiguren des Volkes für eine neue Ethik und Moral in der Politik. (So antwortete der Fahrer auf die Frage des Untersuchungsausschusses nach dem Motiv seiner Offenbarungen zur Begeisterung der brasilianischen Öffentlichkeit: "Würde es ihnen denn nicht reichen, wenn ich es aus Patriotismus getan hätte?")

Der Weg zur Macht

Fernando Collor wurde als knapp Vierzigjähriger mit ca. 35 Mio. Stimmen (ca. 53% der abgegebenen Stimmen) im November 1989 zum ersten zivilen Präsidenten nach einer über 24jährigen Militärdiktatur und einer anschließenden zivilen Übergangsregierung gewählt. Bei der notwendig gewordenen Stichwahl stand Fernando Collor dem Metallarbeiterführer Luiz Ignacio "Lula" da Silva gegenüber. Beide waren Überraschungskandidaten. Vor allem durch geschickte Ausnutzung und Unterstützung der Medien gewann Fernando Collor im Endspurt die Oberhand. Schon damals wendete Collor dirty tricks an: So präsentierte er z.B. wenige Tage vor der Wahl eine frühere Freundin Lulas im Fernsehen, die mit massiven persönlichen Anschuldigungen aus einer 15 Jahre verblichenen Beziehungskiste den Gegenkandidaten und Arbeiterführer moralisch erschüttern sollte.

Collor selbst entstammt einer traditionellen Politikerfamilie aus dem Nordosten. Sein Großvater war Minister bei Getulio Vargas, sein Vater Senator. Das Wirken seines Vaters in der Parlamentsgeschichte erregte allerdings lediglich öffentliches Aufsehen durch einen Zwischenfall, bei dem er während einer Plenarsitzung des Senates auf einen politischen Gegner schoß und einen Unbeteiligten tötete. Die Tat blieb bis heute ungestraft.

Der junge Collor - Playboy und Partylöwe bis knapp vor seinem dreißigsten Lebensjahr - machte dann eine Blitzkarriere: Anläßlich seiner Eheschließung schenkten ihm sein Vater und seine politischen Freunde das Bürgermeisteramt der Stadt Maceio. (In der Zeit der Militärregierung wurden die Bürgermeisterämter nicht durch Wahl, sondern durch Vergabe durch den Gouverneur besetzt.) Danach wurde er Abgeordneter für die Regierungspartei der Militärs, wechselte dann gegen Ende der Militärzeit zur Oppositionspartei und ließ sich als "Reformpolitiker" des kleinen Bundesstaates Alagoas im traditionell armen Nordosten Brasiliens wählen. Hier baute er mit Hilfe einiger Freunde das Image des Saubermannes, des "Maharadjajägers" (maraja nennt man in Brasilien die Kaste der korrupten Regierungspolitiker).

Collors Regierung in Alagoas war zwar schlecht, man konnte auch merkwürdige Gefälligkeiten gegenüber den Zuckerbaronen nachweisen, so z.B. die Streichung ihrer Schulden gegenüber der Landesbank Alagoas, in der nationalen Öffentlichkeit blieb jedoch der Ruf des jungen modernen dynamischen Saubermannes hängen.

Als sich bei den ersten Präsidentschaftswahlen linke Alternativen abzeichneten und die Rechten durch die lange Zeit der Militärregierung verbraucht und geschwächt waren, kam ein Mann wie Collor de Mello wie gerufen. Man baute das Image eines Antipolitiker-Politikers auf, verdrängte die soziale Herkunft Collors, betonte dafür seinen Kampf gegen die Korruption und für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft Brasiliens.

So ganz zufrieden war die Elite allerdings nicht, man hielt Collor de Mello - wie wir inzwischen wissen, zu Recht - für unberechenbar, zu eitel, eigenmächtig und präpotent und fürchtete daher, daß er die Kompetenz zur Sicherung der Privilegien der Elite nicht mitbrächte. Aber es gab keine andere Wahl, denn der Gegenkandidat Luiz Ingnacio "Lula" da Silva hatte ein eindeutiges Gegenprogramm, das Agrarreform, Einkommensverteilung, Verbesserung der Sozialleistungen, Reformierung des Finanzsystems, politische Umschuldungsverhandlungen und eine unabhängige Außenpolitik vorsah, kurzum eine ganz andere "Modernisierung" auf seinem Programm hatte, als Unternehmern und Großgrundbesitzern, Medienzaren und Kompradoren lieb war.

Was man damals nicht wissen konnte war, daß die "Operation Präsidentschaft" von Fernando Collor ein feingeplantes und gesteuertes Unternehmen einer Gruppe von jungen Politikern und Unternehmern war, die ebenfalls ehrgeizige Pläne der Selbstbereicherung zu realisieren beabsichtigten. Es ging darum, die ganze Nation zu melken.

1987 begann diese Operation mit einem Abendessen während einer Touristenreise in China, bei dem zusammen mit drei weiteren Weggenossen das Vorhaben entwickelt wurde, durch geschicktes politisches Marketing das Bild des reformfreudigen Jungpolitikers aufzubauen, der Präsident werden sollte. Verabredet wurde damals aber auch eine Feier, wenn die erste Milliarde US-Dollar in die eigene Tasche geflossen sein würde. Verschiedene Korruptionsschemen sollten bald den ganzen Staatsapparat mit einem Netz überziehen, das eine gemeinsame Kasse, Vermittlungsprovisionen, überbezahlte Beträge bei Staatsaufträgen etc. einbringen sollte. Aber dazu später.

Brasiliens Politik

Die politischen Parteien spielen in Brasilien eine geringe Rolle. Sie verfügen über keine einheitliche politisch-ideologische Linie. In derselben Partei finden ebenso fortschrittliche wie konservative Politiker Unterschlupf. Die politischen Parteien hatten schon zur Zeit der Militärdiktatur Bündnischarakter, da sich damals zwangsweise alle oppositionellen Politiker in einer Partei sammeln mußten (nur eine Oppositionspartei war zugelassen). Einzige Ausnahme davon ist heute die Partei Lulas, die Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei) - PT -, die aus der Gewerkschaftsbewegung im industriellen Zentrum um die Großstadt Sao Paulo herum entstanden ist. Ihr haben sich aber auch Landarbeiter, Intellektuelle, vor allem aber auch die der Theologie der Befreiung verpflichteten Teile der katholischen Kirche angeschlossen.

Wenn nun die Parteien kein Garant für eine politische Linie sind, dann orientieren sich die Wähler landläufig an Personen und wählen sie und nicht ihre Programme. In Brasilien hat dies Tradition. Aber auch dadurch ist die Glaubwürdigkeit der Politiker nicht von Dauer. Sie können in den Augen der Brasilianer in kürzester Zeit von Halbgöttern zu Scharlatanen herabsinken. Fernando Collor ist keine Ausnahme, aber ein besonders krasses Beispiel. Immerhin gelang es ihm, von einer Zustimmungsquote zu seiner Person von über 80% zu Beginn

seiner Tätigkeit auf weniger als 1% zu sinken, die seine Politik gegen Ende seiner Regierungszeit als "sehr gut" bezeichneten. (Weitere 4% hielten seine Regierung noch für "gut", der Rest lehnte sie kategorisch ab.)

Collor gelang es, für die Präsidentschaftswahl eine maßgeschneiderte Partei, die Partei des nationalen Aufbaus, zu schaffen, in der er die fragwürdigsten Politiker jeglicher Couleur, Opportunisten aller Schattierungen zusammenband. Dazu maß man wissen, daß der Volksmund und politische Analytiker die brasilianischen Politiker in "Physiologicos" und "Ideologicos" unterscheiden. Die "Physiologicos" sind Politiker, die an die unmittelbaren materiellen Bedürfnisse der Wähler anknüpfen, sie bauen Unterstützungsnetze auf, stricken enge Klientelbeziehungen und versuchen durch kleine Wahlgeschenke, Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Sie brauchen die Nähe der staatlichen Macht, von der sie angezogen werden wie Motten vom Licht. Hier finden sie die Quelle ihrer kleinen Gefälligkeiten, aber auch die Quelle der eigenen Bereicherung. Dieses Gemisch von Politik, Regierungsmacht und privater Wirtschaft, besonders explosiv im Nordosten, dem Armenhaus Brasiliens, aber auch typisch für andere Gegenden des Landes, bildete den Nährboden für das Wirken Fernando Collors. Die "Ideologicos" schließlich verkörpern Gesinnungsethik, auch wenn diese keineswegs aus festgefügten Weltbildern im europäischen Sinne bestehen muß. Allerdings kommen weder die "Physiologicos" ganz ohne Ideologie aus, noch die "Ideologicos" ganz ohne Physiologie. Wenn also die Korruption, Selbstbereicherung, Vermischung von Öffentlichem und Privatem gang und gebe ist, was war dann die neue Qualität bei Collor? Wie weit hat er überzogen? Schauen wir uns erst einmal die Regierungsmaßnahmen Collors genauer an.

Die Regierung Collors

Zugegebenermaßen hatte Collor eine schwere Erbschaft angetreten. Die monatliche Inflationsrate betrug ca. 80% und war völlig aus dem Ruder geraten. Die Wirtschaft wuchs mit kümmerlichen Wachstumsraten, die Verschuldungsfrage war nicht geklärt und Brasilien in Zinsverzug. Die Übergangsregierung zwischen den Militärs und der frei gewählten Regierung, die Amtszeit von José Sarney, schien in einer unübertroffenen Katastrophe geendet zu sein. Die strukturellen Probleme des Landes waren nicht im geringsten angetastet. Was allerdings nicht in den Plänen der neuen Regierung stand war, das Brasilien der ungerechten Einkommensverteilung, der krassen regionalen Unterschiede, des Lohnabbaues, der Gewalt in den Großstädten, der wachsenden Kriminalität und der Vernachlässigung der Kinder, die auf den Straßen aufwachsen, zu verändern. Im Gegenteil: Die Regierungsmaßnahmen verstärkten eher die Strukturen eines Wildwuchskapitalismus der rücksichtslosen Ausbeutung von Natur und Mensch.

Einige Zahlen:

- 44,8 Millionen Brasilianer leben laut Zahlen der IBGE (brasilianisches Statistikamt) in absoluter Armut;

- 1981 arbeiteten die Armen Brasiliens acht Jahre, um das Monatseinkommen eines Reichen zu erwerben. 1990 mußten sie dafür zehn Jahre arbeiten;

- die 20% Reichsten erhalten ein 20mal höheres Einkommen als die 20% Ärmsten;

- 40% der brasilianischen Familien leben unter der absoluten Armutsgrenze;

- 7,5 Millionen Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre arbeiten in Lohnarbeit;

- von 1.000 Kindern sterben 50, im Nordosten sogar 70 bei der Geburt oder kurz danach;

- von tausend Brasilianern sind lediglich 29,5 Wissenschaftler oder Techniker (in Venezuela sind es 95). (Zahlen von IGBE und Human Development Report 1992)

Die Regierungsmaßnahmen, die Collor zu Beginn seiner Amtszeit ergriff, hätten nicht radikaler sein können. Gleich in den ersten Tagen wurden alle Bankguthaben bis auf einen geringen Betrag eingefroren. Die Währung wurde umbenannt, Ziel war es, die Geldliquidität so radikal zu verringern, daß die Inflation zurückgehen würde. Dies geschah tatsächlich, die Inflationsrate fiel von 80 auf 5%. Zugleich aber brach die Wirtschaft durch den Wegfall der Nachfrage zusammen, und die Bevölkerung, einschließlich der Kleinsparer, die Collor während des Wahlkampfes als durch Lula bedroht dargestellt hatte, besaß über Nacht buchstäblich keinen Cruzeiro mehr.

Nächste Schritte waren:

- Die Entlassung von 350.000 Staatsangestellten (Lediglich 50.000 wurden tatsächlich hinausbefördert, der Rest konnte sich durch Arbeitsgerichte zurückklagen.);

- die Privatisierung von Staatsunternehmen gegen den Widerstand der Arbeiter und der Öffentlichkeit, da hier auch profitable Betriebe z.T. gegen schlechtes Geld (d.h. Schuldtitel u.ä.) verramscht wurden;

- Öffnung der Märkte nach außen;

- Abbau von Importzöllen;

- Streichung von Subventionen einschließlich der traditionellen Subventionierung der Brotpreise.

Einige Monate nach der brutalen Konfiszierung der Sparguthaben stieg allerdings die Inflation wieder an. Die Regierung versuchte es nun anders, nämlich indem sie darauf mit einem Einfrieren und einer Tabellierung der Preise reagierte. Auch dies mißlang, und die erste Wirtschaftsequipe von Collor mußte den Hut nehmen. 1992 kam nun unter dem Beifall der amerikanischen Banker der Stil des Softie Marcilio Marques Moreira (MMM) an die Reihe, der als Garant für die Regierbarkeit stehen sollte. (Zelia Cardosa, seine Vorgängerin, muß sich heute dafür verantworten, mit 236.000 US-Dollar für persönliche Spesen auf der Gehaltsliste PC Farias gestanden zu haben.) Als Vertrauensmann des internationalen Marktes und des IWF besaß MMM sogar die Unverfrorenheit, sich selbst einmal als Agent des internationalen Finanzsystems (so wörtlich) zu bezeichnen. Die Umschuldungsverhandlungen mit IWF und den Privatbanken liefen dementsprechend gut. Brasilien hat inzwischen ein neues Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club abgeschlossen, und mit den Privatbanken wurde ebenfalls eine Übereinkunft erreicht.

Was aber ging im Land

vor sich?

Noch nie waren in Brasilien die Löhne so niedrig wie 1992. Bei der Amtsübernahme von Collor betrug der Minimallohn ca. 100 US-Dollar, heute ist er 60 US-Dollar wert (der niedrigste Stand seit der Schaffung des Minimallohnes vor 52 Jahren). Aber auch etwas höher in der Sozialpyramide unterscheidet sich der Einkommensrückgang nicht von der Entwicklung des Minimallohnes. Die Gehälter von 35 Berufsgruppen, die vom Gewerkschaftsinstitut DIEFSE untersucht wurden, hatten im September 1992 lediglich 35-40% ihres Wertes, verglichen mit März 1990, dem Monat der Regierungsübernahme durch Fernando Collor. Das Gesamtlohnniveau sank auf der Stand von 1979.

Am Ende des ersten Regierungsjahres wurde zum ersten Mal ein Rückgang im Verkauf der Grundnahrungsmittel festgestellt: Eine Erhebung der Vereinigung der Supermärkte Brasiliens stellte fest, daß der Konsum von Reis, Bohnen und Sojaöl um 15% zurückgegangen war. Die Bevölkerung aß weniger!

Einige Zahlen, die den Verfall der Kaufkraft verdeutlichen:

Für 5.000 Cr-Dollar kaufte man im:

Oktober 1991, Oktober 1992

19 kg Zucker, 1,5 kg Zucker

11,6 kg Bohnen, 850g Bohnen

9 Dosen Öl, 1 Dose Öl

36 Eier, 12 Eier

80 Omnibusfahrten, 4 Omnibusfahrten

usw.

Die Agrarreform wurde natürlich nicht angepackt, die Situation der von Dürre und Großgrundbesitz geschädigten Kleinbauern im Nordosten Brasiliens führten dazu, daß Millionen am Verhungern sind.

Und trotzdem überlebte die Regierung nach einem kompletten Wechsel der skandalgebeutelten Ministerriege mit einer merkwürdigen Rollenverteilung: Während Wirtschaftsminister MMM seine liberale und IWF-konforme Wirtschaftspolitik Schritt für Schritt durchsetzte, verloren die Regierung und der Präsident an Ansehen und

Glaubwürdigkeit. Das unmittelbare Ziel der ausländischen Banken, der internationalen Organisationen wie dem IWF, aber auch des nationalen Unternehmerverbandes schien nun zu sein, die Wirtschaftspolitik von den Skandalen des Präsidenten, seiner Familie und seiner Freunde zu trennen. So wurde trotz des Ansehensverfalls eine harte und konsequent-liberale Wirtschaftspolitik durchgezogen, die allerdings die Inflation nicht bändigen konnte. Seit 1992 hält sich die Inflationsrate auf einem stabilen Sockel von 20-25% monatlich. Trotz Krise und Rezession geht sie nicht zurück. Der Lohnverfall entwickelt sich daneben mit rasender Geschwindigkeit.

Das Korruptionsnetz

Die Regierung Fernando Collors ist von Anfang an von Skandalen und Skandälchen begleitet worden. Noch vor seinem Amtsantritt überraschte der Präsident die brasilianische Öffentlichkeit, als er mit Familie und Clique einen modernen Jet für 500.000 DM anmietete, um zum Jahreswechsel zwei Wochen auf den Seychellen, in Paris, Rom und Westafrika zu verbringen. Collors geschätztes Gesamtvermögen hätte zu diesem Zeitpunkt noch nicht gereicht, nur die Jetkosten zu finanzieren.

Während seiner Regierungszeit flog als erstes das Tun und Wirken seiner Ehefrau Rosane Malla Collor auf. Als Sprößling eines brutalen Großgrundbesitzerclans aus Canapi/Alagoas (der Bruder Rosanes, "Nichts im Kopf und den Finger am Abzug" (2) konnte als repräsentativer Sproß der Familie bereits mit 15 seinen ersten ungesühnten Politmord verbuchen) verwandelte sich die "schlecht herausgeputzte Cinderella" (3) aus dem Sertao in die erste Dame des Landes. In dieser Funktion war sie nun Vorsitzende des Wohlfahrtsverbandes LBA, in dem sie fünf Jahre zuvor noch als Sekretärin gearbeitet hatte und verschob kurzerhand Finanzbeiträge an eine philanthropische Einrichtung zur Pflege von Waisenkindern, deren Sitz die private Adresse ihrer Mutter war und die lediglich auf dem Papier existierte. Ihrem Bruder Pompilho ließ sie für die Verteilung von Trinkwasser im dürregeplagten Sertao ca. 330.000 DM zukommen, wobei dann nachgewiesen wurde, daß er niemals im Besitz auch nur eines Tankwagens gewesen ist. Auch die "Construtora Malta" - ebenfalls Familie - erhielt 195.000 DM für sog. Wassertransporte. Die Schwägerin Maria Auxiliadora verbuchte 600.000 DM für nie stattgefundene "Ausbildungskurse" für arme Teile der Bevölkerung usw.

Ihrer besten Freundin ließ sie zum Geburtstag eine Riesenparty auf Kosten der Wohlfahrtskassen im Präsidentenpalast ausrichten. Im Swimmingpool schwammen Blumenbuketts auf Flößen, die anwesenden TV-Sternchen und Klatschkolumnisten bevorzugten, in Krabben, Langusten und Kaviar zu baden.

Dies aber war nur Amateurwerk im Vergleich zu dem sog. PC-Schema (PC steht für die Initialen von Paulo Caesar Farias, dem langjährigen Freund Collors und Schatzmeister seiner Partei). Hier ging es an das große Geld.

PC hatte sich spezialisiert als Vermittler von Geschäften der Regierung bzw. als Vermittler von öffentlichen Aufträgen an Privatfirmen. In dieser Funktion verfügte er über ein Kontaktnetz in quasi alle Ministerien hinein. Bis zu 30% der Gegenwerte der Aufträge flossen zurück in die Kassen des Schema PC und über Fantomas (erfundene Personen, unter deren Namen Konten eröffnet und Schecks deponiert wurden) weiter in die Konten der Beteiligten, einschließlich des Präsidenten, seiner Frau, seiner Ex-Frau, seiner Mutter u.a.m. Es wird vermutet, daß der größte Teil des Geldes ins Ausland wanderte, wo PC unter falschen Adressen Firmen eröffnete und von Vertrauensleuten kontrollieren ließ. Er finanzierte aber auch Wahlkampagnen von politischen Freunden mit diesem Geld oder "verlieh" kurzerhand mal 3,5 Mio. US-Dollar an den Unternehmer Wagner Canhedo, als dieser die Fluggesellschaft Vasp kaufte.

Die Untersuchungskommission des Parlamentes trug in den 84 Tagen ihrer Arbeit 40.000 Schecks zusammen, die die Verflechtung zwischen PC Farias und Collor beleuchteten und wies nach, daß lediglich für die privaten Ausgaben des Ehepaares Collor 350.000 US-Dollar im Monat zur Verfügung standen. So ließ Fernando Collor beispielsweise den Garten seines Privathauses für die kleine Summe von 2,5 Millionen US-Dollar herrichten. Dazu gehörten 10 m hohe künstliche Wasserfälle, japanische Karpfen mit Sonderregulierungssystemen für Wassertemperatur und -sauerstoff etc. Unersättlich erwies sich die "Barbie des Wahltreffs", wie Rosane während der Präsidentschaftskampagne genannt wurde. Selbst der große Summen gewöhnte PC stöhnte: "Die Dame ist reichlich teuer." Bei einem schnellen Nachmittagsbummel in Rom bei Escada und Beltrami 15.000 US-Dollar zu lassen war ein Leichtes. Als wäre sie die Imelda Marcos des brasilianischen Sertao,

bestellte sie kurzerhand mal 90 Kleider bei einer befreundeten Stylistin oder kaufte für 9 Mio. Cr-Dollar Unterwäsche.

Die angesehene Zeitschrift "Veja" rechnete alle aufgedeckten Finanzskandale zusammen und kam auf die Summe von 27 Milliarden US-Dollar, die Ziel der Ambitionen der verschiedenen Korruptionsnetze des Schemas gewesen sind. Das Meiste davon ist nicht abgeflossen. Dieselbe Zeitschrift gibt zwei Gründe für das Auffliegen der verschiedenen Korruptionsnetze an: Das Nichtbeachten des Mafiaprinzips des Schweigens, d.h. der selbstgefällige, eitle Protz mit den eingesackten Summen (so erzählte PC Farias bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß von seinen Geschäften er 30% und Präsident Collor 70% erhielten) und die großen Dimensionen dieses Korruptionsnetzes, daß von der Collorgruppe aufgebaut wurde.

Fora Collor

Plötzlich ging es Schlag auf Schlag. Ausgelöst durch einen internen Zwist mit seinem Bruder erfuhr die erstaunte Öffentlichkeit vom abtrünnigen Familienmitglied Details über das Schema PC, die den Präsidenten stark belasteten. Pedro Collor, der Bruder, war mit seinen Aussagen Anlaß für eine parlamentarische Untersuchungskommission, die durch konsequentes und schnelles Handeln, vor allem der Oppositionspolitiker, den Nachweis der Existenz des Korruptionsschemas, vor allem aber der direkten Begünstigung des Präsidenten durch das Schema PC, erbrachte. Wie entfernt man nun aber einen korrupten Präsidenten von der Macht?

Erstmalig in der brasilianischen Geschichte wurde ein solcher Prozeß mit demokratischen Spielregeln, dem sog. Impeachmentverfahren, vollzogen. Im Nachhinein scheint die Geschichte einfacher als sie wirklich war. Denn erst durch die Massendemonstrationen, den Bürgerzorn und die Rebellion der Jugend wurden die Voraussetzungen im parlamentarischen Raum geschaffen, die diesen Prozeß ermöglichten. Die Details, wie z.B., ob die Abstimmung offen oder geheim sein sollte, ob sie vor oder nach den Kommunalwahlen des 3. Oktober stattfinden sollte, sind nun taktisches Nebengeplänkel und nebensächlich geworden. Was bleibt ist die enorme Stärkung der zivilen Gesellschaft und der Bürgerbewegung, die gegenüber dem Staat zu verzeichnen ist. Das Versprechen und die Hoffnung sind gewachsen, daß Korruption und Mißbrauch der öffentlichen Hand bestraft werden können. Erstmalig ist der "jeito", mit dem im öffentlichen Leben immer alles möglich gemacht wird, nicht mehr salonfähig, sondern von der öffentlichen Meinung geächtet.

Brasilien erlebt einen Rausch der Demokratie. Die Freude ist aber realistisch gesehen nur Anlaß für eine kleine Hoffnung. Der nun angetretene Vize-Präsident, Itamar Franco, ein verschlossener, mimosenhafter, konservativer Politiker, der aber zumindest nicht korrupt zu sein scheint, wird die Wirtschaftspolitik kaum verändern. Allerdings ist er durch die Stärkung des Parlamentes und durch die direkte Beteiligung der Bevölkerung am politischen Geschehen auch mehr, als es ihm vielleicht lieb ist, gezwungen, die Belange und Bedürfnisse der Bevölkerung mit in seiner Politik zu berücksichtigen.

Die ersten Ergebnisse der Kommunalwahlen, die am 3. Oktober stattgefunden haben, deuten auf einen deutlichen Linksruck hin. Zum Teil wurden auf dem Land seit Generationen herrschende Familienclans abgelöst. Im zweiten Wahlgang, der in einigen Städten als Stichwahl notwendig geworden ist, ist beispielsweise die Möglichkeit gegeben, daß die Arbeiterpartei Lulas in vier wichtigen Großstädten (Porto Alegre, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Goiaiana und Belo Horizonte) das Rennen macht. Das zeigt, daß der Bürgeraufstand begonnen hat, auch zu einer Veränderung der politischen Landschaft zu führen.

bs., Recife

Anmerkungen:

1) Veja v. 6.11.91

2) Journal do Brasil, 30.9.92

3) a.a.O.

Quellen:

Veja vom 29.1.92; 19.2.92; 8.4.92; 6.5.92; 29.6.92; 19.8.92; 30.9.92; extra vom 30.9.92; 6.11.91;

Journal do Brasil vom 27.9.92; 28.9.92; 30.9.92; 2.10.92

25. Die FMLN im Verhandlungsprozeß

Entwicklungsländer mit dem Rücken zur Wand

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:11

"FMLN ohne Waffen" - so hätte die Schlagzeile am 31. Oktober dieses Jahres heißen können, wäre es nach dem Willen der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN und der Vereinten Nationen gegangen. Im Januar 1992 hatten sich FMLN und salvadorianische Regierung in Mexiko-Stadt auf ein Friedensabkommen geeinigt. (siehe ak 339) Voraussetzung für die Entwaffnung der FMLN ist demnach jedoch ein umfangreicher Demilitarisierungs- und Demokratisierungsprozeß, dessen Schritte in dem Abkommen genau festgelegt sind. Doch die nationale Kaffeeoligarchie, der Unternehmerverband und das Militär, die Stützen der regierenden ARENA-Partei, treten ihre Pfründe nicht freiwillig für ein Stück Papier und etwas Demokratie ab. So gab erst jüngst eine aus dem Friedensabkommen heraus gebildete "Ad-hoc-Kommission" bekannt, daß sich acht von neun Generälen des nationalen Generalstabes des Machtmißbrauches und der schweren Menschenrechtsverletzung schuldig gemacht haben. Das ganze Jahr über hielt der Terror gegen Gewerkschafts- und MenschenrechtsaktivistInnen sowie gegen kritische Zeitungen unentwegt an. So scheint es denn auch allen Beobachtern sicher, daß der Stichtag 31. Oktober nicht eingehalten werden kann.

Wir hatten Gelegenheit, Shafik Handal (siehe Kasten) und Sigfriedo Reyes, beide Mitglieder der politisch-diplomatischen Kommission der FMLN, nach ihrer Einschätzung des Friedensprozesses zu befragen. Beide hielten sich am 17. und 18. September in Berlin auf.

Wo liegen die größten Hindernisse des Friedensprozesses, werden die Abkommen eingehalten?

S. Reyes: Der Friedensprozeß war Anfang Juli in eine Krise geraten, und die FMLN sah sich gezwungen, dem durch verschiedene Maßnahmen entgegenzuwirken. Ende Juli waren es bereits 64 Punkte des Abkommens, die von der Regierung entweder gar nicht oder nur unvollständig erfüllt worden waren. Als größte Hürde im Fortschreiten des Friedensprozesses hat sich die Vergabe von Land als Eigentum sowohl an die KämpferInnen der FMLN als auch an die LandarbeiterInnen erwiesen, die in den von der FMLN besetzten Gebieten das Land besetzt halten und bearbeiten. Die FMLN hat eine Liste vorgelegt, in der die besetzten oder von Ex-KämpferInnen beantragten Ländereien aufgeführt sind: Es sind 5000 Landgüter mit einer Gesamtfläche von 300.000 ha. Die ehemaligen Besitzer werden vom Staat entschädigt. Wollen sie das Land behalten, dann ist der Staat verpflichtet, den Bewerbern ein anderes Gut zur Verfügung zu stellen. 80 Prozent der ehemaligen Besitzer haben sich aber bereit erklärt, die Landgüter abzugeben. Die Erwerber bekommen einen sehr Kredit, den sie binnen 30 Jahren zurückzahlen sollen. Die Regierung behauptet, daß die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, um auch nur 10 Prozent der Ländereien zu finanzieren und daß der Rest nur über ausländische Hilfe gewährleistet werden könnte.

Sie will das Land daher in folgender Reihenfolge vergeben: Zunächst sollen die Kämpfer der FMLN Eigentumsurkunden erhalten und dann erst, falls noch Geld vorhanden ist, die restlichen Landarbeiter. Die Absicht dahinter ist klar: Erstens will die Regierung das Abkommen in dieser Frage nicht einhalten, zweitens soll die FMLN von ihrer sozialen Basis distanziert werden. Tausende von Menschen haben in den von der FMLN besetzten Gebieten Häuser gebaut, Land bearbeitet und bepflanzt. Wenn diese Regierung ihr Vorhaben durchsetzen sollte, würde eine explosive Mischung entstehen, die den Friedensprozeß zum Scheitern bringen könnte. Die FMLN wird dies nicht erlauben.

Aus den Bergen in die Streifenwagen

Am 30. Juni hat die FMLN, wie im Abkommen vereinbart, 20 Prozent ihrer Verbände entlassen. Die Regierung hatte sich verpflichtet, die nötige Wiedereingliederungshilfe zu leisten sowie für notwendige Sicherheitsmaßnahmen zu sorgen; diese Verpflichtungen hat sie bis heute nicht erfüllt. Aus diesem Grunde hat die FMLN die Auflösung eines weiteren Kontingentes von 20% ihrer Verbände ausgesetzt. Der Territorialdienst der Armee hätte ebenfalls zu diesem Zeitpunkt abgeschafft sein sollen, was noch immer nicht geschehen ist. Diese paramilitärische Einrichtung, die in Patroullien organisiert ist, umfaßt mehr als hunderttausend Personen. Ihre Funktion besteht darin, die Bevölkerung in jedem Stadtbezirk und in jedem Landkreis zu kontrollieren und einzuschüchtern, besonders zu Wahlzeiten. Dieser Dienst hat auch die Zwangsrekrutierung für die Armee durchgeführt. Das Gesetz, das diesen Dienst abschafft, heißt "Gesetz für Miliärdienst und

Reserve". Es verbietet die Gefangennahme von Zivilisten als Rekrutierungsverfahren. Dieses Gesetz hatte nur einen kleinen Fehler: Schlitzohrig hatte nämlich die Regierung die Abschaffung des Territorialdienstes im Text nicht erwähnt. Sie mußte schließlich einlenken und diesen Passus einige Tage später in den Gesetzestext einbringen. Der Reservedienst hat von nun an jegliche Aktivität zur Kontrolle der öffentlichen Ordnung sowie der Bevölkerung einzustellen.

Die UNO leistete in dieser Phase einen Beitrag zur Reaktivierung der Friedensprozesses. Ihr Subsekretär für Friedensfragen, Mark Goulding, kam nach San Salvador, und es gelang am 19. August eine Vereinbarung zur Fortführung des Friedensprozesses.

S. Handal: Die Regierung versuchte lange Zeit, die Auflösung der Finanzpolizei und der Nationalgarde zu umgehen. Sie änderte bloß die Namen dieser berüchtigten Repressionsorgane und verursachte somit im April die erste Abkommenskrise. Schließlich mußte sie doch einlenken und das Gesetz zur vollständigen Auflösung dieser Institutionen in das Parlament einbringen.

S. Reyes: Seit drei Wochen gibt es bemerkenswerte Fortschritte. In der neu gegründeten Polizeiakademie lassen sich eine beträchtliche Anzahl ehemaliger KämpferInnen der FMLN ausbilden, um sich für die neue demokratisierte nationale Zivilpolizei zu bewerben.

Kampf in der Friedenskommision

Ebenso wichtig wie die Reform der Polizei sind die der Justiz und der Gesetzgebung. Diese Punkte sind in den Vereinbarungen von Mexiko nur oberflächlich gehalten.

S. Handal: Das Abkommen beinhaltet Reformen in der Gesetzgebung. Die Verfassung wurde bereits geändert, und davon wurden weitere Reformen abgeleitet, wie z.B. die der Rechtsprechungsorgane. Diese Reformen müssen von der COPAZ (Kommission des Friedens) verabschiedet werden, die außerdem noch 100 Gesetzesentwürfe beschließen muß, darunter drei Gesetzbücher. Dies ist eine mühselige Arbeit: Die COPAZ ist eine Kampfarena, die mit je einem Mitglied der im Parlament vertretenen Parteien sowie einem Regierungsvertreter und einem Vertreter der FMLN besetzt ist.

Der Kampf um die Einhaltung der Abkommen wird bald einen wahlpolitischen Charakter bekommen. Am Wahltag im März 1994 werden in El Salvador zur gleichen Zeit der Präsident, die nationale und die regionale Legislative und die kommunalen Regierungen gewählt. Solch vollständige Wahlen gibt es in El Salvador nur alle 15 Jahre. Zur Zeit erarbeitet COPAZ das Wahlgesetzbuch. Beim heutigen Wahlsystem ist es für ca. 4O000 BürgerInnen möglich, bis zu vierzehn Mal ihre Stimme abzugeben: Das macht eine Gesamtsumme von 500000 Wahlstimmen! Die Regierung hat kein Interesse daran, dieser Einladung zum Wahlbetrug Einhalt zu gebieten und redet sich heraus, es fehle ihr an Geld für die Einrichtung eines neuen Wahlsystems. Eine Absicht unserer jetzigen Reise ist es, politische wie finanzielle Unterstützung für die Wahlreform zu erhalten. Mit dieser Absicht führen wir Treffen mit einigen europäischen Regierungen und einigen der wichtigsten Parteien durch.

Wir und die Mehrheit der Parteien, von den Sozialdemokraten über die Christlich-Sozialen bis hin zu den Christdemokraten, wollen, daß die UNO den Prozeß bis zu den Wahlen beobachtet. Die FMLN will eine Plattform bilden, um den Demokratisierungsprozeß zu fördern und damit das Entstehen einer pluralistischen Regierung nach den Wahlen zu ermöglichen. Nur solch eine Regierung kann den Friedensprozeß verwirklichen, die jetzige wird es sicherlich nicht tun.

Ein Teil der zu reformierenden Gesetze müssen im FES (Forum für Wirtschaft und Soziales) behandelt werden. Dieses Forum konnte erst mit siebenmonatiger Verspätung eingerichtet werden, da der Unternehmerverband sich weigerte, mit Regierung und vor allem Gewerkschaften über Gesetze zu beraten. Vor allem geht es dabei um das Agrar- und das Arbeitsrecht. Immer wieder nach demselben Muster versuchen die bisherigen Machthaber, Reformen mit allen Mitteln zu verzögern.

In ONUSAL (Organisation der UNO, die für die Verifizierung des Abkommens, für die Innere Sicherheit, die Kontrolle der Polizei, die Kontrolle der Menschenrechte und Ermittlungen im Fall von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, d. Red.) gibt es viele Chilenen, Argentinier und Uruguayer, die zur Zeit des Staatsterrors in ihren Ländern Mitglieder der Repressionsorgane waren. Ferner spanische

Polizisten, deren Doktrin sich seit den Francozeiten kaum verändert hat. Wie steht die FMLN zu dieser Zusammensetzung?

S. Handal: Anfangs standen wir den Chilenen und Uruguayern skeptisch gegenüber, den Spaniern nicht, denn wir glauben, daß sich in diesem Land in den letzten Jahres schon etwas geändert hat. Wir haben deshalb mit Vertretern von fortschrittlichen Kräften in Uruguay und Chile gesprochen. Sie meinten, sie könnten uns Listen von Polizeiangehörigen geben, für die sie bürgen würden. Zudem erklärten sie uns auch, daß es für ihre Länder nützlich wäre, wenn einige Polizeimitglieder an einem Demokratisierungsprozeß teilnehmen könnten, um später ihre in El Salvador gemachten Erfahrungen einbringen zu können. Und ich muß sagen, daß die Mehrheit von ihnen ihren Dienst sehr gut ausübt. Zu den Truppen von ONUSAL gehören neben Mexikanern auch spanischsprechende Schweden, Kanadier und Italiener. Das einzige Problem ist, daß das Personal einfach noch nicht ausreicht, um die Fülle von Aufgaben zu bewältigen.

Es gab nämlich in der letzten Zeit eine Serie von Attentaten: Morde, Morddrohungen, Brand- und Bombenattentate. Sie werden von der Regierung als normale Verbrechen behandelt, trotz der eindeutigen Zeichen, daß es sich dabei weiterhin um politische Attentate der Todesschwadrone handelt. Sie üben Attentate gegen Mitglieder der FMLN, aber auch gegen Mitglieder der Armee aus, damit ein Vergeltungsschlag der FMLN vermutet wird. Häufig sind die Angriffe gegen Vertreter der Menschenrechtsorganisationen gerichtet. So ist der Vizepräsident der Prokuratur für Menschenrechte, Pineda Valenzuela, nach einem Attentat heute fast total gelähmt. Dieser Mann war Staatsanwalt im Prozeß um die Ermordung der sechs Jesuitenpater im November 1989 und hat während dieses Prozesses mutig sein Amt ausgeübt.

Wie entwickelt sich die Umwandlung der FMLN in eine politische Partei?

S. Handal: Am 2. September hat die FMLN in einem feierlichen Akt die Formalitäten erledigt, um als politische Partei legalisiert zu werden. Die Umwandlung der FMLN beinhaltet verschiedene Aspekte. Der rechtliche, also die Legalisierung, konnte wegen der Verzögerungstaktik der Regierung erst verspätet beginnen. Was die Organisationsform betrifft, so zeigt die territoriale Strukturierung beträchtliche Fortschritte. Die Frente ist in 202 von insgesamt 266 Verwaltungseinheiten repräsentiert, und bald werden wir im ganzen Land präsent sein.

Ein weiterer Aspekt ist der Charakter der FMLN: Sie wird weiterhin eine Frente sein, die aus fünf Organisationen besteht. Es gibt aber eine zunehmende Anzahl von Menschen, die Anhänger der FMLN als Gesamtheit sind und es weiterhin bleiben wollen, ohne dabei einer der fünf Organisationen angehören zu wollen. In den verabschiedeten Statuten steht, daß es in der FMLN einige Strukturen geben wird, die von den fünf Organisationen paritätisch besetzt werden sollen. Die Mehrheit der Strukturen, besonders die, die die Kontakte zur Basis herstellen, werden nach dem Modus "eine Person - eine Stimme" besetzt.

Zum programmatischen und ideologischen Aspekt kann ich sagen, daß die fünf Organisationen sich über das Programm der demokratischen Veränderungen im Land absolut einig sind. Ein großer Teil davon ist im Friedensabkommen festgeschrieben. Was die historische Utopie, also die Gestaltung der Zukunft betrifft, gibt es verschiedene Positionen. Die Mitgliedsorganisationen und die einzelnen Mitglieder haben in dieser Frage die absolute Freiheit, ihre Meinung zu äußern. Wir wollen, daß daraus eine fruchtbare Debatte entsteht, die wir auch einfordern.

Noch am Anfang des Jahres sagte uns ein Vertreter der politischen Führung der FMLN, daß diese sich auf Kommunalarbeit konzentrieren will und darüberhinaus mit einigen Parlamentssitzen rechnet - weiter nichts. Gelten diese Ziele noch?

S. Handal: Nein, unsere Ziele sind natürlich höher gesteckt. Die Umfragen zeigen deutlich, daß wir mit 20 Prozent der Stimmen hinter der Regierungspartei ARENA, jedoch noch vor den Christdemokraten an zweiter Stelle der Beliebtheit stehen, mit steigender Tendenz. Die Attraktivität der Arena-Partei hingegen nimmt ab.

"Der Eurozentrismus wurde überwunden"

Es gibt eine Reihe von kommunistischen Parteien, die sich auf die Sozialdemokratie zubewegen. Wie ergeht es der kommunistischen Partei El Salvadors? Welche Bedeutung hatte Ihre Anwesenheit auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale?

S. Handal: Wir haben nicht erst seit gestern Beziehungen zu den sozialdemokratischen Parteien, diese haben wir auch zu einzelnen Mitgliedsparteien der christdemokratischen Internationale. Wir hatten sogar Kontakte zu den letztgenannten, als wir gegen die von dem Christdemokraten Jose Napoleon Duarte geführte Regierung in El Salvador gekämpft haben. Als einzige salvadorianische Partei ist die MDR (Demokratisch Revolutionäre Bewegung) Mitglied der Sozialistischen Internationale. Sie gehörte bis vor kurzem dem Parteienbündnis "Demokratische Konvergenz" an, mit dem wir während des Krieges eine Allianz hatten.

Was die ideologische Seite angeht, glauben wir, daß es seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus keine Erfolgsrezepte über die Art und Weise gibt, wie der Sozialismus aufgebaut werden kann. Dieser Zusammenbruch befreite viele sozialistische und kommunistische Parteien in Lateinamerika von den in Europa entstandenen Richtlinien. Der Eurozentrismus wurde überwunden. Die FMLN bleibt eine revolutionäre Kraft, eine basisnahe Partei, die darauf zielt, sich weiter in die Gesellschaft zu integrieren. Enge Beziehungen zu den Gewerkschaften, Bauernverbänden, Jugend-, Frauen- und Kommunalorganisationen zu pflegen ist eine Herausforderung, aus der sich die Ziele und die Gestaltung der Partei herauskristallisieren werden. In Lateinamerika gibt es einige linke Bewegungen, die auf diese Art und Weise aufgebaut werden. Die politischen Parteien sind Organisationsformen, die in Lateinamerika zunehmend an Glaubwürdigkeit und Vertrauen verlieren. Sie können nur überleben, wenn sie sich in Basisorganisationen verwandeln, insbesondere die linken Parteien. In den Gewerkschaften geschieht ähnliches.

Wurde innerhalb der FMLN die Absicht geäußert, die Mitgliedschaft in der SI zu beantragen?

S. Handal: Es gab darüber Meinungsäußerungen, mehr nicht. Es stand nie auf der Tagesordnung. Ob das weiter so sein wird, kann ich nicht sagen. Das einzige Forum, bei dem wir eine Mitgliedschaft beantragt haben, ist die COPAL (Konferenz der linken Parteien Lateinamerikas), in der alle fortschrittlichen Parteien aus verschiedenen Richtungen vertreten sind.

Wo sollten in Zukunft die Schwerpunkte der Solidaritätsbewegung liegen?

S. Handal: Wir wollen einen Volkssektor in der Wirtschaft errichten und Projekte voranbringen, die keinen paternalistischen Charakter haben. Diese sollen der Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln und in Konkurrenz zu den traditionellen Privatunternehmen zu treten. Diese Projekte laufen schon seit längerem, und dort hat sich die solidarische Zusammenarbeit als äußerst positiv erwiesen.

Shafik Jorge Handal, Sohn palästinensischer Einwanderer, schloß sich 1950 der Studentenbewegung an und trat in die illegale kommunistische Partei ein. 1952 mußte er erstmals ins Exil fliehen. 1956 Rückkehr ins Land, mehrfache Festnahmen, Folter, 1959 erneut Exil. Im Jahre 1969 wurde er zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei gewählt. Während der linke Flügel unter der Führung von Cayetano Carpio die KP verließ und 1970 die politisch-militärische Organisation FPL zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes gründete, schmiedete Shafik Handal 1972 mit Christdemokraten und Sozialdemokraten die Wahlallianz UNO, um die Militärdiktatur an den Urnen zu schlagen. Die UNO wurde vom Militärregime 1972 ebenso wie 1977 um ihren Wahlerfolg betrogen. Am 15. Oktober 1979 putschten "junge Offiziere" mit Hilfe der USA gegen die abgehalfterte Militärdiktatur. Sie versprachen eine demokratische Öffnung und wollten ein "zweites Nicaragua" verhindern. Christdemokraten, Sozialdemokraten und die von Shafik geführte KP unterstützten die aus dem Putsch hervorgegangene zivil-militärische Junta.

Nach dem Mord an Erzbischof Romero am 24. März 1980 riß die KP das Steuer herum, setzte sich selbstkritisch mit ihrem legalistischen und reformistischen Kurs auseinander und sprach sich für den bewaffneten Kampf aus. Im Oktober 1980 vereinigten sich die fünf Organisationen FPL, ERP, RN, PRTC und Kommunistische Partei zur Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" (FMLN), deren kollektiver Führung Shafik Handal seither angehört.

"Uruguay-Runde" des GATT

Entwicklungsländer mit dem Rücken zur Wand

Im September 1986 trafen sich in dem östlich von Montevideo gelegenen Luxus-Badeort Punta del Este 92 Handelsminister der in dem "Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen" ("General Agreement of Tariffs and Trade" - GATT) zusammengeschlossenen Länder. Seither versuchte man vergeblich, in den 15 Sachgebieten der sog. "Uruguay-Runde" zu einer Übereinkunft zu gelangen.

Seit über zwei Jahren ist diese achte GATT-Konferenz festgefahren, da sich die EG und die Vereinigten Staaten nicht über konkurrierende Welt-Agrarhandelsinteressen einigen konnten. Auch die Ende Juni von den zuständigen Landwirtschaftministern beschlossene Reform der "Gemeinsamen Agrarpolitik" der EG verlieh den GATT-Verhandlungen bisher keinen neuen Schwung. Vermutlich wird es erst nach der Vereidigung des neugewählten US-amerikanischen Präsidenten, im Januar 1993, zu einem Abschluß der Uruguay-Runde kommen.

Für die peripheren Staaten steht in dieser GATT-Konferenz viel auf dem Spiel: Die neuen Verhandlungsthemen (Schutz "geistigen Eigentums", Dienstleistungsfreiheit und Schutz handelsbezogener Investitionen) werden den Privatisierungsdruck erhöhen, ausländische Konzerne stärken, Abhängigkeitsstrukturen zu den Metropolen vertiefen und ihre nationale Souveränität untergraben.

Im folgenden sollen die wichtigsten Verhandlungsthemen der Uruguay-Runde vorgestellt werden. Diese werden untersucht nach Interessenslagen und Verhandlungstaktik der Industrie- und Entwicklungsländer sowie nach inner-imperialistischen Konfliktlinien.

26. Sendero Luminoso: Die materialisiertey Gewalt der Philosophie

Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:24

Als Abimael Guzmán, der Kopf, der Führer, der Vorsitzende der Kommunitischen Partei Perus/Sendero Luminoso (PCP/SL) gefangenen genommen wurde, hatte damit die peruanische Regierung nicht nur den "Staatsfeind Nummer 1" dingfest gemacht, sondern auch für Schlagzeilen über die Landesgrenzen hinaus gesorgt. Denn Sendero Luminoso gilt weltweit als eine der - je nach Sprachgebrauch - entschiedendsten, gewaltätigsten, brutalsten, rücksichtslosesten aber auch erfolgreichsten Guerillaorganisationen der Gegenwart. Nach der Vorgeschichte der letzten zehn Jahre Auseinandersetzung zwischen Regierung und Militär einerseits und Sendero andererseits wundert man sich eigentlich nur noch, daß der "Kurze Prozeß", den die peruanische Justiz Guzmán lieferte, nicht in der sofortigen Liquidation endete. Sie verurteilte ihn innerhalb zweier Wochen durch ein Militärgericht, das auf einer vorgelagerten Insel tagte und an dem nur vermummte Richter teilnahmen, zu einer lebenslangen Haftstrafe. Der Prozeß war mehr als eine Farce. Die Regierung entblödete sich nicht einmal, den Gefangenen in einem Käfig einer hungrigen Jounalistenmeute in einem Hotel vorzuführen, gleich einem wilden Tier, das sich in Freiheit über sie stürzen würde. Und die Journaille war sich nicht zu schade, Akteure eines solchen Schauspiels zu sein.

Sendero Luminoso unterscheidet sich derart eklatant von dem Mythos lateinamerikanischer Guerillabewegungen, daß sich die internationale Gemeinde der Anhänger dieses Mythos fast unisono von ihr abwandte. Den Flair, der die kolumbianische, auch die guatemaltekische, vor allem aber die urugayische und argentische, später die nicaragunaischen und die salvadorianische Guerillla begleitete, hatte Sendero von Anfang an nicht. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Erstens verstand sich Sendero niemals als bewaffneter, sozialrevolutionärer Arm der Armen, sondern als Avantgarde und kämpfende Einheit für ihre Auffassung von Kommunismus - in anderem Sprachgebrauch selbsternannte Avantgarde. Zweitens wurde jeder politische Schritt rationell und rational als ein Baustein der Erlangung der politischen Macht beschrieben. Und drittens entfaltete Sendero eine Entschiedenheit und Brutalität im politischen und militärischen Kampf, die außerhalb ihrer selbst nur noch Feinde kannte und in der Praxis zu einer Liquidationspraxis gegenüber anderen Teilen der Linken führte. Zum Verständnis der Entstehung dieser Organisation vor dem Hintergrund der Geschichte und der gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen in Peru im nachfolgenden eine leicht überarbeitete Fassung eines Artikel aus dem Jahr 1991, ak 326.

Im Jahr 1980 nahm die Partido Comunista del Peru (PCP) den bewaffneten Kampf auf. Gegründet wurde sie 1970 als regionale Abspaltung der Partido Comunista del Peru - Bandera Roja (PCP-BR) in Ayacucho.

Ihre historischen Wurzeln hat die PCP in den sechziger Jahren. Der Streit zwischen der UdSSR und China um den richtigen Weg zum Kommunismus und die Vorherrschaft in der kommunistische Weltbewegung führte auch in Peru zur Spaltung der PCP in die prosowjetische PCP-Unidad (PCP-U) und die prochinesische PCP-Bandera Roja (PCP-BR). Unmittelbarer interner Grund für die Spaltung war der Aufruf der PCP-U zur Wahl des konservativen Präsidentschaftskandidaten Belaunde im Jahr 1963. Eine der Hochburgen der PCP-BR war Ayacucho, wo der heutige Vorsitzende der PCP, Abimael Guzmán, an der neugegründeten Universität Philosophie lehrte. In Ayacucho kontrollierten die PCP-BR und deren Studentenorganisation, die Frente Estudiantil Revolucionario (FER), die Hochschulgremien.

1971 wurde Guzmán aus der PCP-BR ausgeschlossen, weil er kritisierte, daß die Partei die Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf vernachlässige und er darüber hinaus dem Vorsitzenden Paredes Personenkult vorwarf. Mit der Parteibasis in Ayacucho gründete Guzmán die Partido Comunista Peruana, damals noch mit dem Zusatz "Für den erleuchteten Pfad von José Carlos Mariátegui (1)!". Gemeinsam mit den Studenten baute Guzmán die Universität von Ayacucho zur "Kaderschmiede" der PCP-SL aus. Von dort trugen die vom Land kommenden Studenten, vor allem die ausgebildeten Lehrer, die Ideologie der PCP-SL in die Dörfer und bauten die Parteibasis auf.

Die Soziale Basis von Sendero

Ursprung, Basis und Verankerung der PCP-SL lassen sich nur im Kontext der jüngeren Geschichte der Entwicklungen im Verlauf der 80er Jahre erklären. Umfragen des peruanischen Instituts APOYO ergaben, daß

die Sympathien für Sendero mit dem Grad der sozialen Verelendung steigen. Sie sind bei Jugendlichen und Unorganisierten deutlich höher als bei Erwachsenen und Organisierten. Die Umfrage wurde in Lima gemacht, wo ein Drittel aller PeruanerInnen lebt und auf das sich mehr als 70% der senderistischen Anschläge konzentrieren. In der Gruppe der "Ärmsten der Armen" halten 38% einen Sieg Senderos für wahrscheinlich. Für 17% ist Guzmán eine positive Führungspersönlichkeit.

Bei den von SL organisierten Kundgebungen fällt der hohe Anteil an Jugendlichen auf, bis zu 80/90%. Auch der Anteil von Frauen auf allen Ebenen soll vergleichsweise hoch sein. Der eigentliche Kern der Partei wird von dem linken Abgeordneten Bernales auf 1200 Kader geschätzt. Die unter Waffen stehenden Einheiten der Guerilla gibt Bernales mit 3000 an, das UnterstützerInnennetzt soll 60.000 Menschen umfassen.

Die peruanische Gesellschaft ist grundlegend von einem Rassismus geprägt, dessen Ursprung bis zum Beginn der Kolonisierung durch die Spanier zurückgeht. Mit rassistischer Unterdrückung durch die kreolische Bourgeoisie werden bis heute die neokolonialen Ausbeutungs-, Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse aufrechterhalten. Eine nationale Identität gibt es nicht, "mit allen denkbaren Mitteln wurde (in den letzten 500 Jahren; der Verf.) jeder Versuch zerschlagen, eine nationale Identität zu entwickeln" (2). Die kulturellen Traditionen wurden vernichtet, das Sprechen des Quetschua verboten. Bis Anfang (z.T. Mitte) des Jahrhunderts war der Großgrundbesitzer auf dem Land der uneingeschränkte Herrscher, der mit despotischer Gewaltausübung die Bevölkerung unterdrückte und abhängig machte.

Der Rassismus der weißen Elite gegen die Mestizen- und Indiobevölkerung findet heute seine Fortsetzung im Rassismus der Küstenbewohner gegen die indianische Bauernbevölkerung aus den Anden oder dem Urwald. In Folge der Landflucht sind auch die Bewohner der Barriadas von Lima Opfer dieser rassistischen Unterdrückung.

Der ganze peruanische Staat ist sowohl politisch und gesellschaftlich als auch wirtschaftlich zentralistisch auf die Hauptstadt Lima zugeschnitten. Für die Bewohner der Anden gibt es genauso wenig eine Perspektive, wie für die Bewohner der Barriadas. Nur in diesem Kontext läßt sich erklären, wo und wie Sendero Luminoso entstanden ist, wo er seine soziale Basis hat. Drei Gruppen sind es vor allem, von denen Sendero unterstützt wird.

Zunächst sind dies die arme, mestizische Studentenschaft, sowie die intellektuelle Elite der Provinzen. Beide sind "intellektuell an den Rand gedrängt durch die kreolische Elite der Hauptstadt" (3). Für sie gibt es in der peruanischen Gesellschaft keinerlei Perspektive. In den sechziger und siebziger Jahren haben sie für das Recht auf Bildung gekämpft. Universitäten stellten daher eine Triebfeder für die Modernisierung der Andenregionen dar. Ayacucho war ein Zentrum dieser Bewegung. Mitte der siebziger Jahre brach dieser Impuls ab (4), mit dem Ergebnis, daß es eine große Men\ge Jugendlicher gab (und gibt), die eine Segundaria-Ausbildung oder eine Universitätsausbildung erhalten haben, die sich von ihrer Herkunft aus den indianischen Gemeinden entfremdet haben, denen ein Stück weit die gesellschaftliche Realität bewußt (gemacht) wurde, ohne daß sie heute irgendeine Perspektive hätten. Für eine Modernisierung fehlen in Peru, insbesondere in den Andenregionen, alle Voraussetzungen. Warum sich viele Studenten gerade dem autoritären Leuchtenden Pfad anschließen, läßt sich vielleicht damit erklären, daß der "Leuchtende Pfad die Möglichkeit bietet, gegen die autoritären Strukturen (in den Familien und der Gesellschaft; der Verf.) formell und radikal vorzugehen und dabei gleichzeitig innerhalb der Partei genau diese Strukturen zu reproduzieren" (5).

Die zweite Gruppe, die Teil einer sozialen Basis von Sendero ist, findet sich unter den armen indianischen Bauern der Anden. Die Gebiete um Ayacucho und Apurimac sind von allen Zentralregierungen total vernachlässigt worden. Sie gehören zu den ärmsten und unterentwickelsten Gebieten Perus. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug 1981 im Departamento Ayacucho nur ein Drittel des Landesdurchschnittes, die Analphabetenrate 44,6% (gegenüber 20% im Landesdurchschnitt). In 81% der Haushalte gab es weder Strom, noch Wasser (in ländlichen Gebieten 99%), nennenswerte Investitionen gab es nicht (6).

Selbst die Großgrundbesitzer hatten sich schon längst aus dem Gebiet zurückgezogen, weil es abgelegen und nicht rentabel war, so daß selbst die Agrarreform nicht greifen konnte. Dieses Machtvakuum wußte Sendero für sich zu nutzen. Da die Strukturen des Gamonalismus (7), dem die Indios praktisch rechtlos und willkürlich

ausgeliefert waren, auch nach dem Rückzug der Großgrundbesitzer weiter existierten, konnte sich Sendero, in dem er sich für ihren Schutz einsetzte, die Unterstützung der Bauern gewinnen (8), für sie ein Stück "Ordnung und Rechtssicherheit" darstellen. Darüber hinaus entsprach die Forderung von Sendero, das Land an die Bauern unmittelbar zu verteilen und nicht an Kooperativen, deren Interessen.

Die dritte Gruppe umfaßt die Coca-Bauern des Alto-Huallaga. Ihnen garantiert Sendero einerseits feste Abnahmepreise und Schutz vor der kolumbianischen Mafia und ihrer Privatarmee, deren Repressalien sie bis Mitte der achtziger Jahre schutzlos ausgeliefert waren. Andererseits schützt Sendero die Bauern vor den Anti-Drogenmaßnahmen der Polizei und des Militärs. Mit der Drogenmafia hat Sendero ein taktisches Bündnis geschlossen, als Gegenleistung verlangt Sendero eine "Steuer" für den Abtransport der Coca-Paste.

Für alle drei genannten Gruppen ist die "extreme Gewalttätigkeit des Leuchtenden Pfades eher eine Kontinuität ihrer Geschichte, als ein Bruch. Die andine Basis des Leuchtenden Pfades kennt seit Jahrhunderten kein anderes Herrschaftsmittel als die nackte Gewalt" (9).

Das "Gonzalo-Denken"

Seit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes im Jahr 1980 nennt sich Guzmán, der uneingeschränkter Führer von Sendero Luminoso ist, "Presidente Gonzalo (10)". Das von ihm begründete "Gonzalo-Denken" sei die "schöpferische Anwendung des Maoismus auf die konkreten Bedingungen der peruanischen Realität" (11). Die PCP-SL sieht sich als einzige legitime Nachfolgerin der von Mariátegui 1928 gegründeten Kommunistischen Partei Perus.

Bis heute gibt es nur wenige Schriften, die etwas über die ideologischen Grundlagen von Sendero und seine Vorstellungen einer "Neuen Gesellschaft" aussagen (12). Ganz augenscheinlich ist aber, daß hier ein Versuch unternommen wurde, das Denken Mariáteguis mit den Lehren Moas in Verbindung und Einklang zu bringen.

Die Botschaft der Senderos an die indianische und arme Bevölkerung ist, nicht für Verbesserungen zu kämpfen, sondern für die Macht. Die dem revolutionären Kampf zugrunde liegende Analyse beschreibt Peru als feudales und halbkoloniales Land. Dazu hätten die Militärs 1968 ein faschistoides, korporistisches System auf Basis eines bürokratischen Kapitalismus errichtet, was sich auch nach der "Demokratisierung" 1978-80 fortsetzt.

Daher sei die Revolution ganz nach Mao auch nur möglich durch einen langanhaltenden, vom Land in die Städte getragenen Volkskrieg. Getragen werden soll die Revolution von den Bauern als Hauptkraft und dem Proletariat als führender Klasse, dem Kleinbürgertum als Bündnispartner und unter Umständen mit Beteiligung der nationalen Bourgeoisie. Wie die Konzentration der militärischen Anschläge auf Lima zeigt, ist in dieser Strategie die Hauptgruppe die arme Bevölkerung, die die Hauptstadt mit einem eisernen Ring von Slums umgibt.

Ganz in der Tradition der marxistisch-leninistischen Bewegung der 60er und 70er Jahre beschreibt SL den "Revisionismus" als einen Hauptfeind im revolutionären Prozeß. Dieser sei ein "Krebsgeschwür", das "unversöhnlich entfernt werden muß, sonst können wir mit der Revolution nicht vorankommen" (13). Dementsprechend sind die "Revisionisten", z.B. linke Bürgermeister, Gewerkschaftsführer, Führer der organisierten Linken, Gewerkschaften, aber auch die andere Guerilla Perus, die MRTA, ein Hauptziel der Aktionen des Leuchtenden Pfades. Denn je mehr sich die Klassenkämpfe zuspitzen, desto mehr werde das Volk erkennen, daß Revisionisten die Arbeiterklasse verrieten (14).

Eine besondere Form nahm dieser Kampf 1991 an, als SL eine Reihe von Anschlägen auf zivile, entwicklungspolitische Projekte verübte. Nach senderistischer Einschätzung sind beispielsweise die Lebensmittelprogramme Formen "imperialistischer Einmischung", die die Ruhigstellung der Elendsviertelbevölkerung bewirken soll. So wurde im September 1991 im Elensviertel Villa El Salvador ein Lebensmittellager gesprengt und dadurch die Lebensmittelverteilung in den Volksküchen verhindert. In einem senderistischen Dokument zur Erläuterung der 2. Kampagne im Rahmen des "5. Großen Plans zur Entwicklung von Basen mit dem Ziel der Machteroberung" werden die nichtstaatlichen Entwicklungshilfeoragnisationen als vom Ausland finanzierter Teil des "Krieges auf niedrigem Niveau" bezeichnet. SL leitete daraus die Forderung ab, das Land zu verlassen und drohte ansonsten mit der

Zerstörung der Projekte. Betroffen hiervon sind internationale Hilfsorganisationen, Entwicklungshilfeprojekte sowie Projekte der Kirchen, hier insbesondere der Vertreter der Theologie der Befreiung. (nach ila Nr. 152)

Oft wird Sendero Luminoso nachgesagt, daß er einen andinen Indigenismus vertrete, d.h. "sich mit der andinen Gedankenwelt, den Symbolen und Mythen, den Utopien auseinandersetze" (15), ein "identitätsstiftende(r) Rückgriff (...) auf das Inkareich" und dessen Traditionen stattfinde (16) und in den roten Zonen "die Machtausübung dem Typ der Inkaherrschaft" gleiche (17). Weder aus den Schriften der PCP noch aus sonstigen Berichten oder Erklärungen geht so etwas eindeutig hervor. Lediglich durch den expliziten Bezug Senderos auf Mariátegui könnte dieses hergeleitet werden. In der Praxis jedoch ist es eher so, daß Sendero zwar pragmatisch auf bestehende indianische Traditionen zurückgreift, bei der Durchsetzung seiner Machtposition dazu aber auch oft in Widerspruch gerät.

Im Gegensatz aber zu anderen peruanischen Guerillabewegungen versucht SL, die andine Gesankenwelt aufzunehmen und in Politik umzuwandeln. Dazu gehört die Nutzung der kommunitären Traditionen der Inka-Gesellschaft und die Propagierung dieser für eine neue Form des Sozialismus. Der Rückgriff auf das Inkareich ist praktisch identitätsstiftend und hat den unmittelbaren Vorteil, daß dies die letzte vorkoloniale Gesellschaftsform gewesen ist. Unter diesem Gesichtpunkt muß auch die von SL ausgeübte Herrschaftsform betrachtet werden. In den "roten Zonen" gleicht die Machtausübung der der Inkaherrschaft. Die Führungsrolle der SL ist anzuerkennen, Land für die Versorgung der SL zu bearbeiten, notfalls Arbeitkraft bereitzustellen, ansonsten kann es aber jede Menge lokaler Unterschiede und Besonderheiten geben.

Soweit die ideologischen Vorstellungen schriftlich festgehalten sind, haben sie einen stark fundamentalistischen Charakter. Sendaros Entwurf einer neuen Gesellschaft gleicht fast einer religiösen Offenbarung: "Der Kommunismus, einzige und unersetzbare neue Gesellschaft, ohne Ausgebeutete und Ausbeuter, ohne Unterdrückte und Unterdrücker, ohne Klassen, ohne Staat, ohne Parteien, ohne Demokratie, ohne Waffen , ohne Krieg, die Gesellschaft der ‚großen Harmonie`. Die radikale und definitive neue Gesellschaft, wohin sich fünfzehntausendmillionen Jahre der Materie in Bewegung finden und die von dem Teil aus, der uns als zeitlose Materie bekannt ist, unaufhaltsam und richtigerweise zerfällt" (18). In dem Interview im "El Diario" heißt es: "Dies (der Kampf des Weltproletariats; der Verf.) ist das Licht. Ohne diese Klarheit sähen unsere Augen nicht; mit diesem Licht aber können unsere Augen sehen und unsere Hände handeln" (19).

Die Entwicklung

des Bürgerkrieges in den 80er Jahren

Auch wenn eine genaue Abgrenzung schwierig ist, läßt sich der Krieg sowohl in Bezug auf die Strategie von Sendero als auch das Vorgehen des Militärs in vier Phasen einteilen.

Die "Robin-Hood-Phase" (1980-1982)

Am 17. Mai 1980 nahm Sendero Luminoso den bewaffneten Kampf auf. Symbolträchtig wird anläßlich der ersten Präsidentschaftswahlen nach zwölf Jahren Militärdiktatur in einem Dorf des Departamento Ayacucho, in Chuschi, das Wahlbüro überfallen. Es begann bis 1982 das, was die "Robin-Hood-Phase" (20) von Sendero Luminoso genannt wird. Sendero beschränkt sich auf symbolische Aktionen, auf Aktionen der bewaffneten Propaganda, Sabotage. In den Regionen, in denen in den siebziger Jahren eine Basis entwickelt worden war, fand Sendero eine breite Unterstützung. Mit bewaffneten Aktionen, die sich gegen Großgrundbesitzer, Polizeistationen, korrupte Beamte und Richter, Repräsentanten des verhaßten Staates (von dem die Bevölkerung nichts mehr erwartet), Viehdiebe etc. richteten, gewannen sie zusätzliche Sympathien und Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer sozialen Situation. 1982 hatte Sendero sich in großen Teilen des Departamentos Ayacuchos, in Teilen von Apurimac und Huancavelica etabliert.

In zwei spektakulären Aktionen manifestierte sich die Stärke Senderos. Am 2. März 1982 gelang es Sendero in der Nacht für einige Stunden die Provinzhauptstadt Ayacucho (80.000 Einwohner) zu besetzen und ca. 300 Häftlinge aus dem Gefängnis zu befreien. Am 11. September 1982 nahmen in Ayacucho fast 15.000 Menschen mit "breitgefächerter Sympathie" (21) an der Beerdigung der Guerillera Edith Lagos teil.

Mit der Kontrolle über bestimmte Gebiete begannen jedoch auch die Schwierigkeiten Senderos. Um seiner Ideologie entsprechend die Städte vom Land her einzukreisen und abzuriegeln, versuchte Sendero, die

regionalen Märkte zu unterbinden. Diese Märkte, deren Traditionen bis in die Inka-Zeit zurückreichen, spielen eine wichtige Rolle in dem Zusammenleben der Indios und bieten der Mehrzahl von ihnen über die eigenen Subsistenz hinaus die einzige Möglichkeit zum Tausch.

Außerdem kam Sendero mit dem Bestreben, stärkere Kontrolle über diese Gebiete auszuüben immer, stärker in Konflikt zu den traditionellen kommunalen Institutionen der unabhängigen Indiogemeinden (22). Mit Strafexpeditionen versuchte Sendero gegen abtrünnige Dörfer und Bauern, die sich wehrten, vorzugehen. Gleichzeitig marschierte nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes das Militär am 21.12.82 in die Region ein.

Bürgerkrieg und Ausnahmezustand

(1983-1985)

Mit der Erklärung des Ausnahmezustandes wurden de facto alle demokratischen Rechte, alle zivilen Ordnungs- und Verwaltungsfunktionen außer Kraft gesetzt. Der Bürgerkrieg verwandelte sich 1983 in einen Krieg alle gegen alle.

Sowohl Sendero als auch das Militär nutzten alte Rivalitäten zwischen verschiedenen Dörfern, Landstreitigkeiten etc. aus, um sie für die jeweiligen Interessen in die kriegerischen Auseinandersetzungen einzuspannen. Allerdings schützte keine der beiden Seiten die Bauern, so daß die Bevölkerung zwischen beiden Seiten zerrieben wurde. Dörfgemeinschaften, die mit Sendero freiwillig oder unfreiwillig zusammengearbeitet hatten bzw. sich weigerten mit dem Militär zusammenzuarbeiten, wurden zum Opfer von "ungezielten Vergeltungsschlägen", d.h. von Hinrichtungen des Militärs, wurden verschleppt, zwangsweise in Wehrdörfern angesiedelt. Dabei geht das Militär nach der vom Kriegsminister erklärten Devise vor, daß das Militär, da alle Bewohner der Sierra dieselben Merkmale aufwiesen, um erfolgreich zu sein, beginnen müsse, Senderistas und Nicht-Senderistas zu töten. "Sie töten 60 Personen und darunter sind bestenfalls drei Senderistas, aber natürlich sagen sie, daß alle sechzig Senderistas gewesen sind" (23). Nach einem Massaker an acht Journalisten im Januar 1983, dessen Umstände bis heute nicht vollständig geklärt sind, das aber wohl zumindest unter Duldung des Militärs oder deren Beteiligung stattgefunden hat, findet dieser Konflikt bis heute faktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Militär wird beraten von Aufstandsbekämpfungstechnikern des Militärs aus den USA, aus Israel und Argentinien. Insbesondere die Anwesenheit von argentinischen Militärs läßt es kaum überraschend erscheinen, daß ab 1983 das "Verschwindenlassen" zur täglichen Realität in der Region wird.

Umgekehrt akzeptiert auch Sendero keine Neutralität, zwingt die Bevölkerung zur Zusammenarbeit. Zwar konnte Sendero den Angriffen des Militärs nicht widerstehen, sondern suchte die direkte Konfrontation zu vermeiden und wich überall zurück, wo das Militär vorrückte, kehrte aber nach Abzug der Soldaten zurück, um ebenfalls Kollaborateure hinzurichten.

In dem "Interview des Jahrhunderts" rechtfertigt Guzmán diese Aktionen und macht deutlich, daß Strafaktionen ein Teil der Strategie Senderos sind. Zu einem Massaker Senderos, bei dem 1983 in Lucanamarca 80 Bewohner ermordet wurden, denen die Zusammenarbeit mit dem Militär unterstellt worden war, obwohl das Dorf für seine Unabhängigkeit sowohl vom Militär als auch von Sendero eintrat, nimmt Guzmán wie folgt Stellung: "Der Hieb saß. (...) Es wurden über 80 Personen vernichtet. Wir verschweigen nichts. Es gab Übergriffe, wie sich aus den nachträglichen Analysen ergab, aber alles hat seine Licht- und Schattenseiten im Leben. Wir mußten ihnen einen harten Schlag versetzen, um diesen Praktiken ein Ende zu setzen (...). Es war die zentrale Leitung selbst, die, wie in anderen Fällen schon, die Aktion geplant und befohlen hatte." (24)

Allerdings muß davon ausgegangen werden, "daß eine unvergleichlich höhere Bereitschaft dazu bestand, mit dem Leuchtenden Pfad, wie mit der Armee zusammenzuarbeiten" (25) und die Zahl der Opfer des Militärs wesentlich höher ist. Bis Ende 1985 hatte sich das Militär jedoch im Gebiet um Ayacucho als stärker erwiesen und sich überall durchgesetzt. "Bei den Bauern reifte die Überzeugung, daß die Terrorkapazität der Streitkräfte auf die Dauer größer sein würde, als die von Sendero" (26). Viele Bauern organisierten sich in der Folge offen gegen Sendero, andere wurden vom Militär dazu gezwungen (27).

Trotzdem ist Sendero nicht geschlagen, sondern geht im Gegenteil gestärkt aus den Auseinandersetzungen hervor, jedoch um den Preis, daß der politische Befreiungsanspruch des Leuchtenden Pfades verschwindet.

Von Ayacucho, wo ein Zentrum des Leuchtenden Pfades bleibt, verlagerte Sendero sein Aktionsfeld Richtung Norden und versuchte im ganzen Land Basen aufzubauen. In Abweichung von der bis dahin vertretenen Strategie, bemühte sich Sendero ab 1985, insbesondere in Lima Fuß zu fassen.

Hoffnungsträger Garcia (1985-1987)

Die Übernahme der Regierung durch die sozialdemokratische APRA wurde in weiten Teilen der Bevölkerung mit der Hoffnung verbunden, daß sich die Lebensverhältnisse und die gesellschaftliche Situation des Landes entscheidend verbessern. Zunächst gelang es der Regierung, die weitere Eskalation der gesellschaftlichen Konflikte in Peru zu verhindern und das Ausmaß der Repression einzudämmen. Der neue Präsident Alan Garcia baute dabei allein auf seinen Sympathie-Bonus in der Bevölkerung, sein Charisma und eine geschickt inszenierte Propaganda. Real änderte sich nichts. Die Finanzhilf\en, die zur Überwindung der Unterentwicklung in den Andenregionen eingesetzt werden sollten, versickerten in der staatlichen Bürokratie und im Parteiapparat der APRA. Spätestens 1987 war das Wirtschaftsmodell Garcia gescheitert (28). Schon Mitte 1986, bei dem Massaker in den Gefängnissen von Lima, bei dem ca. 300 gefangene Senderistas ermordet wurden, wurde deutlich, daß die APRA-Regierung dem Militär den Rücken freihält, bzw. es aktiv unterstützt. Eine nationale Friedenskommission, die von der Regierung eingesetzt wurde, um Grundlagen für einen Dialog mit Sendero zu suchen, sowie eine Anzahl von Kommissionen, die Menschenrechtsverletzungen des Militärs untersuchen sollten, wurden in ihrer Arbeit stark behindert.

Auf der anderen Seite versuchte Sendero überall, wo sich das Militär nach dem Regierungswechsel in die Kasernen zurückzog, sich wieder zu konsolidieren und im ganzen Land neue Basen aufzubauen sowie neue Kader auszubilden, da durch die Repressionswelle 83/84 die eigenen Reihen erheblich dezimiert waren. Hierbei hatte "Sendero keine Probleme (...), neue Militante zu rekrutieren" (29). Allerdings führte Sendero keine politische Auseinandersetzung, sondern versucht vorhandene staatliche Strukturen aufzulösen, um anschließend die eigene "Ordnung" zu etablieren. Dabei gerät sie immer wieder in Konflikt mit vorhandenen Basisbewegungen und Selbstverwaltungsstrukturen, sowie mit der zum Teil gut organisierten Linken. Um überall dort die Vorherrschaft zu erlangen, sind deren Führer immer wieder Opfer "selektiver Hinrichtungen" (30). In Regionen, wo die Bevölkerung stark organisiert ist, gelingt es Sendero jedoch nicht, sich festzusetzen (31).

Bis 1987 hat Sendero neue Hochburgen in den Departamentos nördlich von Ayacucho (Junin, Pasco, Huanuco, Huancavelica) und im Alto-Huallaga aufgebaut, in Teilen von Junin und im Alto-Huallaga konnte Sendero das Militär sogar in die Kasernen zurückdrängen. Sendero ist aber auch in der Lage, überall im Land, und vor allem in Lima, aktiv zu werden.

Der schmutzige Krieg in den Anden

(1987-1990)

Nach dem offensichtlichen Scheitern der Wirtschaftspolitik der APRA-Regierung und mit der sich dramatisch zuspitzenden Wirtschaftskrise, begann Ende 1987 das, was der "schmutzige Krieg gegen den Leuchtenden Pfad" genannt wird (32). Es häufen sich die Massaker des Militärs. Sogenannte "Sinchis" (als Bauern verkleidete Soldaten) werden eingesetzt, um die Massaker Sendero in die Schuhe zu schieben. Aber dies treibt die armen Bauern in die Hände von Sendero. Denn die Soldaten "rauben, vergewaltigen und töten unterschiedslos jeden, der im Verdacht der ‚Subversion' steht" (33). Die Aufklärung dieser Verbrechen wird immer schwieriger, weil Augenzeugen "beseitigt" werden, Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen bedroht werden und selbst die Aufklärung durch die Justiz oder parlamentarische Kommissionen konsequent verhindert wird (34).

Bis 1990 wird über fast die Hälfte Perus der Ausnahmezustand verhängt, aber auch darüber hinaus agiert das Militär ohne jede Kontrolle. Gleichzeitig treten im Juli 1988 zum ersten Mal Todesschwadronen in Erscheinung. Das "Comando Rodrigo Franco" (CRF) ermordete bis 1990 zahlreiche Rechtsanwälte, Gewerkschafter, linke Politiker, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten etc. Zwischen dem CRF und der APRA gibt es direkte Verbindungen. Der Innenminister der APRA-Regierung Mantilla galt als politischer Kopf der Todesschwadronen.

Ab 1988 versuchte Sendero massiv, Volksorganisationen durch die Ermordung regionaler Repräsentanten zu zerschlagen, die Zahl der Opfer "selektiver Hinrichtungen" aus der organisierten Linken nahmen merklich zu, um auf diese Weise dort die Vorherrschaft zu erlangen. Offensichtlich war dies der Versuch, im gesamten Land in die Offensive zu kommen und für sich Massen zu mobilisieren. Durch die Ausrufung sogenannter "bewaffneter Streiks" versuchte Sendero, die Bevölkerung zu mobilisieren und sich an die Spitze einer Massenbewegung zu stellen. Nach anfänglichen Erfolgen, vor allen Dingen in Lima, sind die bewaffneten Streiks nur noch in den Gebieten "erfolgreich", die Sendero kontrolliert. Wobei nicht geklärt werden kann, welchen Anteil angedrohte Repressalien für die "Streik"beteiligung haben. Dasselbe gilt für die Kommunalwahlen 1989, deren Verhinderung Sendero zunächst für ganz Peru, dann nur noch dort, wo man stark sei, propagiert hatte. Eine große Anzahl von Kandidaten trat zurück, nachdem sie Morddrohungen erhalten hatten, zahlreiche Kandidaten aller Parteien wurden von Sendero ermordet, so daß in vielen Gebieten die Wahlen nicht stattfanden. In der Region Ayacucho z.B. waren darüber hinaus über 70% der abgegebenen Stimmen ungültig (35). Das Ziel einer landesweiten Mobilisierung der Bevölkerung und einer Zuspitzung der Auseinandersetzungen gelang jedoch nicht.

Gegen die Präsidentschaftswahlen Mitte 1990 ging Sendero kaum noch vor. Auch darüber hinaus gab es bis August 1990 weit weniger Aktivitäten von Sendero als in den Vorjahren. Spekulationen über interne Differenzen oder sogar über eine Spaltung von Sendero ließen sich jedoch bisher nicht bestätigen. Vielmehr könnte eine Atempause nach den strategischen Niederlagen im Jahr 1989 und in der Folge einiger spektakulärer Schläge, die dem Militär gegen Sendero gelang, vermutet werden. In Ayacucho ist Sendero quasi vernichtet, weite Teile der Region entvölkert. Im Alto-Huallaga gelingt es, den Einfluß Senderos zurückzudrängen. Aber spätestens nach der Einleitung des wirtschaftlichen Schockprogramms im August durch den neuen Präsidenten Perus Fujimori zeigte sich, daß Sendero durchaus noch aktionsfähig ist.

Christoph (im Januar 1991)

Anmerkungen:

1) José Carlos Mariátegui (1894-1930) gilt als einer der bedeutendsten Marxisten Lateinamerikas, auf den sich bis heute alle linke Parteien Perus berufen. In seinen Schriften analysiert er vor allem den Zusammenhang zwischen der Unterentwicklung in Peru und der Abhängigkeit vom ausländischen Kapital, sowie die Rolle der indianischen Bauernbevölkerung als Teil einer revolutionären Bewegung in Peru (Eleonore von Oertzen: Einleitung zu Revolution und peruanische Wirklichkeit - J.C. Mariátegui ausgewählte Schriften, Frankfurt/M. 1986, S. 9 f.)

2) Luis Lumbreras: Rassentrennung und Klassenherrschaft, in MASA (Peru - Analysen und Berichte) Nr. 2, Hamburg 1989, S. 17

3) Ivan Degregori: Sendero Luminoso - El desfio autoritario, in Nueva Sociedad No. 90, San Jose 1987, S. 30

4) Die ab 1968 von einer fortschrittlichen Militärregierung eingeleiteten Reformen in allen gesellschaftlichen Bereichen (Landwirtschaft, Industrie, Bildung etc.), mit denen in Peru die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beschleunigt werden sollte, stießen Anfang der siebziger Jahre sowohl was die Auslandsabhängigkeit, als auch die internen Widersprüche zur Bourgeoisie angeht, an ihre Grenzen und waren mit dem Gegenputsch rechter Militärs 1975 endgültig gescheitert (vgl. Melacio Castro: Peru - Staat und soziale Klassen, München 1986, S. 121 f.).

5) MASA (Peru - Analysen und Informationen) Nr. 5, Hamburg 1990, S. 25

6) vgl. Ivan Degregori: Los Hondos y Mortales Desencuentros, Lima 1985, S. 7 f.

7) Als Gamonalismus bezeichnet J.C. Mariátegui (vgl. Mariátegui: Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen, Berlin 1986, S. 35 f.) den peruanischen Feudalismus in dem Sinne, daß er "nicht nur eine soziale und wirtschaftliche Kategorie der Latifundien und der Großgrundbesitzer" (ebd. S. 37) beschreibt, sondern als ein System, das den Indio entrechtet und unterdrückt und die Gesetzgebung zum Schutz des Indios wertlos macht. Der Gamonalismus ist nicht nur "durch den Gamonalen (den Großgrundbesitzer; der Verf.) (...) verkörpert", sondern umfaßt "eine ausgedehnte Hierarchie von Beamten, Mittelsmännern, Agenten, Parasiten usw." (ebd).

8) vgl. Nelson Manrique: Manchay tiempo, in Cambio, revista Semanal 8.2 und 15.2.1990, Lima

9) MASA Nr. 5, a.o.a.O. S. 25

10) Einigermaßen verwunderlich erscheint es aus dem Verständnis von Sendero, daß Guzmán den Namen "Gonzalo" wählt, denn "der Name ist absolut mit der Konquista verbunden" (Max Hernández: Por que Abimael se llama "Gonzalo"? in Que hacer, Revista bimestral, Nr. 59, 1988, S. 59). In der Geschichte der Eroberung des Inka-Reiches führte Gonzalo, ein jüngerer Bruder Pizarros, 1548 einen Aufstand von weißen, spanischen Konquistadoren gegen die spanische Krone und deren Statthalter an mit dem Ziel, die Unabhängigkeit von Spanien zu erlangen und sich selbst zum König von Peru zu ernennen. So sollte verhindert werden, daß die neuen Gesetze zum "Schutz der Indios", die den Weißen untersagen sollten "Indios zu besitzen", in Kraft treten und stattdessen weiter die Gesetze der Konquista gelten (ebd).

11) ZK der PCP 1988, S. 16 (siehe Anmerkung 5)

12) Sendero Luminoso verzichtet weitgehend auf Öffentlichkeitsarbeit. Eine Begründung oder Bekenntnis zu Aktionen wird nicht gegeben. Lediglich die in Lima in der Regel wöchentlich erscheinende Zeitschrift "El Diario" veröffentlicht die Positionen von Sendero. Bekannt sind von Sendero vor allem drei grundlegende Schriften:

- "Entwickelt den Guerillakrieg" (1982),

- "Den Volkskrieg im Dienste der Weltrevolution entwickeln" (1986)

- "Dokumente des 1. Kongresses der Kommunistischen Partei Perus" (1988)

Hinzu kommt das sogenannte "Interview des Jahrhunderts", das Abimael Guzmán 1988 der Zeitung "El Diario" gab.

13) Abimael Guzmán: Interview des Jahrhunderts, in El Diario, Lima 1988, S. 6

14) a.o.a.O., S. 7

15) Lina Andina: Sendero Luminoso - Das letzte Aufgebot der Revolution, in Blätter des iz3w, Januar 1990, S. 35 f.

16) a.o.a.O.

17) a.o.a.O.

18) ZK der PCP 1986 a.a.O., S. 20

19) Guzmán, a.o.a.O., S. 56

20) Nicolas Shakespeare: Auf den Spuren Guzmáns, in Lettre International Nr. 8, Berlin 1988, S. 12

21) Alain Hertoghe: Die Koksguerilla, Hamburg 1990, S. 75

22) Neben den Haciendas haben sich in den Anden überall auch freie Gemeinden halten, die bis heute strikt nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit kollektiv die Äcker bestellen. Dazu gehört auch ein traditionelles System von Gemeindehierarchie und Selbstverwaltung.

23) Michael Reid: Peru - Path to poverty, London 1985, S. 113

24) Guzmán a.o.a.O., S. 31

25) MASA Nr. 5, a.o.a.O., S. 13

26) Juan Barolo: Der erleuchtete Pfad in die Finsternis, in Ehrke u.a. (Hrsg.), Lateinamerika, Analysen und Berichte 9, Hamburg 1985, S. 124

27) a.o.a.O.

28) vgl. Ak Nr. 321, 1990, S. 25f

29) Henry Favre: Ist das "Modell Garcia" zu Ende, in Peru-Menschenrechtskoordination: Wenn wir nicht reden, dann schrein die Steine, Bielefeld 1990, S. 59

30) "Selektive Hinrichtung" ist, nach eigenen Angaben, eine der vier Kampfformen (neben Guerillakrieg, Sabotage und bewaffnete Propaganda und Agitation) des Guerillakrieges. Sie "(trifft) entweder Feinde des Volkes nach einer direkten Verurteilung der Massen in Volksgerichten oder (sie wird angewendet) gegen beharrliche Feinde der Revolution mit Blutschulden, Massakrierer, Folterer, Infiltrierte und Spione" (ZK der PCP 1986, a.o.a.O., S. 29). Es fällt auf, daß nach eigenen Angaben Senderos der Anteil der selektiven Hinrichtungen in den Gebieten, in denen Sendero stark ist oder die sie kontrollieren, wesentlich höher liegt als in anderen (vgl. ebd. S. 27 f.).

31) In Cajamarca, Cuzcu oder Villa El Salvador (z.B.) ist es Sendero bis heute nicht gelungen, Basen aufzubauen, weil es starke Selbstverwaltungs- und Selbstverteidigungsstrukturen gibt. Die Bevölkerung hat jeden Versuch von Sendero dort einzusickern, konsequent verhindert. Genauso wenig haben das Militär oder sonstige staatliche Stellen dort Einfluß. In der Region Puno gab es nach Landbesetzungen heftige Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung, die gut in der Bauerngewerkschaft CCP und Selbstverteidigungskomitees organisiert war und Sendero, der sich an die Spitze dieser Bewegung setzen wollte, auf der einen Seite und dem Militär auf der anderen Seite. Letztendlich gelang es, sowohl Sendero zurückzudrängen als auch die berechtigten Forderungen nach Landverteilung durchzusetzen (vgl. Hertoghe, a.o.a.O., S. 130 f.).

32) Hertoghe a.o.a.O., S. 109.

33) Hertoghe a.o.a.O., S. 112

34) In einem Bericht von amnesty international heißt es unter anderem: "Eine im Januar 1988 ins Leben gerufene Kommission der Abgeordnetenkammer, die mit den Nachforschungen von ‚Verschwindenlassen' und umstrittenen Morden zwischen Januar 1980 und Dezember 1987 beauftragt war, war nach Kenntnissen von amnesty international untätig, genauso wie die Menschenrechtskommissionen des Senats und der Abgeordnetenkammer.

Eine aus Mitgliedern der Regierungspartei APRA ernannte Senatskommission, die den Vorfällen in Cayara nachgehen sollte, diente in erster Linie dazu, die Übergriffe des Militärs zu verdunkeln und die Nachforschungen des Ministeriums für öffentliche Angelegenheiten zu behindern und in Mißkredit zu bringen." (amnesty international: Peru im Ausnahmezustand, Frankfurt 1989, S. 37)

35) Von der Wahlabstinenz (Wahlboykott und ungültige Stimmen) kann nicht unmittelbar auf eine Unterstützung von Sendero geschlossen werden, da es trotz Wahlpflicht eine bis in die sechziger Jahre zurückgehende Tradition in ganz Peru gibt, die ihren Höhepunkt 1983 mit 43% Wahlabstinenz hat (in Ayacucho 88%). Dagegen fällt sie bei den Präsidentschaftswahlen 1985 auf unter 20%, in Ayacucho auf "rekordverdächtige" 47%. - Grundsätzlich läßt sich fragen, welchen Sinn es überhaupt hat, in Gebieten, die unter militärischem Kommando stehen, überhaupt Wahlen abzuhalten (vgl. MASA Nr. 3 1990, S. 6 f.).

27. Türkei-Kurdistan: Zwei Stimmen gegen das aufgezwungene Schweigen

Delegation zum Abbruch einer Kurdistanreise gezwungen

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:05

Das türkische Kurdistan befindet sich im Zustand des offenen und erklärten Krieges. Während Massaker und großangelegte Vertreibungsaktionen gegen die Zivilbevölkerung an der Tagesordnung sind, versuchten das Militär und der türkische Staat alles, um zu verhindern, daß Berichte darüber an die Öffentlichkeit dringen: Die Zensur findet statt durch die Kugeln der Todesschwadrone, denen in diesem Jahr bereits zehn Journalisten zum Opfer gefallen sind. Zuletzt der 74jährige kurdische Schriftsteller und Journalist Musa Anter, der am 20. September bei der Rückkehr von einer Kulturveranstaltung auf den Straßen Diyarbakirs erschossen wurde. Musa Anter arbeitete als Kolumnist auch für die Tageszeitung "Özgür Gündem" (Freie Tagesordnung), die - zusammen mit der Wochenzeitung "Yeni Ülke" (Neues Land) - eine der ganz wenigen authentischen öffentlichen Stimmen der kurdischen Bevölkerung in der Türkei ist. Ein Gespräch mit Mehmet Oguz von "Özgür Gündem", das Ulla Jelpke am 2. Oktober in Ankara führte, hat den Journalismus unter permanenter Todesdrohung zum Thema.

In einer Situation des eskalierenden Bürgerkriegs bestimmt in der Türkei faktisch der "Nationale Sicherheitsrat" - ein von der Armee beherrschtes Gremium - die Richtlinien der Politik. Über eine direkte Machtübernahme der Militärs wird in den Medien offen spekuliert. Bei der letzten außerordentlichen Sitzung des "Nationalen Sicherheitsrats" am 27. August - während des Sirnak-Massakers - in Diyarbakir, an der neben Staatspräsident Özal der Ministerpräsident Demirel, der stellvertretende Ministerpräsident Inönü (von der sozialdemokratischen SHP), der Verteidigungs- und Innenminister, der Generalstabschef und die Kommandeure der Teilstreitkräfte sowie der Gendarmeriekommandeur teilnahmen, wurde der Wille zu einer rein militärischen Lösung des Kurdenproblems unterstrichen. Der Kampf gegen den separatistischen Terror werde im Rahmen der Gesetze "mit allen notwendigen Mitteln weitergeführt, bis der Terror beendet ist". Ebenso großmäulig wie blutrünstig formulierte der bei der letzten Wahl als demokratischer Hoffungsträger gefeierte Demirel: "Sie (die PKK) wird in ihrem eigenen Blut ertrinken." (FAZ, 2.10.)

Bei der jüngsten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 26.9. wurde "festgehalten, daß gegen manche Massenorganisationen und Massenkommunikationsmittel, die ihr Bestehen der Demokratie zu verdanken haben und die mit ihren Aktionen und ihrer Propaganda gegen die Einheit des Staates verstoßen, ernste Maßnahmen ergriffen werden sollen". (Nach Hürriyet, 27.9.) Nach dieser Ankündigung wird allgemein davon ausgegangen, daß ein Verbot der beiden kurdischen Zeitungen und der "HEP" (Partei der Arbeit des Volkes) unmittelbar zu befürchten ist. Zwei Tage nach dem zitierten Beschluß fanden Massenverhaftungen statt, von denen der ehemalige HEP-Vorsitzende Feridun Yazar, der stellvertretende Generalsekretär Kemal Okutan, der Istanbuler HEP-Bezirksvorsitzende und -sekretär sowie viele andere Kreis- und Bezirksvorsitzende der HEP betroffen waren. Gegen den Inhaber von "Yeni Ülke" und Mitinhaber von "Özgür Gündem", Serhat Bucak, der sich zu der Zeit gerade auf einer Auslandsreise befand, wurde Haftbefehl erlassen.

Die HEP ist die einzige parlamentarische Repräsentanz der Kurden. Vor einem Jahr wurden zwanzig ihrer Anhänger auf der Liste der sozialdemokratischen SHP in die türkische Nationalversammlung gewählt. Inzwischen wird ein Verbotsantrag gegen die Partei vor dem Verfassungsgericht verhandelt. Außerdem wurde die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten beantragt. Wegen "Separatismus" droht ihnen im Höchstfall die Todesstrafe. Das folgende Gespräch mit dem HEP-Vorsitzenden Ahmet Türk fand am 1. Oktober in Ankara statt.

Nach dem Massaker in Sirnak war eine bundesdeutsche Delegation, zusammengesetzt aus RechtsanwältInnen und ParlamentarierInnen, zu einer Informationsreise nach Kurdistan aufgebrochen. Insbesondere wollte sie den Berichten über den Einsatz deutscher Waffen gegen die Zivilbevölkerung in Kurdistan nachgehen. Gespräche mit Menschenrechtsorganisationen, Bürgermeistern, Berufsvereinigungen, Journalisten, Parteienvertretern und Menschen aus der Bevölkerung waren geplant.

Bereits auf der Fahrt von Batman nach Diyarbakir wurde die PDS/LL-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke aus dem Bus heraus festgenommen. Bei der Durchsuchung ihres Gepäcks wurde das in der BRD erschienene

Buch "Kurdische Tragödie" von Bahman Nirumand beschlagnahmt. Der Besitz dieses Buches sei Separatismus und in der Türkei strafbar. Nach Verhören und nachdem sie auf ihrem diplomatischen Status insistiert hatte, wurde Ulla Jelpke freigelassen, stand aber fortan unter Beobachtung der politischen Polizei.

Am nächsten Tag wurde die Delegation bereits morgens von einem Oberkommissar der politischen Polizei aufgesucht. Vor dem Hotel bezogen zahlreiche Zivilpolizisten Stellung. "Uns wurde folgendes mitgeteilt: Man wüßte, daß wir auf der Seite der Separatisten stünden. Der türkischen Polizei sei bekannt, daß ein Teil der Delegation sich in der Stadt Kulp aufgehalten habe. Für solch einen Aufenthalt bräuchte die Delegation eine Genehmigung des Gouverneurs. Fortan würde man es nicht mehr dulden, daß wir uns ohne Genehmigung des Gouverneurs in der Region aufhielten. Man werde es ab sofort nicht mehr hinnehmen, daß ausländische Delegationen kämen und mit ihrer Tätigkeit die Separatisten unterstützten. Man werde ab sofort jeden Schritt von uns überwachen. Es sei uns verboten, ohne Genehmigung des Gouverneurs an irgendwelche Orte zu fahren und mit Personen aus der Bevölkerung zu reden. Sobald wir Fragen dazu stellten, werde dies strafbar. Man würde uns dann sofort festnehmen, verhören und ausweisen. So werde man in Zukunft auch mit anderen ausländischen Delegationen verfahren." (zitiert aus dem Delegationsbericht)

Nachdem sich im folgenden immer mehr Zivilpolizisten vor dem und auch im Hotel aufhielten, beschloß die Delegation, den Aufenthalt in Diyarbakir abzubrechen: "Wir wollten nicht die Sicherheit unserer Gesprächspartner und -partnerinnen und auch unsere eigene Sicherheit gefährden." Unter Vermittlung der deutschen Botschaft wurde ein "freier Abzug" aus Diyarbakir ausgehandelt. Im Busbahnhof von Diyarbakir allerdings wurde noch einmal die ganze Delegation durchsucht, Tonbandkassetten mit Interviews und Publikationen der Ärztekammer von Diyarbakir, der aktuelle Bericht der Menschenrechtsstiftung Ankara sowie eine Ausgabe von "Yeni Ülke" beschlagnahmt. Die Überwachung wurde auch in Ankara fortgeführt. "Wir stellen dazu fest, offensichtlich will der türkische Staat mit allen Mitteln verhindern, daß authentische Informationen in der kurdischen Region an die internationale Öffentlichkeit gelangen."

Ankara, 1.10.92

(Nach dem Delegationsbericht

"... Lösung nur durch einen ernsthaften Dialog möglich"

Gespräch mit dem Vorsitzenden der HEP (Partei der Arbeit des Volkes), Ahmet Türk

Das folgende Gespräch wurde im Rahmen der zitierten Delegationsreise am 1.10.92 in Ankara geführt. Es wird indirekt wiedergegeben.

Die Lösung des Problems der Freiheit für Kurdistan ist nur durch einen ernsthaften Dialog möglich. Inzwischen ist die Situation in der Türkei so, daß die Ebene der Menschenrechtsverletzungen schon längst überstiegen ist. Der Wunsch des kurdischen Volkes nach seiner Freiheit soll endgültig zum Schweigen gebracht werden. Ahmet Türk will deshalb auch nicht mehr von den einzelnen Repressionsmethoden des türkischen Staates erzählen, da diese hinreichend bekannt sind. So ist zum Beispiel gestern willkürlich ein Junge auf offener Straße getötet worden. Jeden Tag tötet die Konterguerilla Menschen.

Ahmet Türk möchte auf zwei Hauptgesichtspunkte zu sprechen kommen:

1. Die PKK

2. Der politische Kampf

Was ist die PKK, die hier einen bewaffneten und zugleich einen politischen Kampf führt? Die PKK hat heute großen Einfluß in Kurdistan. Es nützt niemanden, eine solche Organisation vom Volk trennen zu wollen und sie als Terroristen zu bezeichnen. Wenn eine Partei sich verbunden hat mit dem Volk, dann muß man andere Wege finden. Die PKK hat das Thema Freiheit aufgeworfen und auf die Tagesordnung gesetzt. Auf dieser Tagesordnung steht die Freiheit des kurdischen Volkes. Es gibt eine große Repression nicht deshalb, weil es die PKK gibt, sondern weil das kurdische Volk zum Ausdruck bringt, daß es Freiheit will und nicht länger in der Sklaverei bleiben will. Aber der türkische Staat hat bestimmte Methoden gewählt, diesen Freiheitskampf zu liquidieren. So sagt (Ministerpräsident) Demirel, es gibt keine politische Lösung, es gibt nur eine militärische Lösung. Der Generalstabchef sagt das gleiche. Der Nationale Sicherheitsrat hat eine Erklärung herausgegeben, die eine Drohung an das kurdische Volk und an alle Intellektuellen der Türkei und Kurdistans

beinhaltet. Was ist ihr Ziel? Vor der Weltöffentlichkeit soll die Stimme des kurdischen Volkes zum Schweigen gebracht werden. (Zum Beispiel die Stimme der HEP, die Stimme der PKK.) Wir, die HEP, sind eine Partei aus der Türkei. Wir wollen Freundschaft zwischen dem türkischen und dem kurdischen Volk. Aber weil wir die Werte des kurdischen Volkes verteidigen, werden wir als kurdische Partei und als Sympathisanten der PKK dargestellt. Es gibt keine Abhängigkeit der HEP von der PKK. Aber wenn das kurdische Volk täglich massakriert wird, dann müssen wir das Schweigen brechen.

Was ist das Wesentliche heute?

Die Realität des kurdischen Volkes soll zum Verschwinden gebracht werden. Der ehemalige Generalsekretär der HEP und weitere Vorstandsmitglieder sind verhaftet worden. Es geht nicht an, daß Parteimitglieder in Polizeihaft genommen werden, nur weil sie etwas gesagt haben, das der Realität entspricht. Normalerweise dauert die Polizeihaft bis zu 48 Stunden. Wie lange diese Menschen in Haft bleiben werden, ist unklar. Diese Menschen haben nur ihre Gedanken zum Ausdruck gebracht. Die Verhaftung ist kein Zufall, aber eine Folge der Erklärung des Nationalen Sicherheitsrates. Danach mobilisiert der türkische Staat alle Kräfte, die er nur hat, um die kurdischen Kräfte zum Schweigen zu bringen. Nach § 138 der türkischen Verfassung ist die Justiz unabhängig. Niemand darf der Justiz Vorschriften machen oder Ratschläge geben, doch der Nationale Sicherheitsrat, der aus fünf Generälen und dem Präsidenten besteht, erteilt ihr Befehle. Es ist heute so, daß die HEP-Mitglieder ständig vom Terror der Konterguerilla bedroht sind und mit ihrer Ermordung rechnen müssen. Heute sind viele Kurden in die Türkei gezogen.

Auch in der Türkei werden die Kurden weiter bedroht. So zum Beispiel wurde der Kreisvorsitzende von Fethiye verhaftet und sein Auto in die Luft gesprengt. In den kleinen Orten werden die Kurden ständig bedroht, damit sie wegziehen. Trotz der Reformbehauptungen der Regierung hat sie bis heute die Repression auf eine Spitze getrieben.

Es gibt tausend Belege dafür, daß die Politiker die Repression weiter anheizen. Nach der Erklärung des Nationalen Sicherheitsrates steht die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten der HEP auf der Tagesordnung. Der Nationale Sicherheitsrat gibt der Justiz direkte Befehle. In den letzten 14 Tagen ist absolut klar geworden, daß der Weg einer politischen Lösung total blockiert wird. Es wird eine militärische Lösung mit dem Ziel der Kapitulation angestrebt. Es gab nicht nur Newroz-Ereignisse. Es gibt noch viele weitere. Das türkische Volk hat die Newroz- und die Sirnak-Ereignisse noch nicht verstanden. Beim ersten und zweiten Kongreß der HEP war die HEP noch neu. Es fielen dort viele Parolen. Aber niemand wurde dafür eingesperrt. Der Nationale Sicherheitsrat hat jetzt den Befehl erteilt, eine politische Lösung zu stoppen. Auf dem dritten außerordentlichen Kongreß der HEP haben wir die Freundschaft zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk mit viel Euphorie eingebracht. Fast 5.000 Leute sind gekommen. Es sind auch kurdische Parolen gerufen worden, aber das sind Spontangefühle des Volkes. Ich bin zum vierten Mal Abgeordneter. Schon früher sind viele solcher Parolen gerufen worden. Die Mentalität ist wichtig, mit der die Zuhörer die Parolen rufen. Wir fragen auch nicht, warum wir verhaftet werden, aber was hat der Parteivorstand damit zu tun, wenn Jugendliche Parolen rufen? Die ganze Repression konzentriert sich auf die HEP, da sie auf die Politik der letzten 70 Jahre blickt und sie ändern will.

Was bedeutet politischer Dialog und wie soll dieser Dialog geführt werden?

Die PKK und das kurdische Volk sind heute miteinander verknüpft. Es gibt keine Kurden, die davon nicht betroffen sind. Alle Kurden, weil sie Kurden sind, sind der Repression ausgesetzt. So zum Beispiel werden Straßenverkäufer einfach abgeräumt. Es wird propagiert, daß die PKK eine Terrororganisation sei, die aufgeben soll. Solange das so ist, solange wird Blut nicht vermieden werden können. Wir, die HEP, wollen aber, daß das Blutvergießen gestoppt wird. Wir haben eine Erklärung gemacht: Die HEP ist bereit, mit jedem zu verhandeln, damit das Blutvergießen gestoppt wird. Dieser Vorschlag muß im Parlament aufgenommen werden. Die kurdische Frage wird dadurch in den nationalen und internationalen Rahmen gestellt. Aber der türkische Staat will, daß das kurdische Volk keine Möglichkeit mehr hat, sich auszudrücken. Wenn das gegenwärtige Klima der Repression nicht abgeschafft wird, wird es auch keine Lösung für das kurdische Volk geben. Es ist lediglich eine Vereinfachung, wenn die Diskussion allein auf der Ebene geführt wird, ob die Ausgangssperre abgeschafft werden soll. Wie kann jemand im Parlament reagieren, wenn andere ihn angreifen? Die bloße moralische Unterstützung des kurdischen Volkes ist strafbar. Es ist ganz klar, wird sind keine Feinde der Menschheit oder Feinde des türkischen Volkes. Aber wir Menschen müssen uns gegen eine

solche Politik einsetzen. Wir können unsere Aufgabe im Parlament nicht mehr wahrnehmen, deshalb denken wir über einen Rücktritt nach.

Wir glauben, daß es notwendig ist, daß auf internationaler Ebene verschiedene Bedingungen hier aufgezeigt werden müssen. Zu den Unterzeichnern des Pariser Abkommens zum Beispiel gehört auch die Türkei. Der Ministerpräsident dieses Landes ist unglaubwürdig. Ich sage mit großer Überzeugung: Wenn sich hier die Politik nicht ändert, wird es einen Bürgerkrieg geben, und das Volk wird ein großes Massaker erleben. Wir kennen aus der NATO-Ebene und den Handelsbeziehungen genau die Interessen des türkischen Staates. Wir sehen, daß heute Handelsbeziehungen den Staaten mehr wert sind als die Menschenrechte und die Menschenwürde. Wir rufen auf zur internationalen Solidarität mit dem kurdischen Volk. Aber unser Aufruf kann nicht einfach genutzt werden. Die HEP würde sofort verboten werden, und das wäre ihr Ende. (Gemeint ist der Aufruf zum Dialog). Er gibt ein Beispiel: Zwei Vorstandsmitglieder der HEP waren bei der UNO zu einem Gespräch. Beide haben mit einer internationalen Juristenkommission gesprochen, und sofort gab es in der Türkei eine Hetzkampagne. Es hieß, beide wollten die Türkei von hinten erdolchen. Wir wollen schon Treffen mit internationalen Kräften, aber unsere Arbeit ist schwer. Es gibt in offiziellen Berichten keine Darstellungen der Dialogbereitschaft. Es gibt hierüber nur mündliche Erklärungen, eben wegen der damit verbundenen Gefahr für die Partei. Ahmet Türk erklärt, er wolle in diesem Zusammenhang dem Europaparlament etwas zuschicken, damit in der internationalen Öffentlichkeit gearbeitet werden kann. Die HEP hat sich sowohl an die SPD wie auch an die Sozialistische Internationale gewandt. Von beiden ist bis heute keine Antwort gekommen. Die HEP ist auch nicht zum Treffen der Sozialistischen Internationale nach Berlin eingeladen worden. Er hat auch noch nie davon gehört, daß zum Beispiel Koschnik im Oktober in die Türkei kommen will und sich für die kurdische Frage interessiert.

Gibt es von türkischen Parteien oder türkischen Verbänden eine positive Bewegung zum Dialog?

Wir sind als HEP-Abgeordnete zu allen Parteien gegangen. Die HEP hat gesagt, es sei ihre Aufgabe, zu den politischen Parteien zu gehen und für eine politische Lösung zu appellieren. Alle haben gesagt: "Erst wenn ihr die PKK als terroristische Organisation verurteilt, könnt ihr kommen." Das heißt nichts anderes als "Ergebt Euch und dann können wir reden". Dies ist die Realität in der Türkei. Die Menschenrechtsvereine, in denen Kurden und Türken sind, sind schon aufmerksam. Indirekt sind auch einige Gewerkschaften aufmerksam. Auch der Lehrerzusammenschluß ist für einen Dialog. Da aber die staatliche Repression so groß ist, erheben sie ihre Stimme nicht sichtbar, und binnen kurzer Zeit wird ihre Stimme auch wieder zum Schweigen gebracht. Es reden nur sehr, sehr wenige, und die reden auch nicht offen. Die Kommentatoren in den Zeitungen (die, die die Leitartikel schreiben) schreiben über eine politische Lösung. Aber der Generalstabchef holt dann diese Leute zu sich, und binnen zwei Tagen ändern diese Leute ihre Meinung total. Die Berichterstattung entspricht nicht der Realität. So heißt es auf der einen Seite, 300 PKK'ler seien getötet worden, auf der anderen Seite ist von ganz anderen Zahlen die Rede. Es gibt keine wahren Informationen. Es geht darum, daß die Kräfte zusammengehalten werden, die die kurdische Frage unterstützen. Wir haben zu Newroz recherchiert. Es war nicht die PKK, die die Massaker angerichtet hat. Es war eine allgemeine Operation mit dem Ziel, das kurdische Volk zum Schweigen zu bringen.

Ahmet Türk war seinerzeit noch in der SHP. Die SHP hat nichts in dieser Sache getan, obwohl sie weiß, daß nicht die PKK das Massaker angerichtet hat. Die SHP hat reine Staatspolitik gemacht. Deshalb wollten wir eine Delegation von nichtkurdischen Abgeordneten, mit neutralen türkischen Abgeordneten, die sich von dieser Realität überzeugen. Es gab in der SHP schon anständige Menschen, es gab Berichte, die den Berichten der HEP entsprachen. Aber aufgrund der Dimension, die der Krieg inzwischen angenommen hat, beginnen auch sie nicht mehr ehrlich zu reden. Das kurdische Volk ist in seiner Geschichte immer allein geblieben. Wir haben Gesetze, aber die Menschenrechte und die Menschenwürde des kurdischen Volkes können damit nicht hergestellt werden. Die Folter hat zugenommen. Aus diesem Grund bin ich aus der SHP ausgetreten, da ich die Verantwortung für eine solche Politik nicht länger übernehmen wollte. Innerhalb der letzten drei Monate hat der Generalstab zunehmend Einfluß auf die Politik genommen. Von anderen Parlamentariern ist nichts zu erwarten. Sie sind im Klima des Rassismus großgeworden. Ein Abgeordneter kann nichts mehr tun in einem Land, in dem der Staatspräsident unterhalb des Militärs steht. Man muß die Struktur des türkischen Staates kennen. In Wirklichkeit muß man wissen, wer die Politik leitet. Das Parlament der Türkei hat immer am Mund des Streitkräfte gehangen. Wenn der Generalstabchef Erkältung hat, bekommen die Parlamentarier Schnupfen.

Wird ein Putsch kommen?

Die Diskussion ist eine Botschaft, die nicht ernst zu nehmen ist, da keiner Vorteile von diesem Putsch hat. Bereits heute hat das Militär sämtliche Vollmachten. In Kurdistan macht das Militär alles, was es will. Und im Parlament wird gesagt, das habt ihr gut gemacht. Deshalb sehen wir als HEP auch keinen Grund für einen Putsch. Es kann aber Absprachen geben. Es ist nämlich so, daß die türkische Armee nicht gewinnen kann. Und deshalb kann es sein, daß es zu einem großen Massaker kommt und daß es unter der Hand geheime Vereinbarungen gibt mit den zivilen Kräften, daß diese sich zurückziehen, damit man später sagen kann, das habe das Militär gemacht und damit haben wir nichts zu tun. Die Delegation sagt, daß sie von der Botschaft erfahren habe, daß ein Putsch die Türkei isolieren würde und die PKK stärken würde. Dazu Ahmet Türk: Es ist so, wer einen Putsch machen will, sagt vorher nicht, daß er einen Putsch machen will.

Was allerdings mit der Putschdiskussion bezweckt werden soll: Einschüchterung und Verängstigung aller politischen Kräfte wie zum Beispiel der Parteien. Die Putschdiskussion ist eine Operation, die gerichtet ist gegen die nichtbewaffneten Kurden, um sie zum Schweigen zu bringen. Des weiteren ist die Putschdiskussion ein Test für die Öffentlichkeit. Es ist auch ganz klar, daß sich die Situation nicht ändert, wenn das Militär allein regiert. Auch jetzt regiert das Militär zusammen mit dem Parlament. Es ist aber möglich, daß, wenn sie ein großes Massaker machen wollen, sie unter der Hand einen Putsch verabreden. Der Grund wäre dann, daß die zivilen Kräfte eine weiße Weste behalten und nach fünf Jahren mit dieser weißen Weste wieder neue Beziehungen knüpfen können. Sie können ja jetzt schon alles machen. Sie können jeden töten, sie können jedes Dorf überfallen. Sie haben es in der Hand. Das Parlament macht alles, was das Militär will. Es gibt einen Spruch: Beim Militär gibt es keine Logik. Wir haben es hier in der Türkei mit einer Regierung zu tun, die bereit ist, alles zu machen, was das Militär will. Heute am 1.10. schrieben alle Zeitungen, daß es keine politische Lösung, sondern nur eine militärische Lösung gibt. Und alle Parteien haben dies so beschlossen. Wir denken auch, daß es keine militärische Lösung geben kann. Bei der Putschdiskussion handelt es sich nach unserer Ansicht um einen Einschüchterungsversuch. Aber heute wird das politisch so gesagt: Aber wenn ihnen keine andere Wahl bleibt, dann gibt es ein Massaker am kurdischen Volk, welches größer ist als bisher.

Özal sieht offen eine kurdische Frage. Wie ist das zu verstehen?

Özal sagt das, gleichzeitig sagt er, "Ich will nicht, daß es dazu kommt". Özal weiß, daß er mit einer militärischen Lösung keinen Sieg erreichen kann. Er hat das zwar gesagt, aber wenn er vom Militär Kritik bekommt, dann nimmt er wenige Tage später wieder alles zurück. Das ist auch unter anderem eine Frage des Glaubens und der Einschüchterung. In der Türkei ist es so, daß alle Individuen immer chauvinistisch indoktriniert werden. Nirgends auf der Welt, aber in der Türkei ist es so, daß gesagt wird: "Ich bin gut, ich bin ein Türke. Ein Türke ist soviel wert wie die ganze Welt". Ab dem fünften Lebensjahr wird den Kindern Chauvinismus eingeimpft. Das muß man verstehen, um die Politik in der Türkei zu verstehen. Özal besitzt eine Händlermentalität. Er ist berechnend, wo er sich ein Scheibchen abschneiden kann, tut er es. Es ist so, der BBC macht zum Beispiel eine Sendung und diskutiert offen, und am nächsten Tag beginnt hier in der Türkei ein Tanz und alles wird zurückgenommen.

Barzani und Talabani treffen sich ständig mit dem türkischen Staat. Welch ein Ziel steckt dahinter? Das kurdische Volk soll damit gegeneinander ausgespielt werden. Früher wurde Ja gesagt zur Gründung eines kurdischen Staates. Aber als die Diskussion größer wurde, schwenkten die türkischen Staatsvertreter um. Es blieb nur noch Gerede. Jetzt haben die türkischen Regierungsvertreter gesagt, da bei euch in Südkurdistan PKK-Camps vorhanden sind, wird es keine Zusammenarbeit geben. Aber selbst wenn es die PKK nicht gäbe, bliebe die Politik gegen das kurdische Volk die gleiche. Die kurdische Sprache wird nicht anerkannt und mit ihr auch die kurdische Identität nicht. Seit der Republikgründung ist die kurdische Frage auf der Tagesordnung. Seit der Republikgründung wird aber auch der Traum von einem großtürkischen Staat geträumt. Offiziell scheuen sich aber die Leute, wegen der Weltlage dies zum Ausdruck zu bringen. Wenn von kurdischer Identität gesprochen wird, so ist dies Separatismus. Auch Beobachtungen über die aktuelle Lage sind bereits Separatismus. Auch eine französische Delegation ist aus Kurdistan rausgeworfen worden und auch eine Frau aus den USA, die sich in Kurdistan umsehen wollte. Es wird gesagt, sie könnten die Sicherheit nicht gewährleisten für diese Beobachter, deshalb sollen sie gehen. Die ausländische Presse wurde auf keinen Fall nach Sirnak zugelassen. Warum keine ausländischen Beobachter nach Kurdistan hereingelassen werden, damit sollte sich das Europäische Parlament einmal beschäftigen. Früher war es schon schwer, als Beobachter nach Kurdistan zu gehen, heute ist man Separatist, wenn man nach Kurdistan geht. Als

Abgeordnete können wir nicht mehr nach Kurdistan gehen. Es werden Versuche gemacht, die Immunität der Abgeordneten abzuschaffen und die Abgeordneten mit der Todesstrafe zu bestrafen.

Was ist diesbezüglich der aktuelle Stand?

Das Verfassungsgericht hat das Verfahren gegen die HEP eröffnet. Nach zwei bis drei Monaten sollte die HEP verboten werden, und damit sollte auch die Immunität wegfallen. Über uns gibt es eine Akte, in der steht, daß wir Separatismus betreiben würden. Deshalb soll die Immunität aufgehoben werden. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß einige von den HEP-Abgeordneten ins Gefängnis kommen. Wahrscheinlich kommen aufgrund der Weltöffentlichkeit nicht alle HEP-Abgeordneten ins Gefängnis. Wir sind nicht hoffnungslos. Niemand kann den Befreiungskampf des kurdischen Volkes zum Stoppen bringen. Wir wollten hier nur einmal die Maßnahmen des türkischen Staates darstellen. Wir wollten darstellen, mit welcher Mentalität wir hier konfrontiert werden. In Kurdistan kämpfen die Menschen, indem sie sich das Totenhemd anziehen. Auch wenn die Unterstützung und die Solidarität nur klein ist, jede Bemühung ist wichtig.

medico international: Schutz für Journalisten in Türkei-Kurdistan

Die großen Berufsverbände der internationalen Presse haben im September 1992 die Türkei als das "gefährlichste Land für Journalisten" bezeichnet. Die nicht abreißende Mordserie an Pressevertretern hat das "Helsinki Watch Comittee", die internationale Journalisten-Föderation, den PEN-Club, den Deutschen Journalistenverband , die IG Medien und andere Institutionen zu Protesten veranlaßt. Neben den 10 Mordfällen in diesem Jahr sind (soweit bekanntgeworden) mindestens 57 JournalistInnen zum Teil mehrfach und ohne Begründung von der Polizei verhaftet worden.

Medico international hat eine Initiative gestartet, durch die Vermittlung von Informationen und direkten Patenschaften zwischen türkisch-kurdischen und deutschen Redaktionen und JournalistInnen aus Presse, Funk und Fernsehen einen gewissen Schutz für besonders gefährdete Personen zu organisieren. "Der direkte Kontakt zwischen Journalisten hier und dort könnte für die Todesschwadrone durchaus abschreckend wirken und helfen, daß Menschenrechtsverstöße noch mehr als bisher an die Öffentlichkeit gelangen."

Ein ausführliches Faltblatt über die Verfolgung von JournalistInnen in der Türkei und über die Initiative kann angefordert werden bei:

medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1

Tel. 069/4990041 - FAX 069/436002

"... für uns gibt es kein Lebensrecht "

Gespräch mit Mehmet Oguz von der Tageszeitung Özgür Gündem

Ulla Jelpke: Dieses Jahr sind neun Journalisten in Türkei-Kurdistan ums Leben gekommen. Ist es richtig, daß darunter sechs Journalisten von Özgür Gündem sind?

Mehmet Oguz: Vier Journalisten von Özgür Gündem sind umgebracht worden, Hafiz Akdemir (10. Juni), Yahya Orhan (31. Juli), Hüseyin Deniz (8. August), zuletzt der 74jährige Schriftsteller Musa Anter, der unter anderem auch für unsere Zeitung gearbeitet hatte. Burhan Karadeniz wurde am 5. August angeschossen, er ist gelähmt und wird zur Zeit in Frankfurt im Krankenhaus behandelt. Insgesamt sind in diesem Jahr in Kurdistan neun Journalisten ermordet worden.

Welche weiteren Journalisten sind ermordet worden?

Izzet Keser von Sabah wurde während der Newroz-Ereignisse ermordet, dann am 29. Juli Cetin Abayay von der Zeitschrift Özgür Halk, Halit Güngen von 2000'e Dogru und Cengiz Altun von Yeni Ülke.

Ich war am Newroz hier und ein Teil meiner Delegation war sogar anwesend, als der Reporter von Sabah von den Sicherheitskräften ermordet wurde. Als wir in der Bundesrepublik waren, haben wir Dokumente zusammentragen können, Originaltöne von Funksprüchen von der Polizei, daß die Polizei die Sicherheitskräfte direkt aufgefordert hat, "Da ist eine Gruppe Journalisten, macht sie nieder". Gibt es auch für die anderen Journalisten ähnliche Anhaltspunkte, daß man beweisen kann, daß gezielt auf Journalisten geschossen wird, die in diesem Gebiet Kurdistans recherchieren?

Es gibt einige Anhaltspunkte dafür, daß die Journalisten im Auftrag des Staates ermordet wurden. Zum Beispiel, daß die Polizei sie (die Mörder) schützt, daß sich welche nach der Tat in Polizeiwachen geflüchtet haben, daß die Polizei, obwohl Zeugen die Mörder genau beschreiben konnten, nicht ermittelt. Der Innenminister Sezgin behauptet, die ermordeten Journalisten von Özgür Gündem seien keine Journalisten, sondern angeblich "Terroristen, Militante" gewesen, die wegen "organisationsinternen Auseinandersetzungen" ermordet worden seien. Diese Lüge haben wir auch durch Veröffentlichung ihrer Versicherungsnummer bei der staatlichen Rentenversicherung widerlegt. Oder es wurde behauptet, es gebe Unstimmigkeiten, weil nach der Gründung der Tageszeitung Özgür Gündem, die erst seit Juni erscheint, einige Journalisten von der Wochenzeitung Yeni Ülke zu Özgür Gündem gewechselt haben, was aber zu keinerlei Unstimmigkeiten geführt hat, sondern eine Lüge des Staates ist, um seine Verantwortung für die Morde zu vertuschen zu versuchen. Die Journalisten, die ermordet worden sind, haben zum Beispiel über die Morde der vom Staat organisierten Konterguerilla recherchiert.

Nach den Morden an den Journalisten von Özgür Gündem hat es Aktionen und Proteste auf der Straße gegeben, es hat die Forderung an die türkische Regierung gegeben, die Umstände unverzüglich aufzuklären, wie diese Journalisten umgekommen sind bzw. dafür Sorge zu tragen, daß sich die Bedingungen für die Journalisten verändern. Was ist inzwischen passiert?

Es wurden sehr viele Protestaktionen, Rolladenschließungsaktionen und Demonstrationen durchgeführt, die Massen in Kurdistan waren sehr aufgebracht und ließen sich trotz aller Einschüchterungsversuche durch brutale Angriffe der Sicherheitskräfte auf die Beerdigungsfeiern und Protestaktionen nicht davon abhalten, ihre Trauer und Wut auf die Straße zu tragen. Die Massen reagierten mit ihrem Protest immer sehr schnell und lebendig auf diese Morde. Allerdings wird die Reaktion des Staates, vor allem seit den Sirnak-Ereignissen, immer härter und brutaler.

Wie hat sich die Regierung in der Türkei geäußert, es gibt doch auch Forderungen von Journalistenverbänden, daß journalistisches Arbeiten möglich sein muß in Türkei-Kurdistan. Hat sich da irgend etwas getan? Es gibt eine Stellungnahme des Präsidenten des Internationalen Journalisten-, Presse- und Medienverbandes namens Irani, eine scharfe Verurteilung. Der Präsident schreibt in seiner Erklärung, daß die türkische Regierung immer wieder behauptet, die Journalisten seien nicht akkreditiert gewesen, sie wären Unterstützer des Separatismus in der Osttürkei - sie sagt ja nicht Kurdistan. Ist diese Stellungnahme irgendwo veröffentlicht worden? Hat es darüberhinaus zum Beispiel eine Untersuchungskommission gegeben? Oder gibt es überhaupt irgendwelche Anzeichen, von Seiten der Regierung eine Arbeit in Türkei-Kurdistan für Journalisten möglich zu machen?

Solche Erklärungen gab es, sie sind nur in Zeitungen wie Özgür Gündem und Yeni Ülke erschienen. In letzter Zeit berichtet zum Beispiel auch die Zeitung Cumhurriyet über die Morde an den Journalisten, aber auch nur sehr eingeschränkt.

Bei der Regierung hat sich überhaupt nichts geändert. Sie will die Probleme immer noch mit Terror, Mord und Einschüchterung lösen. Der türkische Staat hat auch auf internationaler Ebene keine Nachteile zu befürchten, weil er im Interesse der "Neuen Weltordnung" voll unterstützt wird. Das Waffenembargo Deutschlands nach dem Newroz-Massaker wurde zum Beispiel nach kürzester Zeit wieder aufgehoben, und es herrschen wieder die engsten Freundschaftsbeziehungen zwischen diesen beiden Staaten. Wir können also nicht sagen, daß sich irgend etwas getan hätte.

Wir waren ja gerade in Türkei-Kurdistan und wir konnten uns selber davon überzeugen, daß die Zeitung Özgür Gündem dort legale Büros hat, daß sie nach wie vor viele Journalisten im Einsatz hat, die einzige Tageszeitung in der Türkei ist, die regelmäßig über die Ereignisse in Türkei-Kurdistan berichtet. Wir konnten auch feststellen, daß die Journalisten, die dort arbeiten, tatsächlich mit ihrem Leben bedroht sind und unter Lebensgefahr ihre Arbeit machen. Wie schätzen Sie die Situation ein, wie lange ist das noch möglich, so legal dort zu arbeiten und Journalisten in diese Gebiete zu schicken, um kontinuierlich zu berichten?

Hier müssen wir klar feststellen, daß es für uns kein Lebensrecht und keine Sicherheit gibt. Es herrscht Krieg, und mit der Verschärfung dieses Krieges durch den Staat, durch die Erklärung des Nationalen Sicherheitsrates ist eine neue Stufe dieses Krieges erreicht und das Lebensrecht vollkommen aufgehoben worden. In dieser Erklärung wurde Özgür Gündem und auch die legale Partei HEP, die Sitze im Parlament hat, ganz offen

bedroht. Es kann demnächst ein Verbot kommen. Es werden ständig ganz offen Morddrohungen gegen uns Journalisten und Drohungen, unsere Büros in die Luft zu sprengen, ausgesprochen. Um journalistisch arbeiten zu können, bräuchten wir demokratische Verhältnisse, und die haben wir nicht. Alles ist von einer demokratischen Lösung des Kurdistan-Problems abhängig. Der Nationale Sicherheitsrat hat einen umfassenden Krieg angedroht. Unsere Antwort kann nur ein kollektiver Kampf aller Völker, des türkischen, des kurdischen und der anderen Völker, um Demokratie sein. Es darf nicht vergessen werden, daß nicht nur Journalisten, sondern auch schon über 180 Menschen aus dem Volk dieses Jahr durch die Staatskräfte ermordet worden sind.

Es ist zweifellos richtig, daß wir das nicht vergessen dürfen. Wir müssen aber auch diskutieren, wie es gewährleistet werden kann, daß wichtige Informationen über das, was dort passiert, aus diesem Gebiet überhaupt kommen. In der vorletzten Woche wurde ein wertvoller und teurer Freund, Musa Anter, einfach auf der Straße erschossen. Gibt es Diskussionen unter den Journalisten, wie in Zukunft eventuell vermieden werden kann, daß sie nicht mehr in legalen Büros arbeiten und offen erkennbar sind? Gibt es Überlegungen dazu, unter neuem Schutz zu arbeiten, aber auch in dem Zusammenhang mit der Diskussion über ein Verbot der Zeitung Özgür Gündem?

Wir hatten diese Probleme schon seit unserem ersten Erscheinen (Juni '92). Es kann natürlich auch noch schlimmer kommen, es kann auch sein, daß unsere Zeitung verboten wird. Aber wir werden auf jeden Fall einen Weg finden, in Kurdistan und in der Türkei einen Journalismus und eine Berichterstattung auf der Seite des Volkes zu machen. Da es die Staatskräfte sind, die uns bedrohen und ermorden, haben wir natürlich kaum eine Chance, uns zu schützen. Wir ändern die Zeiten, zu denen wir kommen und gehen, und gehen an bestimmte Orte und zu bestimmten Stunden zum Beispiel nicht alleine. Aber da wir 24 Stunden am Tag, ständig unter der Bedrohung leben, können wir kaum etwas dagegen tun, wenn sie uns ermorden wollen, sonst könnten wir weder weiter arbeiten noch einkaufen gehen, wenn wir uns schützen wollten, und wären dadurch vollkommen blockiert, überhaupt noch zu arbeiten.

Wenn wir verboten werden, dann wird es wohl kaum von anderen Zeitungen oder Organisationen Proteste geben. Es werden uns nicht viele unterstützen. Es wird uns Yeni Ülke unterstützen, wenn wir verboten werden, oder umgekehrt, und es wird Proteste geben von den wöchentlich oder zweiwöchentlich erscheinenden sozialistischen Zeitschriften, aber die sind nicht so stark. Die anderen Zeitungen wollen sowieso, daß wir verboten werden, feuern den Staat ständig dazu an und sind nichts anderes als ein Teil des schmutzigen Krieges des Staates. Deshalb können wir höchstens erwarten, daß ein paar Leitartikler (Kommentatoren) dieser Zeitungen ein Verbot unserer Zeitung kritisieren würden. Es würden uns wohl ein paar demokratische Organisationen unterstützen, aber wie ich gesagt habe, ist die Demokratie in diesem Land leider sehr schwach entwickelt.

Ich möchte noch einmal den genauen Vorwurf oder die Vorwürfe gegen Özgür Gündem und Yeni Ülke wissen, aufgrund derer ein Verbot erwogen wird? Denn nach meinem Dafürhalten, so wie ich diese Zeitungen kenne, versuchen die doch nur objektiv über Türkei-Kurdistan und was dort an kriegerischen Auseinandersetzungen läuft, zu berichten.

Zum Beispiel darf nach den Pressegesetzen des türkischen Staates das Wort Kurdistan nicht verwendet werden, was wir aber tun. Nach der türkischen Verfassung, die die "Unteilbarkeit des Staates und seiner Nation" festschreibt, ist es verboten, Kurdistan zu schreiben. Außerdem werden von den türkischen Gerichten keine rechtstaatlichen, sondern machtpolitische Urteile gefällt. Das ist seit vielen Jahren so. Und selbst wenn sie nach ihren Gesetzten urteilen würden, die sehr enge Grenzen setzen, dann würde sich auch immer ein Vorwand finden. Es werden aber je nach der aktuellen Lage politische Urteile gefällt. Zum Beispiel bieten Özgür Gündem und Yeni Ülke in jeder Ausgabe zwangsläufig Vorwände, die Ausgabe zu verbieten und beschlagnahmen zu lassen, denn anders können wir keine wahrheitsgemäße Berichterstattung machen. Und dann werden sie je nach der aktuellen politischen Situation beschlagnahmt und verboten oder auch mal in Ruhe gelassen. Um zur Frage des vollständigen Verbots des Erscheinens unserer Zeitung zu kommen, so ist sowohl vorstellbar, daß sie einen solchen Vorwand hernehmen und ihn mächtig aufbauschen, oder aber, daß sie die Pressegesetzte weiter verschärfen, was möglich ist, weil sie sich alle darüber einig sind, uns endgültig zum Schweigen bringen zu wollen.

Journalisten werden umgebracht, repräsentive Organisationen, wie zum Beispiel die HEP, mit Verbot bedroht; Delegationen werden aus diesem Teil des Landes gewiesen und in ihrer Arbeit behindert, daß alles, was an Öffentlichkeit hergestellt werden soll, praktisch einem Verbot unterliegt. Was können wir tun in der internationalen Öffentlichkeit, um diese Situation zu verändern?

Das könnte alles mit viel lauterer Stimme in der internationalen Öffentlichkeit bekanntgemacht werden, zum Beispiel in Europa, vor allem auch in Deutschland, das ein imperialistisches Land und beteiligt an der "Neuen Weltordnung" ist, doch in der jetzigen Phase einige demokratische Möglichkeiten bietet. Die demokratischen Organisationen, die sozialistischen, könnten und müßten auf internationaler Ebene das mehr bekannt- und stärker Druck machen. Zum Beispiel in Deutschland sich für ein Waffenembargo einsetzen. Auch im Rahmen des Völkerrechts. In der Verfassung der BRD oder der der USA und in internationalen Verträgen ist von Menschenrechten und Selbstbestimmungsrecht der Völker die Rede. Es ist klar, daß sie kein unabhängiges und sozialistisches Kurdistan im Mittleren Osten zulassen wollen, aber es wäre die Aufgabe der Öffentlichkeit in diesen Ländern, sich gegen die Massaker zu stellen, und entsprechend den eigenen Prinzipien und denen des internationalen Rechts müßten sich diese Staaten wenigstens für die Einhaltung der Menschenrechte und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzusetzen. Was bisher an internationalen Protesten geschieht, ist zu wenig.

Kulp: Wieder eine Stadt zerstört

Das kurdische Städtchen Kulp, mit vor kurzer Zeit noch 10.000 Einwohnern in der Nähe von Diyarbakir gelegen, ist einer erneuten Vertreibungs- und Massakeraktion der türkischen Armee zum Opfer gefallen.

Nach einem Angriff der PKK auf ein Militärfahrzeug außerhalb der Stadt am 2.10., bei dem ein Soldat und ein Offizier getötet wurden, wurde Kulp von den Sicherheitskräften eingekesselt. Alle Telefonleitungen wurden unterbrochen, die Zufahrtsstraßen tagelang blockiert. Dann wurde die Stadt mit Panzern, Raketen und schwerer Artillerie unter Beschuß genommen. Auch die von der BRD aus NVA-Material gelieferten achträdrigen Schützenpanzer kamen dabei erneut zum Einsatz.

Durch den Beschuß selbst und bei den dadurch ausgebrochenen Bränden sollen zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sein. Die Verletzten wurden nicht in Krankenhäuser transportiert. Mindestens eine Person wurde von den Sicherheitskräften mit Benzin übergossen und verbrannt. Es kam zu hunderten von Festnahmen; die Festgenommenen wurden aus der Stadt in abgelegene Gebiete verschleppt. (nach einem Berichts des Menschenrechtsvereins (IHD) Diyarbakir vom 5.10.92)

Bereits in den Wochen zuvor war Kulp Ziel wiederholter Attacken des Militärs gewesen. Einzelne Dörfer in der Umgegend wurden mit Raketen beschossen, mehrfach wurden Wälder vom Militär angezündet. Aufgrund der ständigen Repression hielten sich in der Stadt kaum noch junge Männer auf, sie waren in die Großstädte abgewandert oder hatten sich der Guerilla angeschlossen. Immer wieder wurden einzelne Häuser von den Sicherheitskräften niedergebrannt, gegen deren Besitzer ein vager Verdacht auf Sympathie mit der PKK bestand. In einem Bericht der bereits an anderer Stelle zitierten deutschen Delegation, die Kulp noch am 28.9. besucht hatte, heißt es: "Man sagte uns, (an einer weiteren Brandstelle) habe sich eine Teppichmanufaktur und ein Ausbildungszentrum für Frauen aus der Stadt befunden. Der Betrieb sei vor etwa 15 Jahren auf private Initiative gegründet worden und habe teilweise auch öffentliche Gelder erhalten. Es sollen ca. 100 Frauen dort gearbeitet haben und ausgebildet worden sein. Von den Militärs sei unterstellt worden, dort würde Kleidung für die Guerilla angefertigt. Aus diesem Grunde sei nachts das Militär gekommen und habe den gesamten Betrieb niedergebrannt."

Nach dem jüngsten Massaker soll der größte Teil der Bewohner aus der Stadt geflüchtet sein.

28. Mord an iranischen Kurden in Berlin

Rubrik: Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:10

Am 17. September wurde in Berlin der zur Zeit wohl wichtigste Vertreter der iranischen Opposition, Sadegh Scharafkandi, Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans Iran (DPKI), zusammen mit drei weiteren Kurden ermordet. Während deutsche Stellen wieder einmal einseitig die türkisch-kurdische PKK beschuldigen, weisen die Hintergründe auf den iranischen Geheimdienst als Urheber hin.

Ignoranz der kurdischen Verhältnisse?

Scharafkandi war nur kurz in Berlin. Die Teilnahme als Zuhörer an der Sitzung der Sozialistischen Internationale (SI), wegen der er nach Berlin kam, war erst in der vorangehenden Woche verabredet worden. Am letzten Abend seines Aufenthaltes saß er nur mit einigen kurdischen Freunden und Begleitern im Lokal "Mykonos" in Kreuzberg. Gegen 23 Uhr betraten zwei Männer die Gaststätte, ein dritter hielt an der Türe Wache. Sie riefen auf Persisch "Hundesöhne" und schossen aus einer nachgebauten Maschinenpistole des israelischen Fabrikats "Uzi" und einer Selbstladepistole auf die Kurden. Auf Scharafkandi noch mehrere gezielte Schüsse, als er bereits am Boden lag. Die Täter konnten entkommen.

Außer Scharafkandi starben bei dem Attentat Fattah Abduli, der Europavertreter der DPKI, Homayun Ardalan, ihr Deutschlandvertreter, und Nuri Dehkordi, der als Dolmetscher geholfen hatte. Der kurdische Wirt des "Mykonos" wurde lebensgefährlich verletzt.

Auf der Sitzung der SI waren die Kurden nur Zaungäste gewesen. Lediglich eine nichtssagende Erklärung zum Schutz von Minderheiten war der SI abzuringen gewesen. Von Aufnahme in die SI ganz zu schweigen. Scharafkandi soll von diesem Ergebnis enttäuscht gewesen sein.

Nach dem Mord erinnerten die französischen Sozialisten und die SPD an ihre langen freundschaftlichen Beziehungen zur DPKI und gaben sich erschüttert. Sonst blieb es politisch relativ ruhig um das Attentat.

Den eigentlichen politischen Kommentar verfertigte die Bundesanwaltschaft (BAW). Als ersten Verdächtigen nannte sie die türkisch-kurdische PKK ("Arbeiterpartei Kurdistans"). Erst an zweiter Stelle erwähnte die BAW die Möglichkeit, eine iranische Gruppe könne hinter dem Anschlag stecken. Den Verdacht der politischen Freunde der Opfer, nämlich daß wahrscheinlich der iranische Geheimdienst hinter dem Attentat steht, überging die BAW mit Schweigen.

Der Hauptverdacht der BAW gegen die PKK beruht nur auf zwei höchst wackligen Argumenten: Die PKK stünde in einem Konkurrenzverhältnis zur DPKI, und außerdem habe die PKK auch früher nicht vor Tötungen zurückgeschreckt.

Nun bestreitet nicht nur die PKK, sondern auch die DPKI die von der BAW in die gesamte deutsche Presse ausgeschüttete Behauptung ihrer gegenseitigen Spannungen. In einer Erklärung nennt die DPKI die Anschuldigungen der BAW gegen die PKK "sehr wohlwollend gesehen eine völlige Ignoranz der kurdischen Verhältnisse (...) Nicht wohlwollend gesehen ein Ablenkungsmanöver, um den Iran, den geschätzten Geschäftspartner Deutschlands, reinzuwaschen und die Affäre aus Gründen der Staatsraison zu glätten."(1)

Auch andere, der PKK nicht verbundene Kenner des kurdischen Widerstands, wie der irakische Kurdenführer Djelal Talabani, das kurdische Institut in Paris und die Hilfsorganisation medico international, verdächtigten nur den iranischen Geheimdienst.(2)

Was das zweite Argument der BAW gegen die PKK anbetrifft, so ist es im Grunde nur die öffentliche Aufwärmung der von ihr im Düsseldorfer "Kurdenprozeß" erhobenen Vorwürfe. In diesem Prozeß tut sie sich, trotz der von ihr abhängigen Kronzeugen und massiver Vorverurteilung in den Medien, schwer, ihre Beschuldigungen auch durchzusetzen. Doch selbst unter den Taten, die die BAW der PKK anlastet, befindet sich kein vergleichbarer Anschlag.

Eigentlich nicht zu übersehen ist dagegen die Spur nach Teheran. Nur 11 Tage vor dem Mord hat sich der für den iranischen Geheimdienst verantwortliche Minister Hojatolleslam Ali Fallahian im Teheraner Fernsehen zu Mordanschlägen auf iranische Oppositionelle bekannt. Er nannte dabei auch ausdrücklich die DPKI.(3)

Außerdem spricht für die iranische Spur, daß es wohl nur einem speziell auf die DPKI angesetzten Geheimdienst möglich gewesen sein dürfte, von Scharafkandis Abstecher nach Berlin rechtzeitig zu erfahren. Es gibt auch Parallelen zu Morden an anderen iranischen Oppositionellen; insbesondere wurde Scharafkandis Vorgänger im Amt des Generalsekretärs der DPKI, Abdorrahman Ghassemlu, zusammen mit zwei anderen hohen Funktionären der DPKI 1989 in Wien erschossen. Die österreichische Polizei faßte zwar zwei mutmaßliche Täter, ließ sie aber auf diplomatischen Druck in den Iran ausreisen.

Der deutschen Polizei gelang es nach einigen Tagen, zwei Libanesen zu fassen, von denen einer durch einen Handabdruck an der als Tatwaffe identifizierten Pistole schwer belastet ist. Offenbar war ihre Verhaftung ein Zufallstreffer, als sie versuchten, sich falsche Papiere zu besorgen. Der BAW diente die Festnahme dazu, ohne den Schatten eines neuen Beweises, ihre Beschuldigungen gegen die PKK zu wiederholen. Der früher oft erwähnte Einfluß des Iran auf einige libanesische Schiitengruppen (Hisbullah), kam nicht zur Sprache.

Vergleicht man das Attentat auf Scharafkandi mit dem auf Ghassemlu, so gibt es neben Gemeinsamkeiten auch auffallende Unterschiede. Ghassemlu wurde mit Scheinverhandlungen regelrecht in die Falle gelockt. Diese wurden monatelang aufrechterhalten, bevor die Mörder zuschlugen. - Fuhr nun Scharafkandi das Mordkommando einfach mit den Waffen hinterher? Ganz ohne Vorbereitungszeit wird es wohl nicht gegangen sein. Das bedeutet, entweder hatte der iranische Geheimdienst einen über die Reisepläne Scharafkandis sehr gut unterrichteten Informanten, oder ihm wurde von anderer Seite geholfen.

Vom 11. bis 14.9. befand sich der türkische Innenminister Sezgin in Teheran, um ein Abkommen zur gemeinsamen Bekämpfung der jeweiligen Opposition auszuhandeln. Obwohl Teheran noch kurz zuvor heftig gegen eine grenzüberschreitende Verfolgung der PKK protestiert hatte, kam das Abkommen zustande. "Laut Radio Teheran hat Sezgin dabei erklärt, Iran und die Türkei stimmten darin überein, den Terrorismus zu bekämpfen und ab nun den Aktivitäten von Oppositionellen gegen die Souveränität der beiden Länder ein Ende zu setzen." (Neue Zürcher Zeitung, 18.9.92) Nicht unmöglich ist es, daß Sezgin im Paket seiner Gastgeschenke auch Informationen über Scharafkandis Europareise hatte. Solche Informationen könnte er von einem durch westliche Geheimdienste oder Nato-Stellen abgehörten Ferngespräch haben.

Wie dem auch sei, ist die Art, wie die BAW der allerwahrscheinlichsten Spur ausweicht, schon fast eine Einladung für ähnliche Anschläge. Damit droht mittlerweile nicht nur der Iran (s. Kasten).

Geschichte der DPKI und ihre Stellung im heutigen Iran

Ein Ereignis in der Geschichte Iranisch-Kurdistans ist bis heute bedeutend - die kurdische Republik von Mahabad, die 1946 ausgerufen wurde und sich ein knappes Jahr halten konnte. Mahabad unterstand offiziell der iranischen Zentralregierung, war praktisch aber "Niemandsland" zwischen dem seit 1941 sowjetisch besetzten Norden und dem von Engländern und Amerikanern besetzten Süden. Die Zurückeroberung der Republik von Mahabad im Dezember 1946, ausgelöst durch die Aufkündigung der Unterstützung seitens der Sowjetunion, war verbunden mit der Wiedereinsetzung der Dynastie der Pahlewi, die seit ihrer Machtübernahme im Jahre 1925 bemüht waren, einen modernen, persischen Nationalstaat aufzubauen.

Präsident der Republik von Mahabad war Ghazi Mohammed, der Parteivorsitzende der 1945 gegründeten Demokratischen Partei Kurdistans Iran (DPKI). Die Forderung nach Selbstverwaltung innerhalb der iranischen Staatsgrenzen, die seit der Parteigründung erhoben wurde, hat bis heute Gültigkeit, und diese Errungenschaft eines autonomen kurdischen Gebietes gilt es heute wieder zurückzuerobern.

Ab 1947 arbeitete die nun im Untergrund operierende DPKI mit der kommunistischen Tudeh-Partei zusammen. Unter der Regierung von Mossadegh, die von 1951 bis '53 dauerte, konnte die DPKI wieder öffentlich agieren. Sie organisierte Bauernaufstände gegen feudale Großgrundbesitzer, die sich schnell ausbreiteten. Mit dem CIA-Putsch von 1953, der den Schah wieder an die Macht brachte, begann die erneute blutige Unterdrückung von Kurdinnen und Kurden sowie deren Organisationen. Das Zentrum der kurdischen Befreiungsbewegungen verlagerte sich in den Irak.

Mit der Begründung, daß jede Abhängigkeit zur Niederlage führe, trennte sich die DPKI 1956 von der Tudeh-Partei und stellte ein neues Parteiprogramm auf, das u.a. folgende Forderungen enthielt: gleiche Rechte für Männer und Frauen, Industrialisierung Kurdistans, eine gerechte Bodenreform, die Freiheit der Meinungsäußerung und des Glaubens.

Trotz dieser Haltung ging die DPKI Anfang der 60er Jahre Bündnisse mit der Demokratischen Partei Kurdistans Irak (DPK) ein, die wegen der folgenden Zusammenarbeit Barzanis, des Führers der DPK, mit dem Schah zur Spaltung der DPKI führte: die radikalsten Mitglieder gingen in den Iran zurück und nahmen 1967 den bewaffneten Kampf auf. Die DPKI organisierte einen Aufstand, der sich, vorwiegend in den Regionen von Mahabad, Baneh und Sardascht, über 18 Monate hinzog. Mit der Bekämpfung des Aufstandes durch die iranische Armee, die auch von Barzanis Truppen unterstützt wurde, gelang die Zerschlagung der iranisch-kurdischen Opposition. 1971 reorganisierte sich die DPKI und wählte Ghassemlu zum Generalsekretär.

Die ersten Demonstrationen der gesamtiranischen Anti-Schah-Bewegung waren noch von spontan gebildeten Komitees organisiert. Mit der Rückkehr der Führer der DPKI aus dem Exil bekam diese Bewegung ab Mitte 1978 auch spezifisch kurdische Züge: Ghassemlu trat mit der Losung an: "Demokratie für Iran - Autonomie für Kurdistan".

Nach dem Sturz des Schah-Regimes kam es 1979, zu einer Zeit, in der die Macht der Mullahs noch wenig verankert war und der Iran am Scheideweg zwischen einer Diktatur des Klerus und einer Demokratie mit Rechten für ethnische Minderheiten stand, zu ersten Verhandlungen mit Kurdinnen und Kurden. Diese forderten das Recht auf Selbstverwaltung für alle ethnischen Minderheiten, zusammengeschlossen in einem föderativen System.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen gab es im März 1979 eine Kundgebung in Mahabad, an der 200.000 Menschen teilnahmen. Die dort von Ghassemlu erhobene Forderung nach Autonomie für das kurdische Gebiet wurde von linken Parteien abgelehnt. Diese hatten die Unabhängigkeit Iranisch-Kurdistans zum Ziel.

Die ersten militärischen Aktionen der iranischen Zentralregierung gegen Kurden und Kurdinnen erfolgten im März 1979. Im August desselben Jahres rief Khomeini zum "Heiligen Krieg" gegen Kurdistan auf. Die kurdischen Peschmerga konnten sich jedoch in den ländlichen Gebieten mit der Unterstützung der Bevölkerung halten. Selbst der Generalangriff der iranischen Zentralregierung im April 1980, der Tausende von Toten forderte, konnte den kurdischen Widerstand nicht ganz zerbrechen.

Mit dem Beginn des Irak-Iran-Krieges (September 1980) wurden die kurdischen Gebiete zunehmend militarisiert. Trotzdem gab es bis Mitte 1985 befreite Gebiete, die auf der Basis von Rätestrukturen selbstverwaltet wurden. Im Verlauf des 1. Golfkrieges wurden die kurdischen Organisationen immer mehr zum Spielball Bagdads und Teherans, wobei sich die DPKI noch einen Teil ihrer Unabhängigkeit bewahren konnte.

Nach dem Ende des 1. Golfkrieges unternahm die DPKI ihren bisher letzten Versuch zu Verhandlungen mit dem iranischen Regime. Diese entpuppten sich jedoch als Falle: am 13. Juli 1989 wurden Ghassemlu und Ghaderi, der Vertreter der DPKI in Europa, während der Verhandlungen in Wien vom iranischen Geheimdienst ermordet.

Die Unzufriedenheit mit dem Regime der Mullahs nimmt in den letzten Jahren im gesamten Iran immer mehr zu. Die Lebensbedingungen im Iran verschlechtern sich ständig, worauf die Bevölkerung mit Revolten reagiert. Die Diktatur des Klerus trat mit einer Reihe von Versprechungen an, wegen deren Nichterfüllung die iranische Bevölkerung der Regierung zunehmend die Legitimation entzieht.

Auftrieb erhalten auch die Oppositionsbewegungen im iranischen Teil Aserbaidschans und in Kurdistan durch die Gründung eines unabhängigen Aserbaidschans in der ehemaligen UdSSR und die Existenz selbstverwalteter kurdischer Gebiete im Irak. Die iranisch-kurdische Bewegung bildet z.Z. die stärkste politische Opposition im Iran. Unter diesen Bedingungen nimmt auch die Unterstützung für die Peschmerga und die Mobilisierung der Bevölkerung in Iranisch-Kurdistan zu.

Ob die Ermordung des sehr beliebten Sadegh Scharafkandi diese Entwicklung aufhalten wird, bleibt abzuwarten. Zum Nachfolger Scharafkandis wurde Mustafa Hicri gewählt.

jasa

Anmerkungen:

1) Presseerklärung der DPKI vom 18.9.

2) Özgür Gündem vom 21.9.

3) Presseerklärung von medico international vom 18.9.

29. Türkische Mordkommandos im Ausland

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:15

Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei - ein Gremium, das sich aus ausgewählten Regierungsmitgliedern und der gesamten Militärspitze zusammensetzt, mit bestimmenden Einfluß auf die Kurdenpolitik Ankaras - hat auf seiner Sitzung am 26.8.92 erklärt, daß die kurdische Opposition im In- und Ausland künftig mit "israelischen Methoden" bekämpft werden wird. In einem Bericht der regierungsnahen Zeitung "Hürriyet" vom 29.8. über diesen Beschluß wird als Praxis des israelischen Geheimdienstes Mossad geschildert: "Israel hat die führenden Kader der Palästinenser, ihre im Ausland ansässigen Vertretungen und ihre finanziellen Unterstützer eins nach dem anderen lokalisiert. Anschließend wurden dahin Sondereinheiten abgesandt, die diese töteten. Die Beschlüsse des Sicherheitsrates haben für den Beginn dieser Art von Operationen grünes Licht gegeben. ... Diese Art von Aktionen können jetzt gegen die im Ausland ansässigen kurdischen Vertretungen, ihre Propagandisten und ihre finanziellen Unterstützer gerichtet werden." (Übersetzung Kurdistan-Rundbrief 19/92)

Nachdem in der Türkei und Kurdistan schon mehr als 100 Menschen "mysteriösen" Morden zum Opfer gefallen sind, die den türkischen Todesschwadronen der "Konterguerilla" zugerechnet werden, müssen diese Ankündigungen bitter ernst genommen werden. Am 3. September berichtete das Kurdistan-Komitee über Todesdrohungen gegen den in die BRD geflüchteten Schriftsteller und Journalisten Selim Cürükkaya. Auch medico international erhielt kurz nach den zitierten Beschlüssen massiert, z.T. bis zu 20mal am Tag, Drohanrufe, zumeist von Leuten mit dem Allerweltsnamen "Mehmet Türk". "Wenn ihr weiter so berichtet, werdet ihr ein schlimmes Ende nehmen", wurde wörtlich gedroht, z.T. gegen einzelne, namentlich genannte Mitarbeiter der Hilfsorganisation. Dabei zeigten sich die Anrufer außerordentlich gut informiert über die Namen und Adressen dieser Mitarbeiter. Medico vermutet aufgrund der bemerkenswerten Detailkenntnisse wie auch des Timings und der Abstimmung der Aktion, daß sie vom MIT organisiert wurde.

Für die in der BRD lebenden Kurden ist (neben der Überwachung durch die türkischen Konsulate) insbesondere die enge Zusammenarbeit deutscher und türkischer Geheimdienste bedrohlich. So fand im Juli ein Treffen von Vertretern der Bundesregierung, des BND und des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit dem türkischen Geheimdienst MIT statt. Nach Darstellung der Bundesregierung soll es bei dem Treffen darum gegangen sein, "den Schutz der eigenen inneren und äußeren Sicherheit zu gewährleisten". In der "Hürriyet" (29.8.) war dagegen nachzulesen, daß im Austausch gegen Informationen über Drogenhandel in der BRD die bundesdeutschen Dienste Informationen über in der BRD lebende Oppositionelle an den türkischen Geheimdienst weitergegeben haben. Ausdrücklich heißt es, daß der türkische Geheimdienst "über die gegen die Türkei gerichteten Aktivitäten der in Deutschland ansässigen Deckorganisationen, wie das Kurdistan Komitee, noch mehr Informationen" erhalten habe.

Die Bundesregierung bestätigte auf eine Anfrage der PDS/LL hin die langjährige Zusammenarbeit der BRD-Geheimdienste mit dem MIT. "Seit Beginn der Zusammenarbeit mit der Türkei wurde von deutscher Seite im Rahmen des jeweils geltenden Rechts Hilfe geleistet." "Überwiegende schutzwürdige Belange" der Betroffenen seien bei der Datenübermittlung berücksichtigt worden. Überprüfbar ist diese Behauptung nicht, da die Bundesregierung jede Information über die konkreten Themen der Kooperation und die weitergeleiteten Informationen verweigert. Angesichts der Ankündigung des Einsatzes von Killerkommandos ist ihre Aussage: "Die Gespräche mit der Türkei werden kontinuierlich wie bisher fortgeführt" eine manifeste Bedrohung für jeden in der BRD sich aufhaltenden linken Kurden. (BT-Drucksache 12/3139)

In einem Antrag an den Bundestag forderte dazu die PDS/LL: "Will die Bundesregierung den Verdacht der willfährigen Komplizenschaft unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung nicht weiter nähren, müssen sofort sämtliche geheimdienstlichen und polizeilichen Beziehungen zur Türkei abgebrochen werden und die auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland operierenden türkischen Militärs und Geheimdienstler ausgewiesen werden."

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

30. Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau (Hannes Hofbauer). Buchbesprechung

Rubrik: Österreich; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:06

Wer derzeit die Tagespresse verfolgt, dem mögen das Gezappel der Europäischen Währungsschlange (EWS) und der Streit um die Maastrichter Verträge eine gewisse Freude bereiten; einfach weil diese Vorgänge hoffen lassen, daß die deutsche Einverleibung Europas nicht so reibungslos über die Bühne gehen wird wie geplant.

Doch dann blättert man vielleicht weiter und stolpert über die Meldung, daß Österreich, während Dänemark den Austritt aus der EG diskutiert, es kaum abwarten kann, aufgenommen zu werden. Darüberhinaus wird die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union (WEU) angestrebt, einer der NATO untergeordneten Verteidigungsgemeinschaft.

Verwirrung kommt auf: "Aber Österreich ist doch neutral, geht das denn? Und überhaupt: Was treibt Österreich in die EG, wo doch bekannt ist, wer da das Zepter schwingt? Außerdem liegen nach dem Zusammenbruch des RGW die Märkte doch sozusagen vor der Haustür. Warum also diese Orientierung nach Westen?"

Angetreten, Licht in das Dunkel dieser Fragen zu bringen, ist der den ak-LeserInnen nicht ganz unbekannte österreichische Autor Hannes Hofbauer mit seinem Buch "Westwärts - Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau". Der Zeitraum seiner Betrachtungen und Untersuchungen reicht von Kriegsende bis zum sogenannten "Wiener Memorandum" 1955. "Die Wurzeln der aktuell entscheidenden Auseinandersetzungen um die Neuordnung Europas nach der Wende im Osten, um den angestrebten EG-Beitritt Österreichs sowie um den zukünftigen Umgang mit seinem neutralen Status, liegen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Marshallplan, Bretton Woods und COCOM-Listen stellten politisch, wirtschaftlich und militärisch die Weichen für Generationen", schreibt der Verlag und umreißt damit auch schon die wesentlichen Inhalte des Buches.

Auf gut 100 Seiten wird die Entstehungsgeschichte des European Recovery Plan (ERP), auch Marshallplan genannt, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank nachgezeichnet. Weitere 100 Seiten befassen sich mit der Nachkriegssituation in Österreich und unter der Überschrift "Österreich und der Marshallplan" mit dessen Umsetzung und Auswirkungen auf die Alpenrepublik. Infolgedessen ist "Westwärts" kein Buch nur für Österreicher oder Österreich-Insider, denn die Grundzüge der imperialistischen Außenpolitik der USA in der Nachkriegszeit werden hier detailreich und pointiert dargestellt.

Als die - im Vergleich mit den anderen Alliierten, vor allem der Sowjetunion - eigentlichen Kriegsgewinner machten sich die USA nach Kriegsende daran, ihre ökonomische Vormachtstellung in der Welt in Strukturen zu gießen, die ihnen diese Position auf lange Sicht garantieren sollten. Unter dem Schlagwort "Freier Welthandel" wurde ein System internationaler Institutionen geschaffen, die, von den USA dominiert, "wichtige Spielräume ökonomischer Entscheidungskompetenz auf nationalstaatlicher Ebene eingeengt" haben (Hofbauer). Daß unter den Bedingungen des "Freien Welthandels" der Marshallplan zum Wiederaufbau der zerstörten europäischen Industrie keine barmherzige Spende war, versteht sich von selbst. Einbindung in die westlichen Strukturen war ebenso Voraussetzung wie ein wirtschaftliches Embargo gegen die Sowjetunion.

In welcher Konfliktsituation sich ein Land wie Österreich befand, dem auf der einen Seite (Westen) mit dringend benötigter Lebensmittel- und Wirtschaftshilfe gewunken wurde, auf der anderen Seite (Osten) aber die Abkehr von einem traditionellen Handelsraum abverlangt wurde, läßt sich vorstellen. So steht der Titel "Westwärts" einerseits für die Richtung, in die Österreich sich nach Kriegsende bewegte. Andererseits bringt der Anklang an die kaltschnäuzige Mentalität von Westernhelden treffend zum Ausdruck, mit welcher brutalen Entschlossenheit dabei vorgegangen wurde. Den endgültigen Erfolg dieser Politik zu feiern, bleibt der heutigen US-Administration mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dem Anzetteln des Golfkrieges usw. vorbehalten.

Insofern bietet dieses Buch mit seiner Schwerpunktsetzung nur einen schlaglichtartigen Ausschnitt dessen, was seit 1945 bei der Neuaufteilung der Welt geschah. Dennoch läßt sich vom Konkreten (Österreich) unschwer auf das Allgemeine schließen. Und allen, die demnächst wieder die Bretter einpacken, um auf den österreichischen Pisten die Alpen abzurasieren, sei dieses Buch als Lektüre in den Koffer gewünscht.

Insbesondere das Nachwort von Hannes Hofbauer bietet viel Stoff für Diskussionen. Wer dann auf den Geschmack am Thema gekommen ist, dem dient das Buch mit einer 13 Seiten langen Literaturliste.

Jens Pries

Hannes Hofbauer: Westwärts. Österreichs Wirtschaft im Wiederaufbau. Wien 1992, 256 Seiten, öS 248.-/DM 36,-

31. Italien: Rechter Europarekord und linke Massenproteste

Das nord-süd-rechts-links-gespaltene Italien gibt Rätsel auf

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:08

Den politischen Kommentatoren Italiens drohen die Superlative auszugehen. Als terremoto (Erdbeben) hatten sie im April das Ergebnis der nationalen Wahlen bezeichnet, die der Democrazia cristiana (DC) und mehr noch dem PDS (vormals PCI) schwere Verluste gebracht, es aber letztlich doch ermöglicht hatten, daß weiterregiert wird wie bisher: mit einer Viererkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberalen. Die Kommunalwahlen vom 29. September, bei denen in verschiedenen Provinzen insgesamt etwa eine halbe Million Menschen ihre Stimme abgaben, zeigen noch viel tiefgreifendere Wandlungen des Wahlverhaltens. Sensationell ist vor allem das Ergebnis in der lombardischen Provinz Mantova (375.000 Einwohner): nur noch 14% (-13%) für die Democrazia cristiana, aber 33,9% für Umberto Bossis separatistische Lega Nord und 6,7% für die abgespaltene Lega Alpina unter Leitung von Bossis - mit dem großen Bruder seit neuerem verfeindeten - Schwester Angela Bossi-Brivio.

Dieser Erdrutsch in einer Provinz ohne Skandale und ohne eine erkennbar korrupte Verwaltung verursachte bei den römischen Spitzenpolitikern Schwindelgefühle und führte zum Rücktritt des christdemokratischen Parteisekretärs Arnaldo Forlani. In ganz Italien wurde sehr wohl verstanden, daß diese Wahl so etwas wie eine riesige Meinungsumfrage darstellt, deren Trends auch auf nationaler Ebene das vertraute Parteiengefüge erschüttern oder gar zum Einsturz bringen werden. Der Kommentator von La Repubblica vergleicht den Niedergang der ewigen Regierungspartei DC gar mit der "Auflösung einer Staatspartei jenes anderen Europa, das es nicht mehr gibt." (29.9.)

Außerhalb Italiens wurde die "Ohrfeige von Mantova" (La Repubblica, 29.9.) kaum beachtet. Dabei wurde hier ein neuer rechtsextremer "Europarekord" aufgestellt. Zu den 40,6% für die beiden regionalrassistischen Ligen müssen noch die vergleichsweise mäßigen 3,2% für die traditionellen Neofaschisten vom MSI hinzugerechnet werden. Damit wurde das bisherige Spitzenergebnis von Jean-Marie Le Pens Front National im Département Alpes-Maritimes (27,25%) um Längen überboten.

Das Wahlergebnis von Mantova macht Tendenzen sichtbar, die im Grundsatz auch für andere westeuropäische Länder Gültigkeit haben:

- Viele WählerInnen werden immer anspruchsloser. Ein oder zwei griffige Slogans genügen, Programme sind verzichtbar. Nur eine einzige "einfache, radikale, ja plumpe Idee, die sich als definitive Lösung für alle Übel präsentiert", erkennt der Mailänder Corriere della sera (5.10.) in der Agitation der Lega: "die Sezession vom übrigen Italien", "der elementare Vorschlag: raus mit den Fremden. (...) Wenn die Fremden verjagt sind, wird das einfache Volk des Nordens alles in Ordnung bringen." Unter Fremden sind hier wohlgemerkt nicht nur ausländische Einwanderer zu verstehen, sondern auch "GastarbeiterInnen" aus dem Süden Italiens und römische Politiker.

- Die Bindungen an die eine Partei, die schon aus Familientradition gewählt wird, lockern sich. "Die Italiener betrachteten ihre Partei als eine Art Familie oder geistiger Heimat. Dort hatten sie ihre Wurzeln und ihre Solidarität. Da plötzlich reißen sich viele von diesen Wurzeln los, um Teil einer neuen kollektiven Einheit zu werden. Es ist wie eine Scheidung und eine neue Heirat", schreibt der Kommentator des Corriere. Umorientierungen dieser Größenordnung können nur noch zum geringeren Teil als "Protest-" oder "Denkzettelwahl" interpretiert werden, mit der das im Prinzip treue Wahlvolk "seine" jeweilige Partei zur Besinnung rufen will.

- Eine Erscheinung, mit der Linke europaweit nur allzu vertraut sind, ist die Anpassung der "alten" Parteien an die Parolen der neuen Herausforderer von rechts. Daß hiervon auch die - besonders von einigen deutschen "Altlinken" mit vielen Vorschußlorbeeren versehene - neue Linkspartei Partito democratico della sinistra (PDS) nicht verschont bleibt, ist ein besonders niederschmetternder Aspekt des Wahlakts von Mantova und seiner öffentlichen Verarbeitung.

Als besonders drastisches Beispiel soll hier ein längerer Auszug aus einem Interview mit dem PDS-Stadtrat Faustino Boioli dokumentiert werden. Das Interview erschien am 5. Oktober im Mailänder Lokalteil des Corriere della sera. Boioli ("comunista da sempre" - immer schon Kommunist) bekennt offen: "Bossi hat recht bezüglich der Autonomie, der Einwanderer und der Förderung des Südens". Besonders haarsträubend sind seine Äußerungen zur Frage der Einwanderung: "Wenn wir die Einwanderer wirklich schützen wollen, müssen wir mit dem Gejammer aufhören und den Mut haben, streng mit denen zu verfahren, die sich nicht einfügen wollen. Warum sieht man an den Straßenkreuzungen nie einen Philippino beim Putzen von Autofenstern? Weil jene, die das tun, Lust haben zu arbeiten. Und das gleiche gilt für die Eritreer und auch für andere. Ich bin empört über die Toleranz gegenüber schrecklichen Straftaten: Man spricht von Kindern, die in Sklaverei gehalten werden, und man tut nichts? Wenn ein italienisches Kind systematisch zu kriminellen Aktivitäten angeleitet würde, wenn es von der Schule ferngehalten und im Diebstahl ausgebildet würde, wie es bei sehr vielen Zigeunern geschieht, würden die Eltern ins Gefängnis und das Kind ins Heim geschickt werden. Bei den Zigeunern dagegen sagt man, daß sie Kinder des Windes seien und ihre eigene Kultur hätten. Schluß mit der Toleranz! Hier bräuchte man die savoyische Reiterei".

Die Tiraden dieses Parteiarbeiters von der Basis erinnern an Auftritte sozialdemokratischer Kommunalpolitiker in Deutschland. Hier wie dort werden sie von den jeweiligen Parteiführungen vermutlich mit gemischten Gefühlen gesehen. Als Vorwand für weitere Anpassung nach rechts sind sie willkommen; in ihrem dumpfen "Populismus" dürften sie Engholm ebenso peinlich sein wie Occhetto. Der PDS-Sekretär hat sich nach dem Triumph der Lega nicht lange mit den üblichen Abgrenzungen nach rechts aufgehalten, sondern seine Partei kurzerhand zum zweiten Sieger erklärt: "Eine Wahl, die mich hoffen läßt". (Interview in La Repubblica, 29.9.) Tatsächlich hat der PDS in einigen kleineren Städten Süditaliens zulegen können; und auch in Mantova sind 17,8% (plus 6,7% für die Linksabspaltung Rifondazione comunista) gegenüber den 31% des PCI im Jahre 1990 ein weit weniger dramatischer Rückgang, als ihn die Sozialisten mit der Halbierung ihres Stimmenanteils von 14,5% auf 7,2% hinnehmen mußten. Anlaß für Occhetto, dessen Partei nun endlich - und einstimmig - in die Sozialistische Internationale aufgenommen wurde, gegenüber dem PSI die Offensive zu suchen, allerdings keine politische Offensive. Occhetto zog es vor, sich an einem zur Zeit nicht besonders gefährlichen Opfer abzuarbeiten: dem nach dem Mailänder Bestechungsskandal und mehreren Wahlniederlagen schwer angeschlagenen PSI-Sekretär Bettino Craxi. Lob spendete er dagegen dem mutmaßlichen Craxi-Nachfolger Claudio Martelli, der in den vergangenen Jahren immer mal wieder laut über die "Einheit der Linken" nachgedacht hat.

Massenproteste gegen Sozialabbau und Rassismus

Ob der PDS von dem zeitgleich mit dem Boom der Rechten zu beobachtenden Massenprotesten gegen die Verschlechterung der sozialen Lage profitieren kann, bleibt fraglich. Der Sparkurs der Regierung, der das Wiedererwachen der Arbeiterbewegung auslöste, wird vom PDS nicht grundsätzlich abgelehnt. "Wir sagen nicht, daß man nicht zahlen muß", erklärte Occhetto (La Repubblica, 29.9.) - nur sollen die Lasten etwas weniger ungerecht verteilt werden. Die "wilden" Streiks in Norditalien, die Demonstrationen von 200.000 Menschen in Rom, 100.000 in Mailand und 50.000 in Bologna richten sich allerdings gegen das Finanzmanöver ("la manovra") insgesamt, mit dem das Haushaltsdefizit reduziert werden soll. Die Abschaffung der "scala mobile" (des automatischen Inflationsausgleichs bei den Löhnen), Heraufsetzung des Pensionsalters, ein Lohnstopp im öffentlichen Dienst, rückwirkende Steuererhöhungen schon ab 36.000 DM Jahresverdienst und höhere Selbstbeteiligung an den Kosten der medizinischen Versorgung sind nur die wesentlichen Bestandteile dieses völlig unsozialen Sparpakets.

Die Zustimmung zu diesem Paket - bei gleichzeitiger Herausnahme der augenfälligsten Ungerechtigkeiten - wäre der Preis für eine Regierungsbeteiligung des PDS, Konflikte mit der Basis und Verluste nach links die unausbleibliche Folge. Die Führer der drei Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL sind bereits Opfer des Volkszorns geworden. Nachdem sie Ende Juli der Abschaffung der "scala mobile" und der Verlängerung der bestehenden Tarifverträge zugestimmt hatten, werden sie jetzt von ihren eigenen Mitgliedern ausgebuht, mit Eiern, Geldstücken, Farbbeuteln und teilweise auch härteren Gegenständen beworfen (siehe nebenstehenden Bericht von einer Kundgebung in Florenz).

Probleme hat der PDS nicht nur mit der Arbeiterbewegung, sondern offensichtlich auch mit den erfreulich breiten Protesten gegen rassistische Gewalttaten. So demonstrierten am 11. Oktober bei einem kostenlosen, von der Stadtverwaltung organisierten Open-air-Konzert in Rom 200.000 Menschen, darunter viele

"extracomunitari" (Menschen aus Staaten außerhalb der EG), gegen Rassismus und Fremdenhaß. Einziger prominenter Politiker unter den Teilnehmern war der sozialistische Bürgermeister von Rom, Franco Carraro. Die Führungsriege der "neuen Formation der Linken" hielt sich von dieser "wahren Volksdemonstration" (Carraro) lieber fern.

Js.

Mit Eiern und Tomaten

(...) Die Stimmung unter den hunderttausend Manifestanten war geladen, als sie sich auf der überfüllten Piazza Santa Croce in Florenz zusammenfanden. Bruno Trentin, Führer der größten italienischen Gewerkschaft CGIL, war auf dem Weg zum Rednerpult, als ihm jemand einen Fausthieb versetzte. Der Schlag ins Gesicht war nur der Anfang. Auf der Tribüne angelangt, wurde Trentin mit Eiern, Tomaten, Kartoffeln, Schuhen und Farbbeuteln beworfen.

Die Szene wiederholte sich in den nächsten Tagen fast überall, wo Gewerkschaften ihre Mitglieder zum Protest aufriefen: in Mailand, Neapel, Genua, Turin, Rom. Die Leute kamen in Massen, wie man es seit den siebziger Jahren nicht mehr gesehen hat, und sie waren zornig. Die Ansprachen der Redner wurden, wenn man sie überhaupt zu Wort kommen ließ, immer kürzer, die Plexiglas-Mauern vor den Tribünen von Veranstaltung zu Veranstaltung höher.

Die Verantwortung für den unfriedlichen Protest wurde nach bewährter Manier auf eingeschleuste Aufwiegler geschoben: Autonome Grüppchen, Jungnazis, Hetzer der separatistischen Lega. Aber wer je auf einer italienischen Gewerkschaftsdemonstration war, weiß, daß jeder Jungnazi, jeder gewalttätige Separatist dort sofort eingekeilt und bestenfalls davongejagt würde. "Von wegen Provokateure", sagte ein Demonstrant in Mailand, "sie haben uns verraten und verkauft. Und jetzt wundern sie sich über ein paar Schraubenmuttern." (Aus: SonntagsZtg, 27.9.92)

32. Ein nützlicher Wegweiser durch die SU-Interpreten (Rezension)

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:07

Gut Ding braucht Weile. Während der niederländische Autor Marcel van der Linden sich der schätzenswerten Fleißarbeit hingab, Diagnosen westlicher Marxisten über das Gesellschaftssystem der UdSSR zu einer ebenso kompletten wie benutzerfreundlichen Übersicht zusammenzustellen, gab der Zustand des Patienten schon zu immer größeren Sorgen Anlaß. Als die erste Fassung seiner Studie 1989 in den Niederlanden erschien, war schon zu erkennen, daß das Wunderheilmittel "Perestroika" nach anfänglichen Erfolgen allerlei unerwünschte Nebenwirkungen hervorrief. Und als das Werk schließlich 1992 in der präzisen Übersetzung von Klaus Mellenthin das deutsche Publikum erreichte, war das Objekt der Betrachtung mittlerweile auf dem OP-Tisch verreckt.

Leider hat der Verlag nicht auf den kommerziell verständlichen, aber sachlich irreführenden Kunstgriff verzichten mögen, dem Buch den Titel "Von der Oktoberrevolution zur Perestroika" zu geben. Gewiß, ein Buch muß schließlich auch verkauft werden, und da ist wohl im Fall der UdSSR ohne das verschlissene Zauberwort nichts mehr zu machen - ich fürchte jedoch, mit dem Wort geht auch nicht mehr viel. Jedenfalls, von der Perestroika bzw. deren Bewertung durch westliche Marxisten, ist in dem Buch so gut wie überhaupt nicht die Rede. Es endet nämlich, wie der Klappentext ganz richtig verrät, ungefähr mit dem Jahr 1985, dem Amtsantritt Gorbatschows. Das ist, gerade auch angesichts des vom Autor Geleisteten, schade; ich würde mir einen zweiten Band wünschen, der die Sicht westlicher Marxisten auf die Perestroika und auf den Untergang der UdSSR in ähnlicher Weise behandelt.

Marcel van der Lindens Buch stellt dar, wie verschiedene Vertreter des westlichen Marxismus das Wirtschafts-, Gesellschafts- und Klassensystem der Sowjetunion zu unterschiedlichen Zeiten interpretiert haben. Es geht also "nur" um allgemeine Fragen, wie etwa die so sehr beliebten, welche Klasse eigentlich in der Sowjetunion herrschte, ob es Ausbeutung (im Marxschen Sinn) gab, welcher Gesamttitel für das Sowjetsystem der angemessenste wäre, und ähnliche Dinge mehr, die für manche linken Gruppierungen hohen identitätsstiftenden Wert besaßen. Nicht geht es hingegen um die Meinungen westlicher Sozialisten zu allerlei Fragen der praktischen Politik, wie etwa den Handlungen und Wandlungen der sowjetischen Außenpolitik.

Der Autor hat das Feld seiner Untersuchung auf den "westlichen Marxismus" begrenzt, was als Begründung dafür dient, die KP Chinas und deren speziellen, zeitweise sehr einflußreichen Beitrag zum erörterten Thema nur mit einem Satz zu streifen und die gesamte ML-Bewegung völlig beiseite zu lassen. Das scheint mir weder logisch noch konsequent durchgehalten, da der Autor (laut Vorwort) durchaus nicht nur "westliche" (d.h. westeuropäische und nordamerikanische) Interpreten berücksichtigt, sondern ebenso auch "Autorinnen aus anderen Regionen (insbesondere Osteuropa und der Sowjetunion), deren Werk in Nordamerika und/oder Westeuropa durch Übersetzungen zugänglich gemacht worden ist." (S. 14) So selbstverständlich Trotzki, so auch Djilas oder Kuron und Modzelewski. Daß die Aussagen der KP Chinas zum Thema auch in Westeuropa in erheblicher Auflage publiziert wurden, ja, daß vermutlich chinesische Texte von weit mehr Leuten gelesen wurden als etwa die Veröffentlichungen der zuletzt genannten beiden polnischen Autoren, ist schwerlich zu bestreiten. Noch breiter ist die Wirkungsgeschichte chinesischer Positionen durch die zahllosen ML-Parteien und -Gruppen, die, soweit es die praktische Politik anging, zeitweise hegemonial in der radikalen Linken einiger westeuropäischer Länder waren. Die ganze Strömung kommt - abgesehen von den Autoren Bettelheim und Holmberg - bei Marcel van der Linden nicht vor, was andererseits zu einem Übergewicht trotzkistischer oder vom Trotzkismus herkommender Autoren führt.

Der Autor verweist in seinem Vorwort darauf, "daß bisher kein einziger Wissenschaftler versucht hat, die Entwicklung des marxistischen Denkens über die Sowjetunion von 1917 bis heute zusammenhängend und zusammenfassend zu beschreiben." Das liege, vermutet er, vor allem "an dem geringen Entwicklungsniveau, an dem die Geschichtsschreibung über marxistische Theorien allgemein leidet." (S. 18) Mit seinem Buch hat Marcel van der Linden einen sehr nützlichen Einstieg in die Untersuchung, deren Fehlen er konstatiert, gegeben.

Bei rund 200 Seiten reinem Überblick - hinzu kommen der Versuch einer eigenen "Bilanz"/Einschätzung, ein stattlicher Anmerkungsteil (65 Seiten) und eine umfangreiche Bibliographie (30 Seiten) - bei "nur" 200 Seiten also können die einzelnen Autoren selbstverständlich lediglich knapp vorgestellt werden, so beispielsweise Trotzki auf fünf Seiten. Dennoch hat Marcel van der Linden es geschafft, eine sehr lehrreiche Gesamtdarstellung über die wichtigsten Theorien zum Thema - mit obiger Einschränkungen betr. China und ML - zu geben, die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen "Schulen" zu verdeutlichen und die Hauptrepräsentanten mit ihren jeweils noch spezifischen Denkvarianten vorzustellen. Zusätzlich war die Schwierigkeit zu meistern, daß die Gesamtdarstellung auch in der Zeitebene entfaltet werden mußte, da unterschiedliche Phasen sowjetischer Entwicklung auch wechselnde Interpretationen bedingten.

Zutreffend weist Marcel van der Linden in seiner Nachbetrachtung darauf hin, daß die westlich-marxistische Sicht auf die UdSSR oft von einem "starken Drang zu Klassifizierungen" bestimmt war. (S. 228) Der Sowjetgesellschaft wurden "Etiketten" aufgeklebt, wie beispielsweise "degenerierter Arbeiterstaat", "neue Bourgeoisie", und um diese recht vordergründigen Titulierungen tobten dann große politische Streitereien, mit denen ganze Organisationen einen erheblichen Teil ihrer Daseinsberechtigung begründeten. Die meisten marxistischen Kritiker begnügten sich, wie der Autor konstatiert, "mit abstrakt formulierten Begriffen (...), während die konkret-empirische Untersuchung oft völlig ausblieb." (S. 229) Hier wäre noch ein weites Feld, aber es ist zu befürchten, daß es nach dem Untergang der Sowjetgesellschaft noch weniger Wissenschaftler als bisher geben wird, die das Thema von dieser Seite her angehen, und erst recht, daß es nur ein allzu kleines Publikum für solche Untersuchungen geben würde.

Kt.

Marcel van der Linden: Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion. Aus dem Niederländischen von Klaus Mellenthin. Frankfurt/M. (dipa-Verlag) 1992. 348 Seiten, DM 54,-

Bücher zur Sowjetunion

Gorbatschow und die Folgen

Ehrlich gesagt, dieses Buch wäre keiner Erwähnung wert, wenn, ja wenn mich bei der Lektüre zwei Dinge nicht geärgert hätten: erstens der Klappentext und zweitens ein Aufsatz des Mitherausgebers Eberhard Fehrmann. Doch der Reihe nach, allerdings in umgekehrter Folge.

Der Aufsatz von Eberhard Fehrmann trägt die Überschrift: "Oktober 1917 bis August 1991 - Aufstieg und Fall des historischen Idealismus". Bevor ich näher auf den Text eingehe, sei dem Autor vorab bescheinigt: er ist vielbelesen und versteht es, seine Statements oft in Anlehnung an bekannte Zitate oder Titel zu formulieren. So erinnert die Überschrift an ein Stück von Brecht - Aufstieg und Fall der Stadt Mahagony - ebenso wie (höchst geschmackvoll!) an ein bekanntes Buch über "Aufstieg und Fall des Dritten Reichs", dessen Autor seinerseits wohl schon an Brecht gedacht hatte. Zwar löst der Autor seine angedachten Analogien zum Gegenstand in keiner Weise ein, aber das ist auch nicht nötig, ist nicht Absicht des Autors. Doch worum geht es ihm?

"Ausgerechnet hier, ausgerechnet wir, in Rußland, da schaffen wir das nie!"

(Die Schmetterlinge: Proletenpassion)

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist es für den Autor bewiesen, daß die Bolschewiki, allen voran Lenin, eine falsche Marx-Interpretation gemacht haben und von daher zu der aberwitzigen Idee kommen konnten, ausgerechnet in Rußland Revolution zu machen. Der gesamte Aufsatz stellt den Versuch dar, nachzuweisen, daß bei "konsequenter" (d.h. im Fehrmann'schen Sinne allein richtiger) Marx-Interpretation die allseits bekannte Schlußfolgerung zutage hätte treten müssen, daß die Klassen- und Gesellschaftsverhältnisse in Rußland noch nicht so weit gediehen waren, um mit Erfolg eine sozialistische Revolution durchzuführen. Zur Untermauerung gibt's dazu ein längeres Zitat aus dem "Manifest", dem kommunistischen, in dem auf den Reifegrad einer Gesellschaft als Voraussetzung einer Revolution verwiesen wird. Dies hat Lenin bekanntermaßen etwas anders gesehen und von daher aus Sicht eines echten Marxologen einen eklatanten Fehler begannen. Außerdem dienen diese oder entsprechende andere Stellen aus dem "Manifest" immer

wieder Sozialdemokraten zur Begründung, keine Revolution zu machen, bzw. warum die durchgeführten ein Fehler waren und werden mußten: Die Verhältnisse waren halt noch nicht reif dafür.

Alles nicht besonders aufregend, alles schon bekannt aus dem guten alten Haus der deutschen Sozialdemokratie. Was aber ärgerlich ist, sind beispielsweise folgende Gedankengänge:

"Karl Marx hat sein Hauptwerk - dies zu betonen ist Ernst Bloch nicht müde geworden - eben nicht ‚Aufruf zum Sozialismus`, sondern ‚Das Kapital` genannt. Hätte Lenin das Grundwesen des Marxismus erkannt, nämlich dessen Geduld und Bescheidenheit gegenüber dem Verlauf der Geschichte, er hätte vielleicht seine - schon bei Bakunin erkennbare - russische Neigung zur Spontanität begrenzt. Dieser eifernde Tatendrang ist die Kehrseite des ausgeprägten politischen Fatalismus und der grenzenlosen historischen Duldungsbereitschaft, die das russische Volk in seiner Geschichte wie kein anderes Volk an den Tag gelegt hat." (S. 99)

Dies ist sicherlich kein zentraler Abschnitt des Aufsatzes, aber er verdeutlicht, wie Fehrmann argumentiert. Da Lenin den Marxismus nicht kapiert hat, kann mensch ruhig mit ihm, seiner politischen Tradition, ja einem ganzen Volk über die Dörfer gehen.

Selbst weniger belesene ZeitgenossInnen sind sich der Tatsache bewußt, daß es zwischen Lenin und Bakunin politische Differenzen gab. Die Formulierung, daß bei Bakunin schon die "russische Neigung" zur Spontanität erkennbar war, die ebenso bei Lenin ausgeprägt gewesen sein, macht doch nur in einer Weise Sinn: Lenin als verkappten Anarchisten und das russische Volk als politisch unreif, da spontaneistisch, zu denunzieren. Doch wie paßt dies mit der historischen Duldungsbereitschaft zusammen? Entweder sind sie spontan oder fatalistisch, beides unter einem Hut kann ich mir nicht vorstellen.

Aber abgesehen davon: Die These von der Geduld, dem Langmut der slawischen Völker und ihrem Fatalismus haben schon andere gepredigt, die mehr Macht in ihren Händen hatten als der Geschäftsführer der Angestelltenkammer Bremen. Diese Art der Betrachtung war schon immer eine gute Begründung der Bourgeoisie, warum sie das russische Volk ruhig knechten und entrechten konnte, da es halt so leidensfähig sei. Da braucht sich mensch keine Gedanken um Revolution und Aufruhr zu machen, und ein kleiner Sozialdemokrat muß sich nicht der Mühe unterziehen, zu fragen, warum dies vermeintlich oder tatsächlich so ist. An einer anderen Stelle des Textes beansprucht der Autor für sich das Recht, die Fragen eines arbeitenden Lesers zu stellen (Brecht läßt grüßen!), warum um alles in der Welt tut er es an dieser Stelle nicht?

Vielleicht habe ich ja den Sinn der Dinge nicht verstanden, aber aus meiner Sicht spiegelt sich in diesem Abschnitt exemplarisch eine unrühmliche Betrachtungsweise von Geschichte wider: Hätte Lenin Marx richtig interpretiert, wäre ihm aufgefallen, daß Rußland zuerst einen ordentlichen Kapitalismus braucht, um überhaupt in die Nähe dessen zu kommen, was Fehrmann als gesellschaftliche Voraussetzung für den Übergang zum Sozialismus ansieht: einen hochentwickelten Kapitalismus. Der Aufsatz stammt aus dem Jahre 1990, und Fehrmann dürfte nicht entgangen sein, daß sich die BRD und die übrigen Industrienationen im Stadium des hochentwickelten Kapitalismus befinden, daß aber gleichzeitig alle sozialdemokratisch orientierten Parteien weiter denn je vom Denken an den Sozialismus entfernt sind; von der politischen Praxis schweigen wir. Aber das macht nix. Um den verhaßten Bolschewiki und insbesondere Lenin eins auszuwischen, wird wieder mal der alte SPD-Ansatz hervorgekramt, daß einem der Kapitalismus irgendwann als reife Frucht in den Schoß fällt und mensch danach Sozialismus machen kann, bzw. daß sich der Kapitalismus irgendwie in den Sozialismus hineinhumanisiert.

Mit Analyse und dergleichen hat dies nichts zu tun, es ist schlechte Agitation in ebenso schlechter sozialdemokratischer Tradition aus dem Blickwinkel: wir haben's schon damals gewußt, im Oktober/November 1917.

Leere Versprechungen

Der zweite Punkt zum Ärgern ist der Klappentext, in dem der Mund reichlich voll genommen wird: "Wenn es aber das alte Europa nicht mehr gibt, was dann? Was ist das Erbe des 9. November? Was wird aus der untergegangenen Sowjetunion? Was passiert mit dem Westen, der nun keinen Osten mehr hat? In diesem Buch werden kompetente Antworten gegeben."

Diese Verheißung löst keiner der Texte auch nur ansatzweise ein. Die Aufsätze von Schwerer, Kröning und Dube zu den Problemen der deutschen Einheit geben keine Antwort auf die Frage, was nach dem 9.

November kommt. Sie können und wollen dies auch nicht, da sie größtenteils um dieses Datum herum entstanden sind - als Referate - und keiner der Autoren will Prophet sein. Die Frage zur Zukunft der SU wird auch nicht beantwortet, ich wüßte ehrlicherweise auch nicht wie. Ich finde es ungerecht, Aufsätzen von Theodor Bergmann, Hansgeorg Conert und Frank Hoffer zur Geschichte und Gegenwart der SU diese Frage unterzulegen. Keiner der Texte geht dieser Frage nach, und soweit mir zwei der Autoren bekannt sind, würden sie wohl auch die Beantwortung einer solchen Fragestellung zurückweisen. Zur letzten Frage wird in dem Buch überhaupt nichts gesagt.

Der VSA-Verlag hat weder sich noch den AutorInnen des Buches einen Gefallen getan. Sicher, Verlage wollen und müssen Geld verdienen und Bücher müssen angepriesen werden, doch die Versprechungen, was ein Buch leistet, sollten doch in realistischer Reichweite zum Inhalt stehen.

Andreas Skrypietz, Bristol

Eberhard Fehrmann/Frank Neumann (Hrsg.): Gorbatschow und die Folgen - Am Ende eines Zeitalters. Hamburg (VSA-Verlag) 1992. 135 Seiten, Preis: 19,80 DM

33. IG Metall will keine PDS auf ihrem Gewerkschaftstag

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: PDS; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:36

Das Verhältnis der IG Metall zum Osten ist gespannt. Als vor einigen Wochen die ostdeutsche BetriebsrätInneninitiative in Bonn ihre Forderungen stellte und dabei sogar vom Kanzler empfangen wurde, weigerte sich die IG Metall, mit ihr ein Gespräch zu führen. Auf ihrem Gewerkschaftstag Mitte Oktober in Hamburg versagte sie der PDS die Durchführung eines Parteienabends, weil die PDS nicht bereit war, offenzulegen, welche Delegierten in Besitz der PDS-Mitgliedskarte sind.

Üblicherweise veranstalten die Gewerkschaften auf ihren Gewerkschaftstagen Parteienabende, auf denen die Parteien ihre Positionen zu Gewerkschaftsfragen darstellen und sich den Fragen der Delegierten stellen. Dafür werden in der Regel durch die Gewerkschaft Räume und gelegentlich ein Imbiß am Tagungsort zur Verfügung gestellt, jedenfalls für diejenigen Parteien, die im Bundestag vertreten und an der Gewerkschaftsarbeit interessiert sind. Als in diesem Jahr auch die PDS ihr Interesse anmeldete, bei den erstmals stattfindenden gesamtdeutschen Gewerkschaftstagen nach der Wiedervereinigung Parteienabende abzuhalten, erntete sie unterschiedliche Reaktionen.

Beim Gewerkschaftstag der ÖTV im Juni wurde nach einigem Hinhalten der PDS ein Parteienabend ermöglicht, der regen Zuspruch unter den Delegierten fand. Nicht nur, weil die SPD ihre Veranstaltung nach kurzer Ansprache des Parteivorsitzenden schloß und Diskussion nicht mehr vorsah, drängten sich über 200 Delegierte in den überfüllten Raum der PDS und sorgten für eine lebhafte Debatte mit dem PDS-Vorsitzenden Gysi. Erstmals gaben Delegierte ihre PDS-Mitgliedschaft offen zu, was für die PDS eine besondere Bedeutung hat, da die Gewerkschaftsarbeit in der Partei sich außerordentlich schwierig gestaltet, weil sehr viele Gewerkschaftsmitglieder als "stille" Parteimitglieder agieren und ihre PDS-Mitgliedschaft verschweigen.

Eine solche "Werbeveranstaltung" für die PDS war die IG Metall offensichtlich fest entschlossen, auf ihrem Kongreß zu verhindern. Bereits im Mai hatte die PDS sich für den IG-Metall-Gewerkschaftstag angemeldet, im August ihre Anfrage noch einmal wiederholt und konkretisiert. Im September endlich wurde nach etlichen telefonischen Nachfragen der PDS telefonisch und schriftlich bescheinigt, ein Gewerkschaftsabend würde nur für diejenigen Bundestagsparteien durchgeführt, die ihre gewerkschaftspolitische Relevanz dadurch belegen könnten, daß sie unter den Gewerkschaftsdelegierten Parteimitglieder habe. Gleichzeitig wurde der PDS-Vorsitzende zum Gewerkschaftstag eingeladen. Die PDS versicherte schriftlich und mündlich, daß sich unter den Delegierten selbstverständlich auch PDS-Mitglieder befänden und wies das Ansinnen der IG Metall zurück, dies gegebenenfalls durch Listen, in denen die PDS-Mitgliedschaft von IG-Metall-Delegierten aufgeführt wird, zu beweisen, zumal solche Listen der PDS nicht geführt werden.

Wiederum keine Reaktion in der IG-Metall. Aber bei telefonischen Nachfragen Anfang Oktober stellte sich heraus, daß die Gewerkschaft nach wie vor auf einen Nachweis wartete. Als ihnen wiederum schriftlich versichert wurde, daß unter den Delegierten PDS-Mitglieder zu erwarten seien, zumal der Gast des Gewerkschaftstages und langjährige Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung "Metall", Jakob Moneta, Mitglied des PDS-Parteivorstandes ist, stellte die IG Metall eine Woche vor ihrem Gewerkschaftstag fest, daß es nun zu spät sei für die Organisierung eines Parteienabends der PDS. Bei telefonischen Nachfragen plauderte das Vorzimmer des Sekretariats aus, daß es halt einen Vorstandsbeschluß gebe, der PDS den Parteienabend zu versagen.

Das veranlaßte Gregor Gysi zu einer äußerst harschen Stellungnahme (siehe Kasten) und zur Absage seiner Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung des Gewerkschaftstages. Die IG-Metall reagierte äußerst empört, sah sich aber nicht in der Lage, doch noch Räumlichkeiten für die PDS zur Verfügung zu stellen. Der GEW-Vorsitzende von Hamburg bot der PDS die unentgeltliche Überlassung von Räumlichkeiten in der Nähe des Tagungsortes an mit der Bemerkung, er wolle der IG-Metall gerne unter die Arme greifen, wenn diese mit der Durchführung eines Parteienabends der PDS überfordert sei. In ihrem Beharren auf Gleichbehandlung lehnte die PDS dieses freundliche Angebot ab. Ein Parteienabend kam nicht zustande, der Schriftwechsel

zwischen IG Metall und PDS wurde den Delegierten zur Kenntnis gegeben. Ludger Volmer protestierte auf dem Parteienabend der Grünen scharf gegen die Ausgrenzung der PDS.

Die IG Metall ließ es sich allerdings nicht nehmen, den nicht anwesenden PDS-Vorsitzenden dennoch als Gast - unter großem Beifall der Versammelten - bei der Eröffnungsveranstaltung zu begrüßen.

Die parallel zur IG Metall tagende IG Medien hatte von vornherein auf die Durchführung von Parteienabenden im Rahmen des Gewerkschaftstages verzichtet, so daß alle Parteien außerhalb des Tagungsortes ihre Veranstaltungen organisierten. 170 Delegierte drängten sich bei der Veranstaltung mit der PDS, und dem Parteivorsitzenden wurde eine Grußansprache an den Gewerkschaftstag ermöglicht, nachdem der Antrag des bisherigen Vorsitzenden Erwin Ferlemann, Gysi eine Ansprache zu verweigern, mit großer Mehrheit abgelehnt worden war.

Diese Parteienabende haben für die PDS insofern eine Bedeutung, als ihre Versuche, in der Gewerkschaftspolitik nach den anfänglichen Hoffnungen und Versprechungen relativ unbefriedigend verlaufen. Einerseits gibt es bei solchen Gelegenheiten ein erstaunliches Interesse für die PDS, das sich durchaus nicht nur an die Person des redegewandten Vorsitzenden richtet. Unterhalb der Ebene offizieller Kontakte zeigen GewerkschafterInnen aus dem Westen große Gesprächsbereitschaft. Im Osten wirken die Verquickungen der SED mit dem FDGB nach. Kaum ein Gewerkschaftsmitglied mag seine Mitgliedschaft in der PDS zugeben, offiziellen Gewerkschaftshauptamtlichen wird die Teilnahme an Konferenzen der PDS ausdrücklich untersagt. Aber auch die PDS hat Probleme mit ihrer ursprünglichen "herrschenden Klasse" der Werktätigen. Einerseits ist man geneigt, fast unter allen Bedingungen das Bündnis mit den Gewerkschaften zu erreichen, andererseits besteht der größere und aktivere Teil der Parteibasis aus Intellektuellen. Und drittens möchte man nicht an die Tradition der diskreditierten SED-Betriebsparteiorganisationen anknüpfen und scheut den Eindruck, sich als Partei in Gewerkschaftsangelegenheiten einzumischen.

Besser sind schon die Beziehungen zu der ostdeutschen BetriebsrätInneninitiative, die auch vom DGB unterstützt wird, weniger allerdings von den Einzelgewerkschaften. Dort wird zur Zeit beobachtet, daß zu den Konflikten in den Betrieben hochkarätige PolitikerInnen eingeladen werden, die direkte Verhandlungen mit den BetriebsrätInnen aufnehmen. Die Gewerkschaften befürchten, tendenziell ausgebootet zu werden.

Claudia Gohde

Werter Kollege Steinkühler,

soeben erfahre ich, daß der Vorstand der IG Metall beschlossen hat, im Unterschied zu anderen Parteien, der PDS zu untersagen, anläßlich des Gewerkschaftstages der IG Metall einen Parteienabend durchzuführen.

Diese Entscheidung halte ich nicht nur für bedauerlich. Der Vorwand, der gesucht und gefunden wurde, soll wohl darin bestehen, daß wir keine komplette Liste der Delegierten überreicht haben, die Mitglieder der PDS sind. Die Forderung der IG Metall geht noch weit über die von mir als grundgesetzwidrig eingeschätzten Fragebögen im öffentlichen Dienst hinaus. In diesen wird zumindest nicht nach der gegenwärtigen Parteimitgliedschaft gefragt. In Anbetracht der gesellschaftlichen Ausgrenzung von PDS-Mitgliedern wäre es von mir geradezu verantwortungslos, komplette Listen von PDS-Mitgliedern auf Kongressen zu veröffentlichen, ganz abgesehen davon, daß wir über eine solche Form der Datenerfassung auch nicht verfügen und nicht verfügen wollen. Wir wissen zwar, daß die meisten Mitglieder der PDS auch gewerkschaftlich organisiert sind, stellen aber bei Aufnahme in die Partei dennoch nicht die Frage, ob und in welcher Gewerkschaft ein künftiges Mitglied organisiert ist. (Im übrigen wäre der Verfassungsschutz sicherlich in der Lage gewesen, dem Vorstand die gewünschten Auskunfte zu erteilen).

Natürlich wissen wir beide, daß die Begründung nur ein Vorwand ist. Wir wissen auch beide, daß selbstverständlich PDS-Mitglieder unter den Delegierten sind.

Die PDS ist die mitgliederstärkste Partei in den neuen Bundesländern. Mitglieder der PDS waren bisher auf jedem Gewerkschaftstag und werden auch auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall anzutreffen sein.

Mich stört eigentlich auch weniger der sozialdemokratisch übliche Versuch der Ausgrenzung der PDS, um links von der SPD nichts zuzulassen. Ich kenne dieses Begehren aus der Diskussion zum Wahlvertrag zwischen der BRD und der DDR und zu einschlägigen Bestimmungen im Einigungsvertrag. Kurzum, ich wäre durchaus

bereit, das Ganze als das übliche politische Spiel zu betrachten, obwohl es natürlich erheblich demokratische Strukturen verletzt und dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft widerspricht. Was mir wirklich Sorgen macht, ist die Tatsache, in welcher politischen Gesamtsituation dies geschieht.

Flächendeckend brennen in dieser Bundesrepublik Deutschland Asylheime, werden jüdische Grabsteine und Gedenkstätten zerstört, werden ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger geschlagen und erschlagen. Der Rechtsruck in der Bundesrepublik Deutschland ist unverkennbar: Dies zeigt sich an der Art und Weise, wie die Asyldebatte geführt und mit welchen Argumenten dabei umgegangen wird. Es zeigt sich ebenso an den Bestrebungen, den Einsatz der deutschen Bundeswehr weltweit zu ermöglichen. Nicht zu vergessen sind die realen Angriffe auf das soziale Sicherungssystem in der Bundesrepublik, die Einschränkung der Rechte von Frauen, die Tatenlosigkeit der Bundesregierung bei Wirtschafts-, Sozial-, Demokratie-, Kultur- und Wissenschaftsabbau in den neuen Bundesländern. In dieser Situation verändert sich auch die Stellung der Gewerkschaften und es ist unverkennbar, daß die Koalition daran arbeitet, auch Gewerkschaftsrechte einzuschränken. Zu alledem wird insbesondere der Osten mißbraucht, indem die Veränderungen damit begründet werden, daß anders ein Aufbau im Osten nicht möglich sei. Als eine Partei, die in erster Linie im Osten verankert ist, und zwar mit über 172.000 Mitgliedern, hätten wir einiges inhaltlich und sachlich dazu beizutragen.

In einer Zeit also, in der dieser Rechtsruck immer mehr an Gestalt gewinnt, richtet sich der Beschluß des Vorstandes der IG Metall genau gegen die PDS, der man historisch und auch gegenwärtig vieles vorwerfen kann, nicht aber, daß auch nur die geringste Unterstützung von Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus von ihr ausgeht. Während wir inzwischen schon gemeinsam mit der CDU, der SPD, der AL und anderen Kräften in Berlin zu einer Demonstration am 7. November gegen den Rassismus und Rechtsextremismus aufrufen, werden wir von der IG Metall ausgegrenzt.

Ich hoffe nicht, aber es kann der Tag kommen, Herr Steinkühler, an dem wir uns an gleicher Stelle wiederfinden, auch, wenn Sie mich vorher noch so erfolgreich ausgegrenzt haben. Allein dieser Umstand sollte uns zwingen, nachdenklicher zu werden, zumal es offensichtlich ist, woher die realen Gefahren in Deutschland gegenwärtig kommen. Ich nehme die Entscheidung des Vorstandes selbstverständlich zur Kenntnis und werde mich auch nicht aufdrängen.

Es wird Sie sicherlich nicht sonderlich treffen, eher sogar erfreuen, aber dann mache ich Ihnen eben diese Freude, von mir zu erfahren, daß ich unter diesen Umständen der Einladung zur Eröffnung und Teilnahme am Kongreß selbstverständlich nicht Folge leisten kann.

Mit dennoch kollegialen Grüßen

Dr. Gregor Gysi

34. Das alt-neue Feindbild "Islam". Teil 2: Vom Antikommunismus zur Islamfeindlichkeit

Rubrik: Kultur; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:21

"Islam - ist das der Mann, der uns das Öl wegnehmen will?" (Frage einer zehnjährigen Journalistentochter an ihren Vater)

Will man Marxens Äußerung glauben, ging schon vor anderthalb Jahrhunderten "ein Gespenst um in Europa: das Gespenst des Kommunismus." Tatsächlich fanden Heerscharen von Politikern und Journalisten, Geheimdienstlern und Intellektuellen jahrzehntelang ihr Brot mit der Konstruktion des Feindbilds "Kommunismus" - das allerdings auch durch tatsächliches Geschehen im sog. Ostblock genährt wurde. Mit der Implosion aller mittel- und osteuropäischen realsozialistischen Staaten brach dieses - ohnehin nicht mehr im vollen Glanze befindliche Feindbild - binnen kurzem zusammen. Selbst Militärstrategen der NATO sollen kurzfristig um ihre Laufbahn gefürchtet haben.

Indes mußte der Westen (worunter hier die USA und hochentwickelte Industriestaaten Europas zu verstehen sind) seine Orientierung und seine Selbstrechtfertigung als "freier Teil der Welt" durch Abgrenzung vom Anderen, vom "kommunistischen" Osten nicht lange missen. Mit der Annexion Kuwaits durch den Irak konkretisierte sich der seit längerem beschworene, bis anhin aber eher blaß gebliebene sog. Nord-Süd-Konflikt zum alt-neuen Konflikt zwischen (christlichem bzw. "aufgeklärtem") Okzident und (islamischem bzw. arabischem) Orient. Der Islam wurde, wie es der Islamwissenschaftler Heinz Halm formuliert, zu einem Feindbild, "für das offenbar ein Bedarf besteht, seitdem das alte des Kalten Krieges nicht mehr schreckt: Die Kosaken sind abgesessen, doch etwas weiter östlich zurren die Tataren bereits die Sattelgurte fest." (1)

Zu beachten ist bei den hier und im Folgenden referierten und zitierten Auffassungen über Vorurteil und Feindbild, daß sie nicht einem Selbstzweck dienen und auch nicht beliebig austauschbar sind. Feindbilder entsprechen primär einer praktischen Orientierung, einer konkreten Politik. Die Kreuzzüge dienten primär expansiven Interessen, und das seinerzeitige Feindbild "Islam" - das, hätten die Kreuzzüge den Fernen Osten zum Ziel gehabt, ein Feindbild "Buddhismus" o.ä. gewesen sein könnte - war in diesen Interessen, die sich auf einen bestimmten Ort, einen bestimmten Zweck bezogen, begründet. Ebenso handelt es sich beim sog. Nord-Süd-Konflikt primär um reale Konflikte, auf Grund derer ein Feindbild - wie hier das derzeitige Feindbild "Islam" oder "der Araber" - wieder aufgegriffen, entwickelt und geschürt wird.

Kommunismus

Mit dem Sieg der Oktoberrevolution, die als Beginn des weltweiten Siegeszugs des Kommunismus dargestellt und begriffen wurde, war der Westen mit einem Feind konfrontiert, der nicht allein in ökonomischer und militärischer, sondern auch in umfassend kultureller Hinsicht als Feind aufgefaßt wurde - und sich auch selbst so verstand. Denn der Kommunismus war für große Teile der Weltbevölkerung und über Jahrzehnte hinweg die positive Alternative zum Kapitalismus - und stellte so das kapitalistische Wirtschaftssystem und die "westliche Freiheit" grundsätzlich in Frage. Die "kommunistische Bedrohung" wurde von den herrschenden Klassen in den kapitalistischen Staaten auch deshalb als aktuell empfunden, weil sich in einigen der europäischen Staaten eine zahlenmäßig starke Arbeiterbewegung herausgebildet hatte, und - zu unterschiedlichen Zeiten in Deutschland, Frankreich und Italien - große kommunistische Parteien bestanden, die neben dem äußeren Feind Sowjetunion (und - später - der VR China) als der innere Feind galten.

Nicht nur das nazistische Deutschland führte den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion auch als Weltanschauungskrieg; die heißen und kalten Kriege nach 1945 enthielten ebenfalls diese Komponente. Ebenso wie "der Kuwait-Krieg kein Krieg ‚gegen den Irak` (war), sondern gegen Saddam Husain und seine islamische Begründung" (2), gegen seinen Anspruch auf Neuordnung und Führerschaft in der (islamisch-)arabischen Welt, war der Krieg gegen Nord-Korea 1950 mehr und anderes als ein Krieg für die "Freiheit" Süd-Koreas. Die 15 UN-Staaten, die sich unter der Führung der USA zu einer Allianz gegen Nord-Korea verbunden hatten, führten laut Eisenhower einen "Kreuzzug der Freiheit gegen den Kommunismus". (In jüngerer Vergangenheit war es der Vietnam-Krieg, in dem die USA "die Freiheit des Westens" verteidigten, ebenso wie alle offenen oder verdeckten Interventionen der imperialistischen Mächte, ob im Iran der 50er, im Chile der 70er oder im Nicaragua der 80er Jahre, unter dieser Parole geführt wurden.)

Der Korea-Krieg, der für die Nachkriegsordnung instrumental war, "diente der Begründung des Ost-West-Konflikts und der Definition des Ostens (...) als Antithese zum Westen. Der ‚Kommunismus` erfüllte seinen Zweck in der Selbstdefinition des Westens." "Demokratie" und "Freiheit" bedurften näherer Erläuterung nicht mehr, wo es das Gegenbild "Totalitarismus" und "Unfreiheit" gab. Dem westlichen Antikommunismus entsprach der östliche Gegnerschaft gegenüber den USA bzw. dem "Westen". "Das jeweils andere übte nun fast vierzig Jahre die Funktion der Eigenlegitimation aus". (3)

Insofern erfüllte das Feindbild "Kommunismus" die in ihrer Reichweite kaum zu überschätzende Funktion eines jeden Systems von Vorurteilen: An die Stelle der Klarheit über die eigene Person, über eigenes Vermögen und Unvermögen, über die eigene Gruppe oder Gesellschaft tritt unreflektiert die Abgrenzung vom Anderen, vom Fremden. Die Funktion(sweise) des Feindbilds erhellt auch, weshalb Feindbildern - wie "der Asylant", "der Jude", "der Muslim" - mit Mitteln der Information und der Pädagogik kaum beizukommen ist. Feindbilder erfüllen ein individuelles und/oder gesellschaftliches Bedürfnis, das im spezifischen Sein und Bewußtsein des Individuums und/oder im Zustand der Gesellschaft und deren politischen Zielen gründet. Das Feindbild kann daher nicht entscheidend über die Ideologie, sondern nur über die Veränderung der Umstände, aus denen heraus es entstanden ist, reflektiert und überwunden werden. (5)

Orient und Islam

Der Zusammenbruch der Staaten des sog. Ostblocks, die damit einhergehende Verflüchtigung des jahrzehntelang gepflegten Feindbilds "Kommunismus" bewirkte einen tiefen Einschnitt in die Selbstdefinition und Eigenlegitimation des Westens als der "eigentlich freien Welt". Mit der Annexion Kuwaits durch den Irak und den Zweiten Golfkrieg wurde diese Lücke in kurzer Zeit wieder geschlossen: "Aus dem Osten wurde der Orient, aus dem Kommunismus der Islam, aus Stalin Saddam Hussein." (5)

Das Feindbild "Orient" hat eine sehr viel ältere Geschichte als das Feindbild "Kommunismus". (6) Ob nun der Rechtsradikale Schönhuber einen dritten Türkenzug (nach den Belagerungen Wiens im 16. und 17. Jahrhundert) prophezeit: "Nicht Wien ist das Ziel. Die Marschrichtung weist nach Berlin, Stuttgart und München"; ob "Bild" mitteilt: "Der Wahnsinn kommt aus der Wüste"; oder ob der "Stern" ein "Millionenheer von Unterprivilegierten" sichtet, das sich "unter dem Grünen Banner vielleicht schon bald zum Krieg der ‚Armen` gegen die ‚Reichen` im Norden" sammele - die hervorgerufenen Bilder sind "im kollektiven Gedächtnis der Europäer gespeichert" (7).

Der Islam hatte sich ausgehend von der Arabischen Halbinsel bis um 730, d.h. rund hundert Jahre nach Muhammads Tod, gleichzeitig weit in den Osten, in Nordafrika und im Westen bis in das Frankenreich ausgebreitet und war so zu einer "Weltmacht" geworden. (8) Die seinerzeit als Sarazenen bezeichneten Araber wurden in der Schlacht von Tours und Poitiers 732 von Karl Martell aufgehalten. In der sonst ausführlichen mittelalterlichen arabischen Geschichtsschreibung wird diese "Schlacht" jedoch kaum erwähnt, so daß es sich wohl eher um einen der üblichen Raubzüge der Sarazenen gehandelt hat. Hingegen wird Karl Martells Sieg als "Rettung des Abendlands" gehandelt und ist im westlichen Geschichtsbewußtsein "zu einem Markstein für unsere Vorstellung von der Bedrohung des Abendlands durch den Islam geworden" (9). Auf der gleichen Linie lag die ideologische Begründung für die Kreuzzüge im elften und zwölften Jahrhundert - es gehe um die "Befreiung der Heiligen Stätten" von islamischer Herrschaft - und für die Vertreibung der Araber und Juden in der Reconquista, die als "Verteidigung des Christentums gegen den Islam" ausgegeben wurde. Wesentlicher Teil abendländischer Geschichtsvorstellungen ist auch das weiteste Vordringen muslimischer Kräfte in Richtung Westen, die zweimalige (erfolglose) Belagerung Wiens durch die Osmanen 1529 und 1683.

Das Orient- bzw. Islambild hat sich im Verlauf dieser rund 1200 Jahre mehrfach gewandelt. Nach einer Zeit, in der der Islam erst völlig ignoriert und dann nur als feindliche Macht, als Bedrohung der christlichen Welt aufgefaßt wurde, entstand etwa vom 16. Jahrhundert an durch die Berichte von Reisenden, Diplomaten und Wissenschaftlern ein differenzierteres Bild. Gleichzeitig setzt aber auch eine Faszination des Orients ein: "Der tolerante Geist der Aufklärung einerseits und der schwärmerische Geist der Romantik andererseits erhöhen die islamische Welt bis zur Verklärung." (10) Dieses neue Orientbild stellte "nicht mehr einen wirklichen Orient dar, sondern war ein zeitloses, in einem einheitlichen Raum liegendes Arkadien, in das die vom französischen Absolutismus gegängelten Bürger flüchten konnten." (11)

Mit dem Gewinn konkreter Orient-Kenntnisse wandelte sich die Romantisierung jedoch nicht in eine realitätsentsprechende Sicht, sondern in Desillusionierung: Elend, Seuchen und Dreck wurden als spezifisch orientalisch ausgemacht, während die gleichen Erscheinungen in Europa als Ausnahme begriffen wurden.

Voltaires "Mahomet" - wenn auch in anderer, nämlich prinzipiell antiklerikaler Absicht verfaßt - steht am Beginn der Entdeckung des "despotischen" Orients; eine Vorstellung, die seither neben dem Fantasiegebilde des exotischen Orients besteht. Als Ursache des Despotismus einerseits, der Rückständigkeit und des Elends andererseits wurde der Islam geortet. In den Erläuterungen zu seinem "Westöstlichen Divan", einer Huldigung des Orients, schreibt Goethe, die Stimmung des Bürgertums aufgreifend wie bestätigend, der Orient sei jener Ort, "woher so manches Große, Schöne und Gute seit Jahrtausenden zu uns gelangte", Muhammad aber habe den Arabern "eine düstere Religionshülle (übergeworfen) und jede Aussicht auf reineren Fortschritt zu verhüllen (gewußt)". (12)

Neben dem Bild des Orients als eines Orts der Rückständigkeit, der Despotie und des Elends bestand und besteht die Vorstellung von einem Orient aus "Tausendundeiner Nacht". Im 18. und 19. Jahrhundert blühte die Orientmalerei, überwiegend betrieben von Malern, die nie im Orient waren; "orientalische" Kleidung und Architektur waren groß in Mode. Insbesondere der (für Fremde absolut unzugängliche) Harem beflügelte männliche Sexualphantasien von wüsten Ausschweifungen, während gleichzeitig dem Orient - wie schon fast ein Jahrtausend zuvor von christlichen Theologen - sexuelle Zügellosigkeit vorgeworfen wurde. In Form der Romane Karl Mays, des geistigen Ziehvaters von Gerhard Konzelmann, am Anfang dieses Jahrhunderts bis zur Bauchtanzwelle in den 80er Jahren besteht, wenn auch nun völlig verkitscht und entsprechend abgeschwächt, der Orient-Romantizismus bis in unsere Tage fort.

Mit der Kolonialisierung des Orients durch die imperialistischen Mächte und dem Zusammenbruch des letzten großen islamischen Universalreichs, dem Osmanischen Reich, im Ergebnis des Ersten Weltkriegs verblaßten auch die Vorstellungen von der Bedrohung des Abendlands durch den Islam. Zudem hatten die Propagandisten des christlichen Abendlands seit dem Sieg der Oktoberrevolution andere und aktuellere Sorgen.

Araber

Die Aktivierung und Aktualisierung der westlichen Orientauffassung zu Beginn der Golfkrise konnte sich zum einen auf die im allgemeinen westlichen Bewußtsein gleichsam abrufbereit gelagerten Elemente dieses Konglomerats von Vorurteilen gegenüber Orient, Arabern und Islam stützen, und zum anderen an tatsächliche Ereignisse seit Ende der 60er Jahre anknüpfen, die jeweils eine der westlichen - genauer: postkolonialen - Sichtweise entsprechende Kommentierung in der veröffentlichten Meinung erfuhren.

Die Besetzung von Gasastreifen, Westbank und Ostjerusalem im sog. Sechs-Tage-Krieg 1967 hatte innerhalb von zwanzig Jahren eine zweite Massenflucht und Vertreibung der Palästinenser zur Folge. Radikale Palästinensergruppen versuchten sowohl die Lähmung der eigenen Gesellschaft wie das Schweigen der Weltöffentlichkeit gegenüber ihrem Schicksal mit Anschlägen und Flugzeugentführungen zu durchbrechen. Der Geiselnahme israelischer Sportler während der Olympiade 1972 in München durch ein Kommando des palästinensischen "Schwarzen September" (13) - in deren Verlauf unter bis heute nicht völlig geklärten Umständen alle Geiseln und fast alle Geiselnehmer zu Tode kamen - folgte das Verbot der "Generalunion palästinensischer Arbeiter" und der "Generalunion palästinensischer Studenten" in der BRD. Bis Anfang Oktober waren 211 Ausweisungsverfügungen erlassen und 85 Abschiebungen von Palästinensern und Bürgern arabischer Staaten durchgeführt wurden; 1500 Arabern wurde in den ersten zwei Wochen nach dem Anschlag die Einreise in die BRD verweigert. Diese Maßnahmen erfolgten nicht auf Grund konkreter Schuldzuweisungen, sondern wurden allein mit Pauschalbehauptungen abgestützt. Überdies erwiesen die Feststellungen des Verfassungsschutzes selbst, daß die Ausweisungen, Verbote etc. nicht tatsächlich mit dem Anschlag zusammenhingen, sondern Teil einer politischen Kampagne waren. Der VS hatte in jenen Tagen öffentlich erklärt, die Angriffe palästinensischer Terroristen ließen erkennen, "daß schwere Gewalttaten in der Regel nicht durch Mitglieder mit Wohnsitz in dem betreffenden Land, sondern vielmehr von grenzüberschreitenden Kommandos verübt würden, die unmittelbar nach der Ausführung das Zielland wieder verließen". (14)

Selbstverständlich ist es, daß die Springer- und sonstige Hetzpresse forderte, nun "an allen Fronten (...) konsequent und entschlossen" zurückzuschlagen. (15) Aber auch der seinerzeit noch als "liberal" geltende "Stern" rief zu den Waffen. "Die Bundesrepublik befindet sich im Krieg", befand Henri Nannen in seinem Leitartikel "mit den arabischen Terroristen und mit den Regierungen jener Länder, in denen sie ihre Mordpläne ungehindert aushecken können." Nannen forderte Ausweisungen großen Maßstabs und die Streichung von Entwicklungshilfe und Handelskrediten für arabische Länder. (16)

Der durch den Anschlag in München (wieder)entdeckte "terroristische Orient" - jetzt in Form der Gleichung "Araber=Terrorist" - war ein wichtiger Bestandteil der 1973/74 gegen einen angeblichen arabischen Öl-Boykott betriebenen anti-arabischen Kampagne, die jedoch umfassender und längerfristiger als ein Jahr zuvor geführt wurde. Denn jetzt ging es nicht mehr allein um "arabischen Terror auf deutschem Boden".

Unter Ausnutzung ihrer Monopolstellung hatten die Mineralölkonzerne Ende der 50er Jahre die Abnahmepreise für Rohöl gesenkt und dann in den 60er Jahren eingefroren. Zudem war der internationale Wert des Dollar, die Berechnungsbasis für Rohöl, in den 60er Jahren um 30% gesunken. Die OPEC-Staaten versuchten Anfang der 70er Jahre ergebnislos, eine Erhöhung der Abnahmepreise zu erreichen. In den USA wurde daraufhin schon 1971/72 die Abhängigkeit der Industriestaaten vom arabischen Öl besorgt erörtert. Während des Oktoberkriegs arabischer Staaten gegen Israel 1973 versuchten arabische Ölstaaten ihre Abnehmer-Länder, namentlich die Niederlande und die USA, mit der Androhung eines Öl-Boykotts von deren pro-israelischer Haltung abzubringen (was wohl als ein gegenüber der Preisfrage letztrangiges, vornehmlich für die Bevölkerung der Ölstaaten aufgeführtes Manöver zu verstehen ist.) Es kam jedoch weder zum Boykott noch zu einer Öl-Krise - volle Öltanker kreuzten auf See, um durch künstliche Verknappung die Preise und die Stimmung hochzutreiben -, wohl aber zu der umfassendsten anti-arabischen Kampagne seit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches ein halbes Jahrhundert zuvor. Die damals noch SPD-geführte "Hamburger Morgenpost" z.B. titelte am 24.11.73: "Oelkrise spitzt sich zu - Gastarbeiter-Stopp - Preis-Explosionen - Kurzarbeit bei Opel. Morgen Fahrverbot - runter vom Gas". Die Botschaft war deutlich - die Araber wollen uns "unser Öl" wegnehmen, der Besitzstand ist gefährdet - und bewirkte eine effektive Verhetzung der westdeutschen Bevölkerung, wobei sich die Kampagne tradierter Orientbilder bediente. Der Araber: geheimnisvoll, erpresserisch, irrational, kulturell minderwertig. (17)

Die iranische Revolution mit dem ihr folgenden religiösen Terror, Khomeinis Todesurteil gegen Salman Rushdie, der - zu einer potentiellen Bedrohung des Westens hochgespielte - Einfluß sog. fundamentalistischer Gruppierungen in einzelnen arabischen Staaten, die islamisch begründete Frauenunterdrückung, der Masseneinfluß der "Islamischen Rettungsfront" in Algier - diese Ereignisse und Entwicklungen wurden, soweit es die Informierung der Bevölkerung angeht, kaum je in ihren Ursachen und Bedingungen dargestellt, sondern zur Bestätigung und Verstärkung vorhandener Vorurteile genutzt. Verantwortungslose Fernsehanstalten, Buchverlage und Zeitungen haben professionellen Feindbild-Konstrukteuren und Scharlatanen wie Konzelmann und Scholl-Latour und Intellektuellen wie Enzensberger (dem das Verdienst zukommt, die von der Massenpresse schon längst erkannte Identität Husains mit Hitler auch dem gebildeten Publikum nahezubringen) ein Podium für ihre anti-arabische bzw. anti-islamische Verhetzung geboten.

Mit der Annexion Kuwaits und dem Zweiten Golfkrieg eskalierte diese Entwicklung zu einer Bewußtseinsverfassung, die seit einiger Zeit mit dem Wort vom "Feinbild ‚Islam` " gekennzeichnet wird. Soweit ich sehe, hat es neben dem damaligen "Zeit"-Chefredakteur Theo Sommer kein anderer Autor so knapp und prägnant verstanden, mit der Formulierung eigener Paranoia dieses Feindbild in einem knappen Satz umfassend zu beschreiben. Saddam Husain habe, ließ Sommer wissen, "seinen Krummdolch an die Halsschlagader der westlichen Industriegesellschaft gesetzt." (18)

Feindbild "Kommunismus"

= Feindbild "Islam"?

Den Übergang vom Antikommunismus zur Islamfeindlichkeit und deren unterschiedlichen Gehalt zusammenfassend, schreibt der Islamwissenschaftler Reinhard Schulze: Mit der Wiederbelebung des Feindbilds "Islam" habe "die Antithetik auf ein sehr viel älteres polares System (als Kommunismus-Westen - Anm. ak) zurück(gegriffen), das die Definition Europas und mithin des Westens unmittelbar berührte. Der Islam wurde als Prinzip des Orients bereits ausgemacht, als Bewahrheitung des irrationalen, gegenaufklärerischen

Fundamentalismus, als Universalie, die nicht nur Ideologie ist, sondern allumfassend Gesellschaft, Kultur, Staat und Politik beherrschen will. Der Islam wird nicht nur als ideologische Antithese begriffen, sondern als gesamtkulturelle Antithese zum Westen und seiner universalistischen Identität. Der Islam gerät so zur Begründung des Gegen-Westens, zur Gegen-Moderne, ja zur Gegenzivilisation." (19)

Kritische Islamwissenschaftler wie Heinz Halm, Gernot Rotter und Reinhard Schulze u.a. sowie Fachpublizisten stimmen darin überein, daß mit dem Zusammenbruch des sog. Ostblocks und der Kuwait-Annexion ein Feindbildwechsel stattgefunden habe. Einer genaueren Untersuchung bleibt es jedoch vorbehalten, ob dieses Feindbild sich wesentlich auf "den Islam" oder aber auf "die Araber" bezieht. Der Begriff "Feindbild ‚Islam`" trifft den Sachverhalt schon insofern nicht genau genug, als daß nur etwa ein Viertel aller Muslime in den arabischen Ländern leben und die bisherige anti-islamische Agitation sich vornehmlich auf den Islam in eben diesen Ländern bezieht. Anders gesagt: Dieses Feindbild bezieht sich auf genau das Gebiet, in dem reale, explosive Konflikte bestehen und in dem tatsächlich Interessen des imperialistischen Westens gefährdet sind. Nicht das Feindbild begründet also den Konflikt, sondern der Konflikt das Feindbild.

Anders als Halm und Rotter, die diese Frage offenlassen, scheint Schulze die politische und gesellschaftliche Relevanz von Antikommunismus und Islamfeindlichkeit gleichzusetzen, wenn er etwa formuliert: "Aus dem Osten wurde der Orient, aus dem Kommunismus der Islam, aus Stalin Saddam Hussein." (5) Soweit es die propagandistische und die politische - bis hin zur militärischen - Ebene betrifft, soweit es also um "den Islam" als äußeren Feind geht, ist eine solche Gleichsetzung einleuchtend. Nicht aber mehr, wenn - was die Brisanz von Feindbildern auch in Zeiten nicht-militärischer Auseinandersetzungen ausmacht - es also um den inneren Feind geht.

Der Kommunismus (bzw. was dafür ausgegeben wurde) konnte erfolgreich als äußere und innere Gefahr für den "freien Westen" dargestellt werden, und der Antikommunismus war zumindest tendenziell eine "Weltanschauung" in dem Sinne, daß er als Erklärungsmodell für zahlreiche Übel dieser Welt - bis hinein in die Wohnstube - diente. Zwar wurden während des Zweiten Golfkrieges in Großbritannien Bürger arabischer Staaten - weil sie Araber sind - interniert. Zwar wird hierzulande bis in Kreise der Sozialdemokratie hinein eine "Türkenflut" beschworen, die jedoch weniger als Muslime angefeindet werden als vielmehr als diejenigen, "die uns unsere Arbeitsplätze und Wohnungen wegnehmen" - ein Ruf allerdings, der erst laut wurde, als die Arbeitslosigkeit stieg und Wohnungen immer teurer wurden. Die Gefahr, daß "der Islam" erfolgreich auch zum inneren Feind hochstilisiert werden könnte, scheint so kaum zu bestehen - die "Weisen von Mekka" liegen außerhalb westlicher Vorstellungskraft, weil die Stellung der Muslime in den westlichen Gesellschaften eine sehr andere war und ist als es die der Juden war. Damit besteht auch nicht die Gefahr, daß die Islam-Feindlichkeit die Züge einer "Weltanschauung", wie es z.B. der moderne Antisemitismus war, annehmen kann.

Eine "Entwarnung" ist hiermit jedoch keineswegs gegeben: Der Krieg des Westens gegen die sog. Dritte Welt wird mit unterschiedlichen Mitteln solange geführt werden, wie der Wohlstand der einen die Armut der anderen zur Voraussetzung zu haben scheint.

K., Hamburg

Quellen und Anmerkungen:

1) Heinz Halm: Die Panikmacher - Wie im Westen der Islam zum neuen Feindbild aufgebaut wird. Süddeutsche Zeitung, 16./17.2.91

2) Reinhard Schulze: Vom Anti-Kommunismus zum Anti-Islamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts. In: Peripherie, Nr. 41/1991. Zit. n. Norbert Mattes (Hg.): "Wir sind die Herren und ihr seid unsere Schuhputzer!" Der Nahe Osten vor und nach dem Golfkrieg. Frankfurt/M. (Dagyeli Verlag) 1991.

3) wie Anm. 2 (Hervorhbg. K.)

4) Vgl. Karin Hörner: Feindbild. In: Feindbilder. Arabische und deutsche Karikaturen zum Zweiten Golfkrieg. Extranummer August 1992 von "israel & palästina", Zs. des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten.

5) wie Anm. 2

6) Dem westlichen Feindbild von Orient und Islam steht ein Feindbild vom Westen im arabischen Raum gegenüber, was jedoch nicht Gegenstand dieses Artikels ist.

7) Georg Auernheimer: Der "Nahost-Experte" Scholl-Latour über den Islam. Die unausweichliche welthistorische Konfrontation. In: Forum Wissenschaft, Heft 1/1991

8) S. ausführlich in ak 343: Die Geschichte der arabisch- islamischen Welt

9) Gernot Rotter: Europa und Orient. Geschichte und Wiedergeburt eines alten Feindbildes. In: Forum Loccum, Heft 1/1991

10) wie Anm. 9

11) Reinhard Schulze: Alte und neue Feindbilder. Das Bild der arabischen Welt und des Islam im Westen. In Georg Stein (Hg.): Nachgedanken zum Golfkrieg. Heidelberg (Palmyra Verlag) 1991

12) J.W. von Goethe: West-östlicher Divan. Noten und Abhandlungen. Berlin (Akademie-Verlag) 1952

13) S. Gilbert Mury: Schwarzer September. Analysen, Aktionen und Dokumente. Westberlin (Wagenbach) 1974. (Erstveröffentlichung Paris, 1972); Antiimperialistischer Kampf, H. 6: Schwarzer September. Frankfurt/M. (Roter Stern) 1973

14) Zur anti-arabischen Kampagne 1972 und zum GUPS-/GUPA-Verbot s. Groenewold, Degenhardt, Reinhardt (Hg.): Politische Justiz. Dokumentation über den Ausweisungsterror an Palästinensern. Hamburg (Association) 1972; Der neue Antisemitismus. Die Liquidierung von Ausländerorganisationen in der BRD: Zum Verbot von GUPS und GUPA. München (Trikont) 1972

15) Die Welt, 17.9.72 - zit. n. Politische Justiz, s. Anm. 14

16) Stern, Nr. 39, 14.-20.9.72

17) Vgl. zum anti-arabischen Feindbild der "Ölkrise" in der politischen Karikatur: Feindbilder, s. Anm. 4

18) Die Zeit, 31.8.90 - zit. n. Anm. 2

Die ersten beiden Abschnitte dieses Artikels (Kommunismus; Orient und Islam) stützen sich im wesentlichen auf die oben nachgewiesenen Arbeiten von Heinz Halm, Gernot Rotter und Reinhard Schulze.

Im dritten Teil dieser Serie, der in einer der nächsten Ausgaben des ak erscheinen wird, werden einzelne Elemente des Feindbilds "Islam" wie der sog. Fundamentalismus und der "Heilige Krieg" erörtert. Im vierten und abschließenden Teil wird neuere Literatur zum Islam vorgestellt werden.

35. Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Hamburger Antirassismus-Kongresses (Buchbesprechung)

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:02

38 Aufsätze auf mehr als 500 Seiten enthält der im Frühjahr erschienene Band "Rassismus und Migration in Europa", der damit noch längst nicht alle Beiträge zum Hamburger Antirassismuskongreß von September 1990 dokumentiert. Nicht aufgenommen wurden die schon in dem von Uli Bielefeld herausgegebenen Buch "Das Eigene und das Fremde" (Junius-Verlag) enthaltenen Referate. Aus Platzgründen herausgenommen wurden die Themenbereiche Rechtsextremismus, Antisemitismus und die Euthanasiedebatte. Annita Kalpaka und Nora Räthzel, die den vorliegenden Band redigierten, begründen diese nicht unproblematische Entscheidung damit, daß es zu diesen Komplexen bereits "relativ mehr Publikationen im deutschsprachigen Raum gibt" (Vorwort). Das Ergebnis ihrer Arbeit kann so natürlich nicht als wortgetreues Kongreßprotokoll gelten; auch nicht als erschöpfende Bilanz internationaler Rassismusforschung auf dem Stand von September 1990.

Als Orientierungshilfe für die LeserInnen wurde eine Gliederung in acht Kapitel vorgenommen: Migration; Zur Begriffsbildung: "Rasse", Geschlecht, Klasse, Ethnos; Einwanderung und Staat - Citizenship und Citoyenneté; Besonderheiten der deutschen Situation; Diskurse über Einwanderung; Rassismus im Alltag; Anti-Rassismus; Europäische Perspektiven. Daß viele Beiträge komplexer sind, ihre Zuordnung schwieriger ist, als das Inhaltsverzeichnis nahelegt, liegt auf der Hand. So enthält etwa der lesenswerte Beitrag von Tove Skutnabb-Kangas und Robert Phillipson über "Linguizismus: Kontrolle durch Sprache" selbstverständlich ebenso Beispiele über Rassismus im Alltag wie Hinweise für die antirassistische Praxis. Das ist kein Mangel, sollte aber bei der Benutzung des Buches bedacht werden. Es ist kein Nachschlagewerk, wo nur unter dem richtigen Stichwort nachgelesen werden muß. Obwohl nicht frei von Wiederholungen, verdient es doch, ganz gelesen zu werden.

Hier soll auf zwei Beiträge näher eingegangen werden: É tienne Balibars Quasi-Einleitung (ohne Rubrik) ",Es gibt keinen Staat in Europa`. Rassismus und Politik im heutigen Europa" und Wolfgang Fritz Haugs Aufsatz "Zur Dialektik des Anti-Rassismus". Balibars Beitrag macht zunächst einmal deutlich, welchen Boom der Rassismus in Westeuropa in den vergangenen zwei Jahren erlebt hat. Noch im September 1990 konnte Balibar mit Recht darauf verweisen, daß die "offen rassistischen Bewegungen... (außer in Frankreich) ziemlich minoritär sind." Die Wahlerfolge rassistischer und rechtsextremer Gruppierungen in Italien und Deutschland im April 1992 haben den Vorsprung ihres französischen Vorbildes verkleinert; in Deutschland signalisiert die massenhaft geäußerte Sympathie für rassistische Gewalttaten, daß auch hier "offen rassistische Bewegungen" aus einem riesigen Potential schöpfen können.

Diese veränderte Lage entwertet Balibars grundsätzliche Überlegungen keineswegs. Daß das "politisch-wirtschaftliche Kleineuropa nicht wie vorgesehen zu verwirklichen" ist, hat er richtig vorausgesehen: "Es gibt nicht ein, sondern mehrere ‚gemeinsame Häuser` in Europa". Westeuropa ist an verschiedenen "ökonomisch-kulturellen Ensembles" beteiligt: einem "Euro-amerikanischen", einem "Euro-mediterranen" und einem "Euro-(ex-)-sowjetischen oder Euro-östlichen Ensemble". Europas "innere Grenzen", so Balibar, werden bleiben: "Zwischen Bevölkerungsgruppen, die durch ihre Herkunft und durch ihre Stellung in der Arbeitsteilung unterschieden sind." Der "Prozeß der Ethnisierung der Hierarchien und Ungleichheiten innerhalb der globalen ‚Arbeitskraft`" führe vor allem zu Widersprüchen unter den Beherrschten. Zu den Voraussetzungen für die Dominanz des modernen Rassismus, der "nicht einfach eine Spielart der bisherigen Rassismen" sei, gehöre neben der Übernahme rassistischer Schemata (Balibar nennt das "koloniale und das antisemitische Schema") und der Existenz einer "sozialen Struktur der Diskriminierung" als drittes "eine institutionelle Krisenkonstellation, in der das Verhältnis der Institutionen (und vor allem des Staates) zu ihren eigenen ideologischen Grundlagen und das für ihre ‚Identität` konstitutive Verhältnis der Individuen zur Institution in heftige Erschütterung geraten ist. Dies produziert ein massenhaftes Phänomen der geistig-moralischen Unsicherheit."

Aus dieser Diagnose leitet Balibar seine These ab: "Im Kern ist der moderne Rassismus nie eine bloße ‚Beziehung zum Anderen`, die auf einer Perversion des kulturellen oder soziologischen Unterschieds beruht, sondern eine Beziehung zum Anderen, die durch den Eingriff des Staates vermittelt ist. Oder besser noch (und hier verlangt eine grundsätzlich unbewußte Dimension begriffen zu werden), er ist ein Konfliktverhältnis zum Staat, das auf entstellte Weise ‚gelebt` und als ein Verhältnis zum Anderen ‚projiziert` wird."

Aus der Sicht vieler Menschen verliere in Europa der Staat die Konturen, vor allem wegen der "Machtaufteilung zwischen der Ebene der ‚Nationalstaaten` und der Ebene der ‚EG-Institutionen`". Die massenpsychologische Folge dieses "Etatismus ohne Staat": "Die Individuen, und besonders diejenigen, die am mittellosesten und von der Macht am weitesten entfernt sind, fürchten zwar den Staat, doch fürchten sie noch mehr sein Verschwinden und seinen Zerfall." Balibars Schlußfolgerungen für die antirassistische Praxis bleiben vage. Eine "Rekonstitution von politischen Klassenbewegungen" hält er immerhin für "denkbar". "Im Prinzip" ist das sicher nicht anzuzweifeln. Aber darüber, wie denn den Beherrschten ihr "entstelltes Konfliktverhältnis zum Staat", das sie rassistisch austoben, bewußtgemacht werden kann, erfahren Balibars LeserInnen leider fast nichts.

"Erkundungen auf einem Feld voller Fallstricke" nennt Wolfgang Fritz Haug seine Überlegungen "Zur Dialektik des Anti-Rassismus" und gesteht ein, daß er sie "oft viel sicherer im Ton als in der Sache" vorträgt. Haug provoziert bewußt, wenn er dem linken Antirassismus "Rituale der Bußfertigkeit und Selbstbezichtigung" zuschreibt und eine "Arbeitsteilung in der Mythenproduktion von rechts und links" unterstellt. Ziel seines Aufsatzes ist die Zerstörung linker "Mythen", z.B. des Mythos von der Gleichheit: "Angesichts der ‚Angst vor der Verschiedenheit, auf welche der Rassismus baut` (Elfferding...), scheint es richtig, die Gleichheit zu betonen. Aber das wohlmeinende Leugnen der Differenzen weiß nicht, daß es einen geheimen Berührungspunkt mit einer Wurzel des modernen Rassismus hat: Etwas von der Dialektik des Willens zur Gleichheit entlädt sich blind als ‚Wut auf die Differenz` (Horkheimer/Adorno...)." Auch einer allzu sorglosen Verwendung des Begriffs Rassismus widerspricht Haug: "Der gegen Stigmatisierung gerichtete Rassismusbegriff kann auch zur Stigmatisierung anderer Auffassungen herhalten: dann wird etwa als Rassismus gebrandmarkt, wenn irgendeine ‚Verschiedenheit der Einwanderer ... als Rückständigkeit interpretiert wird` (Kalpaka u. Räthzel ...)."

Massives Unbehagen verursacht Haugs Interpretation rassistischer Gewalttaten, "daß der Aufschrei der sozial getretenen Kreatur zum Haß-Schrei werden kann. Brandstiftung und Mord können verwandelte Formen von Protest sein - im Modus des entfremdeten Protests gegen Entfremdung." Der gegen solchen "entfremdeten Protest" - der für seine Opfer schlimmstenfalls tödlich enden kann - auch von linken Antirassisten erhobene Ruf nach der Polizei sei zwar notwendig (weil womöglich lebensrettend), verweise aber auf ein Dilemma: "Der spontane plebejische Rassismus kann den Herrschenden Sorge bereiten, erst recht seine politische Verwertung durch oppositionelle Machtanwärter. Sofern wir hauptsächlich auf ihn blicken, über ihn reden, ihn pädagogisierend, sind wir Helfer der Polizei bzw. des Rechtsstaates, was nicht heißt, daß dies zu verwerfen sei - aber man muß es wissen."

Gegen Haugs Schlußfolgerungen, seine Polemik gegen "fundamentalistisch befestigte Unvereinbarkeiten" und die implizite Forderung nach einem Einwanderungsgesetz - Haug warnt davor, "auf die feindliche Abwehr von Zutrittswilligen mit Preisgabe aller Kriterien des Zutrittsbereichs zu antworten" - ließe sich manches einwenden. Daß er sich hier als "Realo" zu erkennen gibt, sollte allerdings kein Argument sein, alle seine Gedanken ungeprüft als Anpassung an den herrschenden Trend zu verwerfen. Daß die "plebejischen Rassismen" mitunter "die Kreise der Herrschenden stören", ist nicht zu leugnen; der "Neorassismus" der "united colors" ist auf Dauer gesehen zeitgemäßer als "Stammtisch-Rassismus und damit kommunizierende Straßenrassismen". Das zielstrebig herbeigeführte Rostocker Pogrom ist allerdings ein Beispiel für einen mit wohlüberlegtem Staatsrassismus "kommunizierenden Straßenrassismus". Dessen brutale Gewalttätigkeit bindet einstweilen viele Kräfte der antirassistischen Linken. Haug, der seinen Text nach Hoyerswerda und vor Rostock geschrieben hat, wird den Praktikern im antirassistischen Kampf, die sich gegenwärtig für den Schutz von Flüchtlingen engagieren, vermutlich als intellektueller Besserwisser erscheinen. Zweifellos "stellt das Bedürfnis nach gutem Gewissen seine Fallen. Mitleid gilt Objekten, Solidarisierung Subjekten". Wenn wir vom "gemeinsamen Kampf" gegen den "gemeinsamen Feind" heute ziemlich weit entfernt sind, dann liegt das allerdings weniger an linken "Fundamentalismen" und "Blockierungen", sondern am Ernst der Lage, den Haug

offensichtlich unterschätzt. Aber das ist eine Kritik, die im Wissen um die - "objektiv" vielleicht voraussehbare - Eskalation rassistischer Gewalt relativ leicht fällt.

Js.

Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Kongresses "Migration und Rassismus in Europa", Hamburg, 26. bis 30. September 1990. Redaktion: Annita Kalpaka und Nora Räthzel. Hamburg/Berlin (Argument) 1992. 564 Seiten, DM 38,-

36. Mobilmachung im Kulturteil. Wie die taz über den Krieg diskutieren läßt

Rubrik: Militarismus; TAZ · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:01

Soll niemand sagen, die taz habe es verlernt, gegen den Strom zu schwimmen. Zu einem Zeitpunkt, als die Bundesregierung ihre Ablehnung "militärischer Abenteuer" in Restjugoslawien bekundete - und damit offen von den Kriegshetzern in CDU/CSU, FDP und SPD abrückte - startete die Berliner "Alternativzeitung", einstmals Sprachrohr der Antiraketenbewegung, eine Kampagne besonderer Art. Unter dem Arbeitstitel "Europa im Krieg" begann am 8. August eine Debatte pro und contra Intervention mit dem erklärten Ziel, "das Schweigen des Verstandes" zu brechen.

"Wenn die Intellektuellen sich nicht mehr von selbst einschalten, muß man sie dazu auffordern", heißt es im taz-Editorial vom 8.8., wo auch stolz verkündet wird, daß sich "andere europäische Tageszeitungen", darunter El País, der Wiener Standard, der Züricher Tagesanzeiger und Publico (Lissabon), "der Initiative der taz anschließen" würden. Soweit die redaktionelle Erklärung auf Seite 11. Auf Seite 10, Rubrik "Meinung und Diskussion", spricht taz-Redakteur Erich Rathfelder deutlich aus, welches Ergebnis die Debatte der Intellektuellen doch bitte haben solle: Intervention ist nicht nur gerechtfertigt, sondern auch moralisch geboten - schon wegen der Verantwortung vor der Geschichte: "Trotz aller Vorsätze, daß sich die schreckliche Geschichte niemals wiederholen darf, beginnt heute und jetzt in Bosnien-Herzegowina ein neues Auschwitz."

Nachträglich muß dem geschichtsbewußten Redakteur die Maßlosigkeit seines Vergleiches doch noch aufgefallen sein. Immerhin tastet er sich in den folgenden Absätzen nur langsam an die Forderung nach einem militärischen Eingreifen des Westens heran. "Nicht gleich von der Hand zu weisen" seien die in den europäischen Metropolen dafür vorgebrachten Argumente. Den Zauderern - nicht zuletzt aus dem Kreise der Militärexperten - macht Rathfelder Mut: "Das gerade in Deutschland geforderte Bombardement militärischer Anlagen der serbischen Armee könnte diese tatsächlich schwächen und den Vormarsch muslimanisch-kroatischer Verbände möglich machen." Erfolgsgarantien gibt es natürlich nicht. Gegen militärische Mißerfolge hilft das Bewußtsein, aus moralischen Beweggründen zu handeln: "Eine Intervention nur dann ins Spiel zu bringen, wenn sie opportun erscheint, ist angesichts der Opfer abgeschmackt." Fazit: "Bei allen Risiken und bei aller Kritik an mitschwingenden politischen Kalkülen muß den Opfern aber geholfen werden, wenn es sein muß, auch mit Gewalt."

Rathfelders begrenzte mitteleuropäische Perspektive erweitert zwei Tage später Claus Leggewie, Professor für Politikwissenschaft mit branchenunüblichen Selbstdarstellungsqualitäten, um einen wahrhaft multikulturellen Blickwinkel. "Wir sind alle bosnische Muslime", bekennt Leggewie und schwärmt von den weltverändernden Chancen der entschlossenen Tat: "Es muß jetzt zu einer Neuauflage der gescheiterten Golfallianz kommen, die Amerikaner, Europäer, Israelis und einen großen Teil der arabischen Staatsführungen vereinte - ein Militärbündnis, das keine friedliche Fortsetzung gefunden hat. Für die gemeinsame Abwehr von Verbrechen gegen die Menschlichkeit könnten nun auch die arabischen Massen gewonnen werden, ein Vorgang, der auf die islamischen Länder selbst zurückwirken wird." "Die Deutschen" warnt Leggewie, diesmal würden sie sich nicht mit dem "fadenscheinigen Hinweis auf die Geschichte" herausreden und von dem notwendigen "Akt der europäischen Selbstbehauptung" - der internationalen Strafexpedition gegen Serbien - fernhalten können.

Einen Tag später, am 11. August, ist wieder Rathfelder an der Reihe, diesmal als Interviewer des im kroatischen Exil lebenden serbischen Schriftstellers Mirko Kovac. "Die serbische Nation muß durch eine Intervention ernüchtert werden" - diese von der Redaktion formulierte Unterzeile zur Überschrift faßt die Aussagen von Kovac treffend zusammen. Der Interviewer übernimmt bereitwillig den Part des Stichwortgebers, etwa durch "Fragen" dieser Art: "Wenn sich die Machtverhältnisse in Serbien nicht ändern lassen, (...) dann ist es ja durchaus gerechtfertigt, eine militärische Intervention der UNO zu fordern." Die erwünschte Antwort läßt nicht auf sich warten: "Ich glaube tatsächlich, daß solch ein Angriff ihnen (den Serben; Anm. Js.) gut tun würde. (...) In diesem Sinne unterstütze ich die Idee von einer militärischen Intervention." Zusatz fürs Protokoll: "Unter der Voraussetzung aber, daß sie sich auf den Angriff auf militärische Ziele konzentriert." Solche "Einschränkungen" hört das Publikum gern, sie kosten nichts, auch wenn ihre Realisierung im Falle des Falles weder möglich noch - Beispiel Bagdad - erwünscht wäre. Daß Kovac über die

unvermeidlichen zivilen Opfer einer Intervention nicht besonders traurig wäre - vorausgesetzt, es handelt sich um serbische Opfer - macht er an anderer Stelle deutlich: "Ich glaube sogar, daß die Serben, so wie sie mit großer Leidenschaft zu töten, auch mit großer Leidenschaft zu sterben bereit sind. Aus der serbischen Literatur kennen wir diese Faszination." Und wir kennen - wiederum aus dem Golfkrieg - den besonders zynischen Kunstgriff, dem "fanatisierten" Kriegsgegner kollektive Todessehnsucht anzudichten.

Dem serbischen Oppositionellen kann vielleicht noch das Leiden an seinem Volk zugute gehalten werden. Aber niemand zwingt die taz, seine rassistischen Folgerungen wie die einer serbischen Kollektivschuld für die Zerstörung von Kirchen und Moscheen - "Ich kann letztendlich keinem Serben dies verzeihen", sagt Kovac - nicht nur abzudrucken, sondern auch noch für die eigenen kriegstreiberischen Ziele zu instrumentalisieren. Statt das Interview abzubrechen, reibt sich der Redakteur die Hände: Welch glückliche Fügung, sich hinter einem prominenten serbischen Dissidenten verstecken zu können!

Daß es tatsächlich Situationen geben kann, in denen über die Rechtfertigung militärischer Interventionen begründet diskutiert werden könnte, geht bei dieser Art der Auseinandersetzung vollständig verloren. So kann den Westmächten mit Recht vorgeworfen werden, zu spät gegen Nazi-Deutschland interveniert zu haben. Um ein weiteres Beispiel zu nennen: Der Einmarsch der vietnamesischen Armee in Kambodscha wurde - mit Einschränkungen - auch im ak gutgeheißen. Daß Jugoslawien gegenüber anderen aktuellen Kriegsschauplätzen auf der Welt eine qualitative Sonderstellung einnehmen soll, kann nicht ernsthaft begründet werden; entsprechend behilft sich die taz mit dem dümmlichen Hinweis auf den "Krieg an unseren Urlaubsstränden".

Pro-und-contra-Spiel

Die von der taz um Stellungnahmen gebetenen Intellektuellen rufen keineswegs durchgängig zu militärischer Intervention des Westens auf. Die Gegenposition, vertreten u.a. durch György Konrád, Peter Handke, Lothar Baier und Aleksandar Tisma, wird allerdings sehr viel zurückhaltender, nachdenklicher, in persönliche Erinnerungen verpackt, eher "literarisch" vorgetragen. Dagegen die Interventionisten, namentlich Dunja Melcic, Herta Müller und Mirko Kovac, der ebenso wie Melcic gleich zweimal zu Wort kommt, polemisieren hemmungslos, hetzen streckenweise. Der von der taz vorgegaukelte faire Meinungsstreit pro und contra Militäraktion gegen die Barbarei ist ein Kampf mit ungleichen Waffen. Eine kleine Zitatenauswahl soll zeigen, wozu die zu den Waffen rufenden "friedliebenden Intellektuellen" unterschiedlicher Nationalität fähig sind:

Herta Müller (geboren in Siebenbürgen, wohnhaft in Hamburg) vermutet hinter der zögerlichen Haltung westlicher Militärexperten ein falsches Spiel: "Eine grobe Fälschung, ein Abwiegelungsspiel ist es auch, wenn man eine militärische Intervention als Krieg bezeichnet. Wenn man ein Schlachtbild mit hunderttausend UNO-Soldaten malt, eine Materialschlacht mit Schützengräben und Suppe im Blechtopf, Soldaten mit Gewehr und Tornister, denen heimtückischer Karst unter den Schuhsohlen bröckelt. (...) Dabei weiß man, daß man nur die Nachschubwege zerstören müßte... Daß man nur ein Zeichen der Drohung geben müßte, das große Maul von Milosevic würde klein." (8.9.)

Die Kroatin Dunja Melcic, die seit 1973 in Frankfurt lebt, variiert die von Rathfelder ins Spiel gebrachte Auschwitz-Analogie: "Ich weiß aber, daß es, wenn Europa und seine Intellektuellen nicht das Recht außerhalb ihrer Wohnzimmer verteidigen, im Balkan nur eine ‚Lösung` geben wird: In diesem Land hat man ihr den Namen ‚Endlösung` gegeben." (7.9.) Verantwortlich für den entsprechenden Führerbefehl ist "Europas letzter Despot", Slobodan Milosevic. Nach dem "Irren von Bagdad" ("Bild") nun - taz vom 11.9, Rubrik "Kultur" - der Irre von Belgrad, porträtiert von Mirko Kovac: "Dieser lächerliche Despot" - "ein Tollkopf, ein Mann des Chaos" - verdient es , "wie ein Köter am Zaun erschlagen" zu werden; "ein Mensch, der sich am Tod berauscht" ... "hat erlebt, daß Tausende um seines Wahnsinns willen starben. Das erfüllt ihn mit Triumph." (...) "Insgeheim sehnte er einen Weltkrieg herbei, aber eine Serie von Balkankriegen wäre ihm auch recht gewesen" - eine Diagnose, die unmittelbaren Handlungsbedarf nahelegt: Mit der Neutralisierung eines irren Weltkriegstreibers dürfte keinen Tag gezögert werden.

Zyniker und "Utopisten"

Daß sich die Interventionsdebatte nicht nur auf den Seiten für "Meinung", "Diskussion" und "Kultur" austobte, sondern zwischenzeitlich auch die Titelseite der taz eroberte, war das "Verdienst" der Grünen. Die Argumente der beiden Belgrad-Reisenden Helmut Lippelt (Bundesvorstand) und Claudia Roth (Europaparlament) für eine

Militärintervention zur Befreiung der Internierungslager werden hier als bekannt vorausgesetzt. Die zentrale Aussage ihrer Erklärung "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", die sie nach Gesprächen mit der serbischen Friedensbewegung der deutschen Presse vorstellten, lautete: "Sogenannte ‚ethnische Bereinigungen`, Internierungslager und archaische Gewalt sind klare Bestandteile des Faschismus. Und Faschismus muß widerstanden und bekämpft werden. Unter klaren Voraussetzungen, notfalls auch mit Gewalt. Es kann keine einseitige prokroatische und antiserbische Parteinahme geben. Es gibt Internierungslager auf allen Seiten, die sofort befreit werden müssen."

Zu den Konsequenzen dieser Forderung übten Lippelt und Roth sich im nachdenklichen Einerseits und Andererseits. "Internationale quasi ‚polizeiliche` Eingriffsmöglichkeiten" gegen Faschismus und Völkermord seien notwendig, dürften aber nur von einer "demokratisierten UNO" realisiert werden; innenpolitisch dürfe die jugoslawische Tragödie nicht "funktionalisiert" werden "mit dem Ziel, zur ‚Normalisierung`des deutschen ‚Status` zu gelangen, um ein weltweites Eingreifen der Bundeswehr über NATO und WEU möglich zu machen."

Zur Realitätstüchtigkeit dieser neuen Konzeption grüner Außenpolitik hat der grüne Exzentriker Udo Knapp, nicht nur in dieser Frage in Übereinstimmung mit dem rechten Rand der SPD, deutliche Worte gesagt: "Der Verweis von Roth und Lippelt auf eine reformierte UNO als Voraussetzung für solche Einsätze ist - ähnlich wie bei vielen in der SPD - scheinheilig." (taz-Interview, 12.9.) Wer eine Intervention fordert, darf auch nicht gleich schlappmachen, wenn deren Ergebnis ein Blutbad ist: "Die Vorstellung, man könne in einem solchen Land ohne massiven Einsatz mal eben ein paar ‚Banden` entwaffnen, quasi ohne Opfer, und dann wieder abziehen, die ist schlicht naiv."

Linke Grüne, wenn es sie denn noch gibt, werden sich wahrscheinlich darüber erregen, daß die taz ausgerechnet diesem notorischen Kriegshetzer, der schon vor Jahren eine Weltpolizei mit internationalem "Gewaltmonopol" forderte und der einer der eifrigsten Golfkrieger an der Heimatfront war, Raum für die Ausbreitung seiner Thesen zur Verfügung stellt. Tatsächlich hat die taz mit dem Knapp-Interview - ungewollt - dem Pazifismus einen Dienst erwiesen. Knapp zeigt ohne jede Zurückhaltung, wohin die Reise geht. Eher an die Adresse der Sozialdemokraten als an die der "den Zeitfragen hinterherhechelnden" Grünen gerichtet, klärt er alle Naivlinge darüber auf, daß vom neuen Deutschland, dem neben den USA "wichtigsten Faktor für die weltweite Durchsetzung von Menschenrechten, Demokratie und freiheitlichen Gesellschaften", auf Dauer Halbheiten nicht geduldet werden: "Es geht nicht mehr nur um Blauhelme, sondern um ein gleichberechtigtes Beteiligen der Bundesrepublik an der internationalen Sicherung des Friedens." Genauso liegen die Dinge - wobei natürlich "Sicherung des Friedens" die Chiffre für eine Politik ist, die Knapp oben präziser beschrieben hat: Es geht "uns", den USA und "allen anderen friedliebenden Völkern des Westens" (Originalton Knapp) um die Fähigkeit, letztlich weltweit "freiheitliche Gesellschaften" - gemäß den eigenen Kriterien - zu installieren, zumindest aber nationale oder regionale Sonderwege unter Kontrolle zu halten. Bei der Wahl der Mittel - Drohung, Embargo, Blauhelmeinsatz, militärische Intervention - wären rein sachliche Gründe ausschlaggebend.

Der Debattenbeitrag von Bundesvorstandssprecher Ludger Volmer, der sich vermutlich immer noch für einen Linken hält, besteht - verglichen mit Udo Knapps zynisch-realistischer Situationsbeschreibung - vornehmlich aus Gerede. Zwar spricht Volmer sich eindeutig gegen eine Intervention aus - allerdings ist seine Begründung nicht prinzipieller Natur. "Wer die KZ-ähnlichen Lager freikämpfen will, würde das Leid ins Unermeßliche eskalieren", erklärt Volmer und beruft sich auf die "Herren Kinkel und Rühe", die "nach Konsultationen mit den Militärs" nicht mehr zur militärischen Intervention auffordern möchten. "Was aber, wenn die Militärs einen geballten Schlag für relativ risikoarm erklärt hätten? Hätte ein Pazifist dann auf die mögliche Rettung von KZ-Häftlingen verzichten dürfen, um sein Prinzip zu retten? So zugespitzt stellt sich die Frage." Volmer gelingt es, diese Zuspitzung mit allerhand Schwammigkeiten wieder zurückzunehmen. Würde er intervenieren, wenn die Erfolgsaussichten günstiger wären? Der kluge Politiker antwortet mit einem mutigen Jein: "Wer heute für Militäraktionen plädiert, tut das unter der Herrschaft anderer Interessen und Ordnungsvorstellungen." Also vielleicht später? Volmer stellt Bedingungen: Das Vorhandensein einer "Völkergemeinschaft", die sich als "Weltgesellschaft" und die "Regelung ihrer Beziehungen als Weltinnenpolitik" begreift; "Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten an eine völlig reformierte UNO"; "Abschaffung des Hauptsymbols des Nationalstaats", der "eigenen Armee". Der grüne Vorstandssprecher nennt das eine "konkrete Utopie", deren

Entwurf den Grünen "die Entscheidung über das ‚Inzwischen`" erleichtern soll: "Aufgabe der Grünen ist und bleibt es, die militärische Logik durch eine zivile zu ersetzen."

Es folgt ein Satz, der bei einigem Wohlwollen als klare Absage an alle mittelfristig absehbaren Strafexpeditionen der zivilisierten Welt verstanden werden könnte: "Ein militärisches Eingreifen in quasi polizeilicher Funktion ist daran gebunden, daß die Institutionen einer zivilen Weltgesellschaft zumindest in Umrissen deutlich sind." Aber davon sei "heute wenig zu sehen". Ist Volmers Beitrag also nur der "typisch grüne" Versuch, ein klares Nein zu militärischer Interventionspolitik heute, morgen und auf absehbare Zeit "positiv" zu formulieren, um der Öffentlichkeit die innergrünen Gegensätze weniger kraß erscheinen zu lassen, als sie wirklich sind? Grenzt er sich deshalb nur von Namenlosen, nicht aber von Roth und Lippelt ab? Oder mag er sich nicht mit Joschka Fischer anlegen, dem "mächtigsten Mann in der Partei" (FAZ), der den beiden grünen Tabubrechern ausdrücklich für ihre "mutigen Äußerungen" dankt (taz-Interview, 21.8.), obwohl er "in der gegenwärtigen Situation" nicht ihrer Meinung ist? Wer nicht gegen Fischers Warnung vor einem "neuen grünen Glaubenskrieg nach dem Motto abstrakter Pazifismus gegen Weltpolizei-Option" verstoßen will, muß dann eben versuchen, Pazifismus und Weltpolizei unter einen Hut zu bringen.

Diesen komplizierten Prozeß, der "für die Glaubwürdigkeit und die Konsistenz grüner Außenpolitik enorm wichtig ist" (taz-Redakteur Jürgen Gottschlich, 19.8.) will die taz auf keinen Fall stören. Grüne RepräsentantInnen mit abweichender Meinung - wie Angelika Beer und Jürgen Trittin - werden deshalb allenfalls mit Halbsätzen zitiert. Wie hieß es noch gleich im Editorial zu "Europa im Krieg": "Wenn die Intellektuellen sich nicht mehr von selbst einschalten, muß man sie dazu auffordern." Und wenn sie sich "falsch" einschalten, müssen sie sich gefälligst andere Publikationsorgane suchen.

Js.

Anpassung an den Allparteienkonsens

Aus einem Streitpapier von Jürgen Trittin

(...)

4. Verdienste und Verluste einer Debatte

Es gibt in der Publizistik über die Grünen die Neigung, die Relativierung der die Grünen charakterisierenden Positionen in Richtung einer Anpassung an den Allparteienkonsens der Republik als sogenannten "Tabubruch" abzufeiern. Diesem Ritual wie den darauf folgenden Reflex (insbesondere der Parteilinken), jede neue Idee als Verrat an der wahren Linie zu geißeln, soll hier nicht gefrönt werden. Aber mir liegt auch die Höflichkeit fern, eine nach meiner Ansicht von der Analyse wie von den vorgeschlagenen Maßnahmen her falschen Position ehrenhalber auch noch zu bescheinigen, sie habe wenigstens eine wichtige Diskussion angeregt. Tatsächlich halten sich Verdienste des Vorstoßes von Claudia Roth und Helmut Lippelt in Grenzen.

4.1 Blauhelme ohne Grenzen

In einem haben sich die beiden jedoch ohne Zweifel Verdienste erworben. Sie haben auf der moralischen und politischen Ebene verdeutlicht, was auf der Ebene des Rechtes der Vereinten Nationen schon lange klar ist: Es gibt keinen klaren Trennstrich zwischen peace-keeping- und peace-enforcing-actions. Wer unter den jetzigen Bedingungen ja zu Blauhelmen sagt, impliziert damit notwendigerweise auch ein Ja zu sich daraus entwickelnden Kampfeinsätzen, die auch in Auseinandersetzung mit beiden Konfliktparteien durch die Androhung und Anwendung eines größeren Maßes an Gewalt, Gewalthandlungen zu unterbinden trachtet.Dies ist der Grund, warum die Grünen eine Verfassungsänderung, die einen out-of-area-Einsatz von deutschen Soldaten ermöglichen soll, ablehnen sollten.

4.2 SPD-Umfall ohne Konkurrenz

Auf der anderen Seite hat der Vorstoß eine einmalige Chance zur Profilierung der Grünen zerschlagen. Es würde die Bedeutung der grünen Partei bei weitem überschätzen, würde man dem Vorstoß von Claudia Roth und Helmut Lippelt anlasten, daß sich nur drei Tage später die Bundesspitze der SPD dazu durchrang, durch ein verfassungspolitisches Rollback Kampfeinsätze der Bundeswehr auch ohne grundlegende Reform der Vereinten Nationen zu ermöglichen.

Tatsächlich ist es jedoch so, daß mit den Petersberger Beschlüssen der SPD innerhalb des Parteienspektrums der Bundesrepublik lediglich die Grünen noch uneingeschränkt an dem Friedensstaatsgebot des Grundgesetzes festhalten. Diese umgangssprachlich mit dem Begriff Pazifismus belegte Position objektiv relativiert zu haben, ist "Verdienst" des unglücklichen Vorstoßes von Claudia Roth und Helmut Lippelt.

(Dokumentiert aus: Frankfurter Rundschau, 23.9.92)

37. Alle lieben Willy

Rubrik: SPD; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:29

1977 hatten Freunde und Mitarbeiter Willy Brandts "den Einfall, ihm zu seinem 65. Geburtstag am 18. Dezember 1978 ein Buch zu widmen, in dem führende Vertreter des demokratischen Sozialismus aus vielen Ländern ihre Gedanken über dessen Zukunft in den achtziger Jahren äußern sollten." So beschreibt es Richard Löwenthal, der mit der Herausgabe des Buches beauftragt wurde und der die Crème der internationalen Sozialdemokratie als Autoren gewinnen konnte: James Callaghan (Großbritannien), Bettino Craxi (Italien), Felipe Gonzalez (Spanien), Michael Harrington (USA), Bruno Kreisky (Österreich), Francois Mitterrand (Frankreich), Olof Palme (Schweden), Shimon Peres (Israel), Helmut Schmidt (BRD), Léopold Sédar Senghor (Senegal), Mario Soares (Portugal) und Joop den Uyl (Niederlande).

Bei der Auswahl der Autoren für die demnächst unweigerlich erscheinenden Aufsatzsammlungen zu Ehren des Verstorbenen können die Herausgeber sehr viel unbefangener vorgehen und auch solche berücksichtigen, die Ende der 70er Jahre noch erbitterte Gegner Willy Brandts waren. Denn auch nach Abzug der pietätsbedingten Lobhudeleien ergibt die Sichtung der Nachrufe zweifelsfrei: alle lieben Willy. Helmut Kohl, der den "deutschen Patrioten" würdigt, Christian Semler, ehemals Vorsitzender der "KPD/AO", der in der "taz" von "unerklärter Freundschaft" der "vormals radikalen Linken" zu Willy Brandt schreibt, Rolf Reissig, Gastkommentator des "Neuen Deutschland", der aus Brandt eine der "herausragendsten Persönlichkeiten" der "gesamten sozialistischen Bewegung" macht, und schließlich der "Bild"-Redakteur Paul C. Martin, für den Brandt ein "Symbol für Wagemut und den unerschütterlichen Glauben an das Gute" darstellt.

In diesen Jubelchor möchten wir denn doch nicht einstimmen. Wir wollen lieber einen Blick ins Archiv werfen - und verschiedenen Legenden entgegentreten. Zunächst der von Semler, für die "radikale Linke" der späten 60er und frühen 70er Jahre sei mit der Feststellung, daß Brandt "die verräterische Politik der Ebert und Noske, der Müller und Wels fortgesetzt" habe, der Fall erledigt gewesen. Etwas differenzierter wurde auch damals schon gedacht. In ak 44 vom 22. Mai 1974 lesen wir auf Seite 1: "Die immer rasantere Talfahrt Brandts in den letzten Monaten erreichte am 6. Mai mit seinem Rücktritt als Bundeskanzler ihren Tiefpunkt. Mit Helmut Schmidt, der nicht zufällig oft mit dem Arbeiterschlächter Noske (‚Einer muß den Bluthund machen`) verglichen wird, hat das Kapital einen Mann an die Stelle Brandts gesetzt, der für eine schärfere Gangart der Faschisierung einstehen soll ...

Dieser Wechsel wurde, der ganzen bisherigen Rolle Brandts gemäß, in die äußere Form einer Schmierenkomödie gekleidet: die ‚Aufdeckung` eines Spions, den man mindestens seit einem Jahr schon erkannt hatte; die ‚ehrenwerte` Handlung Brandts, der mit großer Geste die Verantwortung auf sich nahm; schließlich wilde Gerüchte und ‚Enthüllungen` um Brandts ‚Privatleben`, das auch schon lange bekannt war. Es sei ‚grotesk`, einen Bundeskanzler für erpreßbar zu halten, sprach Brandt mit großem Pathos. Nun, ‚erpreßbar` gewiß nicht durch den Spion Guillaume und seine Chefs in der DDR - wohl aber ‚erpreßbar` durch die Bourgeoisie. Brandt war ein Spielball in den Händen derjenigen, die nicht erst seit dem 29. Mai 1973 (als Brandt offiziell vor Guillaume ‚gewarnt` wurde), sondern mindestens schon bei der Übernahme der Kanzlerschaft 1969 über das ‚Kuckucksei` Guillaume Bescheid wußten, die auch Brandts ‚Privatleben` kannten und fortwährend bespitzelten - die westdeutschen Geheimdienste und hinter diesen die Bourgeoisie. Als Brandt 1969 Bundeskanzler wurde, lag die ‚Zeitbombe` schon im Nest, das wissen wir heute.

Bezeichnend ist der Zeitpunkt, an dem die Bourgeoisie die Bombe dann platzen ließ, nämlich nach Erledigung wichtiger Aufgaben (‚neue Ostpolitik`, Aufrüstung des staatlichen Unterdrückungsapparats) und zu einem Zeitpunkt, wo die Wahlergebnisse in Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zeigten, daß Brandt schon auf der abschüssigen Bahn war. In einer Situation des Aufschwungs des Vertrauens zu Brandt - wie zur Zeit des gescheiterten Mißtrauensvotums der CDU/CSU 1972 - hätte ein ‚Fall Guillaume` Brandt eher noch stärkere Sympathie bringen können (‚Jetzt erst recht!`); in einer Situation des Niedergangs aber war diese ‚Affäre` tödlich. Schmidt und Wehner blieb es nur noch überlassen, das von der Bourgeoisie zur Verfügung gestellte, von der CDU/CSU und der bürgerlichen Presse gewetzte Messer schließlich zuzustoßen."

Das ist in der Wortwahl und in der Vorstellung, Drahtzieher hinter den Kulissen sei "die Bourgeoisie", eine für den heutigen Geschmack etwas ungewöhnliche Würdigung, aber in der Sache eben doch erheblich fundierter

als die den "Linksradikalen" - gerade von "Ehemaligen" - immer wieder unterstellte Sichtweise von der beliebigen Austauschbarkeit der "Charaktermasken des Kapitals".

Für die Agitation der Linken in den 70er Jahren war es zweifellos ganz praktisch, daß man es ab 1974 mit dem preußischen Feldwebel Schmidt zu tun hatte. (Der ist sich, nebenbei bemerkt, mit seiner Forderung, Asylsuchende in Lagern zu internieren, auch im Alter treu geblieben.) In der anläßlich der Bundestagswahl 1976 erschienenen KB-Broschüre "SPD - Das ‚kleinere Übel`, das zu immer größeren Übeln führt" konnte die Bilanz von sieben Jahren sozialliberaler Regierungspolitik gezogen werden: "Unter der verlogenen Parole ‚...mehr Demokratie wagen` hat die SPD/FDP-Koalition seit 1969 einen in der Geschichte der BRD beispiellosen Abbau von demokratischen Rechten vollzogen." Etwas dürftig geriet die Auseinandersetzung mit der sozialliberalen Außenpolitik. Die BRD sei "in dem aggressiven, antikommunistischen Militärbündnis NATO nach den USA zur zweitstärksten Militärmacht geworden." Und: "Die SPD in der Regierung gab Kredite für Chile; die SPD hat - mit persönlichem Einsatz von ‚Friedenskanzler Brandt` - maßgeblichen Anteil an dem Sieg reaktionärer Kräfte in Portugal."

Hier lohnt es, etwas genauer zurückzublicken. Gerade Brandts 1976 begonnene Tätigkeit als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale (SI) wird heute wieder als Beitrag zu Frieden und Demokratie in der Welt hervorgehoben; immer wieder, auch von klugen Leuten wie Günter Grass, mit ausdrücklicher Bezugnahme auf das Beispiel Portugal. Mario Soares, dessen Sozialistische Partei von der Unterstützung der SI profitierte, schreibt über das Krisenjahr 1975 in dem Aufsatz "Der portugiesische Sozialismus und Willy Brandt" (abgedruckt in dem schon erwähnten Sammelband von Richard Löwenthal): "Die Kommunisten, im Bunde mit dem linken Flügel der Bewegung der Streitkräfte, begannen den Staatsapparat zu übernehmen, und es zeichnete sich am Horizont bereits eine neue Diktatur ab. Sie setzten sich das unvernünftige Ziel, in Lissabon die kommunistische Oktoberrevolution von 1917 wiederholen zu wollen." Das unter Mitwirkung Willy Brandts gegründete "Komitee der Freundschaft und Solidarität für Demokratie und Sozialismus in Portugal" hatte "ein gewaltiges internationales Echo. Und es würde sogar auf der anderen Seite des Atlantiks gehört und verstanden". Neben der politisch-moralischen Unterstützung gegen den von den portugiesischen Kommunisten ausgeübten "ideologischen Terror" (Soares) floß natürlich auch reichlich Geld. In Portugal war die Sozialistische Partei der wichtigste Garant gegen die sozialistischen Experimente der Linken - "Willy Brandt, unser Freund und Genosse, hat das vom ersten Augenblick an verstanden."

Symbol

des besseren Deutschland

Brandts bedeutendste, "Weltgeschichte" machende Aktion war sein Kniefall vor dem Mahnmal für die Nazi-Opfer im ehemaligen Warschauer Ghetto im Dezember 1970. Die Bilder von dieser - wie alle Beteiligten glaubhaft versichern - spontanen Geste wurden in der Welt als Ausdruck deutschen Schuldeingeständnisses gewertet und begrüßt. Daß dieser Geste des Nazigegners Brandt Kohls Geschwätz von der "Gnade der späten Geburt" folgte, ist nur ein Aspekt deutscher "Normalisierung". Auch Brandts direkter Nachfolger Schmidt versteigt sich heute zu der Behauptung, dessen Bemühungen um "Aussöhnung" hätten "einen großen Teil der großen Schuld abgetragen, welche Deutsche durch Krieg, Vernichtung und Völkermord angehäuft hatten." Und Lambsdorff findet die "Kanzlerschaft des Mannes, der von den Nationalsozialisten verfolgt worden war" vor allem nützlich "für den moralischen Wiederaufbau Deutschlands."

Hans-Ulrich Klose, der richtig darauf hinweist, daß der Warschauer Kniefall "mehr zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschen beigetragen (hat) als viele feierliche Reden", schönt rückwirkend die deutsche Wirklichkeit des Jahres 1970, wenn er fortfährt: "Diese Geste bedurfte keiner Erklärung, sie wurde auch so verstanden." Tatsächlich gab es - in der BRD - massive Anfeindungen von rechts und in "Bild" eine Belehrung darüber, daß Menschen "nur vor Gott" knien dürften. Kirchenmann Erhard Eppler, der im "Spiegel" an diese Episode erinnert, kann der Versuchung nicht widerstehen, Brandt postum mit Gott zu versöhnen; "woher wissen diese Schweine, vor wem ich gekniet bin?" habe sich Brandt ihm gegenüber empört, und Eppler suggeriert: also doch vor Gott! Auch so kann man der "Bild"-Zeitung zu einem nachträglichen Sieg verhelfen.

Wir bleiben - bis zum Beweis des Gegenteils - dabei: Willy Brandt kniete vor den Opfern Nazi-Deutschlands und vor den Nachkommen der Opfer. Daß diese Geste letztlich auch zu einem zu positiven Deutschlandbild beitrug, weil Brandt fälschlich mit Deutschland gleichgesetzt wurde, ist zwar richtig; es wäre aber zynisch,

Brandt das anlasten zu wollen. So galt 1971 die Verleihung des Friedens-Nobelpreises - wie die CDU sogleich reklamierte - tatsächlich auch "Deutschland".

Die Identifikationsfigur

Brandts Biographie bietet einiges, was ihn zum Sympathieträger für Linke machte. Die Identifikation gelingt allerdings nur, wenn die zahlreichen "rechten" Elemente ausgeblendet werden. In der Person Willy Brandt vereinigten sich der jugendliche Linkssozialist mit dem Antikommunisten, der "Entspannungspolitiker" mit dem Kalten Krieger, der "Friedenskanzler" mit dem Befürworter des Vietnamkriegs, der Nazigegner mit dem deutschen Patrioten und Wiedervereiniger. Wer diese Widersprüche auflösen will, muß zwangsläufig zu unlauteren Mitteln greifen. Brandt habe sich die Berufsverbotepolitik "aufschwatzen" lassen, behauptet Jürgen Gottschlich in der "taz"; bzw. - was nicht dasselbe ist - sie den Rechten als Preis für seine Außenpolitik zahlen müssen: "Um dem Vorwurf des ‚Ausverkaufs des Vaterlandes` an die Kommunisten kontern zu können, wurde innenpolitisch ein harter Kurs gegen Links gefahren."

Fehlt Willy Brandt "uns", den deutschen Linken, die sich gegen den Strom abstrampeln, gegen deutsche Großmachtpolitik nach außen und gegen Rassismus und Rechtsextremismus im Innern kämpfen? Der Bundesvorstandssprecher der Grünen, Ludger Volmer, behauptet es: "Wir haben einen Politiker und Menschen verloren, den wir in dieser Zeit des wiedererstarkten Rassismus und Antisemitismus noch sehr gebraucht hätten." Spekulationen haben es nun mal so an sich, daß sie im Konjunktiv vorgetragen werden. Bleiben wir bei den Tatsachen: Brandt hat sich - krankheitsbedingt - in den letzten Monaten kaum zu Wort gemeldet. Sein Brief an die SI vom 14.9. ist staatsmännisch-vage gehalten und geht auf die innenpolitische Situation in Deutschland gar nicht ein. Zwar wird in der "Asyldebatte" von vielen guten Menschen mit besten Absichten immer wieder auf Brandts Schicksal als politisch Verfolgter, der in Norwegen eine neue Heimat fand, verwiesen; Brandt selbst hat in einem im Februar aufgenommenen Fernsehinterview (das anläßlich seines Todes wiederholt wurde) sinngemäß gesagt, daß er den Asylartikel im Grundgesetz für eine wichtige Geste halte. Gleichzeitig verwies er darauf, daß bei seiner Verabschiedung niemand auf die Idee gekommen sei, ausgerechnet im zerbombten Deutschland könnten Menschen in größerer Zahl Zuflucht suchen. Ein Hinweis, der natürlich auch so interpretiert werden kann, daß der Asylartikel nicht mehr ganz zeitgemäß, zumindest aber auslegungsbedürftig ist.

Js.

38. Man hat dir geöffnet ... Amos Oz" neuer Roman "Der dritte Zustand"

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak347/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:41

Spätabends im "Literarischen Quartett" des ZDF war es, als Helmut Karasek vom "Spiegel" und der freie Autor Henryk M. Broder unisono beklagten, daß Amos Oz in seinem neuen Roman Der dritte Zustand eine Figur, die nicht einmal mit dem eignen Leben fertig werde, ja, die nicht einmal in der Lage sei, den Mülleimer runterzutragen, wichtige Botschaften der israelischen Friedensbewegung vermitteln lasse. "Völlig verzweifelt" sei er darüber, bekräftigte Friedensfreund Karasek. Und Quartett-Chef Marcel Reich-Ranicki befand abschließend: Amos Oz sei "kein großer Dichter" - was aus seinem Munde als Hinrichtung eines Autors gemeint ist.

Friedensaktivist

Amos Oz, 1939 als Sohn europäischer Einwanderer in Jerusalem geboren, wollte sich als Fünfzehnjähriger eine Gegenwelt zum Elternhaus schaffen. Der Vater war, erzählt Oz, konservativ, Bourgeois, Großstädter. Also wurde der Sohn Sozialist, wollte nicht Intellektueller werden, ging aufs Land in den Kibbuz. Hatte der Vater sein Leben lang vergleichende Sprachanalysen angestellt, wollte der Sohn sein Leben lang nur Traktorfahren. Indes mußte er schon in den ersten Tagen im Kibbuz feststellen, "daß dort nur Intellektuelle lebten, die nach dem Traktorfahren nichts anderes taten, als sich die Köpfe heißzureden über Trotzki, Bakunin, Plechanow, Tolstoi, den Sozialismus und ob sich das religiöse Leben mit sozialistischen Idealen verknüpfen ließ."

Traktorfahren hat Amos Oz gelernt, war Wachmann, Erntehelfer und Lehrer im Kibbuz Hulda, in dem er bis zu seiner Übersiedlung 1986 nach Arad in der Wüste Negew lebte. Intellektueller, ähnlich dem Vater, ist er dennoch geworden: sechzehn Romane, Reportagen und Anthologien hat er neben zahlreichen Artikeln und Aufsätzen seit 1965 verfaßt. Gegenstand seines Schaffens sind, mehr oder weniger vermittelt, die Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft, der Bruch zwischen den zionistischen Pionieren und den nachgewachsenen Generationen, der israelisch-palästinensische Konflikt in seiner Widerspiegelung im jüdischen Israel.

Mit der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1992 an Amos Oz solle, wie es in der Begründung des Stiftungsrates für den Friedenspreis heißt, "der herausragende zeitgenössische israelische Schriftsteller" gewürdigt werden, und zugleich "einer der prominentesten Aktivisten der israelischen Friedensbewegung ‚Peace Now`, der gegen Fanatismus, Gewalt und Gleichgültigkeit kämpft."

Amos Oz ist nicht allein einer der prominentesten Aktivisten dieser Bewegung, von der er selbst sagt, sie sei "eher eine ‚Stimmung' ", die mit der Aktualität wachse und schrumpfe. Er ist, obwohl er mit seinem Eintreten für eine Zwei-Staaten-Lösung schon zu den sehr radikalen Kräften dieser "Stimmung" zählt, mit seiner Biografie und seinen Auffassungen zugleich einer ihrer charakteristischen Vertreter. Die Kriege 1948, 1967 und 1973 seien, schreibt Oz im Brief aus Arad vom Mai 1990, fraglos "Kriege auf Leben und Tod" gewesen. Er betont, daß "Peace Now" mit den europäischen Friedensbewegungen nicht vergleichbar sei: "Wir sind ‚peaceniks`, aber keine Pazifisten. Gewiß waren alle an ‚Peace Now` Beteiligten irgendwann einmal auf dem Schlachtfeld," - Amos Oz war 1967 im Sinai und 1973 auf den Golan-Höhen Soldat - "und wenn (...) wir erneut mit dem Rücken an der Wand stehen sollten, dann werden wir wieder kämpfen. Und wir werden kämpfen wie die Teufel, wenn es um die Existenz Israels gehen sollte. Es gibt für uns keine Frage von ‚lieber rot als tot`. Es gibt diese westliche Einstellung von ‚make love not war` nicht."

Vom Schlafen, vom Wachen und vom Licht

Alle seine Figuren, behauptet Oz von seinem literarischen Schaffen, seien anders als er. Dies ist, was die Haltungen und Auffassungen von Efraim Nissan, der Hauptperson in Der Dritte Zustand, angeht, mit einiger Skepsis aufzunehmen. Wenn Oz - im Brief aus Arad - schreibt, in gewisser Hinsicht "ist Israel keine Demokratie, sondern die Anarchie. Es ist ein Land, in dem jedes Individuum das Land nicht einfach verändern oder beeinflussen, sondern es selber regieren will. Es ist eine Nation von vier Millionen Ministerpräsidenten",

so ähnelt dies doch sehr Efraim Nissans Denkweise, der in einem seiner hektischen Monologe äußert: "Hier in Jerusalem ist doch so ungefähr jeder zweite Typ ein Prophet und ein halber Ministerpräsident." Bedeutender aber ist, daß Amos Oz mit seinem (Anti-)Helden, teils satirisch, teils tragisch überhöht, ein präzises Bild der Zerrissenheit der friedensbereiten jüdischen Intelligentsia Israels und der tiefen inner-jüdischen Konflikte zeichnet.

Efraim Nissan, Fima von seinen Freunden genannt: Stark in den Fünfzigern und übergewichtig, hinter sich ein nicht abgeschlossenes Studium, jetzt Receptionist und mitfühlender Trostspender in einer gynäkologischen Praxis. Hinter sich sein "Bockjahr", in dem er mit drei jungen Frauen durch Griechenland zog, deren eine er geheiratet hat, nun aber schon seit langem geschieden ist. Hinter sich einen erfolgreichen Lyrikband, der seine Freunde immer noch auf eine endliche Fortsetzung seines literarischen Schaffens hoffen läßt. Unfähig, die Fährnisse des Alltags zu bestehen, wäre da nicht eine mütterliche Freundin, Frau eines seiner Freunde, die in regelmäßigen Abständen seinen Kühlschrank füllt, seine Wohnung putzt und auch Fimas Sexualhaushalt versorgt. Das aber sind allein Details, zeichnen bildmächtig die Figur, und zeichnen sie nicht eben sympathisch.

Aus Fima spricht, wenn er von einer Frau träumt, die ihn "lebendig auf die arische Seite bringen" will, die Sehnsucht nach einem Ende der (ob nun tatsächlichen oder eingebildeten) Bedrohung, war doch die "arische Seite" die Welt außerhalb des (Warschauer) Gettos. Wenn Fima seinen achtzigjährigen Vater anbrüllt: "Mach doch endlich die Augen auf. Wir sind jetzt die Kosaken, und sie, die Araber, sind täglich, stündlich die Pogromopfer" - der aber ihm entgegenhält: "Und wennschon? Warum sollten wir nicht endlich einmal zur Abwechslung Kosaken sein? Wo steht denn geschrieben, daß Jude und Goj nicht mal kurz die Rollen tauschen dürfen? Einmal in tausend Jahren oder so?", so geht dies gegen den Zynismus, daß Leiden adele; daß, nach einem krassen Wort von Broder, trotz gegenteiliger Auffassung die Konzentrationslager keine Besserungsanstalten gewesen sind.

Fima hat für alle Probleme eine Lösung, belebt jede Diskussion mit einer originellen Position. Ruft nächtens seine fiktive Ministerrunde zwecks Abfassung eines sofort wirksamen Friedensplans zusammen. Gerät über einen ihm in einer Zeitung mißfallenden Begriff in helle Aufregung und erwägt eine scharfe Stellungnahme (die er gelegentlich auch tatsächlich verfaßt). Eine Schlagzeile in der Morgenzeitung läßt ihn "zu der Überzeugung (gelangen), dieser Staat sei einem Trupp Geistesgestörter in die Hände gefallen. Immer und ewig diktieren Hitler und der Holocaust ihr gesamtes Reden und Tun, wieder und wieder drängt es sie, jede Friedenschance auszulassen oder zunichte zu machen, weil ihnen der Frieden als Nazi-Finte erscheint, allein auf ihre Vernichtung ausgerichtet." Aber sofort darauf warnt er "sein Hirn vor der für die israelische Intelligenzija typischen Hysterie und Weinerlichkeit: Wir müssen uns vor der verlockenden, aber törichten Annahme hüten, die Geschichte werde letzten Endes die Bösen bestrafen." Verpaßt über diese Gedanken die Nachrichten, will einen Artikel beginnen, muß aber erst einen Freund anrufen, den er aus dem Schlaf reißt, sich wortreich entschuldigt und ihn dann "zwanzig Minuten lang mit den taktischen Fehlern der Linken, den sich abzeichnenden Veränderungen in der amerikanischen Haltung und der allenthalben unablässig tickenden Uhr des islamischen Fanatismus" traktiert.

Fima, hemmungslos verzweifelter Selbstdarsteller, treibt durch Jerusalem, das ihm "ein Irrenhaus und keine Stadt" zu sein dünkt. Einer, der ständig auf alles, also auf nichts wirklich eine Antwort hat, zerfressen von dem Bemühen, vor sich selbst davonzulaufen. Bis ihm in einem begnadeten Moment der Gedanke aufscheint, daß, wo "ihm mal der Schlaf weniger lügenbehaftet als das Wachen erschien, während ein andermal umgekehrt gerade das extreme Wachsein ihm dringlichst ersehntes Herzensanliegen war", es neben Schlaf und Wachen noch etwas anderes, daß es einen "dritten Zustand" gebe: "ein Licht, das gleichermaßen von den Bergen und von ihm ausging (...) Es gibt auf der Welt nichts Tragischeres, als diesen dritten Zustand zu verpassen, dachte er (...) Man hat dich gerufen, und du hast vergessen zu kommen. Man hat gesprochen, und du hast nicht hingehört. Man hat dir geöffnet, und du hast gezaudert, bis das Tor wieder geschlossen war, weil du vorher lieber noch diesen oder jenen Wunsch befriedigen wolltest. Das Meer des Schweigens hat Geheimnisse von sich gegeben, und du warst mit der Erledigung unwichtiger Dinge beschäftigt (...) und so weiter und sofort. Bis zum Staube."

Ist aber der "dritte Zustand" zu erreichen?

Fimas Vater, praktischer und lebensfroher als sein Sohn, ist am Ende der Woche, von der der Roman handelt, gestorben. In seinem Letzten Willen wendet er sich an seinen Sohn Fima, "der hervorragend zwischen Gut und Böse unterscheidet, in der Hoffnung, daß er sich von nun an nicht mit der Unterscheidung begnügen, sondern sein Glück und seine ganz ausgezeichneten Fähigkeiten dem Bemühen widmen wird, das Gute zu tun und den Zugriff des Bösen soweit wie möglich einzuschränken."

Amos Oz schrieb seinen Roman Der dritte Zustand 1989-1990, im dritten Jahr der Intifada.

Klaus Mellenthin

Amos Oz: Bericht zur Lage des Staates Israel. Frankfurt (Suhrkamp) 1992. 78 S., 8 DM. (In diesem Band enthalten ist der zitierte "Brief aus Arad".)

Amos Oz: Der dritte Zustand. Aus dem Hebräischen von Ruth Achlama. Frankfurt und Leipzig (Insel) 1992. 366 S., 42 DM.

39. Quelldatei 22.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:22

LeserInnenbriefe

Frieden

Betr.: Pragmatismus gegen Ideologie. Neue Regierung in Israel (ak 345)

Wie ein roter Faden durchzieht die ak-Analyse der israelischen Wahlen im Juni dieses Jahres die Behauptung, daß der Regierungswechsel in Israel nicht als ein Ausbruch einer friedfertigen Stimmung unter der jüdischen Bevölkerung Israels verstanden werden dürfe. Vielmehr hätten die Israelis, wie der ak-Autor einen palästinensischen Soziologen zitiert, "zwischen Brot, Arbeitsplätzen, Sozialleistungen und ihren Videos und der Idee eines ‚größeren Israel` gewählt."

Freilich, so haben die Israelis gewählt, und dabei demokratisch - das heißt, in einer Mehrheitsentscheidung - eine Regierung zustande gebracht, die, wie es zur Zeit aussieht, auf der Basis von "Land gegen Frieden" mit ihren arabischen Nachbarn Frieden aushandeln wird.

Frieden als Gesinnungsfrage ist ein Privileg derjenigen, die im Frieden geboren sind. Für die, die in "Krisengebieten" leben, gestaltet sich der Frieden eher als eine sehr pragmatische Angelegenheit. Und wenn es sich als Ergebnis der jüngsten Wahlen in Israel erweisen sollte, daß der Pragmatismus die Ideologie besiegte, so liegt gerade darin der Beweis für einen tiefen Wandel in Israel. Da bleibt nur noch zu hoffen, daß die arabischen Länder, vor allem aber deren noch nie befragte Bevölkerung, mit dem gleichen Pragmatismus beschert wird.

J.W., Haifa

Fast genial

Ganz nebenbei und ohne zu wissen, wie es zustande gekommen ist: Eure Umbenennung, unter Beibehaltung des Kürzels "ak", in "Analyse & Kritik" halte ich für nahezu genial.

Beste Grüße

M.K., Berlin

Navigation

Nicht zuletzt auch, weil der ak immer mehr im Fahrwasser der PDS (letztlich eines Sozialdemokratismus) schwimmt, beende ich mein Abonnement hiermit zum Jahresende.

L.S., Appetshofen

Saure Trauben

Ich teile Ihrem Verlag mit, daß ich mein Abonnement der Zeitung ak für das Jahr 1993 abbestelle.

Ich habe gerade erfahren, daß ich meinen Arbeitsplatz als Traubenleser bei der Weinernte verloren habe. Der Winzer in Osthofen, bei dem ich in den neun vorherigen Jahren sehr hart als Traubenleser gearbeitet habe, läßt in diesem Herbst die Weintrauben von einer Trauben-Vollernte-Maschine lesen. Ich habe dadurch meinen Arbeitsplatz als Traubenleser verloren und es fehlen mir in meiner Bilanz rund 400 DM.

Aus diesem einzigen Grund bestelle ich mein Abonnement des ak ab.

Mit freundlichem Gruß

K.H. K., Worms

40. Worte Willy Brandts

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:30

"Volk von Berlin! Wir rufen die Völker der Welt! Das Ergebnis eines schreienden Unrechts kann nicht ein papierner Protest sein. Berlin erwartet mehr als Worte. Berlin erwartet politische Aktion. Der Tag wird kommen, an dem das Brandenburger Tor nicht mehr an der Grenze liegt."

(Westberlin, 16.8.1961)

"1. Untätigkeit und reine Defensive könnten eine Vertrauenskrise zu den Westmächten hervorrufen.

2. Untätigkeit und reine Defensive könnten zu einem übersteigerten Selbstbewußtsein des Ostberliner Regimes führen, das heute bereits in seinen Zeitungen mit dem Erfolg seiner militärischen Machtdemonstration prahlt."

(Brief an Kennedy, 16.8.1961)

"Kein Volk kann auf die Dauer leben, ohne sein inneres Gleichgewicht zu verlieren, ohne in Stunden der inneren und äußeren Anfechtung zu stolpern, wenn es nicht ja sagen kann zum Vaterland."

(SPD-Parteitag, 1966)

"Wir wollen mehr Demokratie wagen."

(1969 in der Regierungserklärung)

"Ich will ein Kanzler der inneren Reformen sein." (1969)

"Mein Volk lebt in zwei Staaten und hört doch nicht auf, sich als eine Nation zu verstehen." (1973)

"Nationales Selbstbewußtsein ist etwas anderes als Überheblichkeit und Überschätzung des eigenen Wertes gegenüber anderen Völkern. Es ruht in einem sicheren Urteil der eigenen Kraft. Leistung und Tugend - und der eigenen Begrenztheit."

"Wir sind jetzt in der Situation, wo wieder zusammenwächst, was zusammengehört." (November 1989)

41. Über Willy Brandt

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:31

"Der Tod Willy Brandts ist ein Verlust für den Staat Israel und für das ganze jüdische Volk."

Yitzhak Rabin, israelischer Premierminister

"Brandt hat den Eisernen Vorhang zwischen West und Ost heruntergerissen."

John Major, britischer Premierminister

"Die Arbeiterbewegung, die Kräfte des Sozialismus, die weltweite Linke verlieren einen unermüdlichen Kämpfer."

Achille Occhetto, Sekretär des PDS

"Mit seinem Tod verläßt uns in Zeiten schwerer moralischer Krise der Mann, der gleichsam zum Symbol der aufrichtigen Aufarbeitung der finsteren Vergangenheit in Deutschland wurde."

Die Jüdische Gemeinde in Berlin

"Er war einer der ersten, der die Vernichtung von Sinti und Roma im Dritten Reich öffentlich zu Bewußtsein brachte."

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

"Er verkörpert die Deutschen, die die Naziherrschaft nicht akzeptiert haben."

Simone Veil, französische Abgeordnete im Europaparlament

"Wir haben einen Politiker und Menschen verloren, den wir in dieser Zeit des wiedererstarkten Rassismus und Antisemitismus noch sehr gebraucht hätten."

Ludger Volmer, Bundesvorstandssprecher der Grünen

"Willy Brandt hat sich um unser Vaterland verdient gemacht."

Helmut Kohl, deutscher Bundeskanzler

"Die Kanzlerschaft des Mannes, der von den Nationalsozialisten verfolgt worden war, setzte einen wichtigen Akzent für den moralischen Wiederaufbau Deutschlands."

Otto Graf Lambsdorff, FDP-Vorsitzender

"Er hat die deutsche Einheit als deutscher Patriot ohne Wenn und Aber begrüßt."

Wolfgang Bötsch, CSU-Landesgruppenchef

"Durch Willy Brandt gewann Deutschland in der Welt Vertrauen, das nötig war, um sich gegenüber dem Osten zu öffnen."

Hans-Dietrich Genscher, Ex-Außenminister

"Willy Brandt hat einen großen Teil der großen Schuld abgetragen, welche Deutsche durch Krieg, Vernichtung und Völkermord angehäuft hatten."

Helmut Schmidt, Altbundeskanzler

"Das hat er doch nicht verdient, gerade Krebs. Kiekt euch Honecker an. Die falschen leben immer noch."

Kundin im Tante-Emma-Laden im Osten Berlins

"Ein großer Mann, der zweetbeste nach Adenauer."

Gast in Ostberliner Kneipe

42. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:39

AUFGEBLÄTTERT

Dritte Welt

Wer an der sog. Dritten Welt, nicht aber nur an einer bestimmten Region interessiert ist und einen Überblick von wichtigen Entwicklungen in Afrika, Asien und Lateinamerika wünscht, ist nach wie vor mit den blättern des iz3w gut bedient. - In der September-/Oktoberausgabe wird aus Vietnam berichtet ("Was ist kapitalistischer Sozialismus?"), informiert ein Interview mit Mustafa Hicri, Mitglied des ZK der Demokratischen Partei Kurdistan Iran, über die wenig bekannte Situation der Kurden im Iran. Die Themenblöcke des Heftes befassen sich mit Mittelamerika (El Salvador, Guatemala) und dem Nationalismus in Lateinamerika.

blätter des iz3w. Nr. 184, Sept./Oktober 92. 60 S., 6 DM

Lateinamerika

Angesichts der aufgelaufenen Broschüren- und Bücherberge zur "Entdeckung" Amerikas vor 500 Jahren ließe sich Neues und Interessantes kaum noch beitragen? Falsch! Die Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika hat zurückgeblickt: Wie wurde hierzulande diese Entdeckung vor 400 Jahren gefeiert, im Jahre 1892, als die Stimmung im Deutschen Reich auf Expansion stand, als die Forderung nach dem "Platz an der Sonne" propagiert wurde? Herausgekommen ist neben einleitenden Beiträgen zur deutschen Sichtweise der "Entdeckung" vor hundert Jahren und zur Mythenbildung um Kolumbus eine umfangreiche Dokumentation zeitgenössischer Texte aus seinerzeit vielgelesenen Publikationen. - Im Kulturteil vorgestellt werden die chilenische Malerin Cecilia Boisier, die nach dem Putsch 1973 ihr Land verlassen mußte und bis vor kurzem in Westberlin lebte, und der brasilianische Fotograf Sebastiao Salgado.

ila. Heft 159, Oktober 92. 68 S., 6 DM

Cuba

Im Oktober 1967 wurde Ernesto "Che" Guevara in Bolivien gefangenommen und ermordet. Die aktuelle Ausgabe von Cuba libre ist dem Andenken an Che, an Tamara Bunke und Monika Ertl gewidmet. - Im Dokumentationsteil wird u.a. der Entwurf des sog. Toricelli-Gesetzes (der Kongreßabgeordnete der Demokraten beabsichtigt, die Embargopolitik der USA gegen Cuba noch zu verschärfen) veröffentlicht und die Stellungnahme von Lisando Otero, Vizepräsident der Vereinigung kubanischer Schriftsteller und Künstler: "Was sich in Kuba unbedingt ändern muß".

Cuba libre. Nr. 3/92, Oktober 92. 56 S., 5 DM

Palästina

Vor 25 Jahren besetzte Israel im sogenannten Sechs-Tage-Krieg Gasastreifen, Westbank, Ostjerusalem und Golan-Höhen. Die Quartalsschrift der Bonner Informationsstelle Palästina informiert über Geschichte und Gegenwart dieser Besetzung mit Darstellungen und Interviews.

Palästina. III. Quartal 1992. 60 S., 5 DM

Israel

Der Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten hat eine bis zum Sommer 1992 fortgeführte aktualisierte Neuauflage des Bands Friedenskräfte in Israel vorgelegt. Es handelt sich nach wie vor um die einzige umfassendere Darstellung der geschichtlichen Entwicklung und des aktuellen Standes der israelischen Friedensbewegung in deutscher Sprache.

Jörn Böhme, Christian Sterzing (Hg.): Friedenskräfte in Israel. Frankfurt (Haag + Herchen = DIAK-Schriftenreihe Bd. 23) 1992. 250 S., ca. 35 DM

Türkei

Berichte vom Massaker in Sirnak stehen am Beginn der türkei-information. Dr. Celiker informiert über die Gesundheitsprobleme in Nord-Kurdistan. Beschlossen wird das Heft mit Meldungen aus der liberalen, kemalistischen Tageszeitung "Cumhuriyet" aus dem Zeitraum Juni-August 92.

türkei-information. Nr. 46, Okt. 92. 32 S., 3 DM

Jüdischer Kalender

Im Jahr 5753 (nach jüdischem Glauben wurde die Welt vor 5753 Jahren erschaffen, dies ist gleichzeitig der Beginn der jüdischen Zeitrechnung), auf nicht-jüdische Zählung umgerechnet im Jahr 1992/93, ist der von Henryk M. Broder und Hilde Recher herausgegebene Jüdische Kalender im 10. Jahrgang erschienen. (Wir gratulieren!) Diese wie alle bisherigen Ausgaben bringen für jeden Tag geschichtliche Erinnerungen, biographische Daten jüdischer Persönlichkeiten, Gedichte, kleine Geschichten und - in dieser Ausgabe - für den 11. Nissan 5753 (= 2.4.93) ein Rezept für "Schokoladentorte für Pessach (ohne Mehl)".

Jüdischer Kalender. Augsburg (Ölbaum-Verlag) 1992. 16.80 DM

Asylpolitik

Einem bisher wenig beachteten Problem bundesdeutscher Asylpolitik hat sich der Bremer Arbeitskreis "Gesundheit und Asyl" zugewandt. Der Titel der von dieser Gruppe herausgegebenen Broschüre "Macht Asylpolitik krank?" kann nur noch als rhethorische Frage aufgefaßt werden, wenn mensch die Analysen und Dokumente des schmalen Bändchens gelesen hat: Die hierzulande praktizierte Asylpolitik macht nicht allein schlicht "krank", sie führt bei vielen AsylbewerberInnen zu schweren physischen und/oder psychischen Leiden. Beigegeben ist der Broschüre u.a. eine für AktivistInnen sehr nützliche Auflistung von Forderungen für die Unterbringung von Asylsuchenden.

Arbeitskreis Gesundheit und Asyl Bremen (Hg.): Macht Asylpolitik krank? Bremen 1992. 92 S., Einzelpreis 5 DM, ab zehn Stück 4 DM - jeweils plus Versandkosten. Bezug über: Arbeitskreis "Gesundheit und Asyl" c/o Bremer Gesundheitsladen e.V., Braunschweigerstr. 53b, 2800 Bremen 1

Horch und Guck

Seit Mai 92 erscheint die Zeitschrift Horch und Guck, herausgegeben vom "Bürgerkomitee ,15. Januar` e.V. zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit". Die Zeitschrift versteht sich lt. eigener Darstellung "als offenes Diskussionsforum zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit, zur Debatte um Geheimdienste in der Politik, sowie zu Demokratie und Grundrechten überhaupt." Die dritte Ausgabe der Zeitschrift enthält u.a. Beiträge zur "Rolle der Staatssicherheit in der Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsbewegung in der DDR" und ein Interview mit Bettina Wegner über ihre Einsicht in die über sie geführten Stasi-Akten.

Horch und Guck. Nr. 3. 64 S., 2 DM (plus Versandkosten). Bezug: Bürgerkomitee "15. Januar", Friedrichstr. 165, 0 - 1080 Berlin

KALENDER

Iranische Flüchtlinge

Vom "Fortmüssen und Bleibenwollen" geprägt ist das Leben iranischer Flüchtlinge im bundesdeutschen Exil. Dieses Lebensgefühl Deutschen näherzubringen und iranische Exilanten und Deutsche zusammenzuführen ist das Ziel einer u.a. von "Globus - Verein für interkulturelles Zusammenleben und Lernen" vorbereiteten Veranstaltungsreihe. Grafiken von Alireza Gerannazar werden vom 22.10. bis zum 7.11. gezeigt. Am 26.10. lesen in Hamburg lebende iranische Autoren aus ihren Werken, am 29.10. findet ein Gesprächsabend statt "über das alltägliche Leben mit den Deutschen". Der iranische Film "Der Biß der Schlange" wird am 5.11. aufgeführt, am 7. und 8.11. wird eine Theater-/Filmproduktion über das Leben im Iran gezeigt.

Die Ausstellung und die Veranstaltungen finden statt in der Bücherhalle Billstedt, Möllner Landstr. 31, Hamburg-Billstedt. Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr.

Reichspogrom 1938

Auf einer Gedenkveranstaltung des Auschwitz-Komitees Hamburg spricht Hans-Ludger Kreuzheck (Musik von unten e.V.) über Musik und Nationalsozialismus, und es wird der Film über das Mädchenorchester in

Auschwitz - "Musik zum Sterben, Musik zum Leben" gezeigt. Esther und Edna Bejarano und die Gruppe Coincidence tragen Lieder aus dem jüdischen Widerstand vor.

12.11.92, 19.30 Uhr - Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von Melle Park 9, Hamburg

Antifaschismus

Die Veranstaltungsreihe "Gegen das Vergessen - Freiheit für Gerhard Bögelein" in der Kieler "Pumpe" wird am 2.11. fortgeführt mit einem Vortrag über das internationale Antifaschistische Komitee in Leipzig, in dem in der Zeit des Nazismus deutsche AntifaschistInnen und ausländische Zwangsarbeiter gemeinsam tätig waren. Am 23.11. folgt eine "Nachbetrachtung und Reflexion" der Veranstaltungen zur Freilassung von Gerhard Bögelein.

Pumpe, Haßstr. 22, Kiel. Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 20 Uhr.

Rassismus

Unter der Fragestellung "Haben die Deutschen nichts gelernt?" veranstaltet das Nürnberger Aktionsbündnis gegen Rassismus (das helle Licht in dunkler bayerischer Nacht - der Kalender-Redakteur) ein internationales Symposium zum Reichspogrom im November 1938 und den aktuellen pogromartigen Ausschreitungen in der BRD. Als Referenten sind u.a. geladen Stanislaw Kania aus Polen, Miroslav Karny aus der CSFR, Truus Menger aus den Niederlanden, aus Israel ist Uri Avnery angefragt. Die Themen der fünf Foren sind: Hintergründe, Verlauf und Auswirkungen der Reichspogromnacht; die momentan grassierenden pogromähnlichen Ausschreitungen: Parallelen - Unterschiede; Frauen- und Lesbenforum - Zusammenhänge zwischen Rassismus und Sexismus; Diskussion und Analyse der starken Zunahme rassistischer Tendenzen in der BRD im Ausland; Erfahrungen und Perspektiven des antifaschistischen und antirassistischen Widerstands.

Nürnberg, 7./8.11.92. - Anmeldung und nähere Informationen: E. Ramthum c/o DESI, Brückenstr. 23, 8500 Nürnberg 90. Oder: Tel. (O911) 336 943, Mo-Fr 14-18 Uhr.

Jüdische Kulturtage

Zum Thema "Jüdisches Leben in Osteuropa. Osteuropa im Jüdischen Leben" führt die Jüdische Gemeinde zu Berlin vom 14.-29.11. eine Veranstaltungsreihe durch, in der neben Lesungen und Gesprächen eine Anzahl von (z.T. jiddischen) Filmen stehen, traditionelle Musik und Werke jüdischer Komponisten aufgeführt werden. Am 13.11. wird die Ausstellung "Jüdisches Leben in Osteuropa" (Fotografien von Edward Serotta) und am 19.11. eine Ausstellung "80 Jahre Synagoge und Gemeindehaus Fasanenstraße" eröffnet.

Programm und nähere Informationen: Jüdische Gemeinde zu Berlin, Tel. 030/884230

Antijudaismus

Eine Tagung über "Christlichen Antijudaismus und Antisemitismus" führt die Evangelische Akademie Arnoldshain in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Kirche und Israel in Hessen und Nassau durch. In der Tagung werden die seinerzeitigen sog. Entjudungsprogramme vorgestellt und in die Tradition der theologischen Verhältnisbestimmung von Christen und Juden sowie in die neuere Forschung zum Antisemitismus eingeordnet.

18.-20.11.92. Evangelische Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten 1. Tagungskosten (inkl. Unterkunft und Verpflegung) 140 DM, für StudentInnen und Arbeitslose 50 DM. Anmeldung unter der obigen Anschrift.

Betriebsräte

Ein fünftägiges Seminar über "Veränderungen der Anforderungen an Betriebsräte supranationaler Unternehmen" wird Ende November in Hagen durchgeführt. Das Programm enthält u.a. Referate zur MIT-Studie; Betriebsratsaufgaben im Umstellungsprozeß am Beispiel "Teamarbeit"; "schlanke Produktion"; Europäischer Binnenmarkt; deutsches Betriebsverfassungsrecht und europaweite Organisation der Produktion; Qualifizierung für Betriebsräte in europäischen und internationalen Konzernen.

23.-27.11. in Hagen. - Anmeldung über: Forum Eltern und Schule, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund 1. (Die Tagungskosten betragen einschl. Unterkunft und Verpflegung 120 DM. Betriebsräte können über §37,6 BetrVG teilnehmen.)

43. Brasilien: Massenbewegung stürzt Seifenoper

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/bra.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:bra

Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen - so ähnlich widerfuhr es dem jüngst aus dem Amt gejagten, nun also Ex-Präsidenten von Brasilien, Fernando Collor de Mello, erstes frei gewähltes Staatsoberhaupt nach den Jahrzehnten der Militärdiktatur. Angetreten war Collor de Mello mit dem Ruf des jungen und dynamischen Saubermannes; auch das, wie man heute weiß, Teil einer in der Freundesclique ausgeheckten Strategie, um sich der Fleischtöpfe des Staates zu bemächtigen.

Kaum mit knappem Vorsprung vor dem Kandidaten der Arbeiterpartei (PT), Luiz Ignacio da Silva ("Lula"), 1989 zum Präsidenten gewählt, bediente der frühere Partylöwe sich und die Seinen aus der Schatzkammer des brasilianischen Staates wie ein Fürst in einem Operettenstaat.

Derweil sank das Lohnniveau auf den Stand von 1979, während der Minimallohn seinen historischen Tiefstand erreichte. Erstmals war ein Rückgang im Verkauf der Grundnahrungsmittel festzustellen. Mit seiner Politik trieb Collor de Mello die Bevölkerung auf die Straße. In Massenaktionen riesigen Ausmaßes wurde seine Amtsenthebung durchgesetzt. Die demokratische und linke Bewegung konnte, so schätzt unser Artikel ein, aus den Auseinandersetzungen gestärkt hervorgehen. Seite 23

44. Crash im EWS

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/ews.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:ews

Wie es einmal war wird es nicht mehr sein. Nachdem das Europäische Währungssystem (EWS) dreizehneinhalb Jahre relativ reibungslos funktionierte, markiert der (vorläufige?) Ausstieg Großbritanniens und Italiens aus dem Wechselkursverbund einen Bruch im westeuropäischen Einigungsprozeß. Offen zutage getreten sind damit die erheblichen Unterschiede in der ökonomischen Entwicklung der einzelnen EG-Länder, die die Realisierung einer Währungsunion im Zuge des Maastricht-Prozesses immer unwahrscheinlicher werden lassen.

Doch die Krise des EWS ist nicht nur ein Ausdruck der fehlenden "Konvergenz". Im Kern geht es um mehr: Durch den Anschluß der DDR überfordert versucht die BRD, ihre durch die Vereinigung entstehenden Finanzierungsprobleme auf Kosten der anderen EG-Partner in den Griff zu bekommen. Die steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte, aber auch der hohe Mittelbedarf solcher Institutionen wie der Treuhand oder der Bundesanstalt für Arbeit hat ein hohes Zinsniveau zur Folge, was wiederum tendenziell zu Kapitalabflüssen aus den anderen EG-Staaten führt. Um dies zu verhindern, muß auch dort das Geld verteuert werden, was die Gefahr von Rezession und Arbeitslosigkeit weiter verstärkt.

Doch dieser Kurs ist für das BRD-Kapital nicht ohne Risiko - weder im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland noch in bezug auf die Folgen für Westeuropa mit womöglich erheblichen Auswirkungen auf die deutsche Exportindustrie. Im Unterschied zu früheren Jahren aber ist die BRD heute nicht mehr in der Lage, sich mit Hilfe ihrer Ausfuhrüberschüsse, die für sie günstigsten Wechselkursverhältnisse zu finanzieren.

Krise des EWS - Krise der BRD-Hegemonie Seite 18

45. Türkei droht mit Blutbad

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/hep.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:hep

In einer Situation des eskalierenden Bürgerkriegs bestimmt in der Türkei faktisch der "Nationale Sicherheitsrat", ein von der Armee beherrschtes Gremium, die Richtlinien der Politik. Nach dem Sirnak-Massaker im August ist die Armee entschlossen, den Kampf gegen den "separatistischen Terror" mit allen Mitteln fortzusetzen. Ministerpräsident Demirel verkündete ebenso großmäulig wie blutrünstig, die PKK werde "in ihrem eigenen Blut ertrinken".

Zielscheibe von Armee und Todesschwadronen ist nicht zuletzt die kurdische Presse. Allein in diesem Jahr sind zehn kritische Journalisten den Kugeln der Todesschwadrone zum Opfer gefallen. Ein Verbot kurdischer Zeitungen und der "Partei der Arbeit des Volkes" (HEP) scheint bevorzustehen. Gespräche mit dem HEP-Vorsitzenden Ahmet Türk und dem Journalisten Mehmet Oguz ab

Seite 28

46. Die Geschichte des Islam

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/islam.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:islam

Im zweiten Teil der ak-Serie zum Feindbild "Islam" wird - ausgehend vom Orientbild der letzten Jahrhunderte und dessen Funktion für das christlich-abendländische Selbstverständnis - das allmähliche erneute Aufkommen anti-arabischer und anti-islamischer Vorurteile seit den 70er Jahren dargestellt, wobei ein Rückblick auf die sog. Ölkrise 1973/74 im Mittelpunkt steht. In einem Exkurs wird die Funktion des Antikommunismus für die Nachkriegsordnung skizziert. Im Zusammenhang des Feindbildwechsels vom Antikommunismus zur Islamfeindlichkeit in der jüngsten Vergangenheit wird aufgezeigt, daß Feindbilder nicht einem Selbstzweck dienen und nicht beliebig propagiert werden (können), sondern stets, wie verzerrt auch immer, Ausdruck realer Konflikte sind. Seite 34

47. Diskussion:

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/pds.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:pds

PDS und Asylrecht

Am Beispiel einer Leserbriefdebatte im "Neuen Deutschland" und der Diskussion innerhalb der PDS um die Frage Asylrecht und "Offene Grenzen" wird in einem Beitrag dieser Ausgabe darüber gestritten, welche Anforderungen an eine antirassistische Politik gestellt werden müßten. Es wird die These aufgestellt, daß das Eintreten für ein liberales Asylrecht ein völlig unzureichendes Mittel im Kampf für die Rechte der Immigranten sei und auch die Linke gefordert ist, sich konkrete Gedanken über Einwanderung und den damit zusammenhängenden sozialen Fragen zu machen. S. 16/17

48. Quelldatei redschl.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/redschl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:redschl

Redaktionsschluß Nr. 348: 9.11.92

Nur wenige wissen es, und kaum jemand kann es sich richtig vorstellen: Jeder Artikel, der bei uns eingeht, macht noch viel Arbeit. Die Redaktion braucht Zeit zum Redigieren, die Technik Zeit für den Satz von Typoskripten bzw. die Verarbeitung von mit einem Computer gesetzten Texten. (Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß ein auf einer Diskette gespeicherter Artikel "ja keine Arbeit" mehr machte!) Schickt daher eure Artikel bitte bis zu diesem Termin an die Redaktion; ausgenommen sind lediglich Artikel, die aufgrund ihrer Aktualität erst später fertiggestellt werden können.

Anschrift Redaktion: Hamburger

Satz- und Verlagskooperative

Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/43 53 20 / Fax: 040/439 42 65

(Die Redaktion ist telefonisch Mo-Fr zwischen 15-18 Uhr zu erreichen!)

49. Auseinandersetzung zwischen jüdischen Franzosen und der Polizei in Rostock

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/rostock.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:rostock

Nach AFP/FR, 19. Oktober: Bei einer Protestaktion französischer Juden gegen den deutsch-rumänischen Abschiebevertrag ist es am Montag in Rostock zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Ein Sondereinsatzkommando der Polizei besetzte am Nachmittag den Bus, in dem sich die Demonstranten zurückgezogen hatten, nachdem Mitglieder der militanten jüdischen Jugend- und Studentenorganisationen Tagar und Betar vier zuvor festgenommene Mitkämpfer unter Einsatz von Tränengas aus dem Polizeigewahrsam befreit hatte.

Der mit 50 Mitgliedern von Tagar und Betar sowie der "Söhne und Töchter der Deportierten Juden aus Frankreich"(FFJDF) besetzte Bus wurde von einer Polizeieskorte auf die Wache begleitet. Ihnen droht eine Anklage wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung.

Am Vormittag hatten die Demonstranten im Rostocker Rathaus eine Gedenktafel angebracht, die an die rassistischen Überfälle von Rostock erinnern und an die Verfolgung von Juden sowie Sinti und Roma im "Dritten Reich" mahnen soll. Danach verbrannten sie eine Hakenkreuzfahne, verprügelten einen Skinhead und drangen ins Rathaus ein, wo sie im CDU-Fraktionsraum Transparente mit der Aufschrift "Germany, don't forget history" und "Damals vergast, heute abgeschoben" aus dem Fenster hielten. Beate Klarsfeld begründete die Aktion damit, es sei Pflicht der Juden gegen den "fürchterlichen Vertrag" Solidarität mit den Roma zu zeigen.

50. Sendero Luminoso

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/send-tit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:send-tit

Mit der Verhaftung des Vorsitzende der Kommunistischen Partei Perus/Sendero Luminosos, Abimael Guzman, auch bekannt unter dem Namen "Presidente González", hat die peruanische Regierung einen entscheidenden Schlag gegen die Guerillabewegung des Landes gelandet. Sendero Luminoso ("Der leuchtende Pfad") ist nicht nur zum Hauptfeind in Peru erklärt worden; auch im Weißen Haus wurde in den vergangenen Monaten immer häufiger laut über einen militärischen Schlag nachgedacht. Selbst innerhalb der Linken ist Sendero eine äußerst umstrittene Organisation; für die einen sind es die entschiedensten antiimperialistischen Kämpfer, für die anderen fanatische Stalinisten. Wir schildern die Entstehung, die Ideologie und die Strategie des Guerillakampfes der Senderisten. S. 26/27

51. Das neue SPD-Programm: NEIN JEIN JA!

CD-Datei: daten/aksuche/ak347/spd-tit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:347:spd-tit

Am 16./17. November wird in Bonn der Sonderparteitag der SPD über die Engholm-Wende zu entscheiden haben. Über zwei Grundgesetzänderungen soll entschieden werden: Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs und nicht nur zu Verteidigungszwecken und Aufhebung des Individualrechts auf Asyl. Dies wäre das dritte und vierte Ja der SPD zu Änderungen des Grundgesetzes nach dem Ja in den 50er Jahren zur Remilitarisierung und dem Ja in den 60ern zu den Notstandgesetzen. Das Motto ist immer dasselbe: Erst ein entschiedenes Nein, dann ein nachdenkliches Jein und schließlich das kleinlaute Ja. Immer ging es um ein Nachgeben gegenüber der Reaktion, die Beschränkungen, die der BRD aufgrund der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus auferlegt wurden, zu beseitigen, oder wie jetzt beim Asylrecht, eine humanistische Verpflichtung zu streichen.

Die Großmacht BRD fordert ihren Tribut, wenn man sie regieren will; und regieren will die SPD schon bald wieder, denn die von Wehner 1982 vorausgesagten 10 Jahre Abstinenz sind vorbei. Statt sich aber nun die Frage zu stellen, wie die Mehrheit der "Deutschland den Deutschen" zu verändern ist, wird von der Partei gefordert, sich an der Volksstimmung zu orientieren.

Sollte die SPD diese seit langem von der CDU geforderten Grundgesetzänderungen beschließen, ist der Einsatz der Bundeswehr schon in den nächsten fünf Jahren wahrscheinlich (nach Planungen der CDU) und einigen hunderttausend Flüchtlingen wird der Weg in die BRD versperrt.

Ein Trägerkreis 14. 11. ruft deshalb zu einer Großdemonstration nach Bonn auf, um einen letzten Versuch zu unternehmen, die SPD auf diesem Weg zu stoppen.